

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

HEINRICH A. WINKLER

Unternehmerverbände zwischen Ständeideologie
und Nationalsozialismus

WERNER LINK

Ruhrbesetzung und amerikanische Wirtschaftsinteressen

ANTON HOCH

Das Attentat auf Hitler im Bürgerbräukeller

HANS ROTHFELS

Theodor Heuss und die Ordensfragen

JOHN S. CONWAY

Der deutsche Kirchenkampf

DOKUMENTATION

Ein Brief Thomas Manns an Paul Schiemann

NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher,
Dietrich Geyer und Hans Mommsen

Schriftleitung: Prof. Dr. Helmut Krausnick, Dr. Martin Broszat, Dr. Thilo Vogelsang

Redaktion: Hellmuth Auerbach

Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 80, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- Heinrich August Winkler* Unternehmensverbände zwischen Stände-
ideologie und Nationalsozialismus 341
- Werner Link* Die Ruhrbesetzung und die wirtschafts-
politischen Interessen der USA 372
- Anton Hoch* Das Attentat auf Hitler im Münchner Bür-
gerbräukeller 1939 383

MISZELLE

- Hans Rothfels* Theodor Heuss, Die Frage der Kriegsorden
und die Friedensklasse des Pour le mérite 414

FORSCHUNGSBERICHT

- John S. Conway* Der deutsche Kirchenkampf 423

DOKUMENTATION

- Ein unbekannter Brief Thomas Manns an Paul Schiemann aus dem
Jahre 1932 (*Michael Garleff*) 450

- NOTIZEN 454

- BIBLIOGRAPHIE 61

Diesem Heft liegen zwei Prospekte der Verlagsbuchhandlung C. H. Beck, ein Prospekt des Piper Verlages sowie zwei Prospekte der Deutschen Verlags-Anstalt bei.

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 433651.
Preis des Einzelheftes DM 9.- = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonne-
ment (4 Hefte) DM 30.- = sfr. 34.65 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im
Abonnement jährlich DM 24.-. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten,
die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ im Abonnement
beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.-; für Stu-
denten DM 38.- (zuzüglich Versandpesen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen
und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmi-
gung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wert-
marke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirsch-
graben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwi-
schen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen In-
dustrie vom 14. 6. 1958. — Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag
auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH., Stuttgart

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

17. Jahrgang 1969

4. Heft/Oktober

HEINRICH AUGUST WINKLER

UNTERNEHMERVERBÄNDE

ZWISCHEN STÄNDEIDEOLOGIE UND NATIONALSOZIALISMUS

I

Die Beziehungen zwischen Unternehmerschaft und Nationalsozialismus vor 1933 haben sich der bisherigen Forschung nahezu ausschließlich als Probleme der Parteienfinanzierung dargestellt¹. Die tatsächliche Haltung der Wirtschaftsverbände gegenüber Parteien und Institutionen der Weimarer Republik und die Ideologien der „pressure groups“ sind noch weithin unerforscht², obwohl sich nur von einem solchen thematischen Ansatz aus verbindliche Erkenntnisse über die Rolle der Unternehmerschaft bei der Auflösung der Weimarer Republik gewinnen lassen. Im Mittelpunkt der folgenden Erörterungen steht ein besonderer Aspekt dieses allgemeineren Problems: die Funktion berufsständischer und ständestaatlicher Ideen in dem Kräfterdreieck von Spitzenverbänden der industriellen und gewerblichen Wirtschaft, Präsidialkabinetten und Nationalsozialisten. Es wird zu zeigen sein, daß der Korporatismus eine Schlüsselrolle in den verfassungs- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen der Jahre 1930 bis 1933 spielte und daß sich in den Stellungnahmen zu Fragen einer berufsständischen Ordnung zugleich auch die allgemeinpolitische Haltung und das Demokratieverständnis der Interessenverbände niederschlugen. Unser Thema hat somit einige der wesentlichen gesellschaftlichen Vorbedingungen der nationalsozialistischen Machtergreifung zum Gegenstand.

Die theoretischen Diskussionen über eine berufsständische Gliederung der Gesellschaft zogen sich kontinuierlich durch die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik hin. Zu keinem Zeitpunkt aber schien die politische Situation einer praktischen Verwirklichung korporativer Ideen größere Chancen zu bieten als während der drei Jahre nach dem Bruch der Großen Koalition im März 1930, mit dem die Krise des parlamentarischen Systems manifest geworden war. Die Suche nach Alternativen zur parlamentarischen Demokratie, stimuliert durch die sich ver-

¹ Siehe hierzu die Literaturübersicht von Dieter Petzina, Hitler und die deutsche Industrie, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 17 (1966), S. 482ff.

² Dazu neuerdings Wilhelm Treue, Der deutsche Unternehmer in der Weltwirtschaftskrise 1928–1933, in: Werner Conze und Hans Raupach (Hrg.), *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929–1933*, Stuttgart 1967, S. 82ff.

schärfende ökonomische Krise³, mußte die Unternehmervverbände in demselben Maß zur Auseinandersetzung mit korporativen Entwürfen führen, wie diese von relevanten politischen Kräften vertreten wurden. Dem Modell einer korporativen Überwindung des Klassenkampfes, wie es insbesondere von dem Wiener Nationalökonom Othmar Spann und seiner Schule entwickelt worden war⁴, wuchs damit unmittelbare politische Bedeutung zu. In welchem Umfang es von den Verbänden der Industrie, des Handels und des Handwerks rezipiert werden konnte, hing davon ab, inwieweit es ihren spezifischen Interessenlagen Rechnung trug.

Bevor wir uns den korporativen Elementen in den verfassungs- und gesellschaftspolitischen Konzeptionen wirtschaftlicher Interessenverbände zuwenden, bedarf es noch eines Blickes auf die besonderen historischen Voraussetzungen der ständischen Ideologie in Deutschland. Die meisten korporativen Entwürfe knüpften ausdrücklich an eine Tradition an, die Jahrzehnte zuvor in Bismarcks Plan eines, die „produktiven Stände“ repräsentierenden Reichsvolkswirtschaftsrates kulminierte⁵. Ob ein solches Wirtschaftsparlament neben das politische Parlament treten oder es ersetzen sollte: die Vorschläge, die in diese Richtung zielten, resultierten aus der Befürchtung, daß die Interessen der „staatstragenden Schichten“ durch das allgemeine Wahlrecht gefährdet würden. Die Forderung nach einer Beschneidung der Parlamentsrechte zugunsten einer berufsständischen Vertretung trug insoweit eindeutig konservative Vorzeichen. Das gilt auch für die zahlreichen Versuche, bestimmte Elemente der Räteidee im traditionell-berufsständischen Sinn umzuinterpretieren. Ihre Intention verdeutlichte der deutschnationale Abgeordnete Clemens von Delbrück am 21. Juli 1919 anlässlich der Beratung des späteren Artikels 165 der Weimarer Verfassung, des „Räteartikels“, in der Nationalversammlung. In der Räteidee, erklärte er, liege ein Gedanke, der auch bei seiner Partei Anklang gefunden habe. Es sei dies der Gedanke einer berufsständischen Kammer, in dem seine Freunde und er schon immer „ein Gegengewicht gegen die Überspannung des Parlamentarismus und gegen die Herrschaft des Parlaments“ gesehen hätten⁶.

³ Hierzu Fritz Klein, Zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur durch die deutsche Großbourgeoisie (1929–1932), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1 (1953), S. 872 ff. Im ganzen kann wohl die Haltung der Unternehmermehrheit gegenüber dem Staat von Weimar bis 1923 als ablehnend, zwischen 1924 und 1928 als neutral bezeichnet werden. Dazu Klaus Röseler, Unternehmer in der Weimarer Republik, in: Tradition 13 (1968), S. 217 ff. Auf die auch in der Stabilisierungsperiode vorhandenen Spannungen und den Auftakt zu den Konflikten in der Endphase der Republik verweist Ernst Fraenkel, Der Ruhr-eisenstreit 1928–1929 in historisch-politischer Sicht, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik, Festschrift für Heinrich Brüning, Berlin 1967, S. 97 ff.

⁴ Eine kurze Zusammenfassung in: Othmar Spann, Hauptpunkte der universalistischen Staatsauffassung, Berlin und Wien 1931².

⁵ Zusammenfassend hierzu: Heinrich Herrfahdt, Das Problem der berufsständischen Verfassung von der französischen Revolution bis zur Gegenwart, Stuttgart und Berlin 1921, S. 58 ff.

⁶ Die deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates, hrsg. von Eduard Heilfron, Bd. 6, Berlin o. J., S. 4321 f. Dazu Erich List, Der Berufsständegedanke in der deutschen Verfassungsdiskussion seit 1919, Leipzig 1930, S. 22.

Da die von der Weimarer Verfassung vorgesehene Beteiligung wirtschaftlicher Interessengruppen am Willensbildungsprozeß in dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat eine bloß provisorische Regelung gefunden hatte, lag es nahe, diesen unerfüllten Verfassungsauftrag in die Korporativismusdebatten der Jahre 1930–1933 einzu beziehen. Die Diskussionen um eine berufsständische Neuordnung mündeten damit in die allgemeinen Erörterungen einer Reichsreform, die zu jener Zeit ebenfalls ihre größte Intensität erreichten.

Von allen gesellschaftlichen Gruppen ging das Handwerk am besten vorbereitet in die neue Phase der Debatten um den Korporativismus. Nirgendwo hatten sich ständische Organisationsformen und ständische Mentalität so gehalten wie hier: der Kampf gegen die unbeschränkte Gewerbefreiheit und für die Wiedereinführung von Zwangsinnungen bildete ein Hauptthema der Handwerkerbewegung vom Vormärz bis zum Ende der Weimarer Republik. War das Kaiserreich in der Novelle zur Gewerbeordnung von 1897 den Bestrebungen der Handwerker insoweit entgegengekommen, als es Zwangsinnungen auf Antrag der Mehrheit der Innungsmitglieder ermöglichte, so schien es zeitweilig, als ob die weitergehenden Forderungen in der Weimarer Republik ihre Erfüllung finden könnten. Der Reichsverband des deutschen Handwerks legte 1921 den Entwurf einer Reichshandwerksordnung vor, der eine umfassende Pflichtorganisation des Handwerks von der Kreis- über die Landes- bis zur Reichsebene vorsah, den Innungen auch das bisher verwehrte Preisfestsetzungsrecht verlieh und sich zur „Gemeinschaftsarbeit“ von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bekannte. Die ursprüngliche Bereitschaft des Reichswirtschaftsministeriums, diesen Wünschen weitgehend entgegenzukommen, vermochte jedoch weder die Einwände anderer Interessengruppen noch die Bedenken anderer Ressorts, vor allem des Reichsfinanzministeriums, zu überwinden. Das Projekt wurde 1926 zu den Akten gelegt, nachdem der letzte Referentenentwurf auch im Handwerk selbst auf starken Widerstand gestoßen war⁷.

Das Scheitern der Reichshandwerksordnung bedeutete keineswegs das Ende der berufsständischen Ideologie des Handwerks, wie sie die theoretische Begründung des Gesetzentwurfes geprägt hatte. Das wurde besonders deutlich, als im Juli 1930 durch das Votum von Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Christlich-Nationalen und Kommunisten ein Gesetzentwurf über die Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates im Reichstag nicht die notwendige verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit erhielt. Die Spitzenverbände des Handwerks bezeichneten die Ablehnung dieser Vorlage, die „in sehr bescheidenem Maße endlich eine sachgemäße gutachtliche Mitwirkung aller Kreise der deutschen Wirtschaft an den Aufgaben der Gesetzgebung verwirklichen wollte, gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt der größten politischen Vertrauenskrise als eine schwere Zurücksetzung aller produktiven Kräfte der deutschen Volkswirtschaft“. Das „Einkammersystem [sic] in Deutschland, verbunden mit dem gegenwärtigen, die freie Willensbildung des deutschen Bürgers ausschließenden Proportionalwahlrecht“ habe „in so hohem Maße ver-

⁷ Näheres dazu in einer ausführlicheren Darstellung über Politik und Ideologie des gewerblichen Mittelstandes in der Weimarer Republik, die ich in absehbarer Zeit vorlegen werde.

sagt . . ., daß die Frage der Errichtung einer Zweiten Kammer durch organische Verbindung von Reichsrat und Reichswirtschaftsrat schleunigst zum Gegenstand ernsthafter Prüfung der deutschen Wirtschaft und der politischen Faktoren gemacht werden“ müsse⁸.

Die antiparlamentarische Tendenz, die sich in dieser Stellungnahme niederschlägt, resultierte aus der Überzeugung, daß die Interessen des Handwerks in einem auf Grund des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gewählten politischen Parlament zwangsläufig zu kurz kämen und daher das Gegengewicht eines die gewerbliche Wirtschaft besser repräsentierenden zweiten Gesetzgebungsorganes erforderten. Die „berufsständische Zersetzung des allgemeinen Parlaments“, so kommentierte der Generalsekretär des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertages, Hans Meusch, das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 14. September 1930, werde sich fortsetzen, solange nicht den berufsständischen Bestrebungen – denen nach seiner Meinung die Zukunft gehöre – ein legaler Weg zur Mitarbeit in einer auf korporativer Grundlage gebildeten Zweiten Kammer eröffnet werde⁹.

Die verfassungsmäßige Verankerung des Korporativismus war die wichtigste allgemein-politische Forderung des Handwerks. Die Errichtung eines „Ständestaates“ im Sinne Spanns stand dagegen nicht auf dem Programm der handwerklichen Spitzenverbände. Das hatte zweifellos auch taktische Gründe: der Deutsche Handwerks- und Gewerbe-Kammertag, seit 1922 eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, hätte sich eine radikale Verneinung des gesamten Verfassungsaufbaus von Weimar schwerlich leisten können. Darüber hinaus mochten Erwägungen über das mutmaßliche Übergewicht stärkerer ökonomischer Potenzen – wie der Industrie – in einem Ständestaat zu der Schlußfolgerung führen, daß die Berufsstände nicht geeignet seien, Träger des Staates zu sein und den Staat zu verkörpern. Eine „Trennung von Interessenvertretung und Staatsführung“¹⁰ schien so den handwerklichen Interessen am besten zu entsprechen – vorausgesetzt, die Staatsführung ließ der Wirtschaft freien Spielraum zum Aufbau einer korporativen Infrastruktur.

Daß trotzdem von einer weitgehenden Rezeption der „universalistischen“ Gesellschaftslehre Spanns gesprochen werden kann, geht am eindringlichsten aus der Broschüre „Berufsstandsgedanke und Berufsstandspolitik des Handwerks“ hervor, die Meusch 1931 im Auftrag des Vorstandes des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertages herausgab und unter Mitwirkung von Wilhelm Wernet verfaßt hatte. Sie enthielt ein klares Bekenntnis zum „Universalismus“, der als einzige Alternative zur „letzten Konsequenz des Individualismus“, dem Bolschewismus,

⁸ Deutsches Zentralarchiv (fortan: DZA) Potsdam, Reichskommissar für den Mittelstand, Handwerk 11¹, Bd. 1, Nr. 26 (Entschließung der Vereinigten Vorstände des Reichsverbandes des deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertages vom 15. Juli 1930).

⁹ Ebenda (Bericht über die gemeinsame Sitzung der Vorstände des Deutschen Handwerks- und Gewerbe-Kammertages und des Reichsverbandes des deutschen Handwerks am 8. November 1930 in Hannover).

¹⁰ Wilhelm Wernet, Ständewirtschaft und Ständestaat, in: Deutsches Handwerksblatt, 26. Jg. (1932), Heft 21 (1. 11.), S. 406ff.

bezeichnet wird¹¹. Das Postulat, „daß über den individualistisch-privatwirtschaftlichen Interessen des einzelnen Betriebes und des einzelnen Erwerbszweiges eine höhere selbsterzeugte Ordnungsgewalt den Prozeß der Gütererzeugung und -verteilung beeinflussen“ müsse, mutet wie eine Paraphrase Spann'scher Ideen an. Folgerichtig wird die gewerkschaftliche Forderung nach einer „Demokratisierung der Wirtschaft“ abgelehnt, da nicht der „Gedanke beiderseitiger Verpflichtung gegenüber dem Volksganzen ihre tragende Grundlage bildet, sondern die Sicherung des Anspruches größtmöglicher Rechte“. Alle Aktivität der einzelnen Erwerbsstände, Klassen und Parteien müsse, so meint Meusch, nur noch mehr zu einem Kampf der Interessengegensätze führen, solange nicht die „sittliche Einstellung der Menschen und ihrer Standesorganisationen zur deutschen Volksgemeinschaft eine andere“ werde.

Das soziale Substrat des mittelständischen Korporativismus wird deutlicher, wenn Meusch davon spricht, daß im Handwerk noch genügend sittliche Kräfte vorhanden seien, um den „Gedanken einer befriedeten und geordneten Berufsstandswirtschaft an Stelle einer brutal-egoistischen freien Wirtschaft und an Stelle des Klassenkampfes“ zu setzen, und eine Austragung der Klasseninteressen unter dem „höheren Gesichtspunkt des Standes“ und der „Standesinteressen unter dem Gesichtspunkt des Gesamtinteresses und des Gemeinwohles“ fordert. Es entsprach in der Tat dem Selbstverständnis einer wettbewerbsmüden, an der bloßen Wahrung ihres Besitzstandes interessierten Schicht, Regelungen des Wirtschaftslebens zu finden, die soziale Konflikte zu verdrängen geeignet waren. Da das Handwerk jede paritätische Mitwirkung seiner Arbeitnehmer an der Produktion ablehnte, bedeutete das die institutionalisierte Dominanz der Arbeitgeber. Da es ebenso die Konkurrenz zwischen den einzelnen Betrieben zugunsten einer koordinierenden Preisfestsetzung durch die Innungen zurückzudrängen versuchte, mündete seine ganze Ideologie schließlich in die Rechtfertigung eines Systems der konsequenten Kartellierung.

Die von Meusch entworfene Ständegesellschaft bedarf, da sie die sozialen Konflikte nur repressiv beantworten kann, folgerichtig autoritärer Sicherungen. Die Selbstbestimmung, für die Massen ein „leeres Wort“, hat zu einer „grauenhaften Entwurzelung des modernen Menschen, zur gänzlichen Formlosigkeit des sozialen Daseins geführt“. Deshalb muß der Staat „herrschen“ und „die wirtschaftliche Interessenvertretung aus dem unmittelbaren Zusammenhang der politischen Willensbildung herausgenommen“ werden¹². Dem entspricht die Forderung nach einer Ständekammer, in der sowohl die wirtschaftlichen Berufsstände wie die anderen Stände vertreten sind, neben einer politischen Vertretung.

Die Forderung, demokratische Willensbildung und Regelung des Wirtschaftsprozesses strikt zu trennen, war ein integrierender, wenn auch kein spezifischer

¹¹ Berufsstandsgedanke und Berufsstandspolitik des Handwerks, im Auftrag des Vorstandes des Deutschen Handwerks- und Gewerkekammertages, Hannover, hrsg. von dessen Generalsekretär, als Manuskript gedruckt, Hannover 1931, S. 27. Die folgenden Zitate, zum Teil unter ausdrücklicher Berufung auf Spann: ebenda, S. 61 ff.

¹² Vgl. die entsprechenden Passagen bei Othmar Spann, *Der wahre Staat*, Leipzig 1931³, S. 237 ff.

Bestandteil der Ideologie des gewerblichen Mittelstandes. Sie bildet zugleich einen gemeinsamen Nenner, auf den die verfassungspolitischen Vorstellungen der deutschen Wirtschaft insgesamt gebracht werden können. Das wird besonders in den Abhandlungen sichtbar, die der „Arbeitgeber“, das Organ der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, dem Problem der Verfassungs- und Gesellschaftsreform widmete. Wenn die Schriften Spanns – neben denen Edgar Jungs – in den Spalten dieser Zeitung als Ansätze zu einer „neuen Unternehmerideologie“ gefeiert wurden, so kann man darin nicht bloß die subjektive Meinungsäußerung eines ständisch orientierten Autors sehen¹³. Vielmehr konnte jede auf die Ausschaltung oder Eindämmung einer demokratisch legitimierten Volksvertretung gerichtete Doktrin auf die Aufmerksamkeit dieses Organs der Arbeitgeber rechnen¹⁴. Die mangelhafte Vertretung der Industrie in den Parlamenten, so wurde etwa argumentiert, verlange eine Änderung des gegenwärtigen Systems. Wohl sei eine Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts „politisch nicht ratsam“, eine Zweite Kammer auf berufsständischer Grundlage mit voller Verantwortung und Gesetzgebungskraft hingegen sehr erwägenswert. „Eines ist durch das berufsständische Parlament neben dem des gleichen Wahlrechts zu erreichen, daß die Kräfte in ihm zum Zuge kommen, die in der von der Zahl nun einmal beherrschten Parteipolitik nicht voll zur Geltung kommen.“ Nur so könnten neben dem Massenwillen die Führer der Wirtschaft Einfluß erlangen. Der Industrielle sei der „Typ des Fachmanns, der Parlamentarier der gegensätzliche des auf allen Gebieten sich Tummelnden“¹⁵.

Die Ablehnung des bestehenden parlamentarischen Systems tritt in der offiziellen Zeitschrift der Arbeitgeber so offen und so häufig zutage, daß Zweifel am repräsen-

¹³ August Heinrichsbauer, Zur Kritik der „Wirtschaftsdemokratie“, in: Der Arbeitgeber, 20 (1930), Nr. 14 (15. 7.), S. 400f. Der auch heute noch für die Arbeitgeber publizistisch tätige Heinrichsbauer, damals Herausgeber und Schriftleiter des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsdienstes sowie Mittelsmann zwischen Ruhrindustrie und Nationalsozialisten (dazu George W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, Zur Geschichte der Jahre 1918–1933, Frankfurt a. M. 1962, S. 119; August Heinrichsbauer, Schwerindustrie und Politik, Essen 1948) forderte in einem Brief an den Staatssekretär der Reichskanzlei, Planck, vom 5. September 1932 die Einrichtung eines Referats für berufsständische Fragen, „um die praktischen Vorarbeiten für die Einrichtungen des berufsständischen Aufbaus in die Wege zu leiten“. Er behauptete, daß „heute schon die Mehrheit des deutschen Volkes, nämlich] die in der NSDAP, der Deutschnationalen Volkspartei, gewissen landwirtschaftlichen Gruppen und dem Zentrum zusammengeführten Schichten auf diesem Boden“ stünden, und stellte fest: „Wenn die parlamentarische Demokratie zertrümmert wird, muß der Nation ein neuer politischer Rahmen gegeben werden.“ Bundesarchiv (fortan: BA) Koblenz, Reichskanzlei 43 I, Handel 5, Bd. 17, 1144.

¹⁴ Edgar Jungs Buch, Die Herrschaft der Minderwertigen, wurde im „Arbeitgeber“ u. a. in einer Selbstrezension des Autors (Jg. 20 [1930], Nr. 3 [1. 2.], S. 67ff.) und in einer positiven Besprechung durch Werner Wirths (ebenda Nr. 6 [15. 3.]) gewürdigt. Nach einer Mitteilung Heinrichsbauers (Schwerindustrie, a. a. O., S. 48) wurden die Arbeiten und Bücher Jungs von der Ruhrindustrie finanziell gefördert.

¹⁵ (Friedrich) Lent, Die Vertretung der Industrie in den Parlamenten, in: Der Arbeitgeber 20 (1930), Nr. 4 (15. 2.), S. 86ff. Lent war Professor des bürgerlichen Rechts in Erlangen und zu jener Zeit deutschnationaler Landtagsabgeordneter in Bayern.

tativen Charakter dieser Äußerungen kaum erlaubt sind. Der Parlamentarismus, wie er sich in Deutschland herausgebildet habe, sei – so heißt es in einem der zahlreichen Artikel des Freiburger Philosophieprofessors Georg Mehlis – eine „Interessenvertretung schlimmster Art“. Während die ursprüngliche Funktion des Parlaments eine „gesetzesberatende Tätigkeit, besonders in den Finanzvorlagen“ gewesen sei, liege jetzt alle Macht in seiner Hand und speziell in den Händen der Parteien, die die Regierung bilden. Damit sei die Exekutive zur Parteiangelegenheit geworden. „Die Macht des Reichspräsidenten ist so beschränkt, daß er in der Hauptsache den Beschlüssen des Parlaments und den Parteiforderungen sich zu fügen hat, so daß man in Deutschland von einer unbedingten Parteierrschaft sprechen kann. Diese wird aber de facto nur von einigen großen Parteiführern ausgeübt, die Mussolini nicht mit Unrecht mit den großen Baronen des Mittelalters verglichen hat.“ Wenn sich gegenüber dieser Auflösung der „organischen Einheit des Volkes“ immer wieder der Gedanke des Ständestaates erhebe, so geschehe das vor allem in der Absicht, „den verschiedenen Berufsinteressen eine angemessene Vertretung zu geben, die in sachkundiger Weise auf ihr Wohl bedacht ist, und schließlich auch um die einseitige Parlamentsherrschaft mit ihren demagogischen Umtrieben zu beenden und eine neue Vertretung im Volk zu schaffen, die sehr viel mehr den inneren Bedürfnissen des Volkslebens entspricht“. Ein Wirtschaftsparlament als organische Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte würde nicht bloß eine rein materielle Interessenvertretung sein, sondern „so etwas wie eine Führerversammlung“. Es werde in viel stärkerem Maße den Charakter einer Volksvertretung haben als das jetzige Parlament, „das sich auf die Massen als notwendiges Stimmenmaterial stützt und in dem die wichtigsten und wertvollsten Berufskreise nicht in angemessener Weise zum Ausdruck gelangen“¹⁶.

Sowenig diese Konzeption aus dem Rahmen der Arbeitgeberideologien jener Zeit herausfällt, in einzelnen Punkten ist sie doch nur für bestimmte Richtungen innerhalb der Unternehmerschaft symptomatisch. Die lobenden Bemerkungen über das faschistische Italien, die sich nicht nur in den Artikeln von Mehlis finden¹⁷, spiegeln – wie zu zeigen sein wird – nicht uneingeschränkt die Auffassung der deutschen Unternehmerkreise wider. Dasselbe gilt für die Propagierung des Ständestaates: die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die ja so unterschiedliche Interessengruppen wie Handwerk, mittelständische und Großindustrie umfaßte¹⁸, ließ in ihrem Publikationsorgan durchaus kontroverse Meinungen zu Wort

¹⁶ Georg Mehlis, Der Ständestaat, ebenda, Nr. 9 (1. 5.), S. 251 ff. Der Artikel dürfte, wie die ganze Argumentation zeigt, noch vor dem Ende der Großen Koalition am 27. März 1930 geschrieben worden sein.

¹⁷ Siehe etwa ders., Der Kampfgedanke des Faschismus, in: Der Arbeitgeber, 21 (1931), Nr. 16 (15. 8.), S. 410 f.; Max J. Wolff, Bürgertum und Sozialismus, ebenda, Nr. 7 (1. 4.), S. 162 ff.; Heinz Brauweiler, Möglichkeiten ständischer Ordnung, ebenda, Nr. 16 (15. 8.), S. 407 ff.; Eckart Weinreich, Von der Aufgabe des italienischen Wohlfahrtsinstituts (Opera Nazionale Dopolavoro), ebenda, Nr. 6 (15. 3.), S. 147 ff.

¹⁸ Dazu Gerhard Erdmann, Die deutschen Arbeitgeberverbände im sozialgeschichtlichen Wandel der Zeit, Neuwied und Berlin 1966.

kommen. Wenn Mehlis – trotz eines positiven Hinweises auf die „Carta del lavoro“ – bezeichnenderweise nicht die berufsständische Gliederung der Wirtschaft, sondern die Bedeutung eines korporativen Gegengewichts zum politischen Parlament in den Mittelpunkt seines Plädoyers stellte, so propagierten Autoren wie Karl Vorwerck, Paul Karrenbrock und der Spannschüler Walter Heinrich den umfassenden korporativen Umbau von Staat und Gesellschaft¹⁹. Daneben waren jedoch auch andere Stimmen zu vernehmen. Heinz Brauweiler etwa bejahte zwar den solidarischen Berufsgedanken, kritisierte jedoch am Universalismus Spanns die fehlende Betonung des staatlich-politischen Primats²⁰. Carl Düssel nannte den „korporativen Gedanken . . . in seiner Beziehung zum Unternehmertum durchaus nicht eindeutig“, weil er ebenso den „Anmarschweg für proletarische Staatstrusts wie den Deckmantel für ein dichter an den Leib der Privatwirtschaft angeschmiegtes Präfektensystem abgeben“ könne, „dessen Sinn und Handhabung völlig der Regierung anheimgegeben ist“²¹. Der Nationalökonom Carl Dunkmann schließlich warf Spann einen illusionären Glauben an die Möglichkeit sozialer Friedfertigkeit im Ständestaat vor²².

Den Einwänden gegenüber der berufsständischen Idee, auf deren ökonomischen Hintergrund noch zurückzukommen ist, stand keine vergleichbare Kritik an antiparlamentarischen Tendenzen gegenüber. Wenn Mehlis die Rolle des politischen Parlaments am liebsten auf Befugnisse reduziert hätte, die weit hinter den Rechten der Volksvertretung einer konstitutionellen Monarchie zurückblieben, so stand er damit nicht allein. Die soziale Funktion und die möglichen Konsequenzen dieses Antiparlamentarismus erhellen am besten aus dem frontalen Angriff, den August Heinrichsbauer kurz vor dem Bruch der Großen Koalition gegen das Verfassungssystem der Weimarer Republik richtete. Der Regierung wird vorgeworfen, daß sie nichts mehr ohne die Zustimmung des Parlaments unternehme, das sich seinerseits wieder stets auf den Willen der Wählerschaft zu berufen pflege. „Der Wettlauf der Parteien um die Gunst der großstädtischen Handarbeiter – das ist nämlich das ausschlaggebende Kennzeichen der deutschen Innenpolitik der Neuzeit – mußte eine Verantwortungslosigkeit bei den parlamentarischen Vertretungen der Massen mit Notwendigkeit erzeugen.“ Die Parteien sind so zu „Vertretern materieller

¹⁹ Karl Vorwerck, *Soziale Betriebspolitik und werksgemeinschaftlich-berufsständische Idee*, in: *Der Arbeitgeber*, 21 (1931), Nr. 16 (15. 8.), S. 405 ff.; Paul Karrenbrock, *Die Wiederkunft der organischen Ordnung*, ebenda, 22 (1932), Nr. 2 (15. 1.), S. 56 ff.; Walter Heinrich, *Ständische Wirtschaft*, ebenda, Nr. 9 (1. 5.), S. 193 ff. und Nr. 10 (15. 5.), S. 216 ff. Spann selbst hatte schon 1922 vor der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände über „Die wissenschaftliche Überwindung des Marxismus“ gesprochen und war auch im „Arbeitgeber“ zu Wort gekommen. Dazu: Herman Lebovics, *Social Conservatism and the Middle Classes in Germany 1914–1935*, Princeton, N. J., 1969, S. 131 f.

²⁰ Brauweiler, a. a. O., S. 407 ff.

²¹ Carl Düssel, *Politische Elite und berufskorporative Verantwortung*, ebenda, 22 (1932), Nr. 13 (1. 7.), S. 292 ff.

²² Carl Dunkmann, *Kritik der berufsständischen Wirtschaft nach Othmar Spann*, ebenda, Nr. 15 (1. 8.), S. 343 ff.

Majoritätsinteressen“ geworden, die sich „infolge des rein oberflächlichen Majoritätsprinzips zur tatsächlichen Herrschaft im Staat aufschwingen konnten“. Infolgedessen ist die „Wirtschaftspolitik der Neuzeit . . . nichts anderes als die Stabilisierung der Diktatur der Politik (mit stark parteipolitischem Einschlag) über die Wirtschaft“. Sieht man als Endziel der Politik der nächsten Zeit aber die Sicherstellung der Wirtschaft um jeden Preis, so muß das System gestärkt werden, „in dem die Verantwortung für den wirtschaftlichen Erfolg am ausgeprägtesten ist, nämlich die Idee der privatwirtschaftlichen eigenen Verantwortung“. Dies kann nur erreicht werden, wenn auch die „politische Verantwortung der maßgebenden Stellen“ wiederhergestellt wird: die Regierung muß Handlungsfreiheit gewinnen, „losgelöst vom Wechselspiel des Parlamentarismus“ und unter Umständen auch gegen den Willen des Parlaments. Die geschichtliche Situation glaubte Heinrichsbauer so charakterisieren zu können, daß sich die „Stände“ heute dem parlamentarischen Staat und seinen übermäßigen Anforderungen gegenüber in derselben Minderheit befänden wie in früherer Zeit gegenüber dem absoluten Herrschertum. „Das Parlament wird sich freiwillig niemals der Erkenntnis beugen, daß auch Nichtkönnen verpflichtet insofern, als der Nichtkönnende von Dingen, von denen er nichts versteht, sich fernhalten muß. Angesichts dieser Sachlage bleibt nichts anderes übrig, als daß man dem Parlament die Möglichkeit nimmt, sich an Objekten zu vergreifen, die seinen Eingriff gar nicht wollen und ihn mit Recht für verderblich halten.“²³

Heinrichsbauers Polemik war mehr als ein Plädoyer für ein Präsidialkabinett: es war ein kaum noch verhüllter Aufruf zum Staatsstreich. Die parlamentarische Verfassung des bürgerlich-liberalen Rechtsstaates sollte zugunsten eines diktatorischen Systems aufgegeben werden, weil nur so die auf dem Privateigentum beruhende Gesellschaftsordnung vor der Bedrohung durch die „großstädtischen Handarbeiter“ bewahrt werden konnte. Im Namen der wirtschaftlichen Grundlagen des bürgerlichen Rechtsstaates wurde seinen politischen Institutionen die Loyalität aufgekündigt. Um die Frage zu beantworten, ob oder inwieweit die Schlußfolgerungen Heinrichsbauers für die deutsche Wirtschaft in der Endphase der Weimarer Republik typisch waren, wenden wir uns zunächst weiteren Beiträgen zur verfassungs- und gesellschaftspolitischen Diskussion jener Zeit zu und kehren damit gleichzeitig zur Erörterung des Korporativismus zurück.

Bei der eigentlichen großindustriellen Unternehmerschaft fand der berufsständische Gedanke nur wenig Anklang. Fritz Thyssen, der von den Ideen Spannns beeindruckt war und dem italienischen Korporativsystem gute Erfolge bescheinigen zu können meinte, war in dieser Hinsicht nicht typisch. Wesentliche Änderungen der Gesellschaftsstruktur hätte eine Ständeordnung, wie sie ihm vorschwebte, freilich nicht gebracht: er wollte keine Mitbestimmung der Arbeiter, sondern nur eine institutionalisierte Informationspflicht der Unternehmer gegenüber den Be-

²³ August Heinrichsbauer, *Wirtschaftsentwicklung und Politik*, ebenda, 20 (1930), Nr. 4 (15. 2.), S. 84ff.

triebsangehörigen²⁴. Für das Gros der Industrie weitaus repräsentativer war die Position, die das Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie Clemens Lammers am 24. Juni 1952 in einer Sitzung des Hauptausschusses seiner Vereinigung bezog: „Wir Industrielle haben Sorge, daß die berufsständische Planung in Staat und Wirtschaft zum Schematismus führt und eine nicht nur bedauerliche, sondern geradezu lebensgefährliche Erstarrung der deutschen Wirtschaft zur Folge haben würde.“ Wohl wird den Verfechtern des Ständegedankens bescheinigt, daß sie den Unternehmer nicht fesseln wollen wie der „extreme Sozialismus“; ja, Lammers hält es für möglich, daß die korporative Idee eine „unvergleichliche Großtat“ vollbringen könnte, wenn sie das Wirtschaftsleben in ähnlichem Sinne inspirieren würde wie das „kollegiale Verhalten der Arbeiterschaft in vielen mir nahestehenden Betrieben anlässlich der notwendig gewordenen Arbeitsstreckungsmaßnahmen“²⁵. Aber der zentrale Einwand gegen jede praktische Verwirklichung einer berufsständischen Ordnung bleibt, daß sie den Bewegungsspielraum der Großindustrie durch Rücksichtnahmen auf weniger leistungsfähige Unternehmen in unzumutbarer Weise einschränken würde. Dasselbe gilt für jede wirkliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer – zumal wenn sie paritätische Formen annehmen sollte.

Die großindustrielle Argumentation wird e contrario durch einen Vertreter der mittelständischen Industrie bestätigt. Rudolf Görnandt, der Geschäftsführende Vorsitzende des Reichsbundes der Deutschen Metallwarenindustrie, setzte sich für eine ständische Verfassung ein, weil nur in einem solchen System der Staat „eine gesunde Verteilung der Betriebsgrößen“ herbeiführen würde, „so daß in Landwirtschaft und Industrie der konjunkturfeste Mittelstand wieder zum Kernstück der

²⁴ Fritz Thyssen, *I paid Hitler*, London 1941, S. 154ff. Thyssen will mit den Ideen Spann durch Dr. Klein von der IG Farben bekannt gemacht worden sein. Nach der Machtergreifung – im Mai 1935 – wurden Thyssen und Klein von Hitler mit der Gründung des „Nationalsozialistischen Instituts für Ständewesen“ in Düsseldorf beauftragt. Zu den führenden Mitarbeitern des Instituts gehörte Walter Heinrich. Siehe hierzu Raimund Hubert Rämisch, *Die berufsständische Verfassung in Theorie und Praxis des Nationalsozialismus*, Diss. Berlin 1957; Gerhard Schulz, *Die Anfänge des totalitären Maßnahmestaates*, in: Bracher-Sauer-Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, Köln und Opladen 1962², S. 597ff., 641ff. – Neben Thyssen trat als Anhänger ständischer Ideen im Großindustriellenlager auch der – nationalsozialistisch orientierte – Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Nord-West, Ludwig Grauert, in Erscheinung. Dazu Heinrichsbauer, *Schwerindustrie*, a. a. O., S. 56. Auf die finanzielle Förderung Spann durch Grauert verweist Walter Ferber, *Othmar Spann und der Nationalsozialismus*, in: *Civitas* 15 (1959/60), S. 547ff. Dasselbe Problem wird auch eine biographische Studie über Spann von John Haag (Houston, Texas) behandeln, dem ich für einige bibliographische Hinweise danke. Die Tatsache, daß die wenigen großindustriellen Anhänger Spann meist aus der Schwerindustrie kamen, deutet auf die traditionell autoritäre und wettbewerbsfeindliche Mentalität dieser Gruppe hin. Dazu etwa: M. J. Bonn, *Das Schicksal des deutschen Kapitalismus*, Berlin 1950², S. 53ff. Zudem mußte die Schwerindustrie im Unterschied zu anderen Branchen von einer berufsständischen Organisation keine Behinderung durch Mittel- und Kleinbetriebe befürchten.

²⁵ Clemens Lammers, *Antarkie, Planwirtschaft und berufsständischer Staat*, Berlin 1952, S. 41.

Produktion wird“. Ähnlich wie beim Handwerk steht bei ihm der Gedanke der Zwangsorganisation im Vordergrund – ein Problem, das sich der Großindustrie angesichts ihrer vielen formellen und informellen Kartelle nicht stellen konnte. Zwang wird so in der Sicht dieses Fertigwarenindustriellen zur „wirklichen und einzigen Voraussetzung der Freiheit“, der Ständestaat zur „Synthese zwischen Individualismus und Sozialismus“. Die verordnete Kartellierung gilt als legitime Waffe gegen das „raubritterliche Außenseitertum“ mit seiner „systematischen Unterbietung“²⁶. Eine effektive Mitwirkung der Arbeitnehmer ist in dem von Görnandt entwickelten Modell des Ständestaates nur in sozialpolitischen Fragen gewährleistet; „die Wirtschaftspolitik muß von denen gemacht werden, die die Wirtschaft verantwortlich führen. Deswegen verlegen wir die Wirtschaftspolitik in die Berufsstände der selbständig Tätigen.“²⁷

Während Lammers als langjähriger Reichstagsabgeordneter des Zentrums nur sehr zurückhaltend von einem „Mißbrauch“ sprach, „den unser junger Parlamentarismus und unser Parteiwesen mit der Demokratie getrieben haben“, und die fehlende „Unterordnung unter selbstgewählte Führer“ beklagte²⁸, nannte Görnandt den Ständestaat tiefer im Volk verwurzelt als den Parteienstaat. Er forderte die Einschränkung der Rechte des Reichstages zugunsten des Reichspräsidenten und einer Zweiten (oder Ersten) Kammer als Vertretung der Staaten, Bezirke und Stände – solange nicht auf den Reichstag gänzlich verzichtet werden könne. Fürs erste bleibe die Möglichkeit, daß „so wie in Italien eine große Partei entstanden ist, . . . schließlich auch das politische Übergewicht in Deutschland auf eine Partei oder eine Kombination von Parteien übergehen“ würde²⁹. In dieser Hinsicht vertrat Görnandt indessen keinen Standpunkt, der allein für die mittelständische Industrie repräsentativ genannt werden könnte. Auch Max Schlenker, Geschäftsführer des Langnamvereins und der Bezirksgruppe Nordwest des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, kam zu einem ähnlichen Ergebnis. Er forderte dazu auf, Mussolinis Versuch einer korporativen Neuordnung Aufmerksamkeit zu schenken und aus ihm zu lernen. Der bisherige Reichswirtschaftsrat habe nicht vermocht, der Übermacht von Parlament, Fraktionen und Parteien Fruchtbares entgegenzustellen. Der „Wirtschaftspolitik größerer Sachlichkeit“ sei man nicht um einen Schritt näher gekommen³⁰. Deshalb sei die Verbindung von korporativen und föderalen Elementen in einer dem Reichstag gleichberechtigten Zweiten Kammer notwendig. „Die Parteien sind bei uns längst nicht mehr Sprachrohre des politischen Willens gegenüber der Regierung und nicht mehr unentbehrliche Überwachungsorgane für eine gesunde Regierungsführung. . . . Es gilt nun Siche-

²⁶ Rudolf Görnandt, *Die Metallwaren-Industrie im Rahmen einer ständischen Verfassung*, Berlin 1932, S. 27 ff.

²⁷ Ders., *Die berufsständische Verfassung der deutschen Wirtschaft*, Berlin 1935, S. 31.

²⁸ Lammers, a. a. O., S. 42.

²⁹ Görnandt, *Metallwaren-Industrie*, a. a. O., S. 21.

³⁰ Max Schlenker, *Gedanken zum neuen Agrarprogramm*, in: *Stahl und Eisen*, 1930, S. 698. Zitiert bei Werner Sörgel, *Metallindustrie und Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 1965, S. 23.

rungen dagegen zu schaffen, daß diese wenigstens im Augenblick überwundenen Zustände jemals wiederkehren. . . . Regierungen, die eine Reichstags- und Parteiabhängigkeit im Sinne der verflossenen Jahre haben, dürfen wir jedenfalls unter keinen Umständen wiederbekommen. . . . Sinn und Zweck . . . der Verfassungsreform ist schließlich die Sicherung einer machtvollen, von den Parteien unabhängigen Regierung.“³¹

Die bisher erörterten Stellungnahmen aus Kreisen der Industrie versetzen uns noch nicht in die Lage, generalisierende Aussagen über die verfassungs- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der deutschen Wirtschaft insgesamt zu machen. Wir haben uns zuvor Gruppen zuzuwenden, die traditionell „links“ von der Schwerindustrie standen: den Interessenverbänden und Organisationen, in denen Handel und Banken eine gewichtige Rolle spielten. Zu ihnen gehörte insbesondere der Deutsche Industrie- und Handelstag, der an der Korporativismusdebatte der letzten Jahre der Weimarer Republik ein bemerkenswertes Interesse zeigte³². Die Stellung dieser Dachorganisation der Industrie- und Handelskammern zu einer berufsständischen Gliederung der Gesellschaft war eindeutig negativ. So bemängelte die „Deutsche Wirtschaftszeitung“, das Organ des Deutschen Industrie- und Handelstages, am italienischen Korporativismus die Tatsache, daß er den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit nicht aufgehoben, sondern nur „lahmgelegt“ habe³³. Selbst wenn man dem Faschismus konzedieren müsse, daß er dazu beigetragen habe, einen „schädlichen Verschleiß von Kräften in sozialen Kämpfen zu vermeiden“, so seien doch die wachsende Bürokratisierung und die dadurch verursachten finanziellen Belastungen von Staat und Wirtschaft alles andere als ermutigend. „Der faschistische Korporationsstaat kann . . . nicht als ein Musterbeispiel für wirtschaftspolitische Organisationspläne angesehen werden, die von der Auffassung ausgehen, daß durch paritätische Organe eine gemeinsame Willensbildung miteinander im Interessengegensatz stehender Bevölkerungsgruppen herbeigeführt werden könnte.“³⁴

Eine Parität von Arbeitgebern und Arbeitnehmern wurde für die deutschen Industrie- und Handelskammern als sinnlos abgelehnt, da es in ihnen weder Parteien gebe, noch um Entscheidungen gehe. „Es hieße der deutschen Wirtschaftsorganisation ein welsches Gesicht geben, wollte man sie nach faschistischem Muster neu prägen.“ Jede vom Staat ausgehende Organisation der Wirtschaft würde die Wirtschaft zersplittern und – anstatt die Harmonie zu fördern – die Interessenkämpfe vermehren³⁵. Dagegen sei eine gesetzlich verankerte Beratung der Exekutive durch

³¹ Max Schlenker, *Gesunde Wirtschaft im starken Staat*, in: *Stahl und Eisen*, 1932, S. 1169. Zitiert bei Sörgel, a. a. O., S. 24.

³² Zur politischen Rolle dieses Gremiums in Kaiserreich und Weimarer Republik siehe Dieter Schäfer, *Der Deutsche Industrie- und Handelstag als politisches Forum, Eine historische Studie zum Verhältnis von Politik und Wirtschaft*, Hamburg 1966.

³³ Die Vollendung des korporativen Staates, in: *Deutsche Wirtschaftszeitung*, 28 (1931), Nr. 26 (25. 6.), S. 612f.

³⁴ Helmut Klein, *Der berufsständische Gedanke im italienischen Korporationssystem*, in: ebenda, 29. Jg. (1932), Nr. 30 (28. 7.), S. 716ff.

³⁵ Josef Wilden, *Die berufsständische Organisation der Wirtschaft, Gedanken eines Prak-*

die existierenden Unternehmerkammern und noch zu schaffende Arbeitnehmerkammern erwägenswert⁸⁶. Die Gründe für diese Ablehnung einer berufsständischen Umformung der Wirtschaft erläuterte das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages, der frühere demokratische Reichswirtschaftsminister Eduard Hamm, indem er darauf hinwies, daß die Einheitlichkeit des Berufsstandes bei Handwerk und Landwirtschaft stärker in natürlichen Gegebenheiten begründet sei als in anderen wirtschaftlichen Berufen. Zumal in Industrie und Handel begegne die Eingliederung des einzelnen größeren Schwierigkeiten als eine Betrachtung von außen meine. In Zeiten einer dynamisch bewegten Wirtschaft müsse auch einer „Dynamik der persönlichen Kräfte“ Raum gegeben werden. „Je mehr die berufsständischen Körperschaften über die Beratung gemeinsamer Angelegenheiten hinaus zu zwingenden planwirtschaftlichen Entscheidungen berufen werden, vollends zu solchen, die auch jenseits des eigenen Bereiches des Berufsstandes wichtige Lebensbereiche berühren, um so breiter kann allzu leicht die Straße werden, auf der hinter den berufsständischen Fahnen der Staat als Schlichter und Richter wieder einziehen wird.“⁸⁷

Die antidirigistische Argumentation Hamms könnte zunächst den Eindruck erwecken, als ob Teile der Unternehmerschaft in Industrie, Handel und Bankgewerbe lediglich an einer Restauration des wirtschaftlichen Liberalismus, einer Abkehr vom „organisierten Kapitalismus“, interessiert gewesen wären⁸⁸. In der Tat durch-

tikers, Köln 1932, S. 38 ff. Wilden war Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Düsseldorf.

⁸⁶ Hugo Kanter, Staat und berufsständischer Aufbau, o. O. 1932. Ein Exemplar dieser als Manuskript gedruckten Schrift des Syndikus der Handelskammer Braunschweig befindet sich im BA Koblenz, Reichswirtschaftskammer, R 11-377. Kanter wirft Spann „Staatsvergottung“ vor und unterstreicht mit seiner Feststellung, Zwangskartellierungen seien für „viele selbständige Unternehmer, die unter der gegenwärtigen Zerrüttung des Marktes schwer leiden“, verlockend, die unterschiedlichen Interessen zwischen Groß- und Kleinunternehmerschaft (Ebenda, S. 8).

⁸⁷ Eduard Hamm, Zum Problem des berufsständischen Aufbaus, in: Deutsche Wirtschaftszeitung, 29 (1932), Nr. 50 (28. 7.), S. 709 ff. Siehe dazu auch: Handelskammerstimmen zur berufsständischen Organisation der Wirtschaft, ebenda, 29 (1932), Nr. 31 (4. 8.), S. 751 und: Weitere Stimmen zur Frage des berufsständischen Aufbaus, ebenda, 29 (1932), Nr. 44 (3. 11.), S. 1059 f.

⁸⁸ Den „organisierten Kapitalismus“ charakterisierte Kanter unter Hinweis auf Werner Sombart (Die Zukunft des Kapitalismus, Berlin 1932) folgendermaßen: „Die Staatspolitik nimmt weitgehend Einfluß auf die Produktionspolitik, ja der Staat hat nicht nur eine Fülle von Unternehmungen aus privater Hand übernommen, sondern auch darüber hinaus rein kapitalmäßig an Banken, Schiffahrtsgesellschaften, Bergwerksgesellschaften, Eisen schaffenden Unternehmungen und vielen anderen mehr sich beteiligt.“ Als einen Repräsentanten dieses „organisierten Kapitalismus“ bezeichnete er Mussolini (Kanter, a. a. O., S. 4 ff.). Vom typischen liberal-individualistischen Pathos des Unternehmerlagers wich deutlich Hans Reupke, Mitglied der Geschäftsführung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und seit 1931 auch der NSDAP, ab. Er bejahte die im italienischen Faschismus verwirklichte Form einer staatlichen Wirtschaftssteuerung auf dem Boden des Privateigentums als zeitgemäß und forderte ihre Übertragung auf Deutschland. Siehe ders., Das Wirtschaftssystem des Faschismus, Berlin 1930; Unternehmer und Arbeiter in der faschistischen Wirtschaftsdeidee, Berlin 1931. Über Reupke jetzt: Klaus-Peter Hoepke, Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus, Düsseldorf 1968, S. 181 ff.

zieht der Ruf nach „Wiederherstellung der Entfaltungsmöglichkeiten freier Marktwirtschaft“³⁹ alle Manifestationen von Großhandel und Großindustrie⁴⁰. Wie wenig sich jedoch die Bestrebungen dieser Gruppen in einem solchen Appell erschöpften, geht aus der ständig wiederholten Forderung nach einer „Reichsreform“ hervor⁴¹. In Übereinstimmung mit dem „Bund zur Erneuerung des Reiches“ – einem für die Verflechtung der Machteliten der späten Weimarer Republik geradezu idealtypischen Gremium – verstand man darunter nicht nur eine Neuregelung des Verhältnisses von Reich, Ländern und Gemeinden, sondern namentlich auch eine Verstärkung der Präsidiengewalt und eine Minderung der Rechte des Reichstages zugunsten eines neuen korporativ-föderativen Verfassungsorgans, das den bisherigen Reichsrat und weithin auch den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat ersetzen sollte. Der Zustimmung dieser Kammer, des neuen Reichsrats, sollten nach Ansicht des Erneuerungsbundes insbesondere Reichstagsbeschlüsse über Ausgabenerhöhungen und Neuausgaben bedürfen, die gegen den Willen der Regierung gefaßt worden waren. Im übrigen war zur Aufhebung von Beschlüssen des neuen Reichsrats eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag vorgesehen. Die vorgeschlagenen Modelle für die Zusammensetzung des neuen Reichsrats hätten in jedem Fall eine Majorisierung der Arbeitnehmerschaft bedeutet. Ebendies war der eigentliche Sinn der „konstitutionellen Demokratie“, wie sie mit einer solchen Verfassungsreform erstrebt wurde. In der Sprache des Erneuerungsbundes hieß das: um der „Vielgestaltigkeit und Gegensätzlichkeit des Parteiwesens“ entgegenzuwirken, sei es notwendig, „ein die nationale Einheit in anderer Gestalt wirksam machendes Gegengewicht“ zu schaffen. Diese Aufgabe könnten die „berufsständischen Kräfte“, diese „starke Realität im deutschen Volksleben“, erfüllen, weil allein sie zu „jener über den Parteien stehenden abgeklärten Beurteilung der Aufgaben und Zweifel des öffentlichen Lebens“ in der Lage seien, „die bei den heutigen Gesetzgebern oft schmerzlich vermißt wird“⁴².

³⁹ „Wirtschaftsfreiheit gegen Wirtschaftsnot!“, in: Mitteilungen des Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie, Nr. 7 (1. 7. 1931), S. 1.

⁴⁰ Besonders massiv wird diese Forderung im „Manifest der Wirtschaft“, einer gemeinsamen Erklärung der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft vom 29. September 1931 erhoben, das einen umfangreichen Abbau der Steuerbelastungen der Wirtschaft und der öffentlichen Ausgaben sowie eine Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse fordert (Text u. a. in: Deutsche Wirtschaftszeitung, 28 [1931], Nr. 40 [1. 10.], S. 949ff.).

⁴¹ Dazu Gerhard Schulz, *Zwischen Demokratie und Diktatur, Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik*, Bd. 1, Tübingen 1963.

⁴² Das Problem des Reichsrats, hrsg. vom Bund zur Erneuerung des Reiches, Berlin 1930, bes. S. 51ff. Zu den Mitgliedern des Vorstandes und des Arbeitsausschusses des Erneuerungsbundes, die auch die Schrift über den Reichsrat unterzeichneten, gehörten neben hohen Beamten, Universitätsprofessoren, Rittergutsbesitzern und Politikern aller bürgerlichen Parteien auch zahlreiche Vertreter des Wirtschaftslebens. – Auf die Rolle, die die Reparationen bei den Forderungen der Industrie nach einer Beschränkung der Ausgabenkompetenz der Parlamente spielten, verweist das bei Schulz, *Demokratie*, a. a. O., S. 659ff., abgedruckte Aide-memoire des Reichsverbandes der deutschen Industrie vom 23. November 1927.

Die Frage bleibt, bis zu welchen Konsequenzen und mit welchen Verbündeten die verschiedenen Wirtschaftskreise ihre Forderungen nach einer Verfassungsrevision zu verfechten gewillt waren. Je stärker die Aversion gegen das parlamentarische Repräsentativsystem im Unternehmerlager wuchs, desto mehr mußten politische Bewegungen an Interesse gewinnen, die grundsätzlich auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaftsordnung standen, gleichzeitig aber den Verfassungsaufbau von Weimar radikal in Frage stellten. Diese Bedingung wurde von den Nationalsozialisten erfüllt. Schwierigkeiten ergaben sich jedoch aus der Unbestimmtheit der wirtschaftspolitischen Vorstellungen der NSDAP im allgemeinen und ihrer Haltung zum Korporativismus im besonderen.

II

Die tatsächliche Bedeutung ständischer Parolen in der Politik der Nationalsozialisten war für die Unternehmer nur schwer erkennbar⁴³. Das Parteiprogramm vom 24. Februar 1920 forderte in Punkt 25 die „Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten“⁴⁴. Hitler erwähnte Ständekammern in „Mein Kampf“ im Zusammenhang mit der „Gewerkschaftsfrage“: „Den Wirtschaftskammern selbst wird die Verpflichtung zur Inbetriebhaltung der nationalen Wirtschaft und zur Beseitigung von diesen schädigenden Mängeln und Fehlern obliegen. Was heute durch die Kämpfe von Millionen ausgefochten wird, muß dereinst in Ständekammern und im zentralen Wirtschaftsparlament seine Erledigung finden.“⁴⁵ Feder rühmte die „unübertreffliche Meisterschaft“, mit der Othmar Spann „die soziologischen Grundlagen des heutigen individualistisch gebauten Staates im Gegensatz zu dem Hochziel der universalistischen Ordnung der Gesellschaft wissenschaftlich begründet“ hat⁴⁶. Eine Präzisierung von Funktion und Zusammensetzung der Stände im nationalsozialistischen Staat findet sich weder bei Hitler noch bei Feder. Auch Rosenberg erwähnte nur „dem organischen Leben entwachsene Ständekammern“, die neben Volksvertretungen als Berater, „keineswegs als Beherrscher“ der Zentralgewalt dienen sollten⁴⁷.

⁴³ Zum Folgenden insbesondere Rämisch, a. a. O., passim, sowie Justus Beyer, *Die Ständeideologien der Systemzeit und ihre Überwindung*, Darmstadt 1941, S. 302ff.

⁴⁴ Gottfried Feder, *Das Programm der N.S.D.A.P. und seine weltanschaulichen Grundgedanken*, München 1930¹², S. 9.

⁴⁵ Adolf Hitler, *Mein Kampf*, München 1933²⁴, S. 677. Offenbar sind die Wirtschaftskammern als Unternehmerorgane, die Ständekammern und das zentrale Wirtschaftsparlament als Organe gedacht, in denen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammenwirken sollen. Die Gewerkschaften erklärt Hitler vor allem für notwendig als „Bausteine des künftigen Wirtschaftsparlaments beziehungsweise der Ständekammern“ (ebenda, S. 672).

⁴⁶ Feder, a. a. O., S. 17.

⁴⁷ Alfred Rosenberg, *Wesen, Grundsätze und Ziele der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei*, München 1932 (160. Tausend), S. 46 (Kommentar zu Punkt 25 des Parteiprogramms).

Gerade der vage und widersprüchliche Charakter der frühen parteioffiziellen Äußerungen zum Ständeproblem gab den nationalsozialistischen Interpreten des zweiten und dritten Gliedes einen weiten Spielraum für die gedankliche Ausfüllung. Hans Buchner, dessen Ausführungen als offiziös gelten können, grenzte sich im Jahre 1930 eindeutig vom Universalismus Spanns ab. Die Stände werden als „artgleiche Verrichtungsgruppen“ bezeichnet, aus deren Stufenbau sich der Organismus der Volkswirtschaftsgesamtheit bildet. Ihre Aufgabe besteht in der „Schaffung, Ordnung und Absetzung aller lebensnotwendigen Kräfte und Energien im Dienste der raumwirtschaftlich organisierten, national-politisch umgrenzten Volksgemeinschaft“. Auf keinen Fall dürfen sie die „politische Suprematie“ gefährden; sie werden deshalb „in ein Organisationsnetz sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Arbeitsleistung unter der obrigkeitlichen Suprematie einer Regierung gespannt, welche die oberste Gerechtsame innehat und unbedingte Unterordnung unter die Interessen der Volksgemeinschaft fordert“⁴⁸. In eine ähnliche Richtung zielt Frauendorfer, der nach der Machtergreifung mit der Leitung des Amtes für ständischen Aufbau in der Reichsleitung der NSDAP beauftragt wurde: Die Stände haben bei ihm ebenso wie bei Buchner die primäre Aufgabe, den Klassenkampf durch organisatorische Zusammenfassung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu überwinden, aber sie konstituieren keinen Ständestaat. Mehr als ein Beratungs- und Antragsrecht steht den ständischen Kammern nicht zu, denn es muß dem Staat „möglich sein, auch den größten wirtschaftlichen Veränderungen durch rein-organisatorische Maßnahmen gerecht zu werden“⁴⁹.

Soweit die Vorschläge Buchners und Frauendorfers organisatorische Details enthielten, blieben auch sie unverbindliche Ausarbeitungen ihrer Verfasser. Mit der Betonung des Primats der Politik und der Ablehnung einer staatsunabhängigen Wirtschaft⁵⁰ gaben sie jedoch einer Forderung Ausdruck, die der späteren Praxis des Nationalsozialismus entsprach. Sie war mit dem Spannschen Universalismus unvereinbar und bedeutete darüber hinaus nicht nur eine Distanzierung von Feder, sondern auch von dem linken Flügel der NSDAP, der in starkem Maß mittelständisch-korporativen Ideen verhaftet war⁵¹. Der letzteren Richtung war auch Otto Wilhelm

⁴⁸ Hans Buchner, Grundriß einer nationalsozialistischen Volkswirtschaftslehre, Nationalsozialistische Bibliothek, Heft 16, München 1934⁷, S. 30 ff.

⁴⁹ Max Frauendorfer, Der Ständische Gedanke im Nationalsozialismus, Nationalsozialistische Bibliothek, Heft 40, München 1953² (1952¹), S. 24 ff.

⁵⁰ Sehr ausgeprägt ist diese Tendenz auch bei Dietrich Klagges, Soziale Gerechtigkeit durch Organisation und Berechnung, in: Nationalsozialistische Briefe, 5 (1929/50), S. 29 ff. (Zitiert bei Harald Braeutigam, Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus, Berlin 1952, S. 7 f.). Hier wird den ständestaatlichen Organisationen die einwandfreie, mathematisch exakte Berechnung aller Faktoren aufgetragen, auf die es für eine gerechte Wertverteilung ankomme. Die Selbstverwaltung der Wirtschaft wird stärker betont in der ebenfalls nicht parteioffiziellen Schrift von Hans Reupke, Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft, Berlin 1931. Zur „Suprematie der Politik“ im Nationalsozialismus: Tim Mason, Der Primat der Politik, Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument, Berliner Hefte für Probleme der Gesellschaft 8 (1966), Heft 6, S. 473 ff.

⁵¹ Zur Programmatik des Strasser-Flügels der NSDAP: Reinhard Kühnl, Die national-

Wagener, seit 1931 Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung in der Reichsorganisationsleitung der NSDAP, zuzurechnen⁵². Seine Vorstellungen von ständischer Reform verdienen besondere Beachtung, weil sie für das Verhältnis von Wirtschaft und Nationalsozialismus nicht ohne Wirkung geblieben sind. Wagener entwarf ein Modell, das zwar ebenfalls den Vorrang der Politik vor der Wirtschaft gewährleistet, die Abgrenzung und Angleichung der gegenseitigen Interessen aber den „Führern der Wirtschaft und den Berufsständen weitestmöglich selbst überlassen“ wollte. Nur da, wo die „gegenseitige Befriedigung nicht erreicht wird, oder wo lebenswichtige Interessen des Staates und des Volkes berührt werden, wird der Staat schlichtend oder gesetzgeberisch eingreifen“.

Der organisatorische Niederschlag dieser nationalsozialistischen Version des Subsidiaritätsprinzips sah folgendermaßen aus: Die „kooperative Wirtschaft“ wird schon im einzelnen Betrieb praktiziert. Betriebsräte sichern die „Gemeinschaftsarbeit“; sie wirken vermittelnd bei der Regelung der gesamten Arbeitsbedingungen, der Lohn-, Gehalts- und Urlaubsfragen mit. Streik wird unter Strafe gestellt. Bei Tarifkonflikten und individuellen Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern entscheidet ein vom Staat ernannter Schlichter. Den Berufsverbänden der Unternehmer, Angestellten und Arbeiter fällt die Aufgabe zu, innerhalb ihres Bereiches die Grundzüge der Arbeitsbedingungen, Löhne und Gehälter gemeinsam festzusetzen. In den bezirklichen Wirtschaftskammern, die durch Ausbau der bereits bestehenden Industrie- und Handelskammern, Landwirtschaftskammern sowie Handwerks- und Gewerbekammern gebildet werden, sind auch die Arbeitnehmer vertreten – in welcher Quantität, bleibt offen. Die Kammern sind zuständig für alle Fragen, die die Bedingungen der Produktion und des Absatzes sowie das Verhältnis zu anderen Wirtschaftsbezirken und zum Staat betreffen. Der Präsident der Wirtschaftskammer wird vom nationalsozialistischen Staat ernannt und kann nur von ihm abgesetzt werden. Abstimmungen finden nicht statt: „Die Kammer berät, der Präsident beschließt.“ Zusammengefaßt werden die Wirtschaftskammern im Reichswirtschaftsrat – einem Organ des Reichswirtschaftsministeriums mit rein beratenden Funktionen. Daneben gibt es als „oberste Vertretung des schaffenden Volkes“ ein Wirtschaftsparlament, das sich zum einen Teil aus Vertretern der Stände und Berufsverbände, zum anderen aus Vertretern der Wirtschaftskammern und des Reichswirtschaftsrates zusammensetzt. Abstimmungen finden auch hier nicht statt: „Beschlüsse faßt einzig und allein der verantwortliche Beauftragte des nationalsozialistischen Staates.“ Über dem Wirtschaftsparlament und dem – ebenfalls vorgesehenen – politischen Parlament steht als „oberster Wächter der res publica“ ein Senat, „die höchste Institution des Volkes, die Vereinigung derjenigen Männer, die die letzte Verantwortung sowohl dem Staat und dem Oberhaupt des

sozialistische Linke 1925–1930, Meisenheim am Glan 1966; ders., Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken, Das Strasser-Programm von 1925/26, in dieser Zeitschrift 14 (1966), S. 317 ff.

⁵² Zur Gliederung der Reichsorganisationsleitung und ihren Veränderungen 1931/32: Schulz, Anfänge, a. a. O., S. 395, 405.

Vierteljahrshefte 2/4

Staates gegenüber, sowie umgekehrt für den Staat dem Volk gegenüber tragen“⁵³.

Die Auseinandersetzungen um Wageners Vorschläge werden nur verständlich auf dem Hintergrund des allgemeinen Verhältnisses zwischen den einzelnen Wirtschaftsverbänden und dem Nationalsozialismus. Generell läßt sich sagen, daß das antikapitalistische Syndrom der nationalsozialistischen Ideologie beim größten Teil der Unternehmerschaft zunächst Abwehrreflexe hervorrief. Sie verloren freilich in demselben Maße an praktischer Bedeutung wie der „Antikapitalismus“ der NSDAP selbst. Für einige der hier behandelten Interessengruppen waren aber nicht nur die vermeintlichen sozialistischen Elemente und die generelle wirtschaftliche Verschwommenheit der nationalsozialistischen Programmatik Gegenstand skeptischer Kommentare⁵⁴, sondern ebenso die berufsständischen Ideen dieser Bewegung. Seit von einer antikapitalistischen Haltung zumindest der Führung der NSDAP nicht mehr die Rede sein konnte, bildete der Korporativismus eines der zentralen Themen in den Auseinandersetzungen zwischen Großunternehmerschaft und Nationalsozialisten. Für diejenigen Gruppen, die von ihrer Interessenlage her einer ständischen Wirtschaftsordnung keine Vorzüge abgewinnen konnten, waren die korporativen Elemente im Programm der NSDAP der eigentliche Anlaß zur kritischen Erörterung dieses Problems.

Mißtrauen gegenüber angeblich nur verhüllten marxistischen Tendenzen bei Völkischen und Nationalsozialisten charakterisiert auch die Haltung des Handwerks vor der Weltwirtschaftskrise⁵⁵. Meusch rechnete noch 1931 die Nationalsozialisten nicht zu den bürgerlichen Parteien, zog sie aber bereits als mögliche Vertreter handwerklicher Interessen in Betracht. Wohl sei „der universalistische, berufsständische Gedanke des Nationalsozialismus... stark mit politischen Momenten belastet“; es sei jedoch festzustellen, „daß mit der Ausbreitung des Nationalsozialismus ein

⁵³ Otto Wagener, Nationalsozialistische Wirtschaftsprobleme, in: WPD, Wirtschaftspolitischer Pressedienst, Nationalsozialistische Wirtschaftskorrespondenz, 2 (1931), Nr. 5 (4. 2.), Nr. 6 (11. 2.), Nr. 7 (18. 2.). – Eine drittelparitätische Besetzung sah Wagener nach der Machtergreifung nur für die „sozialpolitischen Ausschüsse“ der Bezirks-, Landes- und Reichsfachgruppen vor, während er in den wirtschaftspolitisch wichtigeren „Fachausschüssen“ z. B. zehn Unternehmervertretern fünf Arbeiter- und drei Angestelltenvertreter gegenüberstellen wollte. Ders., Nationalsozialistische Wirtschaftsauffassung und berufsständischer Aufbau, Berlin 1933, S. 15.

⁵⁴ Zur Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftsprogramm der NSDAP im allgemeinen siehe insbesondere: Georg Schroeder, Das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm, in: Der Arbeitgeber, 20 (1930), Nr. 14 (15. 7.), S. 404ff., Das Wirtschaftsprogramm des Nationalsozialismus, in: Deutsche Wirtschaftszeitung, 29 (1932), Nr. 33 (18. 8.), S. 781ff.; Nr. 34 (25. 8.), S. 807ff.; Nr. 36 (8. 9.), S. 857ff.; Nr. 38 (22. 9.); S. 906ff.; Nr. 40 (6. 10.), S. 955ff. Diese anonym erschienenen Artikel sind vom Schriftleiter der Deutschen Wirtschaftszeitung, Rieker, verfaßt worden (BA Koblenz, Reichswirtschaftskammer, R 11-377 [Hamm an Kanter am 17. September 1932]).

⁵⁵ Z. B. Nordwestdeutsche Handwerks-Zeitung, 29 (1924), Nr. 17 (24. 4.) und Nr. 47 (20. 11.). Das Verhältnis von gewerblichem Mittelstand und Nationalsozialismus wird ausführlich in meiner in Anm. 7 angekündigten Arbeit behandelt werden.

starker Einbruch in das individualistische Zeitdenken, vornehmlich in den Bereich des Liberalismus, erfolgt ist. Im Gebiet der politischen Willensbildung ist den individualistischen Gruppen ein universalistischer Gegner erwachsen.⁵⁶ Daß es bereits zu Beginn des Jahres 1931 zu Verhandlungen zwischen Vertretern der handwerklichen Spitzenverbände und dem Wirtschaftsreferenten der NSDAP, Wagener, kam, ist kaum erstaunlich. Der Ausgang dieser Unterredung scheint freilich für die Sprecher des Handwerks eher enttäuschend gewesen zu sein: angesichts der heftigen internen Kritik an dem Münchner Gespräch meinte der Generalsekretär des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, Hermann, das Gute daran sei gewesen, daß den Führern des Handwerks die Augen geöffnet worden seien über „die durch und durch staatssozialistischen Wirtschafts- und Finanzpläne der Nationalsozialisten“⁵⁷. Mochte dies auch mehr eine taktische Absetzbewegung sein – die Bedenken der offiziellen Verbandsführung gegenüber der von den Nationalsozialisten verfochtenen „Suprematie der Politik“ fanden auch weiterhin ihren publizistischen Niederschlag⁵⁸. Die massenhafte Abwanderung der Handwerker zur NSDAP, gefördert durch die nationalistische Agitation der freien Handwerkerbünde, konnte dadurch freilich ebensowenig aufgehalten werden wie die sofortige totale Anpassung der Handwerkerverbände an die neuen Machthaber nach dem 30. Januar 1933.

Übten die korporativen Tendenzen der NSDAP auf den gewerblichen Mittelstand eine gewisse Faszination aus⁵⁹, so kann beim Gros der Industrie und des Handels davon keine Rede sein. Lammers gab einer weitverbreiteten Meinung Ausdruck, wenn er unter Hinweis auf „gewisse politische Bewegungen“ davor warnte, ständische Ideen „mit einem Ruck – fast wie durch militärischen Befehl – in die volle Wirklichkeit“ umzusetzen. Im Unterschied zu der von Spann und Heinrich initiierten und in sich problematischen „geistigen Bewegung“ scheinere der „Nationalsozialismus allerdings radikaler vorgehen zu wollen, indem er dasjenige weitgehend

⁵⁶ Berufsstandsgedanke, a. a. O. (vgl. Anm. 11), S. 116, 157. Meusch beruft sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die korporativen Entwürfe Wageners.

⁵⁷ DZA Potsdam, Reichskommissar für den Mittelstand, Handwerk 11¹, Bd. 1, Nr. 26 (Niederschrift über die gemeinsame Sitzung der Vorstände des Reichsverbandes des deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbeammertages am 10. Februar 1931 in Hannover).

⁵⁸ Berufsstandsgedanke, a. a. O., S. 102; Wilhelm Wernet, Das Handwerk in der berufsständischen Wirtschaft, Berlin und Wien 1932, passim.

⁵⁹ Zur Affinität der harmonistischen Gesellschaftsbilder von Mittelstand und Nationalsozialismus im allgemeinen: M. Rainer Lepsius, Extremere Nationalismus, Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung, Stuttgart 1966, S. 9 ff. In der Landwirtschaft war eine im weiteren Sinne „ständische“ Mentalität – in polemischer Abgrenzung von Klassenbewußtsein – ebenfalls verbreitet; die Rolle einer ausgeprägten Integrationsideologie spielte sie jedoch nur dort, wo zahlreiche abhängige Arbeitskräfte die entscheidende Voraussetzung für die Produktion waren. Dazu etwa: Claus von Eickstedt, Die Landwirtschaft als Berufsstand, in: Die Tat, 17 (1925/26), S. 469 ff.; v. Rohr, Der Aufbau des Pommerschen Landbundes, in: Karl Vorwerck (Hrg.), Die berufsständische Wirtschafts- und Sozialordnung, Berlin 1933, S. 47 ff.

mißachtet, was andere schufen“⁶⁰. Ähnlich begründete Hamm seine Kritik am Nationalsozialismus. Von der Staatsauffassung dieser Bewegung aus, „die im Grunde eben doch sich derjenigen des ‚totalitären Staates‘ nähert“, sei die wirtschaftliche Richter- und Schlichterfunktion des Staates gar nicht als Fehler anzusehen. Führerentscheide, auch wenn sie auf dem Rat von Sachverständigen beruhten, stellten aber kaum eine Regelung dar, die zur „Entlastung des Staates und zu einer Minderung der Bürokratie“ führen würden. Überhaupt sei von einer Überschätzung des Organisatorischen auf Kosten des Organischen zu warnen⁶¹.

Wie stark die berufsständischen Ansätze in Programm und Propaganda der NSDAP führende Wirtschaftskreise beunruhigten, geht besonders deutlich aus den Reaktionen des Deutschen Industrie- und Handelstages hervor. Das Problem gewann im Jahre 1932 auch dadurch an Brisanz, daß den Nationalsozialisten einzelne Einbrüche in örtliche Industrie- und Handelskammern gelungen waren. Einer ihrer Exponenten, der Syndikus der Schwarzwälder Handelskammer in Villingen, Karl Jordan, hatte bereits im Januar für die „endgültige Auseinandersetzung mit dem Marxismus“ plädiert und zu diesem Zweck die Abschaffung des parlamentarischen Systems gefordert. In der korporativen Ordnung, wie Jordan sie unter Berufung auf Spann skizzierte, sollte dann die Industrie in einen öffentlich-rechtlichen Rahmen gestellt werden. Das würde es ihr ermöglichen, „staatliches Subjekt zu werden und nicht nur ein Objekt des Staates zu sein, was auch der Kernpunkt der Sache ist . . .“⁶². In einem Brief an Hamm vom 24. Juni 1932 wurde Jordan noch deutlicher: das Unternehmertum habe sich von jeher alles aufzwingen lassen und seine staatspolitischen Aufgaben leider immer ganz und gar mißverstanden. „Erst der Nationalsozialismus gibt nun dem Unternehmertum als Teil ganzem seine positive Bedeutung für den Staat.“⁶³

Um eine Übersicht über die nationalsozialistischen und sonstigen Bestrebungen in Richtung auf eine korporative Ordnung zu erhalten, setzte der Verfassungsausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages im Juni 1932 einen besonderen Arbeitsausschuß ein, der sich mit diesen Plänen und ihren möglicherweise schon bald zu erwartenden praktischen Auswirkungen auf die Handelskammerorganisation auseinandersetzen sollte⁶⁴. Darüber hinaus versuchte man etwa durch Ge-

⁶⁰ Lammers, a. a. O., S. 35, 39.

⁶¹ Hamm, a. a. O., S. 715.

⁶² BA Koblenz, Reichswirtschaftskammer, R 11-377. Jordan machte diese Ausführungen in einem Vortrag über „Berufsständische Gliederung und kapitalistische Wirtschaftsordnung“ in der Sitzung der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände am 12. Januar 1932 in Karlsruhe.

⁶³ BA Koblenz, Reichswirtschaftskammer, R 11-377.

⁶⁴ Neben den nationalsozialistischen Bestrebungen stand auch der katholische Korporativismus, wie er in der Enzyklika ‚Rerum novarum‘ (1931) seinen Niederschlag gefunden hatte, zur Debatte. Als ethisches Prinzip wurde letzterer von einigen katholischen Unternehmervertretern, insbesondere von Josef Wilden, bejaht. Ebenso wie der DIHT bildete auch der Reichsverband der deutschen Industrie zur gleichen Zeit einen Ausschuß zur Erörterung berufsständischer Fragen (BA Koblenz, Reichswirtschaftskammer, R 11-1377).

sprache mit Wagener, als Beauftragtem der Parteileitung, nähere Aufschlüsse über die ständischen Zielsetzungen der NSDAP zu erhalten⁶⁵. Mit Erleichterung wurden im Spätsommer 1932 Anzeichen für eine zunehmende Zurückhaltung der Nationalsozialisten in der Ständefrage begrüßt. Die Haltung der NSDAP schien „unsicher“ geworden⁶⁶: Nachdem die Nationalsozialisten mit ihrem Wirtschaftsprogramm in der Wirtschaft „wenig Anklang“ gefunden hatten, wollten sie offenbar „diese Kreise nicht weiter vergrämen“⁶⁷. „Irgendeine ernsthafte Absicht“, berufsständische Pläne weiter zu betreiben, seien, so versicherte der Bochumer Handelskammersyndikus und volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Otto Hugo auf Grund „genauer Unterrichtung“, innerhalb der NSDAP nicht vorhanden. „Mir hat einer der maßgebendsten Herren der nationalsozialistischen Partei persönlich gesagt, daß Herrn Dr. Wagener verboten worden sei, diese Frage der ständischen Verfassung noch weiter öffentlich zu behandeln. Durch eine übereifrige Behandlung der Frage von unserer Seite aus kann deshalb nur das öffentliche Interesse darauf gelenkt werden, der Lust der Gewerkschaften, uns wenigstens die paritätische Zusammensetzung aufzudrängen, eine neue Anregung zu geben.“⁶⁸

Tatsächlich neutralisierte Hitler im Zuge der Annäherung zwischen Teilen der Großindustrie und Nationalsozialisten die Kontroverse um den Korporativismus dadurch, daß er am 17. September 1932 die Wirtschaftspolitische Abteilung der Reichsleitung der NSDAP in eine Hauptabteilung IV A für Staatswirtschaft unter Gottfried Feder und eine Hauptabteilung IV B für Privatwirtschaft unter Walter Funk aufgliederte⁶⁹. Damit wurde ein Vertrauensmann der Großindustrie dem

⁶⁵ Auf diesen Gesprächen, die Kanter und andere Handelskammervertreter im Sommer 1932 in Hannover führten, fußten seine Bemerkungen über die Nationalsozialisten (siehe Anm. 36). In dieser Unterredung hat Wagener offensichtlich gemeinsame paritätische Kammern für Unternehmer, Angestellte und Arbeiter gefordert (Kanter, a. a. O., S. 7). Kanter erwähnt auch eine mir nicht zugängliche – möglicherweise mit den in Anm. 53 zitierten Aufsätzen identische – Broschüre Wageners „Das Wirtschaftsprogramm der NSDAP“. Diese Schrift ist einer Mitteilung Kanters an Hamm vom 21. September 1932 zufolge „inzwischen von der Parteileitung zurückgezogen“ worden. BA Koblenz, Reichswirtschaftskammer, R 11-377.

⁶⁶ Ebenda (Hamm an Kanter am 17. September 1932). Hamm erwähnt eine ihm von „zuverlässigster Seite“ zugegangene Mitteilung, „daß in der NSDAP gewissermaßen ein Verbot der öffentlichen Erörterung dieser Frage ergangen war“. Der Informant Hamms war wohl Otto Hugo (siehe Anm. 68).

⁶⁷ Ebenda (Kanter an Hamm am 21. September 1932). Kanter bemerkt, er wisse positiv, „daß Hitler durch Othmar Spann beeinflusst wird. Othmar Spann trifft mit Hitler oft, und zwar meist auf mehrere Tage zusammen, nicht offiziell in München, aber doch in Oberbayern auf Hütten u. dgl.“. Dieses Zeugnis findet sonst, soweit ich sehe, keine Bestätigung. Schulz, Anfänge, a. a. O., S. 400, sieht Kanters Aussage jedoch als glaubwürdig an.

⁶⁸ BA Koblenz, Reichswirtschaftskammer, R 11-377 (Hugo an Hamm am 2. August 1932). Eine gewisse Bestätigung der Mitteilung Hugos über die Wagener angelegten Fesseln mag man in dem Verlagsvorwort zu seiner Schrift von 1933 (vgl. Anm. 53) erblicken, wo es heißt, angesichts des kontroversen Charakters wirtschaftlicher Probleme hätte Wagener nicht „in der Öffentlichkeit“ arbeiten können (S. 3).

⁶⁹ Schulz, Anfänge, a. a. O., S. 405; Rämisch, a. a. O., S. 45. Mit Funk hatte Hamm bereits

ständefreundlichen Parteiideologen gleichgestellt und auch Wageners Einfluß als Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung erheblich geschwächt⁷⁰. Die letzte Entscheidung in Sachen ständischer Ordnung blieb Hitler vorbehalten. Die kurze Renaissance korporativer Ideen nach der Machtergreifung und ihre formale Realisierung in „Reichsständen“⁷¹ ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß prinzipiell der mittelständische Korporativismus der Feder, Strasser und Wagener bereits im Jahre 1932 an dem massiven Gewicht industrieller Interessen und ihrer Bedeutung für die langfristigen außenpolitischen Ziele der nationalsozialistischen Führung gescheitert war.

Mit der Neutralisierung der ständewirtschaftlichen Tendenzen im Nationalsozialismus war ein Faktor weitgehend ausgeschaltet, der bis dahin die Beziehungen zwischen dem Gros der industriell-kommerziellen Unternehmerschaft und der NSDAP belastet hatte. Damit ist nicht gesagt, daß die unterschiedlichen Haltungen der einzelnen Wirtschaftsgruppen zum Nationalsozialismus ihre Relevanz völlig verloren hätten: es bleibt festzuhalten, daß die aktive finanzielle Unterstützung der NSDAP sich lange auf einige der führenden Kräfte der Schwerindustrie und Teile der mittelständischen Industrie beschränkte, während sich die exportorientierten Branchen der Chemie-, Elektro- und Verarbeitungsindustrie sowie der Ausfuhrhandel in besonderem Maß an der Respektabilität der jeweiligen deutschen Regierung interessiert zeigten und schon darum den Nationalsozialisten skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden. Erst im November 1932 beteiligte sich auch die chemische Industrie (I. G. Farben) an der Finanzierung der NSDAP⁷². Die übergreifende Frage ist jedoch, ob es nicht jenseits der engeren Problematik der finanziellen Beziehungen zwischen Wirtschaftsverbänden und NSDAP generelle politische Dispositionen in der deutschen Unternehmerschaft gab, die das Scheitern des parlamentarischen Regierungssystems und den Übergang zur nationalsozialistischen Diktatur mitverursacht haben.

vor der Neuorganisation konferiert. BA Koblenz, Reichswirtschaftskammer, R 11-577, Nr. 421 (Hamm an Hugo am 2. August 1932). Zum Beginn der Annäherung zwischen Hitler und der Schwerindustrie neuerdings: Henry A. Turner, *Hitler's Secret Pamphlet for Industrialists, 1927*, in: *The Journal of Modern History* 40 (1968), S. 348 ff.

⁷⁰ Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Wirtschaftspolitischen Abteilung wurde ausdrücklich festgestellt, daß alle nicht im Parteiverlag Eher erschienenen Schriften, die sich mit „nationalsozialistischen Wirtschaftsproblemen befassen, keinen parteiamtlichen Charakter tragen und diesen auch dadurch nicht erlangen, daß der Verfasser sich auf eine Funktion innerhalb der Partei beruft“. Gottfried Feder, *Kampf gegen die Hochfinanz*, München 1935, S. 371. – Das von Funk unter Mitarbeit von Feder verfaßte „Wirtschaftliche Aufbauprogramm der NSDAP“ (ebenda, S. 371 ff.), das unmittelbar nach der Neuorganisation der Wirtschaftspolitischen Abteilung erschien, ist bereits weithin ein Ausdruck der Annäherung zwischen NSDAP und Industrie. Vgl. Rämisch, a. a. O., S. 45.

⁷¹ Dazu besonders Schulz, *Anfänge*, a. a. O., S. 627 ff. und Arthur Schweitzer, *Big Business in the Third Reich*, London 1964, S. 110 ff.

⁷² Eberhard Czichon, *Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik*, Köln 1967, S. 24 ff., sowie Iring Fetscher, *Faschismus und Nationalsozialismus*, in: *Politische Vierteljahrsschrift* 3 (1962), S. 42 ff., der mit Recht auch die wichtige Rolle der Großagrarien im letzten Jahr vor der Machtergreifung hervorhebt.

III

Unsere bisherige Untersuchung über die gesellschaftlichen Grundlagen des Korporativismus hat zu dem Ergebnis geführt, daß nur das Handwerk, Teile der mittelständischen Industrie und einige Vertreter der Schwerindustrie an einer ständewirtschaftlichen Ordnung interessiert waren. Die Großunternehmer in Handel und Industrie opponierten in ihrer Mehrheit gegen jede Art von berufsständischer Wirtschaftsordnung, die ihnen Rücksichtnahmen auf weniger leistungsfähige Branchengenossen abverlangt hätten. Weder für den gewerblichen Mittelstand noch für die Großunternehmerschaft kam eine effektive, gar paritätische Mitwirkung der Arbeitnehmer bei produktionspolitischen Entscheidungen in Frage. Bestenfalls wurde eine Kooperation zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern für sinnvoll gehalten, um letztere zu „überzeugen und (zu) belehren“⁷³. Für die meisten Großunternehmer waren korporative Ideen nur insoweit von Interesse, als sie sich zur Neutralisierung des politischen Parlamentes gebrauchen ließen. Die Einführung eines neuen, die Wirtschaftskreise wirksamer repräsentierenden Gesetzgebungsorgans war eine gemeinsame Forderung der mittelständisch-ständewirtschaftlichen und der großindustriell-technokratischen Variante des Korporativismus. Sie wurde im Verlauf der wirtschaftlichen Depression um so drängender vorgetragen, je kleiner der Spielraum wurde, den die Unternehmer gegenüber den Forderungen von Arbeitnehmern und Konsumenten noch zu haben meinten.

Handwerk, Handel und Industrie waren sich darin einig, daß besonders in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen eine Reduzierung der Rechte der demokratisch legitimierten Volksvertretung notwendig sei. Diesem Ziel diene die Forderung nach einer neuen Zweiten (oder Ersten) Kammer mit starker Repräsentanz der Unternehmer. Gerechtfertigt wurde dieser Anspruch mit der Ideologie der Sachlichkeit: im Unterschied zu den Parteien verkörperten die Unternehmerverbände, wie sie sich sahen, nicht beliebige subjektive Interessen, sondern einen am nationalen Wohl orientierten Sachverstand. Sie traten auf als Hüter der Objektivität vermeintlicher ökonomischer Sachzwänge, als Streiter wider den Egoismus lohnabhängiger Massen und ihrer politischen Exponenten, als Kämpfer für die eine und unteilbare wirtschaftliche Vernunft. Soweit Verständigung mit den Organisationen der Arbeitnehmer auf dem engeren Bereich der Tarifpolitik erforderlich war, sollte allenfalls eine „Arbeitsgemeinschaft der Führer“ eingerichtet werden. Daneben gab es die, vor allem von Kreisen der Schwerindustrie propagierte Ideologie der „Werksgemeinschaft“: von den Unternehmern abhängige, wirtschaftsfriedliche Werkvereine sollten zu Tarifpartnern auf betrieblicher Ebene aufgewertet werden und damit die Allgemeinverbindlichkeit der mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge – eine der wichtigsten sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution – unterlaufen⁷⁴.

⁷³ So der Berliner Handelskammersyndikus Demuth (BA Koblenz, Reichswirtschaftskammer, R 11–377). – Zum traditionellen „Individualismus“ der Unternehmer als Hindernis berufsständischer Organisationsformen: Treue, a. a. O., S. 119 ff.

⁷⁴ Den Ausdruck „Arbeitsgemeinschaft der Führer“ gebrauchte der Düsseldorfer Hand-

Die Forderung nach einer Trennung von Wirtschaft und Politik, wie sie die Manifestationen der Unternehmerverbände durchzieht, beruhte auf einem vor-demokratischen Verständnis von Staat und Gesellschaft. „Politik“ wurde vielfach als bloßes Synonym für Unsachlichkeit verstanden, die Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen oft nur als Störung der natürlichen Ordnung empfunden. In geradezu klassischer Form verlieh 1924 der Schwerindustrielle Albert Vögler dieser Auffassung Ausdruck: „Der überpolitische Staat gehört der Vergangenheit an. Hoffen wir, daß es uns gelingt, ihn für die Zukunft wiederzugewinnen.“⁷⁵ Es ging erheblichen Teilen der Unternehmerschaft in der Tat um die Wiederherstellung eines starken, die privatkapitalistische Wirtschaftsform garantierenden und die gesellschaftlichen Gegensätze domestizierenden Staates – eines Staates, der ähnlich wie das deutsche Kaiserreich vor 1914 seine vollziehende Gewalt soweit wie möglich parlamentarischen Einflußnahmen entziehen konnte. Einem solchen Staat hätten dann die Wirtschaftskreise den Vorwurf mangelnder „Neutralität“ nicht mehr zu machen gehabt⁷⁶. Die Neutralität des Staates war freilich nicht im Sinne einer Unentschiedenheit zwischen kapitalistischen und sozialistischen Bestrebungen gemeint. Vielmehr sollte die private Aneignung der Produktionsmittel vom Staat als zum „nichtkontroversen Sektor“⁷⁷ des politischen

werkskammerpräsident Hecker auf der gemeinsamen Vorstandssitzung des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages und des Reichsverbandes des deutschen Handwerks am 24. November 1932 in Hannover (DZA Potsdam, Reichskommissar für den Mittelstand, Handwerk 11¹, Nr. 26). Auf das Vorbild der „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände“ von 1918 verwies in ähnlichem Zusammenhang der Bremer Handelskammersyndikus Ulrich (BA Koblenz, Reichswirtschaftskammer, R 11–377). Zum Problem der „Werksgemeinschaft“ vgl. insbesondere: Karl Vorwerck, Die Probleme der Werksgemeinschaft, in: *Werk und Beruf* 1 (1929), S. 3 ff.; ders., Der Kampf um die Werksgemeinschaft, ebenda, S. 39 ff. sowie den – nach Abschluß des Manuskripts erschienenen – Aufsatz von Bernd-Jürgen Wendt, Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft in der Weimarer Republik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 26 (1969), bes. S. 39 ff.

⁷⁵ Albert Vögler, Staat und Wirtschaft (Rede auf der vom Reichsverband der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände am 26. März 1924 in Berlin abgehaltenen Industrietagung), in: *Berliner Börsen-Zeitung*, 30, 3. 1924.

⁷⁶ Siehe dazu die – nicht nur für das Handwerk typische – Äußerung des Koblenzer Handwerkskammersyndikus H. A. Otto (Die berufsständische Ordnung und das Handwerk im Rahmen seiner Bestrebungen zur Sicherung seines Standes, Mayen 1932, S. 12): „Nach Ansicht des Handwerks ist der Staat, der zur Zeit auf den Parteien beruht, nicht neutral und dem Handwerk gegenüber nicht objektiv genug. Die gesetzgebende und ausführende Gewalt des Staates muß daher im Sinne der Neutralisierung geändert werden.“ Die geforderte Ständekammer wird folgerichtig als „neutraler, vermittelnder Faktor“ bezeichnet. Die berufsständische Ordnung, die es Schritt für Schritt einzuleiten gelte, hat die Aufgabe, „die Gegensätze möglichst klein erscheinen [sic!] zu lassen“ (ebenda, S. 17 ff.).

⁷⁷ Zum Begrifflichen: Ernst Fraenkel, Demokratie und öffentliche Meinung, in: ders., *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart 1964, bes. S. 142 ff. – Die theoretische Begründung dieser Konzeption von Neutralität lieferte Carl Schmitt, der einerseits einem den ökonomischen Verhältnissen gegenüber sich neutral verhaltenden Staat vorwarf, er verzichte auf seinen Herrschaftsanspruch (Das Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitizierungen

Lebens gehörig sanktioniert werden: die Neutralität des Staates setzte die Neutralisierung der gesellschaftlichen Konflikte voraus. Praktisch hieß das: prinzipielle Nichteinmischung des Staates in die Aktivitäten der Unternehmer und Einsatz seiner Machtmittel, wenn die Grundlagen der gegebenen Gesellschaftsordnung bedroht schienen. Präventiv sollte die gesellschaftliche Integration nach Meinung vor allem der Schwerindustrie durch nationalistische Indoktrination vermittelt werden⁷⁸.

Die praktischen Konsequenzen, die aus dem tradierten Selbstverständnis der Unternehmer für die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Präsidialkabinetten erwachsen, können hier nur insoweit berührt werden, als sie auch für das Verständnis des Korporativismusproblems erheblich sind. Grundsätzlich entsprach die tendenzielle Verselbständigung der Exekutivgewalt, wie sie mit dem ersten Kabinett Brüning sich deutlicher denn je abzeichnete, den Intentionen der Arbeitgeber. Die wachsende Unabhängigkeit der Regierung von den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen und die Verschiebung der gouvernementalen Legimitationsbasis von der repräsentativen auf die plebiszitäre Komponente der Weimarer Verfassung⁷⁹ kamen Forderungen aus Wirtschaftskreisen insofern entgegen, als man dort – namentlich in der konkreten geschichtlichen Situation nach 1925 – die konservativen Effekte dieser Konstruktion durchaus begriff und bejahte. Das bedeutete jedoch nicht, daß das Problem des Immediatzugangs zur staatlichen Macht in einer den Unternehmerinteressen entsprechenden Weise optimal gelöst war. Das Experiment des „Wirtschaftsbeirats“ der Reichsregierung, der im Oktober 1931 auf Grund einer Unternehmerinitiative vom Reichspräsidenten ernannt worden war⁸⁰, verlief für weite Wirtschaftskreise enttäuschend: bürokratische und interessenpolitische Konzeptionen von „Sachlichkeit“ erwiesen sich als nicht notwendigerweise identisch. Gleichwohl fand der Ruf nach einer „nationalen“, den Unternehmerinteressen gegenüber aufgeschlosseneren Regierung nicht den ungeteilten Beifall der Wirtschaft. Großhandel und Exportindustrie hielten – bei aller Kritik an Einzelheiten

[1929], in: ders., *Der Begriff des Politischen Berlin 1963*², S. 87 ff.), andererseits aber „positive“ Formen der Neutralität im Sinne von Objektivität und Sachlichkeit entwickelte (Corroliarium 1: Übersicht über die verschiedenen Bedeutungen und Funktionen des Begriffs der innerpolitischen Neutralität des Staates [1931], ebenda, S. 97 ff. und in: *Der Hüter der Verfassung*, Berlin 1931, S. 111 ff.). Diese Thesen trug Schmitt auch auf der 50. Vollversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages am 24. April 1930 unter dem Titel „Das Problem der innerpolitischen Neutralität des Staates“ vor (ders., *Verfassungsrechtliche Aufsätze*, Berlin 1958, S. 41 ff.). Siehe hierzu auch: Hans-Hermann Hartwich, *Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918–1933, Die öffentliche Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik*, Berlin 1967, S. 380 ff.

⁷⁸ Als Aufgabe der Unternehmer bezeichnete es Vögler (a. a. O.), „die Arbeiterschaft wieder mit nationalem Geist zu erfüllen“.

⁷⁹ Dazu Ernst Fraenkel, *Die repräsentative und die plebiszitäre Komponente im demokratischen Verfassungsstaat*, in: ders., *Deutschland*, a. a. O., S. 71 ff.

⁸⁰ Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik, Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie*, Villingen (Schwarzwald) 1964⁴, S. 438 ff. Siehe dazu auch die Ausführungen prominenter Industrieller in: *Veröffentlichungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie*, Nr. 50 u. 55, Berlin 1930.

der Notverordnungsmaßnahmen – an der Politik der Regierung Brüning bis zu ihrem Ende fest⁸¹.

Die Regierung Papen, vom Deutschen Industrie- und Handelstag zunächst mit Skepsis⁸², von den Spitzenvertretungen des Handwerks als erstes Weimarer Kabinett äußerst positiv aufgenommen⁸³, wurde für die überwiegende Mehrheit der Unternehmenschaft bald zum populärsten Kabinett der Weimarer Republik. Das lag nicht nur an dem betont privatwirtschaftlich orientierten Kurs dieser von Parlament und Volk isolierten Präsidentsregierung, sondern gerade auch an seinem antiparlamentarisch-autoritären Charakter. Die Tätigkeit dieses Kabinetts, so ließ etwa am 22. August 1932 der Arbeitgeberverband Paderborn und Umgebung Papen wissen, „genießt in Wirtschaftskreisen allgemein das größte Ansehen und erfährt überall Unterstützung und Anerkennung. Es ist allgemeiner Wunsch, daß die Arbeiten der Reichsregierung durch die Parteien nicht gestört und durch parteimäßig eingestellte Kabinette nicht unterbrochen werden.“⁸⁴ Und der Berliner Handelskammersyndikus Demuth meinte, die jetzige Regierung „als ein letzter und starker Versuch der Rettung des autoritären Staatsgedankens“ werde kaum die vorhandenen Autoritäten, zu denen das freie Unternehmertum gehöre, zugunsten eines „undurchsichtigen berufsständischen Staates“ beseitigen wollen⁸⁵.

Selbst der liberale „Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie“ bejahte nicht nur den unternehmerfreundlichen Wirtschaftskurs Papens⁸⁶, sondern auch die antiparlamentarische Ausrichtung dieser Regierung. Da eine „positiv aufbauende Mehrheit“ im Reichstag nicht vorhanden sei, so sagte öffentlich der Verbandspräsident und langjährige demokratische Reichstagsabgeordnete Hermann Fischer, liege es im „wohlverstandenen Sinn der Verfassung, daß eine autoritäre Regierung die Macht rücksichtslos anwende“⁸⁷. Der Direktor des Hansa-Bundes, Ernst Mosich, nannte in einem „streng vertraulichen“ Bericht an die Mitglieder des Präsidiums

⁸¹ Dazu Czichon, a. a. O., S. 24. Der Reichsverband der deutschen Industrie forderte dagegen in einer Eingabe an Brüning am 10. Mai 1932 „eine Umstellung der staatlichen Willensrichtung“ (BA Koblenz, Reichskanzlei, R 43 I, Handel 5, Bd. 16, Nr. 1141), wobei besonders auf die Eingriffe in private Vertragsverhältnisse und das Verhältnis zwischen Reich und Ländern verwiesen wurde.

⁸² Das Regierungsprogramm, in: Deutsche Wirtschaftszeitung, 29 (1932), Nr. 23 (9. 6.), S. 548. Am Wirtschaftsprogramm Papens wird bemängelt, es sei nur das klar herausgearbeitet, was die Regierung nicht wolle. Im übrigen wird anerkannt, daß „Verwaltungspraktiker von Rang“ im neuen Kabinett vertreten seien.

⁸³ BA Koblenz, Reichskanzlei, R 43 I, Gewerbe B 1, Bd. 2, Nr. 2015.

⁸⁴ BA Koblenz, Reichskanzlei, R 43 I, Handel 5, Bd. 16, Nr. 1141.

⁸⁵ BA Koblenz, Reichswirtschaftskammer, R 11–377.

⁸⁶ Telegramm an den Reichskanzler vom 28. August 1932 (BA Koblenz, Reichskanzlei, R 43 I, Handel 5, Bd. 16, Nr. 1141). Das Telegramm ist unterzeichnet vom Präsidenten des Hansa-Bundes, Hermann Fischer, und seinem Direktor, Ernst Mosich. Beide waren führende Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei, bzw. der Staatspartei.

⁸⁷ Mitteilungen des Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie, Nr. 12 (1. 12. 1932). Fragen der richtigen und verfassungsmäßigen Anwendung des Artikels 48 der Weimarer Verfassung bezeichnete Fischer in diesem Zusammenhang als unerheblich.

die Papenregierung „das entscheidende Bollwerk gegen die Alleinherrschaft der NSDAP“. Angesichts der „vielen Brücken zwischen dem Unternehmerlager und der NSDAP“, die in letzter Zeit geschlagen worden seien, müsse vor der Unterschätzung des „Sozialistischen“ dieser Partei zugunsten ihres Nationalismus gewarnt werden. „Man richtet sich sehr stark in vielen Teilen des Unternehmerlagers auf eine Zusammenarbeit mit der NSDAP ein, und wenn man die Propaganda ‚Berufsstandspolitik‘, ‚Ständestaat‘ und dergleichen und gegen die ‚Gewerbefreiheit‘ innerhalb des Unternehmertums, getragen von allzu vielen Verbandsgeschäftsführern, beachtet, so sind deutlich die Verbindungen zwischen dem erwerbstätigen, selbständigen Bürgertum und den ‚kollektivistischen Zeitströmungen‘ erkennbar.“⁸⁸

Die primär anti-nationalsozialistische Rechtfertigung der Regierung Papen war zu jener Zeit ebenso bereits eine „liberale“ Minderheitsmeinung wie die für den Hansa-Bund charakteristische Wendung gegen jede Spielart des Korporativismus. Wohl waren weite Kreise der Wirtschaft darüber beruhigt, daß das Kabinett Papen keine berufsständische Gliederung der Gesellschaft im Sinne der Mittelstandsideologen anstrebte⁸⁹; die Pläne zur Entmachtung des Reichstages und zur Errichtung eines Oberhauses stießen aber nicht nur nicht auf Widerspruch in den Wirtschaftskreisen, sondern fanden ein zustimmendes Echo⁹⁰. Im Sinne der Bemühungen des „Erneuerungsbundes“ sah man jetzt die Zeit für die Schaffung einer solchen Institution gekommen: ein vom Reichspräsidenten berufenes Oberhaus als „Kraft des Ausgleichs und der Ergänzung gegenüber dem politischen Parlament“, das im Falle des Versagens der Volksvertretung diese auch ersetzen könne⁹¹, schien führenden Unternehmern das politische Gewicht der Arbeitnehmerschaft auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Die einzige Bedingung war, daß ihnen „möglichst viel Vertreter“ in der neuen Kammer zugestanden wurden⁹².

Mit dem Sturz Papens schwanden auch die Aussichten, die Unternehmerinteressen unter den Vorzeichen einer konservativ-autoritären Diktatur abzusichern. Sein

⁸⁸ BA Koblenz, Reichskanzlei, R 45 I, Handel und Industrie 12, Bd. 1, Nr. 1184. Mosich erwähnte in diesem Brief vom 9. August 1932 unter den berufsständischen Tendenzen die letzten Verlautbarungen des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, Äußerungen im Reichsverband der deutschen Industrie, Bestrebungen im Reichslandbund und Reichslandwirtschaftsrat sowie eine Rede des Geschäftsführers der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Tiburtius.

⁸⁹ Ein Beispiel hierfür sind die Ausführungen von Paul Reusch im Arbeitsausschuß des DIHT am 22. August 1932 in Koblenz, BA Koblenz, Reichswirtschaftskammer, R 11-377.

⁹⁰ In den Beratungen des berufsständischen Arbeitsausschusses des DIHT war die Resonanz auf die Oberhausidee durchweg positiv (ebenda). Zu den einschlägigen Plänen Papens und des Reichsinnenministers von Gayl: Bracher, a. a. O., S. 536ff., Walter Schotte, *Der neue Staat*, Berlin 1932, S. 69ff. – Bezeichnend ist, daß die Mitglieder der Zweiten (oder vielmehr: Ersten) Kammer vom Staatsoberhaupt auf Lebenszeit berufen werden sollen. Papen sah darin gerade eine Garantie ihrer „Unabhängigkeit“.

⁹¹ So Hamm am 17. August 1932 im Arbeitsausschuß des DIHT (BA Koblenz, Reichswirtschaftskammer, R 11-377).

⁹² So der Elberfelder Textilindustrielle Abraham Frowein, ebenda.

Nachfolger Schleicher wurde von der überwältigenden Mehrheit der Unternehmer nicht nur deshalb bekämpft, weil er die Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand in den Mittelpunkt seines Wirtschaftsprogramms rückte⁹³, sondern auch weil man in seinen Kontakten zu den Gewerkschaften Ansätze zu einer Reparlamentarisierung des Regierungssystems sah. Mosich sprach von „Zugeständnissen an Forderungen aus dem Gebiet der parteipolitischen Propaganda“ und bemängelte den wachsenden „Einfluß gewerkschaftlicher, planwirtschaftlicher und sozialistischer Kreise“⁹⁴. Das Festhalten am „Kurs von Münster“ – Papens unternehmerfreundlichem Wirtschaftsprogramm – war die Forderung des Tages⁹⁵. Auch im Hinblick auf die Pläne zu einer Verfassungsreform fürchteten Wirtschaftskreise nun einen drohenden Machtzuwachs der Gewerkschaften, der mit Hilfe der Reichswehr staatlich sanktioniert werden könne⁹⁶.

Die massive Wirtschaftskampagne gegen die „Linksschwenkung“ Schleichers drängt den Eindruck auf, daß um die Jahreswende 1932/33 weite Kreise der deutschen Unternehmerschaft bereit waren, jede Alternative zu diesem Kurs hinzunehmen, sofern sie nur ihren Interessen personell und sachlich Rechnung trug⁹⁷. Da

⁹³ Dieter Petzina, Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33, in dieser Zeitschrift 15 (1967), S. 18 ff.; Czichon, a. a. O., S. 36 ff.

⁹⁴ Ernst Mosich, Arbeit Schaffen!, in: Wirtschaftsfreiheit gegen Wirtschaftsnot, a. a. O., Nr. 46 (19. 12. 1932). – Unter Anspielung auf den „Tat-Kreis“ hatte Mosich schon am 7. Dezember an Schleicher geschrieben: „Es wäre nicht zu verantworten, wollten wir verschweigen, daß die Presseauseinandersetzungen über die Beratung der neuen Regierung und über die dabei angeblich einflußvollen Bestrebungen der Gewerkschaften und einiger, der freien Wirtschaft besonders feindlich gegenüberstehender politischer Zirkel eine von Tag zu Tag um sich greifende Beunruhigung im gewerblichen Unternehmertum nach sich gezogen haben“ (BA Koblenz, Reichskanzlei, R 45 I, Handel 5, Bd. 18, Nr. 1145).

⁹⁵ Außer dem Hansa-Bund wurde diese Forderung in Eingaben an den Reichskanzler erhoben u. a. vom DIHT (Hamm an Schleicher am 8. Dezember 1932, ebenda), vom Edeka-Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften (Brief an Schleicher vom 13. Dezember 1932, ebenda), von der Industrie- und Handelskammer Lüneburg (Brief an Schleicher vom 15. Dezember 1932, ebenda), vom Außenhandelsverband e.V. Berlin (Brief an Schleicher vom 19. Dezember 1932, ebenda).

⁹⁶ Eine Anfrage Mosts wegen der weiteren Arbeit des berufsständischen Arbeitsausschusses beim DIHT beantwortete Hamm am 12. Dezember 1932 folgendermaßen: „Die Behandlung auch dieser Fragen wird natürlich von der politischen Entwicklung abhängen. Kommt es zu einer Erneuerung der Regierung mit parlamentarischer Grundlage im Sinne einer gewissen soldatisch-arbeiterschaftlichen Richtung, so können die Fragen schnell zur Entscheidung reifen.“ Er verwies in diesem Kontext auf die staatlich verordneten Zwangsgenossenschaften in Österreich (BA Koblenz, Reichswirtschaftskammer, R 11-377). Als Reichswehrminister hatte Schleicher am 9. September 1932 – nach dem bei Franz von Papen, Vom Scheitern einer Demokratie, 1950–1953, Mainz 1968, S. 259, abgedruckten Protokoll einer Besprechung mit Wagener und G. Strasser von der NSDAP und den Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Eggert, Graßmann und Dressel – seine persönliche Übereinstimmung mit den von Wagener und Strasser vorgetragenen Gedanken einer in den Staatsapparat einzugliedernden gemeinsamen Gewerkschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bekundet.

⁹⁷ Zu den im November 1932 einsetzenden Bemühungen des „Keppler-Kreises“, durch eine Unterschriftenaktion bei führenden Industriellen, Hindenburg für eine Kanzlerschaft Hitlers

Papen weiterhin das Vertrauen der Mehrzahl der Unternehmer besaß, konnte seine Rolle bei der Machtergreifung der Nationalsozialisten auch diese Lösung relativ akzeptabel erscheinen lassen⁹⁸.

Die Bereitschaft vieler Unternehmer, auf die nationalsozialistische Karte zu setzen, war die letzte Konsequenz einer Interessenpolitik, die sich nicht von der Vorstellungswelt des Obrigkeitsstaates hatte lösen können. Die Anlehnung an die Machtmittel einer feudal-bürokratischen Führungsschicht – für das deutsche Bürgertum bis zur Revolution von 1918 eine Art gesellschaftlicher Rückversicherung gegen die Emanzipationsbestrebungen der Industriearbeiterschaft – bewirkte eine Mentalität, die das Kaiserreich überlebte⁹⁹. Niemals hatte das deutsche Bürgertum in einer erfolgreichen revolutionären Auseinandersetzung mit den traditionellen Führungsgruppen ein gesamtbürgerliches Bewußtsein entwickelt; niemals hatten seine eigenen Führungsschichten gelernt, um parlamentarische Mehrheiten zu kämpfen. Eine solche Notwendigkeit hätte vermutlich zu politischen Kompromissen mit den Mittelschichten und zur vorwiegend parlamentarischen Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft geführt. Dieser Erfahrung ungewohnt, ließ sich das deutsche Bürgertum durch autoritäre Wunschbilder daran hindern, soziale Konflikte als solche zu erkennen und auszutragen¹⁰⁰.

Auf die nationalsozialistische Diktatur zum Zweck der Verwirklichung eines „überpolitischen Staates“ arbeiteten – durch finanzielle Unterstützung der NSDAP und Einflußnahme auf den Reichspräsidenten – bis zum November 1932 gewiß nur einzelne Gruppen der Unternehmerschaft hin. Aber die von allen Spitzenverbänden der industriellen und gewerblichen Wirtschaft getragenen Pläne zur Entmachtung des demokratisch gewählten Parlaments liefen in praxi auf ein System mit unverkennbar faschistischen Zügen hinaus. Als das allgemeinste Kriterium des Herrschaftstypus „Faschismus“ kann man die relative Verselbständigung der Exekutivgewalt im Zeichen einer zwangsweisen Neutralisierung von Parlament und Arbeitnehmerorganisationen bezeichnen¹⁰¹. In dieser Richtung wirkten in Deutschland

zu gewinnen, und den weiteren Kontakten zwischen Wirtschaftskreisen und NSDAP: Czichon, a. a. O., S. 47 ff., wo auch auf die kleine Gruppe der Schleicher unterstützenden Großindustriellen eingegangen wird.

⁹⁸ Zusammenfassend zur Rolle und Entwicklung der Interessenverbände im Jahre 1933: Schulz, Anfänge, a. a. O., S. 634 ff.

⁹⁹ Siehe dazu meinen Artikel „Bürgertum“, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. I, Freiburg 1966, bes. S. 950. Über die Haltung speziell der Unternehmer: M. J. Bonn, a. a. O., S. 53 ff., der die traditionelle und interessenbedingte Symbiose von Schwerindustrie und Obrigkeitsstaat betont.

¹⁰⁰ Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965, passim.

¹⁰¹ Vgl. hierzu August Thalheimer, Über den Faschismus, in: Otto Bauer, Herbert Marcuse, Arthur Rosenberg u. a., Faschismus und Kapitalismus, Theorien über die Ursprünge und die Funktion des Faschismus, Frankfurt a. M. und Wien 1967, S. 19 ff. – Zu der in schwerindustriellen Kreisen intendierten „Entpolitisierung der Gewerkschaften“: Ludwig Grauert, Der Staat, der Schirmherr des Arbeiters, Was geschieht mit den Gewerkschaften?, in: Ständisches Leben 3 (1935), S. 185 ff. Grauert war nach der Machtergreifung zum preußischen Staatssekretär des Innern avanciert.

Kräfte, die über die engere Anhängerschaft der Nationalsozialisten weit hinausreichten. Es gab sie nicht nur im Unternehmerlager, sondern auch im Großgrundbesitz und in der Bürokratie, in den bürgerlichen Parteien und in den Bildungsschichten. Ob sie sich darüber im klaren waren, daß die konsequente Loslösung der Exekutive von demokratisch-parlamentarischen Kontrollinstanzen und die Entmachtung der Arbeitnehmerorganisationen nur mit terroristischen Mitteln zu erreichen war, oder nicht – objektiv haben diese Kräfte daran mitgewirkt, die Voraussetzungen für die Machtergreifung der Nationalsozialisten zu schaffen. Eben darin und nicht in der simplen Beauftragung Hitlers als eines Agenten des Großkapitals liegt auch der entscheidende Beitrag der deutschen Unternehmerschaft zur Zerstörung der Weimarer Republik¹⁰².

Ständisch-autoritäre Bestrebungen beschränkten sich in den 20er und 30er Jahren nicht auf Deutschland¹⁰³. In Italien und Österreich etwa, in Spanien und Portugal waren sie nicht weniger stark ausgeprägt und fanden dort ein höheres Maß an praktischer Verwirklichung als im nationalsozialistischen Reich. Sie entwickelten sich ebenso wie die faschistischen Massenbewegungen nicht zufällig besonders intensiv und erfolgreich in Gesellschaften, in denen das Bürgertum entweder nicht zur vollen sozialökonomischen Entfaltung gekommen war oder seine politische Emanzipation erst verspätet erreicht hatte – in Gesellschaften also, in denen demokratische Traditionen sich nicht dauerhaft hatten herausbilden können. Ihr generelles Problem blieb, daß aus der Sphäre des zwangsintegrierten Berufsstandes kein Weg in die Sphäre der allgemeinen Politik führt, die politische Macht sich demnach nicht korporativ legitimieren und Ständeparlamenten keine politische Entscheidungsbefugnis zukommen kann¹⁰⁴.

Mit den großindustriellen Bestrebungen, die sich korporativer Ideen nur als Mittel zur Schwächung des Parlaments bedienten, hatten die mittelständischen Berufsstandsideologien einige Merkmale gemeinsam. Beide Tendenzen richteten sich gegen die Interessen von Arbeitnehmern und Verbrauchern; beide waren nur durch die Preisgabe oder den Abbau demokratischer Einrichtungen zu verwirklichen; beide gerieten durch ihre Opposition zur parlamentarischen Repräsentativverfassung immer stärker in das Einzugsfeld faschistischer Bewegungen. So wurden schließlich

¹⁰² Zur Interpretation der faschistischen Politik als einer „Politik der Großbourgeoisie“ und der faschistischen Staatsmacht als der „offenen terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären und chauvinistischen imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ (so die offiziöse Definition der Komintern): Ernst Nolte (Hrg.), *Theorien über den Faschismus*, Köln 1967; Theo Pirker, *Komintern und Faschismus 1920–1940*, Stuttgart 1965; Fetscher, a. a. O., *passim*.

¹⁰³ Zu den Versuchen der deutschen katholischen Arbeitnehmerschaft und ihrer Theoretiker, eine berufsständisch-paritätische Kooperation mit einem uneingeschränkten parlamentarischen System zu verbinden: Heinrich Bußhoff, *Berufsständisches Gedankengut zu Beginn der 30er Jahre in Österreich und Deutschland*, in: *Zeitschrift für Politik*, N. F. 13 (1966), S. 451 ff. Für den Korporativismus außerhalb Deutschlands: Joseph H. Kaiser, *Die Repräsentation organisierter Interessen*, Berlin 1956, bes. S. 320 ff.

¹⁰⁴ Gerhard Leibholz, *Zur Problematik des berufsständischen Staatsgedankens*, in: ders., *Strukturprobleme der modernen Demokratie*, Karlsruhe 1958, S. 199 ff.

beide zu Wegbereitern jener Kräfte, die die Normen und Institutionen des bürgerlich-liberalen Rechtsstaates durch die Diktatur eines charismatisch legitimierten Führers abzulösen strebten, weil sie nur in einem solchen System die auf dem Privateigentum beruhende Gesellschaftsordnung vor dem Untergang bewahren zu können meinten¹⁰⁵.

Die Erfahrungen mit der Praxis des Nationalsozialismus haben dazu beigetragen, daß der Antiparlamentarismus korporativer Prägung im Deutschland der Nachkriegszeit an Bedeutung verloren hat. Der Basiskompromiß zwischen Industrie und gewerblichem Mittelstand, dessen subjektive Notwendigkeit zu den gelernten Lektionen aus der Geschichte der Weimarer Republik zu rechnen ist, hat sich in der Bundesrepublik auch parteiorganisatorisch niedergeschlagen. Die Tendenz zu einer Verselbständigung der vollziehenden Gewalt, die Immediatisierung der Beziehungen zwischen Regierung und Interessenverbänden und der relative Machtverlust des Parlaments als demokratisches Kontrollorgan sind aber ebensowenig ein auf die Endphase der Weimarer Republik beschränktes historisches Phänomen wie die Ideologie des Sachzwangs, die sich heute mit zusätzlichen technologischen Argumenten ausgerüstet sieht. Nicht zuletzt in diesem Tatbestand liegt die Aktualität begründet, die der Geschichte der ersten deutschen Republik und ihrer Auflösung zukommt.

¹⁰⁵ Bezeichnend hierfür ist Reupkes Diktum aus dem Jahr 1930: „Sieht man den gegenwärtigen Feind wirtschaftlichen Gedeihens in der augenblicklichen und restlosen Verwirklichung sozialistisch-kommunistischer Theorien, so wird man sich auf die Seite jeder [Sperrung von mir, H. A. W.] Richtung stellen müssen, welche die noch nicht erfüllte Mission des Privatkapitalismus anerkennt und alles daransetzt, ihm eine festere Basis zu geben.“ Ders., *Wirtschaftssystem*, a. a. O., S. 115.

WERNER LINK

DIE RUHRBESETZUNG UND DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN INTERESSEN DER USA

Mit der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische und belgische Truppen (11. Januar 1923) trat die Reparationskrise erneut in ein akutes Stadium. Es schien, als ob die beiden Antagonisten Frankreich und Deutschland erst ihr eigenes „Stück Chaos“ (bit of chaos) erleben mußten, bevor sie zu einer fairen Übereinkunft bereit waren¹. Je hoffnungsloser sich die Gegensätze zuspitzten, desto klarer wurde indes, daß die Reparationsfrage nur im internationalen Rahmen, und zwar unter Führung der USA, gelöst werden konnte.

Die Republikanische Administration der Vereinigten Staaten, die im Frühjahr 1921 ihr Amt angetreten hatte, stellte von Anfang an in Rechnung, daß die USA dank ihrer wirtschafts- und finanzpolitischen Stärke eine Schlüsselstellung einnahmen. Sie war aber – wie Secretary of State Hughes wiederholt kundtat – weit davon entfernt, Amerikas Mitwirkung an der Lösung der Reparationsfrage bedingungslos zuzusichern und den europäischen Mächten eine Art Blankoscheck auszustellen. Vielmehr orientierte sie sich an den „essential American interests“ (Hughes), d. h. sie favorisierte eine Lösung, deren Vorteile Herbert Hoover, der einflußreiche Secretary of Commerce, zu Beginn des Jahres 1922 in folgenden vier Punkten zusammenfaßte²:

1. The salvation of Europe from social chaos.
2. More certain hope of peace and growing good will.
3. Improvement in our commerce and markets in Europe.
4. Removal of the artificial competition we suffer in other markets from production under subsidized industry and inflated fiscal policies.

Diese Ziele waren mit gewaltsamen Mitteln kaum zu erreichen. Konsequenterweise war die amerikanische Regierung im Laufe des Jahres 1922 auf diplomatischer und finanzpolitischer Ebene mit Nachdruck tätig gewesen, um Frankreich von einer militärischen Aktion abzuhalten und für den Gedanken einer internationalen Expertenkonferenz zu gewinnen; sie hatte darüber hinaus der deutschen Reichsregierung offiziell versichert, daß Amerika annexionistische Maßnahmen ablehnen werde; und schließlich hatte Secretary of State Hughes diese Generallinie in seiner berühmten New-Haven-Rede (29. 12. 1922) auch öffentlich formuliert. Trotzdem bezog die Administration Harding-Hughes-Hoover in den ersten Monaten der Ruhr-

¹ Siehe die entsprechende Bemerkung des amerikanischen Secretary of State Hughes gegenüber dem britischen Botschafter in Washington am 23. 2. 1923; Papers Relating to the Foreign Relations of the United States (künftig zit.: FR), 1923 II, S. 56.

² Brief und Memorandum für Präsident Harding (im Anschluß an eine Kabinettsitzung am Vortage) vom 4. 1. 1922; Hoover Presidential Library, West Branch, Iowa, 1-I/93. Dazu ausführlicher Kap. II des ersten Teils meiner Habilitationsschrift „Die deutsch-amerikanischen Beziehungen in den Jahren 1921 bis 1932, Eine Studie zur internationalen Politik“, die demnächst im Droste Verlag erscheinen wird.

besetzung eine betont neutrale Position. Dieses Faktum ist von den Zeitgenossen und von der Forschung oft mit Verwunderung registriert und recht unterschiedlich erklärt worden – basierend auf mehr oder weniger zufälligen und bruchstückhaften Informationen. Inzwischen sind die Originalquellen weitgehend zugänglich geworden, und die Fülle dieser Dokumente erlaubt es, die vielfältigen Motivationen vollständiger und exakter zu erkennen. Während das Ensemble der Wirkungsfaktoren an anderer Stelle genauer behandelt wird³, sollen sich die folgenden Darlegungen auf die wirtschaftspolitischen Aspekte beschränken und damit *einen* wichtigen Motivationsbereich der amerikanischen Deutschland- und Europapolitik der Monate Januar–November 1923 erhellen.

Der abwartenden Haltung der amerikanischen Regierung in der ersten Hälfte dieses Jahres lag zwar primär die allgemeinpolitische Ansicht zugrunde, daß weder Deutschland noch Frankreich für konstruktive Verhandlungen „reif“ seien. Aber nicht minder bedeutsam war der Umstand, daß die Auswirkungen der Ruhrbesetzung auf die USA vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus zunächst, d. h. kurzfristig betrachtet, ambivalent beurteilt wurden.

Einerseits verursachten die verwaltungs- und zollpolitischen Maßnahmen der Besatzungsmächte⁴ erhebliche Behinderungen für diejenigen amerikanischen Industriezweige und Firmen, die im direkten Handelsverkehr mit dem Ruhrgebiet standen. Abgesehen von den extremen Fällen, in denen amerikanische Export- und Importgüter von den französischen Behörden beschlagnahmt und nur nach energischen diplomatischen Vorstellungen freigegeben wurden⁵, kam es generell beim Transitverkehr zu kostspieligen Verzögerungen und partiell zu Verweigerungen von Exportlizenzen. Noch gravierender war, daß die Besatzungsbehörden diejenigen Waren, die sie zur Ausfuhr freigaben, mit einer hohen Exportsteuer belegten, daß aber die deutsche Regierung diese Usurpation der Steuerhoheit nicht anerkannte und im Rahmen des passiven Widerstands die Ausfuhren unter dem französisch-belgisches Lizenzsystem ihren Staatsangehörigen untersagte. Die amerikanischen Geschäftsleute und das State Department, das von ihnen zur Wahrung ihrer Interessen in zunehmendem Maße angerufen wurde, waren bestrebt, sich durch diese Schwierigkeiten hindurchzulavieren, ohne rechtlich Stellung zu beziehen⁶. Sie

³ Kap. III des ersten Teils meiner oben (Anm. 2) erwähnten Studie.

⁴ Das besetzte Gebiet wurde zu einem eigenen Zollgebiet erklärt, aus dem wichtige Produkte und Waren (Kohle, Koks, Eisen- und Stahlprodukte, Zement, Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, chemische Dünger, Farbstoffe etc.) nicht in die anderen Reichsteile ausgeführt werden durften. Die zur Auslandsausfuhr freigegebenen Waren wurden mit einer Exportsteuer belegt. Vgl. Tel. 29 und 31, 16. und 17. 2. 1923, US-Botschafter Houghton (Berlin) an Secretary of State (Washington); National Archives Washington (künftig zit.: NA) 862t.01/628 und 640.

⁵ Vgl. die Telegramme und Aufzeichnungen von Ende Februar 1923 in: NA 662.009 Ruhr/1 f.

⁶ Siehe u. a. die Aufzeichnung des Under Secretary of State William Phillips vom 7. 3. 1923 (ebd.). – Die Rückbeorderung der im Rheinland stationierten amerikanischen Truppen entsprach der Neutralitätspolitik. Intern bestand jedoch die einhellige Meinung, daß die Ruhrbesetzung „a distinct violation of the Treaty of Versailles“ sei; siehe die Aufzeichnung des

respektierten die französisch-belgischen Behörden als De-facto-Regierung in den besetzten Gebieten und arbeiteten folglich mit den Interallied Licence Services, die die Ein- und Ausfuhrlicenzen erteilten, zusammen, und zwar unter Zwischenschaltung der US-Konsulate in Koblenz und Köln bzw. (ab Mai) der Botschaften in Paris und Brüssel⁷. Das State Department machte aber deutlich, daß daraus keine Anerkennung der Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung hergeleitet werden dürfe⁸. Gleichzeitig wirkte die amerikanische Regierung auf die deutschen Stellen ein, die Behinderungen des Exports zu revidieren, und in der Tat ließ die Reichsregierung das Commerce Department Anfang Mai vertraulich wissen, daß sie ihr Verbot vom 16. März insoweit aufgehoben habe, als es ihren Staatsangehörigen untersagte, Waren an Ausländer zu verkaufen, wenn anzunehmen sei, daß sie unter dem Lizenzsystem der Besatzungsmächte ausgeführt würden⁹. Damit waren die Modalitäten für die Geschäftsbeziehungen der amerikanischen Firmen mit ihren Partnern im besetzten Gebiet (insbesondere hinsichtlich der vor dem 1. Februar abgeschlossenen Verträge) geregelt. Bis Anfang Juli wurden nicht weniger als 183 Exporterlaubnis-anträge amerikanischer Firmen bei den Besatzungsbehörden in Koblenz eingereicht¹⁰. Trotz dieser Normalisierung waren Verzögerungen und bürokratische Schwierigkeiten unvermeidlich, und die neue Situation wurde von den am deutschen Geschäft interessierten Amerikanern als höchst unbefriedigend empfunden¹¹.

Andererseits notierte die amerikanische Industrie mit sichtlicher Genugtuung die Vorteile, die ihr aus der Ruhrbesetzung erwachsen. Am eklatantesten war dies in der Stahlindustrie. Mr. Charles Schwab, der Präsident der Bethlehem Steel Corporation, glaubte, daß sich die rheinisch-westfälische Eisenindustrie unter dem Druck der französischen Bajonette eventuell dem amerikanischen Einfluß unterstellen würde¹². Um diese Chancen an Ort und Stelle zu untersuchen, reiste er – nachdem er sich bei Harding, Hughes, Hoover und Mellon politische Rücken-

Office of the Economic Adviser of the Department of State, „Treaty Provisions Governing French Occupation of the Ruhr“, 6. 1. 1923; NA 862t.01/612.

⁷ Rundschreiben des Bureau of Foreign and Domestic Commerce (künftig zit.: BFDC), Department of Commerce, an amerikanische Firmen – inseriert im Schreiben an den US-Handelsattaché Herring (Berlin) vom 14. 4. 1923; NA BFDC 046.2-Ruhr-General. Vgl. FR 1923 II, S. 208 f.

⁸ Vgl. u. a. die Aufzeichnung der Division of Western European Affairs im Department of State vom 26. 2. 1923; NA 662.009 Ruhr/1. Siehe auch die Dokumente in FR 1923 II, S. 194 ff.

⁹ Aufzeichnung von Charles E. Lyon, Acting Chief, Western European Division of the Department of Commerce, vom 5. 5. 1923; Hoover Presidential Library 1-I/143.

Der Versuch deutscher Regierungsstellen und Firmen, die Revision dieser Bestimmungen von einem amerikanischen Protest gegen die Ruhrbesetzung abhängig zu machen und in diesem Sinne Druck auf die USA auszuüben, war damit gescheitert. Er hatte nie Aussicht auf Erfolg gehabt. Siehe die Aufzeichnung des Direktors des BFDC, Dr. Klein, für Hoover vom 12. 3. 1923; NA BFDC 046.2-Ruhr-General.

¹⁰ Aufstellung von US-Handelsattaché Jones (Paris) vom 11. 7. 1923 (ebd.).

¹¹ American Consul Dyer, Coblenz, Political Letter, 24. 7. 1923; NA 862t.01/806.

¹² Zu Schwabs weltweiten Kartellplänen auf der Basis amerikanisch-britischer Zusammenarbeit siehe: *Literary Digest*, vol. 77 No. 6 (12. 5. 1923).

deckung geholt hatte – am 20. Februar nach Europa. Zuvor unterrichtete er den deutschen Botschafter in Washington, Wiedfeldt, über seine Pläne, die Wiedfeldt in seinem Bericht vom 6. Februar mit folgenden Worten wiedergab¹³:

„Seine eigentliche Absicht, die deutschen Werke ganz zu kaufen, glaubte er nicht ausführen zu können, weil das sentimentale Empfinden der deutschen Besitzer und Direktoren entgegenstände, die sich mit ihren Werken noch persönlich verbunden fühlten. Sein Ziel sei daher, die Mehrheit des Aktienkapitals und den Vorsitz des Aufsichtsrates zu bekommen und damit soviel Einfluß zu haben, daß er die betreffenden Werke leiten, ausbauen, einschränken und – ich fürchte – auch stilllegen kann, wie es ihm beliebt.“

Diese offene Sprache gegenüber einem Mann, der nur vorübergehend seinen Posten als Krupp-Direktor mit dem Botschaftsamt vertauscht hatte und folglich vital am Schicksal der Ruhrindustrie interessiert war¹⁴, ist ein Indiz für die Ernsthaftigkeit der amerikanischen Pläne. Wiedfeldt hatte Schwab zwar entgegengehalten, „daß weder der Gesamtverkauf noch der Verkauf von Mehrheiten bei der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie in Frage kommen könnte“, aber ihn gleichwohl ermuntert, nach Deutschland zu gehen, weil er ein amerikanisches Angebot als Gegengewicht zu französischen Beteiligungswünschen als vorteilhaft ansah und ein materielles Interesse großer amerikanischer Wirtschaftsunternehmen an den deutschen Verhältnissen für wertvoll hielt¹⁵. Angesichts der desparaten Ruhrsituation konnte der amerikanische Stahlmagnat also zu Recht davon ausgehen, daß deutscherseits eine gewisse Bereitschaft für eine deutsch-amerikanische Industrieverflechtung (wenn auch nicht so weitgehend, wie man sich das in den USA gewünscht hätte) vorhanden war. Bezeichnenderweise war es der Widerstand in Paris, der Schwab bewog, sein Projekt vorläufig zurückzustellen – keineswegs jedoch endgültig aufzugeben¹⁶.

Aktueller war der Vorteil, der der amerikanischen Stahlindustrie (und nicht nur diesem Zweig!) durch die Besetzung des deutschen schwerindustriellen Zentrums

¹³ Bericht Wiedfeldts vom 6. 2. 1923, der dem Außenminister und dem Reichskanzler vorgelegt wurde; Deutsches Zentralarchiv Potsdam (künftig zit.: DZA) AA Nr. 47204.

¹⁴ Zu Wiedfeldt siehe die wohlwollende Biographie des Krupp-Archivars Ernst Schröder; Sonderdruck aus: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen, Heft 80, 1964.

¹⁵ Daß amerikanisches Kapital auch unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten der Industrie und den deutschen Regierungsstellen willkommen war, „sofern es für wirklich produktive Zwecke verwendet wird und beiderseits die nötigen Sicherungen gewährleistet werden“, geht aus zahlreichen Unterlagen hervor; siehe z.B. das Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums an den Reichsverband der Deutschen Industrie vom 12. 12. 1923; DZA RWM Nr. 2524/1.

¹⁶ Aufzeichnung von Ludwig Bendix (Finanzbeirat der Deutschen Botschaft in Washington) vom 21. 8. 1923; DZA AA Nr. 43814. – John F. Sinclair entwickelte im Mai 1923 einen bescheideneren Plan: die Eisenindustrie Frankreichs und die Kohle- und Eisenindustrie Deutschlands sollten eine große Corporation bilden, an der beide Seiten mit 40 % zu beteiligen wären, während die US Steel Corporation und J. P. Morgan & Co. die restlichen 20 % gegen Barzahlung erwerben sollten. Brief an Reichskanzler Cuno vom 11. 5. 1923; Bundesarchiv Koblenz (künftig zit.: BA) R 43 I / 37.

wettbewerbsmäßig entstand. Luther Becker, der Leiter der Abteilung Eisen und Stahl im Bureau of Foreign and Domestic Commerce des Commerce Department, legte bereits im Januar 1923 in ausführlichen Aufzeichnungen dar, daß infolge der Behinderung oder Ausschaltung der deutschen Konkurrenz die USA – gemeinsam mit Belgien und England – in die Lage versetzt würden, das entstehende Vakuum auf dem Weltmarkt auszufüllen. Die amerikanische Stahlindustrie sei sich voll im klaren über die einmaligen Chancen, die sich ihr damit eröffneten. Insbesondere in Südamerika könne sie nun die lästige deutsche Konkurrenz verdrängen. Da Deutschland als Markt für amerikanische Eisen- und Stahlprodukte unbedeutend¹⁷ und die Störung der Handelsbeziehungen also irrelevant war, überwogen eindeutig die Vorteile (selbst wenn indirekt durch die Verminderung der deutschen Einfuhren aus den lateinamerikanischen und asiatischen Ländern deren Kaufkraft gegenüber dem amerikanischen Angebot beeinträchtigt würde). Lapidar notierte Becker als Resümee¹⁸:

„The demand, however, for iron and steel throughout the world is so insistent that whatever American steel mills may lose through this cause will be more than compensated for by the elimination of Germany as a factor in world's trade in iron and steel.“

Das Commerce Department wies seine Handelsattachés in Südamerika telegraphisch an, die Annullierung jedes bedeutenden deutschen Auftrages in ihrem Amtsbezirk sofort zu melden, damit die amerikanischen Firmen anderen Konkurrenten bei der Nutzung dieses erzwungenen deutschen Rückzugs zuvorkommen konnten¹⁹. Es wirkte darüber hinaus durch die Versendung von Rundschreiben der deutschen Taktik entgegen, ihre Kunden auf die Freigabe der im besetzten Gebiet zurückgehaltenen billigen Warenbestände zu vertrösten. In den Rundschreiben des Bureau of Foreign and Domestic Commerce hieß es, diese Warenlager seien wesentlich kleiner, als von deutscher Seite behauptet würde, und seien zudem in schlechtem Zustand; auf keinen Fall würden sie den internationalen Markt beeinflussen können²⁰. Mit dieser Aktion sollte Terrain gesichert und ausgebaut werden, das – die Prognose Beckers bestätigend – schon in den ersten Monaten der Ruhrbesetzung den deutschen Konkurrenten (wie Krupp, Stinnes und Thyssen) entrissen worden war²¹.

Ähnlich – wenn auch nicht so ausgeprägt – sahen die Konkurrenzvorteile in anderen amerikanischen Industriezweigen aus, die zuvor in direktem Wettbewerb mit der Ruhrindustrie gestanden hatten. Die amerikanischen Kohleexporte schnell-

¹⁷ 1922 hatten die USA nur 461 Bruttotonnen (davon 304 t Roheisen) nach Deutschland exportiert. Aufzeichnung Beckers vom 25. 1. 1923; NA BFDC 046.2-Ruhr-General.

¹⁸ Aufzeichnung Beckers vom 25. 1. 1923 (ebd.).

¹⁹ Tel. vom 29. 1. 1923 an die Handelsattachés in Argentinien, Brasilien und Chile, sowie Aufzeichnung Beckers vom 26. 1. 1923; NA BFDC 220-Germany.

²⁰ Rundschreiben an verschiedene US-Handelsattachés in Latein-Amerika und an einige Stahlfirmen (u.a. an die Bethlehem Steel Corp.) vom November 1923 (ebd.).

²¹ Aufzeichnung des BFDC, „The Effects of the Ruhr Occupation on American Trade“, o.D. (Ende Juli 1923); NA BFDC 046.2-Ruhr-General.

ten in die Höhe. Die expandierende chemische Industrie (insbesondere die Farbstoffproduktion) nahm einen großen Aufschwung, da sie nunmehr Aufträge erhielt, die sonst an die großen deutschen Chemie-Konzerne gingen. Die Seide-, Spitzen- und Samtwaren aus Krefeld, Barmen und Elberfeld verschwanden vom Weltmarkt und wurden durch amerikanische Textilprodukte ersetzt. Andere Spezialerzeugnisse – wie Metall- und Messerschmiedewaren – sahen sich nicht mehr der Solingischen und Remscheider Konkurrenz ausgesetzt. Die deutschen Lederexporte, die bis zur Ruhrbesetzung die Märkte in Ost- und Südeuropa, in Skandinavien und Holland zum Nachteil der amerikanischen Lederindustrie (much to the detriment of American leather) aufgrund niedrigerer Preise beherrscht hatten, fielen jetzt aus und boten den amerikanischen (und britischen) Waren neue Absatzchancen. In all diesen Zweigen wirkte die Übertragung umfangreicher Aufträge stimulierend auf die amerikanische Industrie- und Handelswelt²².

In anderen Bereichen überwogen indessen von Anfang an die Nachteile der Ruhrbesetzung, weil der deutsche Markt für die amerikanischen Exportprodukte (so vor allem für Kupfer, Blei, Rohbaumwolle, Weizen, Speck, Konserven und andere Agrarprodukte) seither eine geringere Aufnahmefähigkeit hatte und die Preise entsprechend fielen. Die agrarpolitische Pressure Group im Kongreß meldete daher schon direkt nach der Ruhrbesetzung ihre Opposition an²³. Auf der Frühjahrstagung der Internationalen Handelskammer in Rom ließen die amerikanischen Delegierten erkennen, daß sie nach wie vor den Hughes'schen Gedanken einer Expertenkonferenz unterstützten; einige Mitglieder der US-Delegation, die besonders ausgeprägte geschäftliche Interessen in Deutschland hatten, reisten anschließend nach Berlin, um die Reichsregierung entsprechend zu beraten und auf eigene Faust Verbindungen nach Washington herzustellen²⁴.

Für die weitere Entwicklung war jedoch ein anderer Umstand wichtiger: In der zweiten Jahreshälfte machten sich auch bei denjenigen amerikanischen Industriezweigen, die bisher die Vorteile des Verschwindens der deutschen Konkurrenz genossen und sich neue Märkte auf Kosten Deutschlands erobert hatten, allmählich die nachteiligen Auswirkungen bemerkbar. Hoover hatte dies bereits im März vorausgesehen, indem er beispielsweise auf die Destruktion des Kohlemarktes und die damit verbundenen Preissteigerungen aufmerksam machte²⁵. Obwohl die erfolg-

²² Ebd., sowie die in dieser Denkschrift verarbeiteten Einzelberichte der Unterabteilungen des BFDC von Ende Juli 1923. Vgl. auch den Bericht des Trade Commissioner Lansing W. Hoyt (Shanghai) vom 26. 2. 1923 (ebd.).

²³ Zitate bei Klaus F. Schoenthal, *American Attitudes Toward Germany, 1918–1932*, Ph. D. Thesis, Ohio State University 1959 (Mikrofilm), S. 135. Laut „The Effects of the Ruhr Occupation . . .“ (a. a. O.) war der Preis für einen Scheffel (bushel) Weizen im Sommer 1923 unter einen Dollar gefallen. Vgl. auch das Protesttelegramm der Dried Fruit Association of California an das BFDC vom 21. 7. 1923 (ebd.).

²⁴ Siehe den Bericht des deutschen Botschafters in Rom vom 31. 3. 1923; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Büro RM 5 secr., Bd. 2. – Tel. 84 vom 1. 5. 1923, Houghton (Berlin) an Secretary of State (Washington); NA 462.00 R 29/2694.

²⁵ Aufzeichnung von William Castle (Leiter der Westeuropaabteilung im State Department)

reichen Konjunkturdämpfungsmaßnahmen, die im Februar von dem Federal Reserve Board eingeleitet worden waren, sich auswirkten²⁶, war im Sommer erkennbar, daß die normale Preisentwicklung bei Kohle und Stahl die von diesen Grundstoffen abhängigen Industrien negativ beeinflussen und über kurz oder lang die wirtschaftliche Situation auch in den USA durch die Beieffekte des französisch-belgischen Ruhrexperiments (Sinken der Weltproduktion und Störung des Welthandels) infiziert würde. Zu diesem Schluß kam nunmehr auch das Bureau of Foreign and Domestic Commerce, nachdem es genaue Analysen von allen Unterabteilungen eingeholt und ausgewertet hatte. Wörtlich hieß es in der Zusammenfassung²⁷:

„In the long run American industry has a great deal to lose by the disappearance of Germany from the world trade. Our exports to that country last year were twice our imports, or \$ 274,000,000 compared with \$ 130,000,000. Germany as a market is twice as important to this country as she is a competitor. More important, however, is the worldwide loss to industry which comes from the general uncertainty concerning the outcome of the Ruhr situation. Any disturbance of business in one continent is equally reflected in all important markets.“

Im Sommer 1923 war mithin, auch vom wirtschaftspolitischen Interesse der USA aus betrachtet, der Wendepunkt von einer abwartenden Politik zu einer aktiven Einflußnahme für eine Lösung des Reparationskonflikts erreicht. Die Konkurrenzvorteile wichtiger Industriezweige waren durch die zeitweilige Ausschaltung der deutschen Firmen eingebracht. Mochten auch einzelne Interessenten (wie etwa die Stahlindustrie) eine weitere Konsolidierung ihrer neuen Marktpositionen wünschen, so war die überwiegende Mehrheit der US-Wirtschaft, in erster Linie die notleidende Landwirtschaft²⁸, primär auf die Stabilisierung der europäischen Verhältnisse, die Normalisierung des Welthandels und die Steigerung der Konsumfähigkeit angewiesen. Konjunktur-, währungs- und anleihepolitische Erwägungen, die seit längerem vor allem von der Federal Reserve Bank of New York angestellt wurden, verlangten nach einer Lösung, die die Rückführung der europäischen Währungen auf den Gold-Dollar-Standard erleichtern, Amerika von dem inflationistischen Golddruck befreien und dem amerikanischen Bankkapital profitable und sichere Anlagemöglichkeiten eröffnen würde²⁹. Diese Vereinheitlichung der amerikanischen In-

über eine Unterredung mit Hoover am 7. 3. 1923; NA 862t.01/687. Vgl. Edward J. Berbusse, *Diplomatic Relations between the United States and Weimar Germany, 1919–1929*, Ph. D. Thesis, Georgetown University Washington 1951 (Mikrofilm), S. 167 f. – Siehe auch FR 1923 II, S. 53 f.

²⁶ Siehe die Darstellung bei G. Schmolders, *Die Konjunkturpolitik der Vereinigten Staaten*, Leipzig 1934, S. 70, die allerdings den Wirkungsfaktor „Ruhrbesetzung“ völlig außer acht läßt. Zur Begründung, die Hoover gab, siehe: *Literary Digest*, vol. 77 No. 2 (14. 4. 1923), „To Make Prosperity permanent“.

²⁷ Aufzeichnung des BFDC, „The Effects of the Ruhr Occupation on American Trade“ (a. a. O.).

²⁸ Dazu u. a. *Second Report on the Agricultural Outlook*, Department of Agriculture, July 1923 (bes. S. 14); *N. Y. Times* vom 26. 9. 1923; E. Meyer and F. W. Mondell, *Report to the President on Wheat Situation*, November 5, 1923, Washington 1923.

²⁹ Siehe dazu Kap. II des ersten Teils (et passim) meiner oben (Anm. 2) erwähnten Studie.

teressenlage war von der Regierung klar erkannt worden. Die Beamten des Commerce Department begannen nunmehr konsequent, die Öffentlichkeit darauf vorzubereiten, daß im Interesse der eigenen Industrie und Landwirtschaft ein Eingreifen der USA zugunsten einer Entwirrung der europäischen Verhältnisse notwendig sei³⁰. Und nicht zufällig setzte das State Department zur gleichen Zeit, im Juli 1923, in Deutschland den Hebel an, um mit Hilfe eines Handelsvertrages modellhaft die neue Politik der unbedingten Meistbegünstigung zu fixieren und so den juristischen Rahmen für die Befriedigung der gesteigerten amerikanischen Exportbedürfnisse zu schaffen³¹.

Die gesamtwirtschaftlichen Überlegungen erhielten im Sommer/Herbst 1923 eine zusätzliche Dimension, als sich eine Verständigung zwischen deutschen und französischen Industriezweigen abzuzeichnen begann.

Zunächst richteten die Amerikaner ihr besonderes Augenmerk auf die Vorgänge in der Farbenindustrie. Die anfängliche Befürchtung, daß die Franzosen die beschlagnahmten Mengen deutscher Farbstoffe (die den französischen Verbrauch bei weitem überstiegen) in den USA zu Dumpingpreisen auf den Markt werfen wollten, wurden zwar von den zuständigen Stellen in Frankreich wiederholt zerstreut³². Trotzdem blieb bei der amerikanischen Farbenindustrie und den Vertretern des Commerce Department ein tiefgehendes Mißtrauen wach. Mitte Juni besuchten die beiden US-Handelsattachés Herring und Jones die Bayer-Werke in Leverkusen und erkundigten sich u. a., ob etwas Wahres an den Gerüchten sei, daß die Franzosen versuchten, Einfluß auf die Produktion der chemischen Industrie im Rheinland zu bekommen und ob etwa eine geheime Börsentransaktion (durch den Ankauf einer Aktienmajorität) möglich sei³³. Es war offensichtlich, daß die amerikanischen Attachés eine solche Entwicklung als vom amerikanischen Standpunkt aus unerwünscht ansahen und daß amerikanischerseits ein den französischen Intentionen entgegenlaufendes Interesse an einer Kapitalbeteiligung existierte³⁴. In den folgenden Monaten wurden alle deutsch-französischen Absprachen auf dem Farbstoffsektor in Washington genau verfolgt, und in Paris wurden die diplomatischen Vertreter der USA mehrfach vorstellig, um informell den französischen Stellen klarzumachen, daß die amerikanische Regierung eine monopolistische Verflechtung zwischen der deutschen und der französischen Farbenindustrie nicht hinnehmen werde; notfalls

³⁰ Beispielsweise gab Dr. Julius Klein, der Direktor des BFDC, am 26. 7. 1923 den oben zitierten Bericht seines Amtes an Edwin F. Gay von der N. Y. Evening Post, damit er einen entsprechenden Artikel veröffentliche; NA BFDC 046.2-Ruhr-General. Siehe dazu die Zitate in: *Literary Digest*, vol. 78 No. 9 (1. 9. 1923), „Clues to the Coolidge Foreign Policy“.

³¹ Der Abschluß des deutsch-amerikanischen Handelsvertrags wird in Kap. IV des ersten Teils meiner Habilitationsschrift (siehe Anm. 2) ausführlich behandelt.

³² Siehe die Berichte der Pariser Beamten des Commerce Department vom Sommer 1923 in NA BFDC 252-Germany, insbesondere die Schreiben vom 13. und 22. August 1923.

³³ Bericht von Dr. Walther, Bayer-Leverkusen, „Besuch der beiden Handelsattachés der amerikanischen Gesandtschaften in Berlin und Paris, Herring, Berlin, Jones, Paris“ (am 15. Juni 1923); DZA AA Nr. 43814.

³⁴ Ebd., S. 5.

werde sie darauf mit der Anwendung der Section 317 des amerikanischen Zollgesetzes von 1922 reagieren³⁵. Im Oktober machte James Logan, „unofficial observer“ der USA bei der Repko, das State Department auf die Zusammenarbeit zwischen der Compagnie Nationale des Matérières Colorantes und dem I.G.-Farben-Konzern aufmerksam und beschwor die Gefahren, die der amerikanischen Industrie von einer eventuellen deutsch-französischen Verflechtung und einer dann möglichen destruktiven internationalen Preispolitik drohten. Er schrieb nach Washington³⁶:

„In view of all the foregoing, and the possible line-up between French and German industries resulting from the present Ruhr settlement negotiations, I venture the suggestion that the dye industrial phase be carefully watched by all our Government Agents so that under certain contingencies, and if deemed wise from all its broader aspects, our Administration as a protective measure should promptly operate under the authority vested in it by Congress, as set forth in Section 317, Paragraphs (a) and (e) of the Tariff Act of September 22, 1922.“

Die Nachricht von den Sonderverhandlungen zwischen den Ruhrindustriellen und der Micum sowie zwischen den Vertretern der chemischen Industrie und der Interalliierten Hohen Kommission für die Rheinlande³⁷ löste schließlich in Washington größte Bestürzung aus³⁸, weil sich nunmehr die befürchtete Wirtschaftsallianz zwischen Deutschland und Frankreich in umfassendem Maße zu verwirklichen schien. Die Pläne, von denen Stinnes im Herbst 1922 Hughes unterrichtet hatte, wurden offenbar jetzt mit umgekehrten Vorzeichen realisiert: die Errichtung eines gigantischen, unter französischer Vorherrschaft stehenden Trusts der mit Gewißheit versuchen werde, die Welt zu beherrschen³⁹. Nach den (nicht zutreffenden) Informationen, die Secretary Hughes von einem amerikanischen Geschäftsmann zugegangen waren, sollte nämlich in den Industrieabkommen eine Mehrheitsbeteiligung Frankreichs an den deutschen Unternehmungen vereinbart worden sein⁴⁰. Botschafter Wiedfeldt, bei dem sich Hughes unverzüglich nach dem Verhandlungs-

³⁵ Unterlagen in NA BFDC 232-Germany. – Section 317, Title III, Tariff Act of 1922, räumte dem Präsidenten das Recht ein, im Falle handelspolitischer Diskriminierung der USA durch einen anderen Staat neue Zölle oder Zollerhöhungen gegen Waren dieses Landes zu verfügen, um die Aufhebung der Diskriminierung zu erzwingen.

³⁶ Report vom 10. 10. 1923; Secret Letters, vol. X; Logan Papers, Hoover Institution Stanford, California. (Im Durchschlag irrtümlich „Section 316“.)

³⁷ Dazu E. Weill-Raynal, *Les Réparations Allemandes et la France*, t. 2, Paris 1947, S. 463 ff. – Zum Gesamtkomplex neuerdings K. D. Erdmann, *Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg*, Stuttgart 1966.

³⁸ Vgl. u. a. die beiden Telegramme, die sofort nach Eintreffen der Nachricht am 10. 11. 1923 an die US-Konsulate in Köln und Frankfurt am Main abgesandt wurden; NA 462.00 R 29/3175 a und b; sowie Tel. 424, L-12, Hughes an Logan (Paris) vom 20. 11. 1923.

D. B. Gescher, *Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Reparationen 1920–1924*, Bonn 1956, teilt auf Seite 201 aufgrund einer Tagebucheintragung Castles vom 10. 11. 1923 mit, daß Hughes so empört über diese französische Politik gewesen sei, daß er sich geweigert habe, Botschafter Jusserand zu empfangen.

³⁹ G. W. F. Hallgarten, *Hitler, Reichswehr und Industrie*, Frankfurt a.M. 1955, S. 58 ff.; D. B. Gescher, a. a. O., S. 129 ff.

⁴⁰ D. B. Gescher, a. a. O., S. 201.

inhalt erkundigte, war angeblich nicht über Einzelheiten im Bilde, verstärkte aber (sicher nicht unbeabsichtigt) den Alptraum von einer neuen übermächtigen Konkurrenz, indem er die Vermutung äußerte, daß die Micum-Abkommen auf eine Kontrolle der Ruhrindustrie durch die französischen Industriellen mit Hilfe von Aktienerwerbungen hinauslaufen würden; diese kombinierte Industriemacht werde sich dann neue Absatzmärkte suchen müssen und als potente Konkurrenz auf dem Weltmarkt erscheinen⁴¹.

Mit dieser Entwicklung schloß sich der Kreis der wirtschaftspolitischen Überlegungen. Die kurzfristigen Vorteile der durch die Ruhrbesetzung erfolgten Lähmung der deutschen Wirtschaft waren ausgeschöpft. Statt der bisherigen Konkurrenz erleichterungen würde bei einer ökonomischen Verflechtung zwischen Deutschland und Frankreich (welche konkrete Form sie auch immer annehmen mochte) eine für die amerikanische Industrie höchst gefährliche Wettbewerbssituation entstehen. Im Interesse der amerikanischen Wirtschaft mußte das französische Ruhrabenteuer beendet, der europäische Markt konsolidiert und eine dauerhafte, den Aufschwung des Welthandels garantierende Lösung der Reparationsfrage gefunden werden. Aber diese Lösung durfte, vom amerikanischen Standpunkt aus betrachtet, nicht einseitig zugunsten Frankreichs gehen, sie durfte nicht die expansive Exportpolitik der USA, die als Grundvoraussetzung für den Fortbestand der amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung angesehen wurde, beeinträchtigen. Gesamt- und wirtschaftspolitische Erwägungen sprachen dafür, daß die amerikanische Regierung nun aktiv in den europäischen Konflikt eingreifen mußte, um eine für die USA nachteilige Lösung der Reparationsfrage zu verhindern und der amerikanischen wirtschaftlichen Expansion optimale Chancen zu eröffnen. Wie ein Blick in die Wirtschaftspresse zeigt und wie die geheimen Sondierungsmissionen exponierter Vertreter der Industrie und Hochfinanz manifestieren, durfte sich die politische Führung mit der wirtschaftlichen in Übereinstimmung wissen. Die Publikationsorgane der amerikanischen Geschäftswelt und die Tagespresse hatten inzwischen die amerikanische Öffentlichkeit entsprechend präpariert⁴².

Die Administration Coolidge-Hughes-Hoover konnte jetzt, Ende 1923, ihre Deutschland- und Europapolitik auf einen breiten inneramerikanischen Konsens stützen und ihre Doppelrolle als unabhängige Vermittlerin und Interessentin voll entfalten⁴³. Im diplomatischen Zusammenspiel mit England setzte sie im Rahmen

⁴¹ Aufzeichnung über die Unterredung Hughes' mit Botschafter Wiedfeldt am 13. 11. 1923; Hughes Papers, Library of Congress, Washington.

⁴² Siehe dazu die Dissertation von K. F. Schoenthal (zit. unter Anm. 23), die die diesbezüglichen Pressebelege enthält (S. 115 ff.). Schoenthal sieht allerdings nicht, daß die Regierungsstellen selbst diese Aufklärungsaktion stimulierten (vgl. oben Anm. 50) und überschätzt generell den Einfluß der „profranzösischen Fraktion“ im State Department. Nicht irgendwelche profranzösische (bzw. später prodeutsche) Neigungen einzelner Personen waren entscheidend für die Formulierung der offiziellen amerikanischen Politik, sondern die Beurteilung der eigenen Interessenlage.

⁴³ Dieser Prozeß wird im zweiten Teil meiner Habilitationsschrift (siehe oben Anm. 2) analysiert; deshalb mag hier diese Andeutung genügen.

der Reparationskommission Bedingungen für die Einberufung eines Sachverständigenausschusses durch, die es Amerika erlaubten, durch formell unabhängige Experten maßgeblich an der reparationspolitischen Neuregelung mitzuwirken, ohne daß die Regierung eine offizielle Verantwortung übernehmen mußte. Owen D. Young (General Electric Co.) und Charles G. Dawes (Central Trust Company of Illinois) erzielten – unterstützt von einem großen Mitarbeiterstab und Beamten des State und Commerce Department – im Frühjahr 1924 in Paris ein Verhandlungsergebnis, das in hohem Maße den amerikanischen Interessen entsprach: der Dawesplan, der von den USA gestiftete „economic peace“ (Dawes), leitete die Phase der relativen Stabilisierung in Deutschland und Europa ein.

ANTON HOCH

DAS ATTENTAT AUF HITLER
IM MÜNCHNER BÜRGERBRÄUKELLER 1939

I.

Im Zweiten Weltkrieg flüsterte man sich in Deutschland zu, es habe bei dem Attentat auf Hitler im Bürgerbräukeller 1939 neben den Toten und Verletzten 60 Millionen Verkohlte gegeben¹. Dies sollte zum Ausdruck bringen, was von der offiziellen Leseart der deutschen Propaganda zu halten sei, die das Attentat bekanntlich dem britischen Intelligence Service und Otto Strasser in die Schuhe geschoben hatte. Auch nach dem Kriege überwog die Meinung, es habe sich um eine von der nationalsozialistischen Führung bestellte Arbeit gehandelt. Wenn auch in den vergangenen Jahren wiederholt dargelegt wurde, Elser habe das Attentat allein – und ohne Hintermänner – ausgeführt², so hat sich diese Ansicht bisher doch keineswegs durchsetzen können. Noch vor kurzem, auf der Tagung des „Europäischen Komitees zur wissenschaftlichen Erforschung der Ursachen und Folgen des Zweiten Weltkrieges“, die im Mai dieses Jahres unter Beteiligung prominenter Persönlichkeiten der Politik und der Wissenschaft in Luxemburg stattfand, wurde das Bürgerbräu-Attentat erneut als eine nationalsozialistische Manipulation bezeichnet, – es sei ja bekannt, „daß Hitler vor jedem großen Ereignis eine Provokation organisiert“ habe³.

Sicherlich spielen bei dieser Deutung Gerüchte, die bald nach dem Zusammenbruch in der Öffentlichkeit umgingen, ebenso eine Rolle wie Enthüllungen über vergleichbare Vorgänge, die von der nationalsozialistischen Propaganda verschwiegen, entstellt oder erfunden waren. Man denke nur – um Beispiele zu nennen – an den sogenannten Röhmputsch, die Fritsch-Affäre, den Luftangriff auf Freiburg oder gar die Angelegenheit „Gleiwitzer-Sender“. Im Falle des Bürgerbräuattentats aber kommt hinzu, daß wichtige Einzelfragen, die der Vorgang begrifflicherweise aufwirft, noch allzu wenig geklärt sind, um nicht den Verdacht bestellter Arbeit zu nähren. Ist die Installierung einer Höllenmaschine im Saal des Bürgerbräukellers bei der Perfektion der damaligen Sicherheitsmaßnahmen ohne Hilfe der Gestapo denkbar? Warum hat Hitler an jenem 8. November 1939 seine Rede nicht nur

¹ Vox populi, Geflüstertes, Die Hitlerei im Volksmund, Heidelberg 1948, S. 24. – „Jmdn. verkohlen“ in der Umgangssprache: jmdn. zum Narren halten.

² U. a. Peter Hilten (= Pseud. Franz Ludwig Neher), Einer gegen Hitler, in: „Echo der Woche“ v. 10. 12. 1948–25. 2. 1949; Der Attentäter, Ein Bericht von Ernst Petry und Günter Peis, in: „Stern“ 1964, Nr. 18–20; Hans Langemann, Das Attentat, Eine Kriminalwissenschaftliche Studie zum politischen Kapitalverbrechen, Hamburg [1956], S. 292–296; Alexander Harder, Kriminalzentrale Werderscher Markt, Die Geschichte des „Deutschen Scotland Yard“, Bayreuth, Hestia Verl. 1963, S. 19–48.

³ Heiner Lichtenstein, Pressereferent des Europ. Komitees . . . in: „Die Welt“, v. 20. 5. 69; s. a. E. Calic, Oswald ist kein Van der Lubbe, in: „Luxemburger Wort“ v. 15. 6. 68, u. Interview Eugen Kogons mit den „Deutschland-berichten“ (Nr. 5 vom Mai 1969).

früher begonnen als in anderen Jahren, sondern auch früher als sonst und offenbar hastig beendet? Woher hatte der beschuldigte Elser das Geld, um so lange ohne Verdienst in München zu leben? Wie soll man es erklären, daß Elser in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau bevorzugt untergebracht war? Warum wurde dem angeblich überführten Attentäter nicht der Prozeß gemacht? Und schließlich: warum hat man, wenn wirklich kein bestelltes Attentat vorlag, die für die Schutzmaßnahmen verantwortlichen SS- und Polizeioffiziere nicht exemplarisch bestraft? Es kann nicht wunder nehmen, daß solche gravierende Fragen bis auf den heutigen Tag Meinung und Urteil der Zeitgeschichte maßgeblich beeinflusst haben⁴.

Martin Niemöller war, soweit wir sehen, der erste prominente Zeuge, der sich unmittelbar nach dem Kriege zum Thema geäußert hat. Am 17. 1. 1946 erklärte er vor Göttinger Studenten, Elser sei Unterscharführer der SS gewesen und habe das Attentat „auf Hitlers persönlichen Befehl“ verübt. Bereits 1940 habe er, Niemöller, dies in Oranienburg und später in Dachau von SS-Leuten gehört⁵. Kurze

⁴ Allan Bullock, *Hitler, Eine Studie über Tyrannei*, Düsseldorf 1960, S. 573: „... das Attentat auf Hitler wurde in Wahrheit von der Gestapo organisiert: es sollte dazu dienen, des Führers Popularität im Lande zu steigern“; Gerhard Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart 1954, S. 244: „... Attentat im Bürgerbräukeller, dessen Inszenierung durch Himmlers Organe als Propagandatrick heute kaum noch zweifelhaft ist und das auch die erwünschte Wirkung hat...“; Gerald Reitlinger, *Die SS, Tragödie einer deutschen Epoche*, Wien-München-Basel 1956, S. 143: „Viele Umstände weisen jedoch darauf hin, daß der Attentatsversuch eine abgekartete Sache gewesen sein dürfte.“ Hans Rothfels war in der amerikanischen Ausgabe seiner Studie „Die deutsche Opposition gegen Hitler“ noch den Darlegungen von Hans Bernd Gisevius, *Bis zum bitteren Ende*, 2. Aufl., Zürich 1946, Bd. II, S. 182ff. gefolgt, der dort auf Grund von Nebes Feststellungen die These der Alleintäterschaft Elsers vertrat. „Neuerliches Überdenken, widersprechende Tatsachen (z. B. falsche Angabe des Zeitpunktes im Verhältnis zur Rede Hitlers) und zusätzliche Bekundungen“ haben R. indes in der ersten deutschen Ausgabe seiner Studie (Krefeld 1949, S. 216, Anm. 16) zu einer Korrektur seiner Meinung veranlaßt. „Nebes Untersuchungsbericht, der die Gestapo entlastet, kann weder das unbemerkte Anbringen der Höllenmaschine in einem Betonpfeiler noch Elsers spätere Behandlung in Dachau erklären.“ Es erscheint R. daher höchst zweifelhaft, „ob... der Tischler Georg Elser... unter die einsamen Fanatiker gerechnet werden kann“ (a. a. O., S. 66). In den späteren Ausgaben (Fischer Bücherei, 1958 und 1961, S. 58) fügt R. hinzu: „Obwohl man versucht hat, ihn als auf eigene Faust handelnden kommunistischen Meisterattentäter in die Geschichte des Widerstandes einzureihen, ist doch wohl keine Frage, daß die Installation einer Höllenmaschine nicht ohne Hilfe der Gestapo möglich gewesen ist und Hitlers Rede planmäßig vor der Explosion abgebrochen wurde.“ Vgl. auch John W. Wheeler-Bennett, *Nemesis der Macht*, Düsseldorf 1954, S. 502–507, und Eberhard Zeller, *Geist der Freiheit*, 2. Aufl. 1954, S. 48f. – In der vor dem Erscheinen stehenden Neuauflage seines Buches (Fischer-Bücherei Nr. 1012) hat Rothfels einen Vergleich gezogen zwischen dem Elser-Attentat, dem Reichstagsbrand und dem Kennedy-Mord: in allen 3 Fällen erscheint die „Alleintäterschaft“ aus technischen Gründen unwahrscheinlich, ohne daß andererseits eine Komplizenschaft hat nachgewiesen werden können.

⁵ Zit. nach „Der Spiegel“ v. 26. 1. 1950, S. 42, s. a. auszugsweise Schreiben N.'s an die Mutter Elsers vom 23. 3. 1946, in: Ermittlungsakten Stiller des Landgerichts München II, Bd. I, S. 54f. – N. hatte Elser zwar einmal kurz gesprochen, aber nicht über das Attentat und seine Hintergründe.

Zeit später erschien in der Süddeutschen Zeitung unter dem Titel „Das Attentat im Bürgerbräukeller aufgeklärt“⁶ ein Artikel, in dem über ein Gespräch berichtet wurde, das ein anderer Dachauer Sonderhäftling, Dr. Lothar Rohde, im März 1945 mit Elser in Dachau geführt hat. Nach seiner Darstellung hatte Elser eine führende Stellung in der SA; die Durchführung des Attentats sei „im Auftrag des Führers“ und „mit Unterstützung von SS-Leuten“ erfolgt. Noch im gleichen Jahre schrieb Isa Vermehren, daß ihr ein alter Lagerinsasse von Dachau Ende April 1945 auf der Fahrt nach dem Süden erzählte, Elser habe „sich im Jahre 1939 bereit erklärt, gegen eine Bestechungssumme von 40 000.— Mark die Zeitbombe im Hofbräuhaus [sic] unterzubringen“⁷. Etwas später berichtete der Flensburger Schriftsteller Heinrich Lienau, damals Häftling und Dolmetscher in der politischen Abteilung des Konzentrationslagers Sachsenhausen, ebenfalls, daß es eine „bestellte Arbeit“ gewesen sei. Woher er sein Wissen hatte, erwähnte er nicht⁸. Die ausführlichsten Angaben aus dem Kreise ehemaliger Häftlinge aber erschienen 1950 in dem Buche „The Venlo Incident“ von Captain S. Payne Best⁹, dessen Einfluß auf die Urteilsbildung hinsichtlich des Bürgerbräuattentats kaum überschätzt werden kann¹⁰. Wir werden auf seine Version im einzelnen noch zurückkommen, zumal der Verfasser sie durch Kassiber von Elser selbst und im Gespräch mit dessen Wachpersonal erfahren haben will. Ein paar Jahre später meldete sich dann mit ähnlich ausführlichen Einzelangaben der ehemalige SS-Unterscharführer Walter Usslepp, der vom Frühjahr 1943 bis Frühjahr 1944 einer der Bewacher Elsers im Konzentrationslager Sachsenhausen war und der sich als dessen „wirklichen Vertrauten“ bezeichnete. Elser soll ihn – nach seinen eigenen Angaben – sogar gebeten haben, sein Vermächtnis der Nachwelt zu übermitteln. 1956 hatte Usslepp seine Geschichte schon einmal unter der aufregenden Schlagzeile „Endlich die Wahrheit über das Hitler-Attentat im Münchner Bürgerbräukeller“ in dem Wochenblatt „Heim und Welt“¹¹ unterbringen können. 1965 gelang es ihm, einen Mitarbeiter des Norddeutschen Rundfunks für seine Aussagen zu interessieren und seine These vom „bestellten

⁶ Süddeutsche Zeitung v. 22. 2. 1946 (Titelseite). In seiner Aussage gegenüber dem Untersuchungsrichter des Landgerichts München II v. 1. 9. 1951 spricht R. allerdings nicht von einer führenden Stellung Elsers in der SA; er sagt lediglich, daß E. „das Attentat auf Anstiftung von Funktionären der SA begangen habe“ (IfZ, ZS/A-17, Nr. 47).

⁷ Reise durch den letzten Akt, Hamburg 1946, S. 178, s. a. IfZ, ZS/A-17, Nr. 48. – Der „alte Lagerinsasse“ war Wilhelm Visintainer, damals als polit. Häftling und Kapo in Dachau (s. a. NO 1253).

⁸ Zwölf Jahre Nacht, Flensburg 1949, S. 122.

⁹ London 1950, S. 93 f., 127–136, 187 f. u. 205.

¹⁰ Kurt von Schuschnigg, Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot, Zürich o. D., S. 497 gibt ihn als Quelle an. In der zeitgeschichtlichen Literatur übernimmt Bullock, a. a. O., die Angaben Bests ohne Einschränkung, Wheeler-Bennett, a. a. O., mit einem gewissen Vorbehalt („Wenn seine Geschichte wahr ist . . .“), ebenfalls William L. Shirer (Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Köln-Berlin 1961, S. 598 f. u. 1085, Anm. 33), der aber hinzufügt, daß es nach Gisevius allerdings keine Komplizen gegeben habe. Gerald Reitlinger seinerseits (a. a. O., S. 143, Anm. 52) distanziert sich: „Die Darstellung Bests . . . klingt zu phantastisch.“

¹¹ Jg. 1956, Nr. 14 u. Nr. 15 (IfZ, ZS/A-17, Nr. 46).

Attentat“ einer breiten Öffentlichkeit vorzutragen. Alles, was er sage, so versicherte er vor dem Bildschirm, sei die reine Wahrheit und könne von ihm jederzeit vor Gericht beschworen werden¹².

Da alle diese Stimmen aus dem Bereiche der beiden Konzentrationslager Sachsenhausen und Dachau kommen, in denen Elser als Sonderhäftling untergebracht war, galt es zu prüfen, ob auch in anderen Personenkreisen Hinweise darauf zu finden sind, daß das Attentat nicht aus eigener Initiative Elsers und nicht ohne Hintermänner geplant und durchgeführt wurde. Das Ergebnis unserer Prüfung war dürftig. Wenn General Thomas in seinen „Gedanken und Ereignissen“¹³ von einer „völlig fingierten Machenschaft von Heydrich“ spricht, der Vortragende Legationsrat im Ministerbüro Ribbentrop, Erich Kordt meint, daß Hitler „mit von der Partie“ war¹⁴, und auch der Leiter des Büros des Pressechefs der Reichsregierung, Werner Stephan, ohne weitere Erklärung das Wort vom „gestellten Attentat“ verwendet¹⁵, so bedeutet das noch nicht, daß diesen Aussagen ein konkretes, auf Grund ihrer damaligen Stellung erworbenes Wissen zugrunde liegt. Das gleiche trifft sicherlich für den damaligen Major F. W. Heinz von der Abwehr zu, der in seinen Erinnerungen „Von Wilhelm Canaris zur NKWD“ behauptet, das Attentat „gehörte zum ‚Propaganda-Kalender‘ der Westoffensive“¹⁶. Auch Wilhelm Höttl wird man in diesem Fall nicht als Wissensträger werten dürfen. Zwar betont er einleitend, er könne sich auf Informationen eines leitenden Beamten der nach dem Attentat eingesetzten Untersuchungskommission stützen, in seiner Darstellung sucht man jedoch vergeblich nach entsprechenden konkreten Angaben. Am Ende wird der Autor offensichtlich selbst unsicher, wenn er sagt, daß man es offenlassen

¹² Nordd. Rundfunk/Fernsehen-Panorama Nr. 130 v. 26. 7. 1965, ferner ebenda, III. Programm/Politik v. 8. 11. 1965 mit anschließender Diskussion (IfZ, ZS/A-17, Nr. 46).

¹³ Aufgez. in Falkenstein am 20. 7. 1945, als Ms. gedruckt, in: IfZ, ZS 510.

¹⁴ Erich Kordt, Nicht aus den Akten . . ., Stuttgart 1950, S. 373 ff. – K. erwähnt lediglich, Oster habe es für unwahrscheinlich gehalten, daß es sich um die Tat eines Einzelgängers handelte. Unter Hinweis darauf, daß Heydrich den Anschlag auf den Gleiwitzer Sender als „volksecht durchgespielt“ bezeichnet hatte, folgerte er: „Bleibt nur die Firma Himmler-Heydrich“. – Vgl. dagegen Ulrich von Hassell, Vom anderen Deutschland, Wien 1948, S. 82 ff.: „Natürlich wird gemunkelt, es sei ein zweiter Reichstagsbrand, also selbst inszeniert, um den Zorn gegen England zu reizen. Ich glaube das nicht . . .“

¹⁵ W. Stephan, Joseph Goebbels, Stuttgart 1949, S. 312.

¹⁶ Masch. Ms. o. J., S. 118 (IfZ, MA 175). – Heinz will am Nachmittag des 8. November von Canaris gehört haben, daß ein „besonders teuflischer Trick geplant [sei], entweder ein Attentat in München oder eine Zugentgleisung oder . . ., jedenfalls seien verschiedene Maßnahmen vorbereitet, um eine Propagandawalze im Stil der Tschechenkrise anzukurbeln“. Sofern eine solche Äußerung erfolgt ist, dürfte sie sich auf die sog. „Venlo-Aktion“ bezogen haben; s. dazu auch Harold C. Deutsch, Verschwörung gegen den Krieg, München 1969, S. 263. – Groscurth, ein anderer höh. Offizier aus der Umgebung von Canaris, notiert in seinem privaten Tagebuch unter dem 9. 11. 59 vorsichtiger: „Vermuteter Täterkreis evtl. sog. ‚Brief-taubenkreis, (alte verärgerte Pg.) oder auch Gestapo selbst, vielleicht sogar in Verbindung mit Göring. Führer ist rechtzeitig gewarnt und hat Bürgerbräu verlassen.“ – s. Helmut Groscurth, Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940, hrsg. von H. Krausnick und H. Deutsch unter Mitarbeit von H. von Kotze, Stuttgart 1969.

müsse, ob „der Hergang nicht doch ein anderer gewesen ist“¹⁷. Eine Sonderstellung nimmt H. B. Gisevius ein. Zunächst war auch er davon überzeugt, daß hier – wie es damals hieß – „ein Ding gedreht“ wurde. In einer kriminalistischen Studie, die er mit einem Anschreiben dem Generaloberst Halder übergeben läßt, begründete er im einzelnen seine Ansicht. Einige Tage später aber erfuhr er von Nebe, der in München die Untersuchungen geleitet hatte, daß Elser „Alleintäter“ gewesen sei und keine Hintermänner gehabt habe¹⁸. In diesem Sinne äußerte sich auch Walter Schellenberg, der als Leiter der „Venlo-Aktion“ Einblick in die Ermittlungen über das Attentat erhalten hatte: „Ich bin nach alledem, was ich erlebt und gesehen habe, und ich bin nicht blind herumgegangen, davon überzeugt, daß das Attentat . . . weder von Heydrich noch von Himmler gestellt war.“¹⁹ Man wird Schellenberg auch kaum widersprechen können, wenn er zur Begründung seiner Ansicht anführt: „Bei einer so ausgedehnten Fahndungsaktion wäre es ausgeschlossen gewesen, daß nicht an irgendeiner Stelle etwas durchgesickert wäre.“²⁰

Jedenfalls können weder Thomas, Kordt oder Stephan noch Heinz oder Höttl als Zeugen angesehen werden, die aus einer solchen undichten, aber zuverlässigen Quelle geschöpft haben. So bleiben nur die Versionen der Zeugen aus den Konzentrationslagern und hier vor allem jene beiden, die konkrete und detaillierte Angaben enthalten und daher den Eindruck hinterlassen, daß sie fundiert sind, zumal in ihnen betont wird, daß sie von dem Attentäter Georg Elser selbst stammen. Wir meinen die Aussagen des Captain S. Payne Best und des SS-USchaf. Walter Usslepp.

Captain S. Payne Best – bekanntlich zusammen mit Major R. H. Stevens am 9. November 1939, also einen Tag nach dem Attentat von Walter Schellenberg und Alfred Naujocks bei Venlo in den Niederlanden gewaltsam nach Deutschland ent-

¹⁷ Walter Hagen (Pseud. für Wilhelm Höttl), *Die geheime Front*, Linz-Wien 1950, S. 40–49. Der erwähnte Informant war der damalige Krim. Rat und SS-Ostuf. Horst Geissler, der in seiner Stellung innerhalb der Untersuchungskommission gewiß viel über das Attentat erfahren konnte, kaum aber etwas Konkretes über manche der Überlegungen, die H. in diesem Zusammenhang ausstellt. Was er H. in seinem Gespräch nach dem Kriege erzählt hat, bleibt in der Darstellung des Buches unklar. Auf die eindeutigen Aussagen, die G. noch vor seinem Tode dem Vf. gegenüber gemacht hat (s. IFZ, ZS 1940), werden wir später wiederholt zurückkommen. Hier soll nur erwähnt werden, daß G. in seinen Briefen an das IFZ v. 9. 1. und 6. 2. 1963 mit Nachdruck die „Alleintäterschaft“ Elsers betont.

¹⁸ H. B. Gisevius, *Bis zum bitteren Ende*, 2. erg. u. verm. Aufl., Zürich 1946, Bd. II, S. 169 ff. und S. 182 ff. – s. a. die deutsche Ausgabe bei Claassen & Govers, Hamburg 1947, S. 142 ff. und 152 ff. Leider fehlen die oben erwähnten wichtigen Mitteilungen Nebes an G. in der „vom Verfasser auf den neuesten Stand gebrachten [und gekürzten] Sonderausgabe“ des Rütten & Loening Verlages, Hamburg [1961], S. 424 ff. In seinem 1963 erschienenen Buche: *Adolf Hitler, Versuch einer Deutung*, S. 458 ff. greift er sie dann wieder auf und führt an, daß er sich aus verschiedenen Gründen lange Zeit gesträubt habe gegen dieses Resultat [d. i. die Alleintäterschaft E.'s]. Bemerkenswerterweise macht der Verfasser in seinem letzten Buche „Wo ist Nebe? Erinnerungen an Hitlers Reichskriminaldirektor“, Zürich 1966, S. 195 ff. noch weitere interessante Detailangaben, die in seinem Buche „Bis zum bitteren Ende“ nicht enthalten waren.

¹⁹ Hdschr. Ms. der Aufzeichnungen Sch.'s, S. 49 f. (IFZ, ED 90).

²⁰ Walter Schellenberg, *Memoiren*, Köln 1959, S. 90 ff.

führt – war fast bis zum Ende des Krieges im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Er hat dort Elser wiederholt mit Zigaretten ausgeholfen. Im März 1945 revanchierte sich dieser mit einem selbst angefertigten Bücherregal, in dem er einen Brief versteckte. Daraus entwickelte sich eine zwölf Monate²¹ fortdauernde geheime Korrespondenz, aus der Best, wie er berichtet, zusammen mit Nachrichten, die er aus anderen Quellen sammelte, die ‚Geschichte Elser‘ rekonstruierte, von der er behauptet, daß niemand außer ihm sie vom Hauptakteur selbst erhalten habe. Allerdings hatte er – wie er selbst zugibt – Elser nur einmal kurz gesehen und nie mit ihm gesprochen.

Seinem Bericht zufolge wurde Elser in München geboren, verlor früh seine Mutter und im ersten Weltkrieg auch seinen Vater. Ein Onkel, der ihn mehr schlecht als recht aufgezogen habe, starb, als er 15 oder 16 Jahre alt war. Elser wurde dann der Aufsicht des Jugendamts unterstellt und zu einem Tischler in die Lehre gegeben. Anschließend ging er auf Wanderschaft. Im Herbst 1937 kehrte er ohne einen Pfennig in der Tasche nach München zurück. Da er hier keine Arbeit fand, habe er beim Drucken und Verteilen von kommunistischen Flugblättern geholfen, bis er bei einer Polizeirazzia als „Asozialer“ verhaftet und zur Um-erziehung in das Konzentrationslager Dachau eingewiesen wurde²². Anfang Oktober 1939 hätten ihm auf der Lagerkommandantur zwei unbekannte Personen die Freiheit und eine gehörige Belohnung versprochen, wenn er im Bürgerbräukeller eine Sprengladung einbaue, um einen verräterischen Klüngel um Hitler zu beseitigen. Die Explosion sollte erfolgen, nachdem Hitler den Saal verlassen hatte. Obwohl ihm die Sache sonderbar vorgekommen sei, habe er, da ihm keine Wahl blieb, angenommen. In der ersten Novemberwoche hätten ihn dann die beiden Männer bei Einbruch der Nacht in den Bürgerbräukeller gebracht, wo er nach Entfernung der Holztäfelung und einiger Ziegelsteine „den Sprengstoff, das Innere einer Weckuhr und einen Zünder“ einbaute. Von dem Zünder habe er eine elektrische Leitung zu einem Druckknopf in einer beim Eingang gelegenen Nische gelegt. Ein oder zwei Tage nach dem Attentat sei er von den gleichen Männern an die Schweizer Grenze gebracht worden. In einem Briefumschlag habe er eine große Summe schweizerischer und deutscher Banknoten erhalten. Eine Ansichtskarte mit der angekreuzten Säule des Bürgerbräukellers sollte ihn gegenüber dem Grenzpolizeibeamten ausweisen. Es kam jedoch anders. Elser wurde von der Grenz-wache verhaftet, nach Berlin gebracht, dort strengen Verhören unterworfen und dabei schwer mißhandelt. Trotzdem leugnete er, im Auftrag gehandelt zu haben. Noch einmal seien nun die beiden mysteriösen Männer aufgetreten. Sie hätten das angebliche Mißgeschick an der Grenze erklärt und ihm erneut Leben und Freiheit versprochen, wenn er in einem Prozeß, der nach der Besetzung Englands durch die deutsche Armee stattfinden würde, die Aussage mache, daß er seit langem mit Otto Strasser und dem Intelligence Service in Verbindung stünde und im Oktober

²¹ In der schriftlichen Erklärung gegenüber dem Untersuchungsrichter bei dem LG München II v. 7. 9. 1951 spricht er von einem Zeitraum von zwei Jahren (Ermittlungsakten Stiller, Bd. II, S. 79 ff.).

²² Wie später zu zeigen sein wird, sind diese Angaben von Anfang bis Ende falsch.

1939 von Captain Best in Venlo den Auftrag erhalten habe, für einen Lohn von 40000,— sfr. die Bombe im Bürgerbräu einzubauen. Den Wortlaut der von ihm erwarteten Aussage habe Elser schriftlich erhalten und auswendig lernen müssen. Damit ist für Best der Kreis geschlossen. Indessen findet auch er keine Erklärung dafür, warum die Säuberungsaktion in der Partei unterblieb und warum er selbst bei seinen Vernehmungen über nichts gefragt wurde, was mit der Geschichte Elser in Zusammenhang steht.

Die zweite Version wird uns von dem ehemaligen SS-Unterscharführer Walter Usslepp geboten. Usslepp war 1943/44, wie bereits erwähnt, ein ganzes Jahr lang einer der Bewacher des Sonderhäftlings Elser im sogenannten Zellenbau des Konzentrationslagers Sachsenhausen. Soweit er nicht dienstfrei hatte, lebte er mit diesem, meist zwar zusammen mit einem weiteren SS-Bewacher, in einem Raum. Selbst wenn man die strengen Geheimhaltungsbestimmungen in Rechnung stellt, wird man nicht ausschließen können, daß er Gelegenheit hatte, mit Elser in ein gewisses persönliches Verhältnis zu gelangen und von ihm auch etwas zu erfahren, worüber er „befehlsgemäß“ anderen gegenüber konsequent geschwiegen hätte. Weder Niemöller oder Rohde, Vermehren oder Lienau noch Captain Best besaßen annähernd so günstige Voraussetzungen dafür. Hält man sich noch vor Augen, mit welchem Nachdruck Usslepp in der Öffentlichkeit seine Aussage als ein Vermächtnis Elsers bezeichnet hat, so wird verständlich sein, warum wir die Mitteilungen Usslepps eingehender behandeln²³.

Über Elternhaus und Jugend weiß Usslepp im Gegensatz zu Best fast nichts zu berichten; darüber habe ihm Elser nichts erzählt. Er geht gleich in medias res. Als Angehöriger der Allgemeinen SS²⁴ sei Elser Himmler bei dessen Besuch in Königsbronn vorgestellt, von ihm kurze Zeit darauf nach Berlin eingeladen worden und dort auf Kosten der SS-Führung über ein Jahr geblieben. Der Krieg hatte bereits begonnen, als er von Hitler – in Anwesenheit Himmlers – in der Reichskanzlei den Auftrag erhalten habe, im Münchner Bürgerbräukeller eine Zeitzunderbombe einzubauen und mit ihr am 8. November ein Attentat auszulösen. Hitler – der natürlich unverletzt bleiben würde – sollte auf diese Weise in die Lage versetzt werden, noch vorhandene gegnerische Kräfte in Deutschland auszuschalten. Als Dank dafür sei ihm ein Haus und eine „Staatspension“ in Aussicht gestellt worden. Befehlsgemäß sei Elser bald darauf nach München gefahren, mit der vom SD gelieferten Zeitzunderbombe und allem Zubehör im Gepäck. Die Zeit, auf welche die Uhr für die Explosion eingestellt werden sollte, sei Elser genau auf die Sekunde angegeben worden²⁵. Einige Jahre später freilich gab Usslepp an, Elser

²³ Außer den bereits genannten Äußerungen in „Heim und Welt“ und im Fernsehen des Norddeutschen Rundfunks (s. Anm. 11 u. 12) liegen uns von U. noch das Wortprotokoll eines umfangreichen Interviews vor, das er dem Journalisten Ottmar Katz im Mai 1964 gegeben hat, sowie eine schriftliche Auskunft an das Institut v. 11. 6. 1965 (IfZ, ZS/A-17, Nr. 46).

²⁴ Nach Mitteilungen U.'s an den Vf. war Elser angeblich nur „förderndes Mitglied der SS“.

²⁵ Heim u. Welt, Jg. 1956, Nr. 14, S. 4. – Dem Bericht lag ein von Usslepp verfaßtes Manuskript zugrunde (Mitteilg. an Vf.).

sei „auf alles allein gestellt“ gewesen und habe die Bombe in verschiedenen kleinen Werkstätten selbst angefertigt²⁶. Zweimal sei er bei den nächtlichen Vorbereitungen im Bürgerbräukeller beinahe ertappt worden. Da er nach Abschluß seiner Arbeiten plötzlich Zweifel bekommen habe, ob die Auftraggeber ihr Versprechen einhalten würden, wollte er sich entgegen der ursprünglichen Weisung, nach dem Attentat in München zu bleiben, damit ihn die Gestapo zum Schein verhaften könne²⁷, nach der Schweiz absetzen, sei aber an der Grenze gestellt worden. Am 10. November habe man ihn direkt von Konstanz nach Berlin gebracht, wo man durch verschärfte Vernehmungen seine Aussage zu erreichen hoffte, daß er bei dem Attentat im Auftrage Londons gehandelt habe. Statt dessen habe er sich zunächst mit Nachdruck auf den Befehl Hitlers berufen, dann aber bald davon abgesehen, weil er die Ausichtslosigkeit seines Bemühens erkannte, und schließlich auch das ihm vorgelegte Protokoll unterschrieben, um endlich in Ruhe gelassen zu werden. Nach seiner Einlieferung in das Konzentrationslager sei man nur darauf bedacht gewesen, daß der „Sonderhäftling Hitlers“ keine Dummheiten mache, d. h., daß er „sich nichts antut“, denn er sollte ja nach dem Kriege in einem großen Schauprozess als Kronzeuge auftreten und in dem oben erwähnten Sinne aussagen. Daß obendrein – nach der Version Usslepps – die Gestapo nichts von dem Auftrag an Elser gewußt haben soll²⁸, wird am meisten überraschen.

Usslepp wie Best bieten, wie wir gesehen haben, einigermaßen mysteriöse Geschichten, die einander in wichtigen Punkten widersprechen. Dabei behaupten beide Zeugen mit Nachdruck, ihre Aussagen gingen auf vertrauliche Mitteilungen Elsers zurück. Bemerkenswert ist dabei, daß das Attentat nach der Version des ehemaligen SS-Unterscharführers Usslepp von einem SS-Mann, nach der des ehemaligen KZ-Häftlings Best hingegen von einem Häftling verübt wurde. Gewiß wird Elser Menschen gegenüber, mit denen er längere Zeit beisammen war, gelegentlich auch etwas über sich erzählt haben. Wird es aber angesichts des ihm angeblich befohlenen strengen Stillschweigens immer die „volle Wahrheit“ gewesen sein? Mußte er nicht stets auch berücksichtigen, wem er gegenüber saß und was er wem sagen durfte? Wird man nicht annehmen müssen, daß Elser mitunter – und gewiß nicht immer aus den gleichen Motiven – unklare oder sogar unrichtige Angaben gemacht hat? Selbst wenn man die direkten Aussagen Elsers zur Verfügung hätte, so würden sie wahrscheinlich gelegentlich voneinander abweichen, immerhin aber würde ihre Analyse wohl durchaus noch möglich sein. Was uns jedoch hier

²⁶ Mitteilg. an das IfZ v. 11. 6. 1965 und im Fernsehen NRD-Panorama Nr. 130 v. 26. 7. 1965. Bemerkenswerterweise war diese Version, die von der früheren Aussage entscheidend abweicht, in der Zwischenzeit ausführlich in der Artikelserie „Zieh dich aus, Georg Elser“ von Günther Peis in „Bild am Sonntag“ v. 8. 11.–27. 12. 1959 u. in einer zweiten „Der Attentäter“ von Ernst Petry u. Günther Peis in der Illustrierten „Der Stern“, Jg. 1924, Nr. 18–20, zu lesen gewesen.

²⁷ Heim u. Welt, a. a. O.; aber auch hier gibt es eine zweite Version. Nach der Aussage U.'s in dem Interview mit O. Katz habe Elser nämlich den Auftrag gehabt, nach Ausführung seiner Arbeit nach Berlin zurückzukehren und sich im Reichssicherheitshauptamt zu melden!

²⁸ Usslepp in „Panorama“ v. 26. 7. 50.

als ein Gestrüpp vielleicht subjektiv wahrheitsgemäßer Überlieferung und mangelhafter Erinnerung, später angelesenen Wissens oder gar kräftig strapazierter Phantasie vorliegt, ist für weitere Nachforschungen schlechterdings unbrauchbar. Wir können uns daher auf einige kritische Bemerkungen beschränken.

Zunächst einmal steht fest, daß Elser vor dem Attentat weder in der SS noch in einem Konzentrationslager war. Besonders unglaublich sind die Angaben über Vorbereitung und geplante Ausführung des Attentats. Payne Best läßt Elser ein Uhrwerk einbauen und gleichzeitig eine elektrische Leitung zur Saaltüre legen. Er sagt, daß die Sprengladung durch Bedienung eines Druckknopfes gezündet werden sollte. Wozu aber dann das Uhrwerk? Er machte sich offenbar auch keine Gedanken darüber, welche Menge Sprengstoff zur Erzielung der vorgesehenen und tatsächlichen Wirkung einzubauen war und ob die hierfür notwendige Arbeit überhaupt in einer Nacht und von einem Mann zu bewältigen war. Hätte eine solche Aktion nicht zumindest eine Reihe von Mitwissern bedingt? Und auch dem Pächter und den Angestellten des Bürgerbräukellers wäre sie nicht zu verheimlichen gewesen. Noch leichter macht es sich der ehemalige SS-Unterscharführer Walter Usslepp. Er disqualifiziert sich indes als Zeuge selbst, wenn er – wie wir gesehen haben – das eine Mal behauptet, die Höllenmaschine sei Elser mit allem Zubehör vom SD geliefert worden, das andere Mal aber, Elser habe sie in München selbst zusammenbasteln müssen. Usslepp scheint es demnach mit der „ganzen Wahrheit“, die er immer gleich auch beides möchte, nicht allzu genau zu nehmen. Sowohl bei Best wie bei Usslepp war der Attentäter zudem teilweise auf sich selbst angewiesen und ohne jede Kontrolle. Soll man annehmen, Hitler hätte sich für eine derartige Aktion, die zwangsläufig mit erheblichen Unsicherheitsfaktoren verbunden war, bereitwillig zur Verfügung gestellt? Noch weniger wohl hätten Himmler oder Heydrich ein so riskantes Unternehmen ihrem Führer anzubieten oder von sich aus durchzuführen gewagt.

Der Vollständigkeit halber muß hier noch eine weitere Version erwähnt werden, die vor einiger Zeit temperamentvoll vertreten worden ist und nach der „das Attentat von einer Nachrichtenagentur, der ‚Union Time Ltd.‘²⁹ in London finanziert, von Hilda Monte³⁰ organisiert und von einem Illegalen ‚A‘ schließlich ausgeführt wurde“³¹. Die einzige Quelle für diese Version ist ein Brief, den der

²⁹ In der „Union Time Ltd.“ hatten sich nach den Angaben ihres ehem. Leiters, Werner Knop, ab 1938 englische Geschäfts- und Presseleute zusammengefunden, um die „Öffentlichkeit“ von der Notwendigkeit einer starken Außenpolitik gegenüber dem nat. soz. Deutschland zu überzeugen und den Kampf gegen das Hitler-Regime auch direkt durch Propaganda und Finanzierung deutscher illegaler Gruppen zu unterstützen.

³⁰ Hilda Olday, geb. Meisel (Schriftstellername: Hilda Monte), geb. 1914 in Ungarn, studierte Nationalökonomie und Soziologie und schloß sich früh dem „Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK)“ an, sie war u. a. Vf. von „The Unity of Europe“ (London, Gollancz 1943). Am 18. 4. 1945 wurde sie bei einem illegalen Grenzübertritt verwundet und ist bald darauf ihren Verletzungen erlegen (Frankf. Rundschau v. 26. 7. 1946); s. auch Anm. 31.

³¹ John Olday, Rätsel um eine „Bombensache“, in: Der Anker, Australisch-Deutsche

geheimnisvolle Illegale „A“ im März 1940 an die Londoner Zentrale der „Union Time Ltd.“ geschrieben haben soll. Werner Knop, deutscher Emigrant und damaliger Leiter der „Union Time“, hat ihn 1946 in dem Artikel „The inside story of the Munich bomb“ in der „Saturday Evening Post“ veröffentlicht³². Danach habe sich „A“ mit Hilfe falscher Personalpapiere, die ihn als Mitglied der Partei, der SS und der DAF „auswiesen“, im Bürgerbräukeller eine Anstellung als Elektriker und Aushelfer [sic] verschafft. Diese soll es ihm ermöglicht haben, die baulichen Verhältnisse des Bürgerbräu kennenzulernen und das Attentat vorzubereiten. So habe er dem Nachtwächter betäubende Mittel in den abendlichen Rumgrog geschüttet, um in Ruhe den erforderlichen Hohlraum in dem Pfeiler freizulegen. Ausgerechnet im Laboratorium der IG-Farben in Höchst, wo angeblich ein Mitglied seiner Gruppe arbeitete, soll er sich den Sprengstoff und die mechanischen Zeitzünder besorgt haben. Sie habe er dann Anfang November eingebaut, wobei in den beiden kritischen Nächten ein weiterer Wachposten, ein junger SS-Mann, mit Hilfe einer schmucken Kellnerin abgelenkt worden sei. Man wundert sich danach auch nicht mehr, wenn man weiter hört, daß inzwischen ein Kommando SS und Gestapo das Bürgerbräu besetzt und es genauestens durchsucht habe. „Immer mit dem Blick auf eine Anzahl SS-Wachen, die in der Mitte des Kellers saßen, schloß ich die kleine Stahltür auf, setzte das Uhrwerk in Gang und stellte die Zünder auf 21 Uhr 21 ein.“ Unmittelbar nachher sei „A“ in Richtung Süden abgereist, um tags darauf in Bozen zu lesen, daß das Attentat mißglückt sei.

Dieser Bericht spricht für sich selbst. Es besteht nicht der geringste Zweifel darüber, daß der mysteriöse „A“, den weder Knop noch John Olday persönlich gekannt haben, nichts mit dem Attentat zu tun hat. Die Geschichte, die er seinem Auftraggeber mit erheblicher – vielleicht bemerkenswerter – Verspätung erzählte, ist eine miserable Erfindung. Das eine oder andere Detail hat er offensichtlich damaligen Presseberichten entnommen, wie ein Vergleich zwischen diesen und dem „A“-Bericht zeigt. Hilda Monte wäre jedenfalls nicht gut beraten gewesen, wenn sie „A“ zu ihrem Vertrauensmann für die Ausführung des Attentatsplanes gemacht hätte³³.

Wochenzeitung, Sydney, Jg. 1965, Nr. 9–13 (Zitat aus Nr. 10). – Olday hat sich auch mit einer „Denkschrift zur Geschichte des deutschen Widerstandes während des 2. Weltkrieges“ an den 6. Internat. Historikerkongreß in Wien 1965 (abgedr. in: Der Anker, 1965, Nr. 28) gewandt und sich dort als verantwortlich für das Attentat bezeichnet.

³² Zitiert nach der deutschen Übersetzung „Sechs Minuten zu spät, Dokumente zum Attentat im Bürgerbräukeller am 9. Nov. 1939“, Von Werner Knop, in: Der Kurier v. 18. 2. 1947.

³³ Auch John Olday, mit dem der Vf. über das Bürgerbräu-Attentat und den „A“-Bericht noch sprechen konnte, hält es jetzt nicht für ausgeschlossen, daß Hilda Monte einem „Schwindler“ aufgesessen ist. Ob und inwieweit Hilda Monte überhaupt mit der Attentatsplanung etwas zu tun hatte, erscheint nach den eingeholten Auskünften von Fritz Eberhard, Kurt Retzlaw und Willi Eichler fraglich (IFZ, ZS/A-17, Nr. 26).

II.

Die uns zur Verfügung stehenden Zeugnisse eines bestellten Attentates halten, wie wir gesehen haben, einer Überprüfung nicht stand. Hat Elser also das Attentat doch allein geplant, vorbereitet und durchgeführt? Wir werden im folgenden die einzelnen Fragen der Reihe nach behandeln und dabei unser Augenmerk besonders auf die Punkte richten, die unseres Erachtens dazu beigetragen haben, daß das Bürgerbräuattentat so häufig unter die für das damalige Regime charakteristischen Machenschaften eingereiht worden ist.

Glücklicherweise ist ein Protokoll der Vernehmungen Elsers, die die Gestapo in der Zeit vom 19.–23. November 1939 durchführte, in den Akten des Reichsjustizministeriums erhalten geblieben³⁴. Es handelt sich dabei nicht um die Vernehmungen, die in München im Rahmen der Ermittlungen der „Sonderkommission Bürgerbräuattentat“ in der Nacht des 13. zum 14. November 1939 zu einem vollen Geständnis Elsers aus freien Stücken geführt haben^{34a}, sondern um diejenigen, die im Anschluß daran im Reichssicherheitshauptamt in Berlin allein von der Gestapo durchgeführt wurden. Sie hatten zum Ziel, die so eifrig gesuchten Hintermänner ausfindig zu machen. In diesem Sinne schrieb noch am 4. Dezember 1939 der Adjutant Himmlers, SS-Gruf. Karl Wolff, einem anderen SS-Führer: „Wir sind alle glücklich darüber, daß es uns gelungen ist, den Attentäter von München zu fassen und die Hintergründe aufzudecken. Es war ein schönes Stück Arbeit und wird uns auch weiterhin noch Arbeit machen, denn mit einem Mann ist uns noch nicht viel gedient.“³⁵

Gewiß muß man sich bei dem Protokoll zunächst fragen, welchen Quellenwert es besitzt, denn theoretisch ist es nicht von der Hand zu weisen, daß Geständnis und Protokoll unter Umständen fabriziert oder manipuliert sind. In der Praxis sind solche Machenschaften allerdings an gewisse Voraussetzungen gebunden. So hätte man z. B. den Kreis der Ermittlungen klein halten und ausschließlich mit Vertrauensleuten besetzen müssen. Tatsächlich aber wurden Großfahndungsaktionen eingeleitet und ein Heer von Ermittlungsbeamten eingesetzt, die ohne irgendwelche geheimnisvollen Weisungen an die Arbeit gingen und wahrscheinlich lediglich wußten, daß noch Hintermänner und Auftraggeber gesucht werden. Dabei hätte nun zweifellos die Gefahr bestanden, daß Ehrgeiz oder Pflichtgefühl der Rechercheure gerade das herausbekamen, was auf jeden Fall geheim bleiben sollte. An-

³⁴ BA-Koblenz, Rep. 22 Gr 5/XX-5: Sprengstoffanschlag im Bürgerbräukeller, München am 8. Nov. 1939, Vernehmung des Täters, [Protokoll der Vernehmungen vom 19.–23. 11. 1939] 205 Bl. hektogr. (zit.: BA, Prot.).

^{34a} Mitteilungen des Reg. u. Krim.Dir. a.D. F. J. Huber, des Krim.Dir. a.D. H. Geissler und des ORR a.D. Dr. Othmar Trenker, damals Mitglieder der Sonderkommission (IfZ, ZS 735, ZS 1940 und ZS/A-17, Nr. 56).

³⁵ Mikrofilm T 175, Roll 32 (IfZ, MA 289, pag. 539956). – Bemerkenswert, daß Wolff wahrheitswidrig von „aufgedeckten Hintergründen“ spricht. Als Adjutant von Himmler mußte er wissen, daß Elser die in der Presse behauptete Verbindung mit dem britischen Secret Service nicht nachgewiesen werden konnte.

gesichts dieser Sachlage hätte sich auch im Vernehmungsprotokoll kaum ein vorherbestimmtes Ergebnis konstruieren lassen. Gegen eine Manipulation spricht ferner, daß das Protokoll *keine* Angaben über eine Verbindung Elser mit den englischen Offizieren Stevens und Best oder etwa mit Otto Strasser enthält. Daß man an solchen Aussagen besonders interessiert gewesen wäre, liegt auf der Hand, schon allein, um die eigenen Aktivitäten abschirmen oder überzeugender als bisher den britischen Intelligence Service mit dem Attentat belasten zu können. Statt dessen kommen die Namen Stevens, Best und Strasser im Protokoll überhaupt nicht vor. Für seine Echtheit hingegen spricht, daß der in ihm niedergelegte Sachverhalt in allen wesentlichen Punkten auch durch andere Dokumente oder durch Aussagen von Zeugen in der Nachkriegszeit belegt werden kann³⁶. Es bleiben gelegentlich Zweifel bestehen, ob Elser bei der Vernehmung immer die Wahrheit gesagt hat, z. B. soweit es um die Verhältnisse im Bürgerbräukeller ging, die seinem Vorhaben zugute kamen und die er bei den Vorbereitungen des Attentats offenbar weidlich ausgenützt hat. Elser war nämlich in seinen Aussagen stets darauf bedacht, niemanden auch nur mittelbar der Begünstigung seines Vorhabens zu verdächtigen³⁷. Insofern hatte Hitler sicher recht, wenn er meinte, Elser würde nur genau soviel aussagen, als man bereits anderweitig festgestellt habe³⁸. Entscheidend für unsere Untersuchung aber ist, daß sich dabei keine Indizien ergeben haben, durch die Elser Behauptung, der alleinige Täter zu sein, in Frage gestellt würde.

Wie immer man zunächst zu der Frage der Urheberschaft stehen mag, niemand bestreitet – und es besteht auch kein Zweifel darüber –, daß das Attentat von dem schwäbischen Tischlergesellen Georg Elser ausgeführt wurde. Es war daher angezeigt, seinen Lebensweg bis zum Attentat möglichst genau zu verfolgen. Wer war dieser Elser, und welche Fakten lassen sich feststellen, die für oder gegen eine Einzeltat, für oder gegen Kontakte mit Auftraggebern oder Mittelsmännern sprechen?³⁹ Schon jetzt aber sei vermerkt, daß die Stichhaltigkeit der Angaben Elser in dem Vernehmungsprotokoll durch die Aussagen^{39a}, die nach dem Kriege von den Verwandten und Bekannten wie auch von ehemaligen Ermittlungsbeamten gemacht wurden, in allen wesentlichen Punkten bestätigt worden ist.

Elser wurde am 4. Januar 1903 in Hermaringen, Krs. Heidenheim, geboren. Seine

³⁶ Besonders hinzuweisen ist auf die i. J. 1950 von der Staatsanwaltschaft München II geführten Untersuchungen betr. die Ermordung Elser im KZ-Dachau 1945, bei denen in dankenswerter Weise auch über das Attentat und Elser selbst zeitgeschichtlich wichtige Erkundigungen eingeholt wurden. Es wurden dabei sowohl Verwandte und Bekannte Elser wie auch mehrere damals mit dem Fall befaßte Beamte d. Geh. Staatspolizei u. d. Zolls einvernommen. S. a. Hauptstaatsarchiv Stuttgart, Sign. E 188b (Kriminalhauptst. d. Landespolizei Württemberg Nr. 1).

³⁷ Elser's entsprechende Aussage im Protokoll S. 146f. wird durch sein Verhalten in verschiedenen Situationen belegt.

³⁸ Picker, Hitlers Tischgespräche, Stuttgart 1963, S. 210.

³⁹ Wie sich aus dem Protokoll (mit detaillierten Sach- u. Personenregister) ergibt, wurde Elser damals selbst eingehend zur Person vernommen.

^{39a} Im IfZ gesammelt unter: ZS/A-17.

Eltern besaßen in Königsbronn eine kleine Landwirtschaft, die vor allem von der Mutter betrieben wurde und in der die Kinder – außer Georg noch drei Schwestern und ein Bruder – von klein auf mithelfen mußten. Der Vater ging dem Holzhandel nach, der aber nicht viel einbrachte, später statt Gewinn sogar Schulden. In der Schule war Elser, wie er selbst sagt, ein mittelmäßiger Schüler, nur in gewissen Fächern, wie Zeichnen, Rechnen und Schreiben, erhielt er gute Noten. Nach sieben Jahren Volksschule wollte er zunächst Eisendreher werden, wechselte aber, da die Arbeit für seine schwächliche Natur zu schwer war, zur Schreinerei über. Im Frühjahr 1922 legte er als Bester die Gesellenprüfung ab und war seitdem als geschickter und passionierter Handwerker geschätzt und beliebt. Nach ungefähr einem Jahr kündigte er seinem Meister und trat besserer Verdienstmöglichkeit wegen in eine Möbelfirma in Aalen ein. Noch im Herbst des gleichen Jahres gab er wegen der Inflation seine berufliche Arbeit als Schreiner auf und half zu Hause seinen Eltern. Anfang 1925 verließ er nach nochmaliger kurzer Beschäftigung als Möbeltischler im benachbarten Heidenheim seine engere Heimat. Er arbeitete zunächst bei einem Schreiner in Bernried bei Tettang und bei den Dornier-Werken in Friedrichshafen, schließlich aber in einer Uhrenfabrik in Konstanz, wo er mit kleineren Unterbrechungen bis zum Frühjahr 1930 blieb und wo er Uhrengehäuse anzufertigen hatte. Aber bald machte sich die aufkommende Wirtschaftskrise bemerkbar. Er war zeitweise ohne Arbeit und lebte von Ersparnissen und der Unterstützung. Noch einmal gelang es ihm – in Meersburg – für einige Zeit festen Fuß zu fassen, bis er im Frühjahr 1932 wegen Arbeitsmangel auch da entlassen wurde. Jetzt reichte es nurmehr zu kleinen Gelegenheitsarbeiten, die ihm gerade das Leben ermöglichten. Im August kehrte er daher, auch wegen schlechter Nachrichten von der Mutter, nach Königsbronn zurück. Er wollte dort helfen, das in Verschuldung geratene Anwesen zu retten. Doch es gelang nicht. Ende 1935 wurde es verkauft. Im März des folgenden Jahres mußte er das Haus verlassen, blieb aber im Ort und mietete sich bei einer Frau Härten ein. Zu dieser Zeit fand er auch noch einmal eine Arbeit als Geselle bei einem Schreinermeister in Königsbronn. Im Herbst kündigte er aber bereits wieder, weil ihm der Lohn zu niedrig war und der Meister ihm Vorschriften machen wollte. Im Dezember 1936 nahm dann der gelernte Handwerker bei der Firma Waldenmaier in Heidenheim eine Stelle als Hilfsarbeiter an und war dort zunächst als Gußputzer und später bis Ostern 1939 mit dem Prüfen und Verteilen der Materialeingänge beschäftigt. Wenige Monate danach zog er wieder zu seinen Eltern um, die sich in der Zwischenzeit ein neues, allerdings wesentlich kleineres Häuschen gekauft hatten. Dort wohnte er in einer Dachkammer bis zum Mai 1939; im Souterrain hatte er sich auch hier eine kleine Werkstatt eingerichtet, damit er in seiner Freizeit basteln und als Tischler wenigstens Gelegenheitsarbeiten übernehmen konnte.

Elser war ein ruhiger und verschlossener Mensch, in seinen materiellen Bedürfnissen anspruchslos und sparsam. Er kannte seine Fähigkeiten als Handwerker und wollte sie auch gewürdigt sehen. Obwohl es ihm weniger auf das Geld als auf die innere Befriedigung bei der Arbeit ankam, war er doch sehr darauf bedacht, lei-

stungsgerecht entlohnt zu werden. Er war kein normaler Schreiner, sondern Kunsttischler, wie er gelegentlich als Berufsbezeichnung auch angab. Sehr wichtig für ihn war, daß er selbständig schaffen konnte. So war es kein Wunder, daß er es, von Konstanz abgesehen, bei keinem Meister lange aushielt. Am liebsten arbeitete er zu Hause in seiner eigenen kleinen Werkstatt⁴⁰. Er war Einzelgänger und fühlte sich offensichtlich niemandem freundschaftlich verbunden⁴¹. Andererseits war er durchaus nicht unbeliebt, vor allem nicht bei Frauen. Er schloß sich auch nicht von der Geselligkeit aus. Besonders die Musik war es, die ihn lange Zeit regelmäßig unter die Leute brachte. Sowohl in Konstanz wie in seiner Heimat war er Mitglied eines Musikvereins. Schon als Junge hatte er Flöte und Ziehharmonika gelernt, in Konstanz Zither und später, als für das Orchester in Königsbronn eine Baßgeige gebraucht wurde, lernte er auch dieses Instrument. In Gesellschaft war er keineswegs gesprächig, er konnte lange am Tisch sitzen, ohne ein Wort zu sagen⁴². So sehr er auf der einen Seite gutmütig und hilfsbereit war, konnte er andererseits ebenso eigensinnig und rechthaberisch sein, besonders dann, wenn es sich um ein ihm vermeintlich zustehendes Recht handelte. In einem solchen Fall war er unerbittlich und allzu konsequent, selbst gegen Eltern und Geschwister, mit denen er daher auch zum Schluß fast durchweg in Feindschaft lebte⁴³.

Sehr kritisch stand er von Anfang an den politischen und sozialen Verhältnissen seiner Zeit gegenüber. So gab er vor 1933 seine Stimme der KPD, weil sie mehr Lohn und bessere Wohnungen versprach. Mitglied war er angeblich nicht und auch nicht anderweitig für die Partei tätig. Durch Zureden eines Kollegen trat er 1928 oder 1929 in Konstanz dem Rotfrontkämpferbund (RKF) bei, wiederum aber ohne eine Funktion zu bekleiden. Gewerkschaftsmitglied war er lediglich, weil man es sein sollte. Bei der Vernehmung gab er an, daß er keine Ahnung gehabt habe von der kommunistischen Ideologie, ebensowenig von einer nationalsozialistischen Weltanschauung⁴⁴. Man kann ihm das gerne glauben, wissen doch auch die Verwandten und Bekannten nichts davon, daß er sich jemals mit einschlägigen Büchern oder Zeitschriften beschäftigt hat. Auch Zeitungen hat er angeblich nur gelegentlich beim Mittagessen im Gasthaus gelesen. Regelmäßig schaute er sich nur die Möbel- und Schreinerzeitung an und das natürlich aus beruflichem Interesse, nicht wegen ihres eventuellen politischen Inhalts⁴⁵. Politische Fragen hat er also nicht eingehend studiert und über sie auch nicht mit anderen diskutiert⁴⁶; er hatte aber seine eigene Meinung und das genügte ihm.

Auf jeden Fall lehnte er den Nationalsozialismus und das neue Regime entschieden ab. Es wird berichtet, daß er trotz Aufforderung nicht bereit war, bei einer

⁴⁰ BA, Prot. S. 61 u. 63; IFZ ZS/A-17, Nr. 12, Nr. 6, Nr. 41, Nr. 2 u. Nr. 13.

⁴¹ BA, Prot. S. 25, 31 u. 39; IFZ, ZS/A-17, Nr. 12 u. 23.

⁴² IFZ, ZS/A-17, Nr. 41, Nr. 6.

⁴³ BA, Prot. S. 10f., 21 u. 24f.; IFZ, ZS/A-17, Nr. 9, 23, 19 u. 8.

⁴⁴ BA, Prot. S. 78ff. u. S. 85; IFZ, ZS/A-17, Nr. 28, Nr. 2, Nr. 23 und ZS 1940.

⁴⁵ BA, Prot. 71 u. 80; IFZ, ZS 1940.

⁴⁶ IFZ, ZS/A-17, Nr. 41, Nr. 14 u. Nr. 23.

1.-Mai-Feier die Fahne zu grüßen. Und wenn im Radio eine Rede Hitlers übertragen wurde, verließ er das Haus⁴⁷. Behauptungen, daß er Mitglied der Partei, der SS oder der SA war⁴⁸, sind bloße Gerüchte und entsprechen nicht den Tatsachen. Alle Verwandten, die nach dem Kriege befragt wurden, haben sich in diesem Sinne geäußert⁴⁹, und seine Mutter schrieb erregt Pastor Niemöller am 23. 2. 1946: „Mein Sohn war bis zu seiner Festnahme Nov. 1939 nicht bei der SS, noch viel weniger SS-Scharführer . . . Eine Mutter muß es doch besser wissen als ein Außenstehender. Das ganze Dorf war empört über diesen Bericht.“⁵⁰

Bei seiner Vernehmung gab er die Gründe für seine gegnerische Einstellung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime selbst an. Da diese Passagen des Protokolls ein zentrales Stück seiner Aussage bilden, seien sie hier im Auszug wiedergegeben:

„Nach meiner Ansicht haben sich die Verhältnisse in der Arbeiterschaft nach der nationalen Revolution in verschiedener Hinsicht verschlechtert. So z. B. habe ich festgestellt, daß die Löhne niedriger und die Abzüge höher wurden. Während ich im Jahre 1929 in der Uhrenfabrik in Konstanz durchschnittlich 50,- RM wöchentlich verdient habe, haben die Abzüge zu dieser Zeit für Steuer, Krankenkasse, Arbeitslosenunterstützung und Invalidenmarken nur ungefähr 5,- RM betragen. Heute sind die Abzüge bereits bei einem Wochenverdienst von 25,- RM so hoch. Der Stundenlohn eines Schreiners hat im Jahre 1929 eine Reichsmark betragen, heute wird nur noch ein Stundenlohn von 68 Pfg. bezahlt. Es ist mir erinnerlich, daß 1929 sogar ein Stundenlohn von 1,05 RM tarifmäßig bezahlt worden ist. Aus Unterhaltungen mit verschiedenen Arbeitern ist mir bekannt, daß auch in anderen Berufsgruppen nach der nationalen Erhebung die Löhne gesenkt und die Abzüge größer wurden . . .⁵¹

Ferner steht die Arbeiterschaft nach meiner Ansicht seit der nationalen Revolution unter einem gewissen Zwang. Der Arbeiter kann z. B. seinen Arbeitsplatz nicht mehr wechseln, wie er will⁵², er ist heute durch die HJ nicht mehr Herr seiner Kinder und auch in religiöser Hinsicht kann er sich nicht mehr so frei betätigen. Ich denke hier besonders an die Tätigkeit der Deutschen Christen . . . Diese Feststellungen und Beobachtungen habe ich bis zum Jahre 1938 und auch in der Folgezeit gemacht. Ich habe noch im Laufe dieser Zeit festgestellt, daß deswegen die Arbeiterschaft gegen die Regierung ‚eine Wut‘ hat . . . Diese Feststellungen habe

⁴⁷ IFZ, ZS/A-17, Nr. 6, Nr. 7, Nr. 41, Nr. 15 u. Nr. 23.

⁴⁸ S. S. 384, 385 und 389.

⁴⁹ IFZ, ZS/A-17, Nr. 9, Nr. 15, Nr. 41, Nr. 23, Nr. 19, Nr. 28 u. Nr. 2.

⁵⁰ Gemeint ist ein Artikel in den Nürnberger Nachrichten v. 6. 2. 1946. Abschrift des Briefes in den Ermittlungsakten Stiller des Landgerichts München II, Bd. I, Bl. 54.

⁵¹ Die materiellen Lebensbedingungen der Arbeiter waren in den ersten Jahren des nat. soz. Regimes bis 1937 tatsächlich schlechter als 1928/29. Erst 1938 war der Stand von 1929 wieder erreicht, s. Statist. Handbuch von Deutschland 1928–1944, München 1949, S. 472, u. Dieter Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich, Stuttgart 1968, S. 167.

⁵² Verordnung über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels v. 1. 9. 1939 (RGBl. I, S. 1685f.).

ich in den Betrieben, wo ich gearbeitet habe, in den Wirtschaften und während der Bahnfahrt gemacht. . . . Bei den Unterhaltungen über die angeblich schlechten sozialen Verhältnisse habe auch ich mich beteiligt und die Ansichten meiner Kameraden geteilt . . .“⁵³.

Als weiteren wichtigen Grund führte er an, daß es nach seiner damaligen Meinung nicht bei dem Münchener Abkommen bleiben würde, „daß Deutschland anderen Ländern gegenüber noch weitere Forderungen stellen und sich andere Länder einverleiben wird und daß deshalb ein Krieg unvermeidlich ist . . .“⁵⁴.

Diese Zeilen stammen ohne Zweifel allein von Georg Elser. Die Herren Kommissare, die das Protokoll unterzeichnet haben, wären sicher überfordert gewesen, wenn sie diese Passagen hätten selbst formulieren müssen. Hier spricht der schwäbische Tischlergeselle, der ein sehr empfindliches Gefühl für das dem einzelnen Menschen zustehende Recht und daher auch für die Grenzen des Staates besaß. Daß er bei einer solchen Einstellung gegen einen von Deutschland heraufbeschworenen Krieg war, erscheint verständlich. Überraschend aber ist, wie sicher und richtig er über die politisch-militärischen Absichten der damaligen Regierung geurteilt hat. Die Konsequenz seines Denkens führte ihn wohl von selbst zu der Überlegung, daß sich die Verhältnisse nur bessern könnten, wenn das nationalsozialistische Regime verschwinde.

Im Herbst 1938, offensichtlich als sich die Sudeten-Krise zu einem Kriege auszuweiten drohte, entschloß sich Elser, durch ein Attentat die Führung zu beseitigen. Eine Gelegenheit hierzu sah er bei einer der großen Veranstaltungen wie dem jährlichen Erinnerungstreffen am 8./9. November, bei dem Hitler vor der Parteiprominenz seine traditionelle Rede hielt. Tatsächlich fuhr er bereits in diesem Jahr am 8. November einmal nach München und nahm als Zuschauer an den Veranstaltungen teil. Er begab sich nach Beendigung der Feier am Abend in den Bürgerbräukeller, ging in den Saal und sah auch das Rednerpult, an dem Hitler immer sprach. Es fiel ihm dabei auf, daß zu dem Saal jedermann Zutritt hatte und daß keine Kontrolle oder Bewachung stattfand. Schon bald war er sich darüber im klaren, daß Anlaß, Zeit und Örtlichkeit für ein Attentat geeignet waren. Er plante, den Sprengstoff in die Säule hinter dem Rednerpodium einzubauen und ihn „durch irgendeine Vorrichtung zur richtigen Zeit zur Entzündung zu bringen“⁵⁵. Wieder zu Hause, begann er zunächst mit der Sammlung von Sprengstoff. In der Firma Waldenmaier, bei der er beschäftigt war, entwendete er in den folgenden Monaten insgesamt 250 Preßstückchen Pulver, die er in Papier eingewickelt unter der Wäsche in seinem Schrank versteckte. In der Osterwoche, am 4. April 1939, fuhr er erneut

⁵³ BA, Prot. S. 85 ff.; IFZ, ZS 1940 u. ZS/A-17, Nr. 16.

⁵⁴ BA, Prot. S. 88.

⁵⁵ BA, Prot. S. 92 ff. u. S. 100; IFZ, ZS 1940 u. ZS/A-17, Nr. 28 u. Nr. 3. – Elser hatte seiner Freundin Maria Schmauder, der Tochter seiner Hausleute in Schnaitheim, von der Reise erzählt. Bei den Ermittlungen der Sonderkommission wurde Elsers Name noch in den Listen des Quartieramts der NSDAP München, von dem er sich eine Unterkunft hat zuweisen lassen, festgestellt.

nach München, notierte sich die Maße der Säule und fertigte eine Handskizze an. Er machte sich damals Hoffnung, im Bürgerbräukeller eine Anstellung zu bekommen, was ihm die Vorbereitungen des Anschlages natürlich wesentlich erleichtert hätte. Der Hausbursche erzählte ihm nämlich am ersten oder zweiten Tag, daß er bald zum Militär einrücken müsse. Elser saß öfter mit ihm beisammen, auch in anderen Gaststätten, hielt ihn frei und versprach ihm sogar schriftlich 50,— RM, wenn er ihm die Stellung vermittele. Doch seine Bemühungen waren vergeblich. Ohne die erhoffte Zusage fuhr er später als ursprünglich vorgesehen wieder nach Hause⁵⁶.

Bei der Firma Waldenmaier hatte er bereits vor der Reise gekündigt, angeblich wegen eines Streites mit einem Meister. Wenige Tage nach seiner Rückkehr aus München, nahm er in Königsbronn eine Stelle als Hilfsarbeiter in einem Steinbruch an. Er hatte dort nicht nur Gelegenheit, einige Erfahrungen im Sprengen zu sammeln, sondern er konnte sich wegen der mangelnden Aufsicht auch Sprengpatronen und Sprengkapseln beschaffen. Zunächst entwendete er nur einzelne Stücke, die beim Sprengen gerade liegengeblieben waren, bald drang er aber in der Nacht auch in das Sprenghäuschen ein und nahm Patronen und Kapseln gleich päckchenweise mit⁵⁷. Er hatte bereits mehr als genug Sprengstoff beisammen, als er nach kaum drei Wochen die Arbeit dort wieder abbrechen mußte, da ihm ein großer Stein auf den Fuß gefallen war⁵⁸. Er mußte sich in ambulante ärztliche Behandlung begeben und sich den Fuß bis eine Handbreit über den Knöchel eingipsen lassen. Zu dieser Zeit wohnte er bereits bei den Angehörigen einer Arbeitskollegin, nachdem er Anfang Mai endgültig seine Kammer im Hause der Eltern aufgegeben hatte⁵⁹.

Seine teilweise Invaldität gab ihm Gelegenheit, den technischen Problemen nachzugehen, die es bei der Herstellung der Höllenmaschine zu lösen galt. Zunächst ging es ihm darum, wie er ohne die Verwendung einer Zündschnur die Sprengkapseln zur Entzündung bringen könne. Um zu prüfen, ob sich dafür Gewehrpatronen eignen, entwarf er ein Modell und machte in dem etwas abgelegenen Obstgarten in Königsbronn, der seinen Eltern gehörte, die ersten praktischen Versuche, natürlich, da er ja – wie immer – sichergehen wollte, gleich mehrmals. Die Versuche klappten. Die Explosionen wurden von mehreren Seiten bestätigt⁶⁰. Das andere Problem war, wie man die Zündung zu einer im voraus festgelegten Zeit aus-

⁵⁶ BA, Prot. S. 102–109; IfZ, ZS/A-17, Nr. 2 u. 8; DNB-Dienst v. 24. 11. 39, Bl. 41.

⁵⁷ BA, Prot. S. 111, 113–119; IfZ, ZS/A-17, Nr. 23, Nr. 53, Nr. 40, Nr. 27, Nr. 28, Nr. 2 u. Nr. 8.

⁵⁸ Es ist nicht geklärt, ob Elser nur das Opfer oder gleichzeitig der Initiator des Unglücksfalles war. – BA, Prot. 122; IfZ, ZS/A-17, Nr. 33 u. Nr. 40.

⁵⁹ Nach Mitteilung des Bürgermeisteramtes der Stadt Heidenheim, Gesch.Stelle Schnaitheim, vom 18. 5. 1962, ist Elser von Königsbronn nach Schnaitheim am 4. Mai 1939 gezogen. – BA, Prot. S. 112; IfZ, ZS/A-17, Nr. 8 u. Nr. 9. Nach Angabe seiner damaligen Hausfrau betonte Elser beim Einzug, er werde schon in nächster Zeit nach München übersiedeln, wo er eine Stelle in Aussicht habe.

⁶⁰ BA, Prot. S. 125 ff. u. S. 144; IfZ, ZS/A-17, Nr. 7, Nr. 2 und Nr. 8.

lösen könne. Daß er zu diesem Zwecke ein Uhrwerk verwandte, lag nahe, da er beruflich viel mit Uhren zu tun und auch ständig mehrere Stücke vorrätig hatte, für die er schöne Gehäuse anfertigte, um sie dann zu verkaufen oder zu verschenken. Die spezielle Schwierigkeit lag darin, die Uhrbewegung auf den Zündmechanismus zu übertragen⁶¹. Wie er bei der Vernehmung am 22. November 1939, offensichtlich mit einem gewissen Stolz, betonte, hat er alle damit zusammenhängenden Fragen zeichnerisch gelöst. Sie beschäftigten ihn Tag für Tag. Immer wieder fertigte er neue Skizzen an, um sich allmählich über die Konstruktion seines Apparates klarzuwerden. So vorsichtig er dabei zu Werke ging, er konnte nicht verhindern, daß man ihn mehrmals beim Zeichnen der Skizzen oder in der Werkstatt beim Basteln ertappte. Wenn er gefragt wurde, was er denn da mache, gab er beinahe stereotyp zur Antwort, daß das „eine Erfindung“ gäbe. Auf weitere Fragen ließ er sich nicht ein⁶². Gegen Ende Juli war es dann so weit, daß er über die Einzelheiten der Konstruktion feste Vorstellungen hatte. Bevor er aber den Apparat baute, wollte er an Ort und Stelle feststellen, wie groß er den Hohlraum in der Säule machen könnte. Es drängte ihn daher, möglichst bald nach München zu übersiedeln. Am 22. Juli wurde er vom Arzt wieder gesund geschrieben. Plötzlich erkrankte er erneut, und so konnte er erst am 5. August, noch halb krank, Schnaitheim endgültig verlassen⁶³.

Wenn wir an dieser Stelle kurz innehalten und zusammenfassen, so können wir feststellen, daß der Lebensweg Elzers bis Anfang August 1939, also bis drei Monate vor dem Attentat, klar überschaubar ist, wobei die einzelnen Daten meist mehrfach zu belegen sind. Elser kann danach weder als ehemaliger Kommunist im KZ gewesen sein noch kann er Himmler bei einem – im übrigen nicht nachweisbaren – Besuch in seiner Heimat als SS-Mann, der er nie war, bekannt geworden und längere Zeit in Berlin gewesen sein. Es ist auch kein Anhaltspunkt für andere irgendwie geheimnisvolle Verbindungen gegeben⁶⁴. Wenn wir uns außerdem noch einmal den Menschen Elser vergegenwärtigen, wie wir ihn kennengelernt haben, so wird man hinzufügen können, daß sich der nette, mitunter aber recht schwierige Einzelgänger, der stets sein eigener Meister sein wollte, kaum für ein gehorsames Werkzeug eines Auftraggebers geeignet hätte.

⁶¹ BA, Prot. S. 131 f.

⁶² BA, Prot. S. 129 f.; ZS/A-17, Nr. 33 u. Nr. 27. – Ein durch den Versuch halb demoliertes Holzmodell und einige Handskizzen Elzers wurden nach dem Attentat von den Ermittlungsbeamten bei der Familie Schmauder gefunden.

⁶³ BA, Prot. S. 133 f. u. 138 ff.; IFZ, ZS 1940 u. ZS/A-17, Nr. 28. – Das Datum des 5. August 1939 wird durch das Schreiben des Bürgermeisteramts Heidenheim, Gesch.Stelle Schnaitheim, vom 18. 5. 1962, bestätigt.

⁶⁴ In der Artikelserie „Der Attentäter“ („Stern“ v. 3. u. 17. 5. 1964) machen die Verfasser Ernst Petry u. Günther Peis den aus Königsbronn stammenden und in den 20er Jahren in die Schweiz ausgewanderten Karl Kuch zum Initiator des Attentats. Kuch, der nach 1933 angeblich durch Devisenschmuggel Geschäfte machte und Pfingsten 1939 bei einem mysteriösen Autounfall mit seiner Frau ums Leben kam, soll Hitlergegner und mit Elser befreundet gewesen sein. Nach den uns vorliegenden Unterlagen handelt es sich hier um eine recht freizügig kombinierte Story, die keiner detaillierten Widerlegung bedarf.

Wir müssen jedoch Elser's Weg zum Attentat noch weiter verfolgen. Als gesichert ist anzusehen, daß er in München im August bei der Familie Baumann in der Blumenstraße 19 und ab 1. September bis 31. Oktober bei der Familie Lehmann in der Türkenstraße 94 gewohnt hat. In beiden Fällen meldete er sich polizeilich unter seinem richtigen Namen an. In den Hausbögen der Stadt München ist er für diese Zeit auf den Tag genau nachzuweisen⁶⁵. Frau Lehmann bestätigt ferner, daß er in den Monaten September und Oktober, während der er bei ihnen wohnte, weder mehrere Tage von München abwesend war noch irgendwelchen Besuch empfangen hat⁶⁶. Für den Wohnungswechsel hatte er sich entschieden, weil der Mietpreis in der Türkenstraße nur die Hälfte betrug, und weil er sich dort auch freier bewegen konnte. Da er noch viel zu tun hatte, war das für ihn sehr wichtig. Vorarbeiten und das für das Attentat notwendige Material hatte er bereits von Schnaitheim mitgebracht. In einem großen Holzkoffer befanden sich neben mehreren Uhrwerken, Uhrgewichten und einer Granathülse auch die schon gesammelten Preßstücke Pulver, die Sprengkapseln und Sprengpatronen, die unter einem Doppelboden in sauber eingebauten Geheimfächern gesondert untergebracht waren. Seine vielen Handskizzen und Werkzeuge sowie Wäsche und Kleidung hatte er nur zum Teil in dem Koffer, zum größeren Teil in Kisten und andere Koffer gepackt. Während er den stets versperrten Holzkoffer selbst mit nach München nahm, ließ er sich das übrige Gepäck von seinen Hausleuten in Schnaitheim nachschicken⁶⁷.

In den ersten drei Nächten, die Elser im Saale des Bürgerbräukellers war, sägte er an der Säule zunächst einen ungefähr 80×80 cm großen Teil der Holzverkleidung aus und richtete ihn durch Anbringung von zwei Zapfenbändern und einem Riegel an der Innenseite der Verschalung zu einer Tür ein. Damit war es ihm möglich, den Hohlraum, an dem er arbeitete, jeweils so schnell und so gut zu verschließen, daß man auch bei genauerem Hinsehen nichts bemerkte. Das nun folgende Ausbrechen der Ziegel und der mit Mörtel ausgefüllten Fugen verlangte besonderes Geschick und ein Übermaß von Geduld und Ausdauer. Nur Stückchen für Stückchen konnte er aus der Säule lösen, denn er mußte sehr vorsichtig zu Werke gehen und stets darauf bedacht sein, keinen Lärm zu machen. Um die bei solchen Arbeiten unvermeidbaren Geräusche etwas abzumildern, umwickelte er seine Werkzeuge, die er sich zum Teil nach eigenen Angaben anfertigen oder abändern ließ, mit Lappen. Wiederholt unterbrach er auch die Arbeit, um sie erst dann wieder aufzunehmen, wenn die nächtliche Ruhe bereits anderweitig gestört war. Ebenso sorgte er dafür, daß von seiner Arbeit keine Spuren zurückblieben. So fing er den beim Aushöhlen der Säule anfallenden Schutt in einem selbstgefertigten, mit einem steifen Draht in das Mauerwerk eingeklemmten Sack auf, den er, wenn er voll war, in einen

⁶⁵ Stadtarchiv München; s. a. BA, Prot. S. 140f., BA NS 20/65; IfZ, ZS 1940; s. a. A. Harder, a. a. O., S. 26. Die Angabe bei Hans Bauer, *Ich flog Mächtige der Erde*, Kempten 1956, S. 184, Elser wohnte zeitweilig unter dem Namen Müller bei einer Schwester in München, ist unrichtig.

⁶⁶ IfZ, ZS/A-17, Nr. 52.

⁶⁷ BA, Prot. S. 120 u. 154ff.; IfZ, ZS/A-17, Nr. 2 u. Nr. 53.

Pappkarton umfüllte. Sobald es notwendig war, schüttete er den Inhalt des Kartons in seinen Handkoffer und brachte ihn um die Mittagszeit außer Haus. Je tiefer er in die Säule vordrang, um so schwieriger wurden die Arbeiten. Um zu verhindern, daß gelegentlich einer Ausschmückung des Saales beim Einschlagen von Nägeln die Uhrwerke beschädigt würden oder daß man bei einem eventuellen Abklopfen der Säule den Hohlraum entdeckte, schlug er die Tür an der Holzverschalung noch mit einem 2 mm starken Eisenblech aus. Wenn man sich vor Augen hält, daß er alle diese Arbeiten beim Lichte einer abgeblendeten Taschenlampe ausführen mußte, wird man verstehen, daß er sie erst Ende Oktober abschließen konnte⁶⁸.

Nach seinen eigenen Angaben hat Elser insgesamt 30–35 Nächte⁶⁹ im Bürgerbräukeller verbracht und dort gearbeitet. Die Frage liegt nahe, wie das möglich war, ohne daß er dabei auffiel oder bei seinen Vorbereitungen ertappt wurde. Die örtlichen Verhältnisse kamen seinem Vorhaben eher zugute, als daß sie es erschwerten. Bereits bei seinem Besuch zu Ostern hatte er Gelegenheit, sich genau zu informieren und mit dem Personal etwas anzufreunden; und auch diesmal schaute er sich wohl zunächst einmal etwas um. Erst in der dritten oder vierten Nacht nach Ankunft in München begann er mit den Vorbereitungen an der Säule. Jedesmal, wenn er im Bürgerbräukeller arbeitete, nahm er zwischen 20.00 und 22.00 Uhr im Wirtschaftsraum ein einfaches Essen zu sich, begab sich anschließend auf die Galerie und wartete in einem Versteck, bis der Saal abgesperrt und alles ruhig war. Erst dann fing er mit der Arbeit an, die er gegen 2.00 und 3.00 Uhr früh beendete. Den Rest der Nacht döste er in seinem Versteck. Sobald der Saal wieder geöffnet wurde, verließ er ihn durch den rückwärtigen Eingang über das Brauereigelände zur Kellerstraße⁷⁰. Gewiß wurde er dabei mitunter gesehen, besonders seit dort mit Kriegsbeginn zeitweilig eine Sanitätseinheit⁷¹ untergebracht war, aber er fiel nie auf und wurde beim Verlassen des Saales auch nie von jemandem zur Rede gestellt⁷².

Damit wird etwas Wesentliches über die Person Elsers wie auch über die Örtlichkeit des Bürgerbräukellers ausgesagt. Dieser kleine, ruhige und bescheidene Mann hatte absolut nichts Auffälliges an sich. Der Saal andererseits war nicht nur der Raum, in dem jährlich unter Teilnahme aller Blutordensträger die Feier zum 8./9. November stattfand, und nicht nur die ständig von zahlreichen Gästen des

⁶⁸ BA, Prot. S. 159–165; IFZ, ZS 755, ZS/A-17, Nr. 2 u. Nr. 28; Der Bericht des Oberregierung- und Kriminalrats a.D. Hans Lobbes v. 27. 3. 1953, abgedruckt in: Hans Lange-mann, Das Attentat, Hamburg [1956], S. 295. Ferner Hans Bauer, a. a. O., S. 184f., A. Harder, a. a. O., S. 28 u. 43.

⁶⁹ BA, Prot. S. 150; Harder, a. a. O., S. 43, gibt 90 Nächte an, was sicher nicht zutrifft, da Elser ja auch noch Zeit brauchte, um seine Höllenmaschine zu bauen, außerdem war er im Okt. einige Tage bettlägerig (Prot. S. 186).

⁷⁰ BA, Prot. S. 151ff.; ZS 1940 u. ZS/A-17, Nr. 2.

⁷¹ So in dem von Eberstein abgezeichneten Bericht an den Reichsstatthalter von Bayern v. 9. 11. 1939 (BDC, Pers. Unterlagen v. Eberstein); Elser dagegen spricht von einer „Luft-schutzwache“ (Prot. S. 154), ähnlich die damalige Kellnerin M. Strobl (IFZ, ZS/A-17, Nr. 39).

⁷² BA, Prot. S. 154f.; IFZ, ZS 735.

In- und Auslandes besuchte Erinnerungsstätte, sondern zugleich ein ganz profaner Wirtschaftsraum mit Tanz- und anderen Veranstaltungen⁷³. Da er zwischen zwei Straßen – an der Vorderseite die Rosenheimer und an der Rückseite die Kellerstraße – gelegen ist, wurde er von den Passanten tagsüber auch als Durchgang benutzt. Gelegentlich soll dieser Traditionsraum der nationalsozialistischen Bewegung sogar noch ganz anderen Zwecken gedient haben⁷⁴. Auch die nächtliche Kontrolle des Saales scheint recht lax gewesen zu sein. „Es kam selten vor,“ sagte Elser, „daß der Saal nach Absperrung bis zur Öffnung von einer Person, die ich nie gesehen habe, für kurze Zeit betreten wurde. Es wurde auf- und wieder zugeschlossen.“⁷⁵ Und doch, mindestens einmal wurde er von dem Nachtwächter und dem Pächter des Lokals ertappt. Zeitpunkt und Ablauf des Vorganges lassen sich nicht mehr genau rekonstruieren. Die drei Hauptzeugen sind nicht mehr am Leben. Die Angaben Elsers im Protokoll sind wenig überzeugend und widersprechen den Erinnerungen noch lebender Sekundärzeugen. Wahrscheinlich war es Ende Oktober, als Elser von den beiden in der Nacht unmittelbar nach Betriebsschluß im abgeschlossenen Saal angetroffen und zur Rede gestellt wurde. Zur Begründung gab er an, er hätte sich einen Furunkel am Oberschenkel ausdrücken wollen. Der Pächter, der ihn in der Wirtschaft schon mehrmals gesehen hatte, schimpfte zwar etwas, ließ ihn aber schließlich laufen⁷⁶. Bei der Beurteilung der örtlichen Verhältnisse wird man schließlich auch die mehrfach behauptete, wenn auch nicht mehr konkret nachweisbare, indirekte Unterstützung einkalkulieren müssen, die Elser offensichtlich bei dem einen oder anderen Angehörigen des Betriebspersonals – ohne daß sie wußten, worum es ging – gefunden hat⁷⁷.

⁷³ s. z. B. Wochenendausgaben des Völk. Beobachter.

⁷⁴ IFZ, ZS 539/Bd. II, ZS 1940 u. ZS 735. Harder (a. a. O., S. 29), der sich zwar offensichtlich auf Informationen aus Kreisen der ehem. Kripo stützt, geht aber sicher zu weit, wenn er von einem „Treffpunkt von allerlei Pennbrüdern und heimlichen Liebespaaren“ spricht.

⁷⁵ BA, Prot. S. 156. Elser gibt hier ferner an, daß sich bis Kriegsbeginn im Saal auch zwei frei laufende Hunde aufhielten. Sie hätten wohl manchmal gebellt, gestellt wurde er jedoch von ihnen nicht. Um ihr Eindringen in den Saal zu verhindern, habe er später einen Stuhl vor die Tür gestellt, durch die sie vorher aus den oberen Räumen gekommen waren. – Ähnlich bei Harder, a. a. O., S. 45 u. ZS/A-17, Nr. 2. – Der damalige Leiter der Täterkommission, Reg.- und KrimRat F. J. Huber, und sein Mitarbeiter K. Geissler erwähnen die Hunde dagegen nicht als frei laufend, sondern stets nur in Verbindung mit dem Wächter, der jede Nacht „im Saal wie im Gelände des Bürgerbräus“ seine Runde machte. Huber spricht außerdem nur von einem Hund (ZS 735 u. ZS 1940).

⁷⁶ Gegen die Behauptung Elsers (Prot. S. 156f.), der Vorfall sei bereits in den ersten Augusttagen u. nach Öffnung des Saales, also am frühen Morgen, gewesen, ist geltend zu machen, daß er in diesem Falle bei den weiteren Arbeiten an der Säule gewiß größere Schwierigkeiten gehabt hätte. Außerdem war er in den ersten Augusttagen dem Pächter sicher noch nicht so bekannt. Es kommt hinzu, daß die Zeit nach Betriebsschluß für einen Wirt wahrscheinlich eher zutreffen dürfte. In diesem Punkte wird Elser allerdings durch die Aussage Geisslers (ZS 1940) gestützt. Im Gegensatz dazu die Aussagen Hubers und des damaligen Pächters, Payerl, in „Bild am Sonntag“ v. 8. u. 15. 11. 1959, u. die Darstellung bei Harder, a. a. O., S. 32.

⁷⁷ IFZ, ZS 735 („lockeres Verhältnis mit einer Kellnerin“) u. ZS/A-17, Nr. 28 (Elser habe „im Zusammenwirken mit einem Hausdiener des Bürgerbräukellers die Möglichkeit gehabt,

Soweit Elser nicht im Bürgerbräukeller an der Säule arbeitete, war er damit beschäftigt, die Konstruktion der Höllenmaschine auf dem Papier zu vollenden und sie in die Praxis umzusetzen. Bei seiner Vernehmung berichtete er ausführlich darüber⁷⁸ und fügte mehrere, von ihm selbst angefertigte Skizzen, die leider nicht erhalten geblieben sind, dem Protokoll bei⁷⁹. In unserem Zusammenhang ist es nicht so sehr von Bedeutung, den komplizierten Apparat und seine Funktionen im einzelnen kennenzulernen, weit mehr muß es uns interessieren, wie er den Apparat ohne eigene Werkstatt, in einer fremden Stadt und ganz auf sich allein gestellt, bauen konnte. Sind ihm vielleicht doch geheimnisvolle Auftraggeber oder Mittelsmänner an die Hand gegangen? Gewiß mußte Elser die Hilfe fremder Handwerker in Anspruch nehmen; er tat es auch, und zwar so, daß er nach seinen eigenen Angaben von ihnen jeweils nur kleinere Teilstückchen anfertigen oder bearbeiten ließ. Die Namen der Handwerker kennen wir. Es waren der Schlosser M. Solleder und der Schreiner J. Brög in der Türkenstraße 59 sowie der Mechaniker H. Drechsler in der Frauenstraße 9 und der Werkzeugmacher M. Niederhofer in der Rumfordstraße 32⁸⁰. Wir wissen davon nicht nur aus dem Protokoll⁸¹. Die beiden zuletzt genannten Handwerker wurden bald nach dem Kriege auch von Mitarbeitern der „Süddeutschen Zeitung“ ausgemacht. Einer von ihnen konnte noch befragt werden⁸². Die Aussagen Elsers wurden dabei bis auf die speziell auszuführenden Arbeiten, die meist gegen Bezahlung erfolgten, bestätigt. Mit dem Nachweis der Handwerker und ihrer Arbeiten wird aber die Existenz von angeblichen Hintermännern unwahrscheinlich⁸³. Auch die Art der Konstruktion des Apparates spricht dafür, daß

den Saal nachts ungehindert zu betreten“); s. a. Harder, a. a. O., S. 31 (die Kellnerin Marie G., die sich mit E. etwas „angefreundet“ hatte) und Gisevius, Wo ist Nebe?, S. 197.

⁷⁸ BA, Prot. S. 163 ff.

⁷⁹ BA, Prot. S. 158 ff.

⁸⁰ Im „Münchener Adreßbuch“, Jg. 1939 und 1940, nachzuweisen. Niederhofer wird im Protokoll zwar namentlich nicht genannt, er ist aber sicher mit der „Dreherei und Schlosserei in der Nähe der Baaderstr.“ gemeint, in der sich Elser die beiden Uhrengewichte ausbohren und in deren Öffnungen Gewinde einbauen ließ (Prot. S. 175). Bei den Vernehmungen im Nov. 1939 war N. der Geheimen Staatspolizei offensichtlich noch nicht bekannt. Nach seinen eigenen Angaben wurde er erst im Jahre 1940 verhaftet (SZ v. 22. 2. 1946).

⁸¹ A. a. O., S. 161, 173 ff.

⁸² SZ v. 22. 2. 1946.

⁸³ Das gilt auch für die Angabe bei Schellenberg (Memoiren, S. 90), Elser habe ausgesagt, „zwei unbekannte Personen hätten ihm bei der Vorbereitung des Anschlages geholfen und versprochen, später im Ausland für ihn zu sorgen“. Entweder ist Sch. hier einem Gerücht zum Opfer gefallen oder dem nicht auszuschließenden Umstand, daß Elser bei den vielen Vernehmungen mitunter auch, in der Absicht abzulenken oder irrezuleiten, gelogen hat. – Gegen die Glaubwürdigkeit dieser Aussage spricht vor allem, daß E. unterstellt wird, er habe unbekannte Personen in seinen Attentatsplan eingeweiht. Nach allem, was wir von ihm wissen, ist das vollkommen ausgeschlossen. Dasselbe ist Walter Hagen (a. a. O., S. 47) hinsichtlich seiner hypothetischen Erwägungen entgegenzuhalten, E. sei eventuell einem Konfidenten der Geheimen Staatspolizei in die Hände gefallen, der sich ihm gegenüber als Führer einer kommunistischen Widerstandszelle ausgegeben und ihn ermuntert [habe], in seinen Vorbereitungen fortzufahren in der Hoffnung, dadurch die Hintermänner E.'s kennenzulernen.

Elser alles nach eigenem Plan angelegt und ausgeführt hat. Bekanntlich mußte Elser seiner Sache immer ganz sicher sein. So auch hier. Wie er selbst sagte, wollte er das Gelingen des Anschlages nicht der Zuverlässigkeit *einer* Uhr überlassen; er setzte daher zwei Werke ein, die über verschiedene Zwischenstücke und nach vorheriger Bündelung gleich drei Schlagbolzen auslösten, die dann über drei Zündhütchen und drei Sprengkapseln zu den eigentlichen Sprengstoffbehältern führten⁸⁴. Zur Sicherung diente auch die 1 cm starke Korkeinlage in dem Kasten mit den beiden Uhrwerken. Elser wollte auf diese Weise verhindern, daß man ihr Ticken durch die Wandverkleidung hindurch hören konnte⁸⁵. Alles in allem, die Höllenmaschine trug deutlich die Handschrift Elsers. Bei den Ermittlungen durch die Sonderkommission hatte er mehrmals Gelegenheit, die ausschließliche Autorschaft unter Beweis zu stellen. Er zeichnete auf Aufforderung in kürzester Zeit erneut den Konstruktionsplan und baute auch noch einmal den ganzen Apparat⁸⁶. Nur wer sich alle Einzelheiten selbst mühsam ausgedacht und den Apparat nach vielen Versuchen selbst zusammengebaut hat, ist dazu in der Lage. Wer möchte angesichts dieser Tatsachen noch nach auftragsschwangeren Heizelmännchen suchen wollen? In welchen Konstruktionsvorgang hätten sie sich einschalten können? Und wir wollen nicht vergessen: welcher Auftraggeber hätte sich einem solchen Vorgehen anvertrauen wollen? Es ist daher kein bestelltes Geständnis, wenn Elser bei der entscheidenden Vernehmung betonte, daß er „alles allein erdacht und gemacht“ habe und daß die „Konstruktion der Zündvorrichtung und deren Kopplung mit den Uhrwerken seine ureigenste Erfindung“ sei⁸⁷. Die von ihm gefundene Lösung einer Verbindung zwischen Uhrwerk und Zündmechanismus mit der Möglichkeit, den Zeitpunkt der Explosion „sechs Tage vorher ungefähr auf eine Viertelstunde genau“ einzustellen, war fürwahr eine beachtenswerte Leistung⁸⁸. Deswegen war seine Aussage auch nicht nur das Bekenntnis eines Attentäters, der niemand anderen belasten wollte, sondern hier schwingt auch etwas, man wird dafür in seiner Lage Verständnis haben, der Stolz des tüchtigen Handwerkers mit, dem der spektakuläre Apparat gelungen war.

Mit dem Einbau der Höllenmaschine in die Säule kommen wir zu dem wohl umstrittensten Vorgang während der Vorbereitungen des Attentats: Am 1. November

⁸⁴ BA, Prot., S. 170f.; die doppelte Sicherung der Konstruktion wird von Regierungs- und Kriminaldirektor a.D. Franz Josef Huber (ZS 735) und dem ehem. KrimSchr. Bässler (ZS/A-17, Nr. 2) bestätigt. 2 Uhrwerke werden auch in den Presseberichten erwähnt (z. B. DNB-Dienst v. 24. 11. 1939, Bl. 26).

⁸⁵ BA, Prot. S. 171; DNB-Dienst v. 24. 11. 1939, Bl. 39.

⁸⁶ IFZ, ZS 207, Bd. 4 u. ZS/A-17, Nr. 28; s. a. Völk. Beobachter, Münchner Ausg. v. 22. 11. 1939, Schellenberg, Memoiren S. 95, Hans Bauer, a. a. O., S. 184.

⁸⁷ IFZ, ZS 735; s. a. Hans Bauer (a. a. O., S. 184), der während des Krieges angeblich bei Himmler einen Film über das Untersuchungsergebnis gesehen hat.

⁸⁸ Eine Rekonstruktion der Höllenmaschine stand in der Lehrmittelsammlung des RSHA. Sie wurde z. B. den Schutzdienstreferenten, die Anfang Juli 1942 in Berlin tagten, vorgeführt. In einem Bericht über die Tagung heißt es, sie zeige, „mit welcher Sachkenntnis, Ausdauer und Raffinesse der Attentäter hier gearbeitet hat“. – Mikrofilm T-175, Roll 422, pag. 9859 (IFZ, MA 443).

schlich sich Elser gegen 22 oder 23 Uhr mit seiner gefährlichen Last, diesmal von der Kellerstraße her und durch die rückwärtige Saaltür auf die Galerie und brachte den Zündapparat und die mit Pulver gefüllten und fest verschlossenen Sprengstoffbehälter in der ausgemeißelten Höhlung unter. In der folgenden Nacht begab er sich erneut, auf dem gleichen Wege, dorthin und schichtete fein säuberlich und unter Ausnützung des letzten Winkels das noch übrige Schwarzpulver, die Sprengpatronen, die Sprengkapseln und auch die Gewehrmunition hinzu. Am 3. und 4. November wollte er dann die Uhrwerke einsetzen, doch damit hatte er zunächst Pech. Das erste Mal war das rückwärtige Tor verschlossen, und am nächsten Tag – er war, wie er sagt, durch den Haupteingang gegangen – mußte er feststellen, daß der vorgesehene Platz für den Kasten mit den beiden Uhren zu eng war. So mußte er noch einmal unverrichteter Dinge zurück in den Lagerraum des Tischlermeisters Brög, wo er für die restlichen Tage nach seinem Auszug bei den Lehmanns Unterschlupf gefunden hatte. Am Sonntag, dem 5. November, ging er dann, nachdem er den Uhrenkasten entsprechend verändert hatte, wiederum durch den Haupteingang, löste, da an diesem Tage im Saale eine Tanzveranstaltung war, eine Eintrittskarte und schaute von der Galerie aus dem unterhaltsamen Treiben zu. Erst nach Mitternacht konnte er sein sorgsam verpacktes Mitbringsel aus dem Versteck herausholen und den Einbau vollenden. Bis er die Werke in Gang gebracht, überprüft und die Uhrzeit eingestellt hatte, war es 6 Uhr morgens. Damit hatte er es aber endlich geschafft⁸⁹. An einem Kiosk am Isartor trank er noch einen Kaffee, brachte bei Brög seine Sachen in Ordnung und reiste noch am Vormittag von München ab. Er fuhr zu seiner Schwester und seinem Schwager nach Stuttgart und vermachte diesen seine magere Hinterlassenschaft an Kleidung, Wäsche und Werkzeugen. Er hatte sie ihnen bereits einige Tage vorher in dem geheimnisvollen Holzkoffer und ein paar Kisten zugeschickt. Auf ihre Fragen, was er denn vorhabe, antwortete er nur, daß er „über den Zaun“ müsse und daß das nicht mehr zu ändern sei. Weitere Angaben will er ihnen nicht gemacht haben⁹⁰. Am nächsten Tag fuhr er noch einmal nach München. Wahrscheinlich wollte er, wie es seine Art war, prüfen, ob er wirklich gute Arbeit geleistet habe und ob auch alles funktioniere⁹¹. Da seine Ersparnisse inzwischen auf 10.– RM zusammengeschrumpft waren⁹², gab ihm seine

⁸⁹ BA, Prot., S. 178–186; s. a. Völk. Beobachter, Münchner Ausg. v. 22. 11. 39: nach Mitteilung des RFSS u. ChddtPol. habe Elser in der Nacht vom 4. zum 3. Tag Gelegenheit gehabt, „seine Zündmaschine in die vorbereitete Sprengkammer einzubauen“. Ebenso Harder, a. a. O., S. 43.

⁹⁰ BA, Prot. S. 16 ff.

⁹¹ In Königsbrunn sagte man, E. habe die „Prüfmanie“. Wenn er z. B. für jemanden ein schönes Möbelstück angefertigt hatte, erschien er am nächsten Tag bei diesem, um sich sein Werk noch einmal kritisch anzusehen (ZS/A-17, Nr. 6 u. 12). Im VB, Münchner Ausg. v. 22. 11. 39 wird eine andere Version wiedergegeben: „Die erste öffentliche Bekanntgabe der Absage der Feierstunde im Bürgerbräukeller sowie die spätere des Termins der Führerrede zum Abend des 8. Nov. hatte den Täter bewogen, sich noch einmal in die Nähe des Tatortes zu begeben.“

⁹² Wenn man den von Elser (Prot. S. 109) behaupteten Ersparnissen von 350.– bis 400.– RM die Ausgaben in München gegenüberstellt, die er nach dem Protokoll von Anfang

Schwester noch 30.- RM für die Reise. Gegen 22 Uhr kam er im Bürgerbräukeller an. „Durch den Haupteingang in der Rosenheimerstraße ging ich durch den Garderobenraum in den Saal, der leer und unbeleuchtet war. Ich bemerkte nicht, daß ich dabei von irgend jemandem beobachtet worden wäre. Ich habe niemanden gesehen. Die Saaltür war nicht verschlossen.“ Auf der Galerie öffnete er noch einmal die Sprengkammer, überprüfte die Uhren und stellte fest, daß alles in Ordnung war. Ein letztes Mal verbrachte er den Rest der Nacht in seinem Versteck und verließ früh zur üblichen Zeit den Saal. Eine Kontrolle durch irgendeine Person hatte in dieser Zeit, wie auch in den vorhergehenden Nächten, in denen er die Höllmaschine einbaute, nicht stattgefunden⁹³.

Nach Anordnung des Stellvertreters des Führers Nr. 34/36 v. 9. 3. 1936 war für alle Absperr- und Sicherheitsmaßnahmen bei Veranstaltungen, an denen Hitler selbst teilnahm, der Reichsführer SS bzw. ein von ihm jeweils bestimmter höherer SS-Führer allein verantwortlich⁹⁴. Genauere Richtlinien gab es nach allem, was wir in Erfahrung bringen konnten, offensichtlich nicht. Die eingeholten Auskünfte von ehemaligen Angehörigen der Geheimen Staatspolizei stimmen darin überein, daß alle polizeilich vorbeugend zu treffenden Anordnungen in das Ermessen der betreffenden Stapostelle gestellt waren. Art und Ausmaß der Sicherungsmaßnahmen ergaben sich aus der Schulung und Erfahrung der Dienststellenleiter⁹⁵. An dokumentarischen Unterlagen ist bisher nur ein Einsatzbefehl bekanntgeworden, der anlässlich eines Besuches Hitlers am 1. April 1938 in Stuttgart vom SD-Unterschnitt Württemberg-Hohenzollern herausgegeben wurde⁹⁶. Danach waren „die Empfangs- und angrenzenden Räume [des Rathauses] im Laufe des Vormittags des 1. 4. 1938 eingehendst zu durchsuchen (Überwachung bis zum Eintreffen des Führers)“. Je ein SD-Angehöriger oder Stapo-Beamter hatte sich in den Zimmern ober- und unterhalb der Empfangsräume aufzuhalten. Fremden Personen war der Aufenthalt im Rathaus verboten. Eine Überwachung der Räume an den dem Veranstaltungstag vorangehenden Tagen oder Nächten war nicht angeordnet.

In München soll der Saal des Bürgerbräukellers nach den Aussagen von zwei August bis zum 8. Nov. 1939 gemacht hat, wird man zu dem Ergebnis kommen, daß die Rechnung in etwa aufgeht. Die gelegentliche Frage, wovon E. die drei Monate in München gelebt habe, scheidet damit unseres Erachtens als mögliches Argument für eine bestellte Aktion aus.

⁹³ BA, Prot. S. 188, 192ff.; IFZ, ZS/A-17, Nr. 13 u. 28. – Im DNB-Dienst v. 24. 11. 1939, Bl. 40, wird im Gegensatz zur Meldung im VB v. 22. 11. 39 (s. Anm. 91) die Kontrolle der Uhren als Grund für das nochmalige Eindringen Elzers in den Saal in der Nacht vom 7. auf den 8. Nov. angegeben.

⁹⁴ Mikrofilm T 175, Roll 490, pag. 2254 (IFZ, MA 649). – Zur Frage der persönlichen Sicherheit Hitlers 1933–42 siehe Peter Hoffmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat, München 1969, S. 659–655, mit vielen zusätzlichen neuen Informationen.

⁹⁵ In diesem Sinne äußerten sich z. B. der ehem. Leiter des nach dem Attentat im RSHA eingerichteten Schutzdienstreferates, SS-Stubaf. Franz Schulz, und ein Mitarbeiter von ihm (IFZ, ZS 1943 und ZS/A-17, Nr. 20).

⁹⁶ Staatsarchiv Ludwigsburg, K 750, SD-Dienststellen in Württemberg-Hohenzollern, Bündel 22.

ehemaligen Bediensteten⁹⁷ in den Jahren bis 1938 acht bzw. zehn Tage vor der Veranstaltung polizeilich abgesperrt und überwacht worden sein. „Zivile Sicherheitsorgane patrouillierten Tag und Nacht mit Polizeihunden im Saal. Türen, Schlösser, elektrische Leitungen und Telefonkabel wurden genauestens unter die Lupe genommen.“ Ähnlich meint Wilhelm Höttl⁹⁸, es sei bis 1938 üblich gewesen, daß der Bürgerbräukeller volle acht Tage hindurch allnächtlich durch einen Kriminalbeamten mit Diensthund überwacht wurde. Gegen diese Behauptungen ist zunächst einzuwenden, daß Elser dies spätestens bei seinem längeren Aufenthalt zu Ostern 1939 von den Angestellten des Bürgerbräus selbst hätte erfahren müssen. Er hätte dann sein Vorhaben angesichts solcher unüberwindlichen Schwierigkeiten kaum an dieser Stelle durchgeführt. Die Angaben können aber vor allem deswegen nicht zutreffend sein, weil die Polizei zu der Erinnerungsfeier nicht zugelassen und auch zu vorbeugenden Maßnahmen nicht berechtigt war. Hier hatten sich die alten Parteigenossen des 8./9. November ein Reservat erhalten, in das auch die SS und Polizei nicht eindringen konnte. Hitler hatte nämlich im November 1936 in einem Streit zwischen Christian Weber und Frh. von Eberstein, dem Polizeipräsidenten von München, in der Frage, wer für den Schutz der Veranstaltung zuständig sei, entschieden: „In dieser Versammlung schützen mich meine Alten Kämpfer unter Führung von Christian Weber, die Verantwortung der Polizei erlischt an den Saaleingängen.“⁹⁹ Der Dualismus und die Rivalität zwischen Partei und Staatsorganen wirkte sich auch hier aus. Da Hitler ohnehin nicht gern Polizei um sich sah und ihre Effektivität bei der Verhinderung von Attentaten nicht hoch einschätzte¹⁰⁰, war ihm die Entscheidung damals sicher nicht schwergefallen. Als er aber nach der Attentatsmeldung zu von Eberstein sagte, er solle sich keine Sorgen machen, er könne nichts dafür, war er sich offensichtlich bewußt, daß seine damalige Entscheidung problematisch gewesen war. Es ist daher auch keineswegs verdächtig, sondern nur konsequent und verständlich, daß damals kein SS-Führer oder Polizeibeamter bestraft wurde¹⁰¹. 1939 gab es am 4. und 5. November im Bürgerbräu-Saal sogar Konzert- und Tanzveranstaltungen bis nach Mitternacht¹⁰². Auch eine Überwachung des Saales in der Nacht vom 7. auf den 8. November ist nicht zu belegen,

⁹⁷ Die Kellnerin M. Strobl in „Bild am Sonntag“ v. 8. 11. 1959 und der Schenkkellner J. Mayer in der Panorama-Sendung Nr. 130 des Norddeutschen Rundfunks/Fernsehen v. 26. 7. 1965 (ZS/A-17, Nr. 46).

⁹⁸ Walter Hagen, a. a. O., S. 41f. – H. war damals als SS-Ostuf. Abt. Leiter II/11 beim SD-Unterabschnitt Wien und auch später nie in München tätig. In einem Schreiben an den Vf. v. 7. 2. 1966 nennt er neben dem bereits genannten K. Geissler (Anm. 17) Kaltenbrunner als Gewährsmann seiner Angaben (ZS 429, Bd. II).

⁹⁹ Mitteilung Frh. v. Eberstein (IFZ, ZS 539, Bd. II), daß die Polizei sicherungsmäßig im Bürgerbräukeller nicht in Erscheinung treten durfte, wird auch von anderen ehem. Polizeibeamten bestätigt, s. IFZ, ZS 755, ZS 1943, ZS/A-17, Nr. 34 u. Nr. 18. Vgl. auch Schr. von ORR a. D. Trenker vom 28. 7. 69 an den Verf.

¹⁰⁰ Peter Hoffmann, a. a. O., S. 642 u. 647.

¹⁰¹ Anm. 97 u. 98.

¹⁰² Die Angaben Elzers im Prot. S. 183f. werden bestätigt durch ein Inserat im Völk. Beobachter, Müncher Ausg. v. 4. 11. 1939, S. 7.

jedenfalls haben wir aus Elser's Aussagen erfahren, daß auch in der letzten Nacht vor der Veranstaltung keine Kontrolle stattgefunden habe. Die Sicherungs- und Schutzmaßnahmen bestanden in einem einfachen Abgehen des Saales, in der Kontrolle der Eingänge und der Beobachtung der Teilnehmer. Ihre Leitung hatte Josef Gerum¹⁰³, ein alter Marschierer des 8./9. November, Parteimitglied seit 1920 und von Beruf Kriminalkommissar bei der Stapoleitstelle München. Im Sommer 1939 hatte er sich freiwillig zum Heeresdienst gemeldet und in einer Einheit der Geheimen Feldpolizei den Polenfeldzug mitgemacht. Da er wegen Erkrankung gerade auf Urlaub in München war, wurde er am 8. November beauftragt, die „Sicherung des Bürgerbräukellers während der Hitler-Rede“ zu übernehmen. In dieser Formulierung „Sicherung des Bürgerbräukellers während der Hitler-Rede“ wird deutlich, wie gering der Umfang der damals praktizierten Schutzmaßnahmen war. Es ist nur verständlich, daß sich nach dem Attentat alle Vorwürfe auf Gerum und Christian Weber konzentrierten. Gerum wurde, angeblich wegen Verdunkelungsgefahr, sogar zeitweilig in Haft genommen. Wahrscheinlich hat man es auch nicht für unmöglich gehalten, daß er mit den Attentätern unter einer Decke stecke. Immerhin stand er, wie einer Aktennotiz Himmlers vom 3. 10. 1942 zu entnehmen ist, bei seinen Vorgesetzten in keinem guten Rufe: „Typ des unzufriedenen und ewig kritisierenden alten Kämpfers. Er übt in dieser Richtung in München einen fast unheilvollen Einfluß aus.“¹⁰⁴ Die Vermutungen, die in der allgemeinen Aufregung damals angestellt wurden, haben aber offensichtlich auch in der Nachkriegszeit, wenn auch in veränderter Form, zu Kombinationen und Gerüchten Anlaß gegeben¹⁰⁵.

Zweifellos sind allen Sicherungsmaßnahmen Grenzen gesetzt. Im Falle des Bürgerbräuattentats wurden diese allem Anschein nach aber allzu lässig praktiziert. Es ist kein Zufall, wenn kurze Zeit darauf, am 9. 3. 1940, unter dem Aktenzeichen IV B 2 Nr. 439/40 G.Rs. ein neuer und umfangreicher Erlaß herauskam, der die „Sicherungsmaßnahmen zum Schutze führender Persönlichkeiten des Staates und der Partei“ zum Gegenstand hatte¹⁰⁶. In ihm waren die Richtlinien zusammengefaßt, die aufgrund der Münchener Erfahrungen künftig zur Verhinderung von Attentaten zu berücksichtigen waren. Heydrich nutzte dabei die willkommene Gelegenheit, alle Sicherungsmaßnahmen ausschließlich in seine Zuständigkeit zu

¹⁰³ Josef Gerum, 1923 Stoßtrupp Adolf Hitler, wegen Beteiligung am Novemberputsch zu 1 Jahr 3 Monate Festung verurteilt, 4 Monate in Landsberg verbüßt und aus dem Staatsdienst entlassen, 1933 von Himmler wieder in Polizei aufgenommen, 1937–39 bei Stapo München, 1939/40 mit der G.F.P. 520 in Polen und Frankreich, 1940 Verwundung, anschließend Lazarettaufenthalte, 1942 wieder bei der Stapoleitstelle München, aber im gleichen Jahre zwangspensioniert, da er einem Versetzungsbefehl nicht nachkommt.

¹⁰⁴ BDC, Personalunterlagen Josef Gerum; IFZ, ZS 539, Bd. II u. ZS/A-17, Nr. 55; Hauptspruchkammer München, Verfahren gg. Josef Gerum, bes. Bd. II, Antrag des Verteidigers v. 1. 7. 47.

¹⁰⁵ W. Hagen, a. a. O., S. 41 f.

¹⁰⁶ Bisher nur im Renner einer Akte d. Stapo Aachen nachweisbar, mit dem Vermerk „befindet sich in Akte G.Rs.“. Der Erlaß selbst konnte noch nicht gefunden werden.

übernehmen. Zu diesem Zwecke wurde im Reichssicherheitshauptamt ein eigenes „Schutzdienstreferat“ (IV A 4) eingerichtet, dem nach dem Geschäftsverteilungsplan vom 1. 2. 1940 das Sachgebiet „Schutzangelegenheiten, Attentatsmeldungen“ oblag. Entsprechende Referenten wurden bei den Stapostellen eingesetzt¹⁰⁷. Besondere Bedeutung erhielten jetzt auch die „Vorausmaßnahmen“, denn sie seien „die Grundlage für die Vorsicherung und Sicherungsaufgabe“. Beim Bürgerbräukeller umfaßten sie z. B. gleich den Zeitraum von einem halben Jahr¹⁰⁸.

Wenn es noch eines besonderen Hinweises bedürfte, daß die Polizeiorgane Himmlers für die Abwehr eines Attentats am 8. November 1939 in München einfach nicht gerüstet waren, so wäre er in dem Vortrag zu finden, den der Chef der Gestapo, SS-Gruppenführer Heinrich Müller, auf einer Tagung der Schutzdienstreferenten am 1. und 2. Juni 1942 gehalten hat. Er führte dort nämlich aus: „In früheren Jahren sind häufig bei Veranstaltungen, die wegen Anwesenheit führender Persönlichkeiten geschützt werden mußten, Schwierigkeiten entstanden, da die Partei die Durchführung des Schutzes für sich in Anspruch nahm und den Beamten der Sicherheitspolizei den Zutritt zu den Veranstaltungsräumen verweigerte. In dieser Hinsicht ist seit dem Münchner Bürgerbräuattentat erheblicher Wandel geschaffen worden.“¹⁰⁹ Diese Ausführungen hätte Müller, so dürfen wir hinzufügen, sicher nicht gemacht, wenn er, Heydrich oder Himmler selbst die Auftraggeber des Attentats gewesen wären.

Damit kommen wir mit der Beweisführung, daß Georg Elser das Attentat allein und ohne Hintermänner verübt hat, zum Schluß. Die Feststellungen, die wir über die Person und das Leben Elzers, über die Beschaffung des Sprengstoffes und den Bau der Höllenmaschine wie auch über die örtlichen und polizeilichen Verhältnisse am Tatort treffen konnten, haben ein eindeutiges Ergebnis geliefert. Gleichwohl müssen wir im folgenden wenigstens kurz noch einige Fragen behandeln, da sie in der Diskussion des Attentatskomplexes eine Rolle spielen.

Da ist zunächst einmal der Umstand der Vorverlegung und des frühzeitigen Abbruchs der Rede Hitlers. Tatsächlich hatte in den vorhergehenden Jahren die Versammlung gewöhnlich später angefangen, Hitler hatte länger gesprochen und anschließend war er immer noch einige Zeit bei seinen Anhängern geblieben. Diesmal erschien er pünktlich um 20.00 Uhr im Bürgerbräukeller, begann um 20.10 Uhr mit seiner Rede und kam 21.07 Uhr zu einem raschen Ende. Unmittelbar danach verließ er mit seiner Begleitung den Saal. Um 21.20 Uhr explodierte dann die Bombe, und um 21.31 Uhr fuhr sein Sonderzug von München ab¹¹⁰. Als Begrün-

¹⁰⁷ Mitteilungen über den Erlaß verdankt der Vf. dem damaligen Leiter des Schutzdienstreferates, Krim.Direktor a.D. Franz Schulz (IFZ, ZS 1945).

¹⁰⁸ SS Gruf. Müller in seinem Referat auf der Tagung der Schutzdienstreferenten im RSHA am 1. Juni 1942. – Mikrofilm T 175, Roll 422, pag. 9856 (IFZ, MA 443).

¹⁰⁹ Zitat nach dem Bericht des Schutzdienstreferenten der Stapo Aachen – Mikrofilm T 175, Roll 422, pag. 9853 (IFZ, MA 443).

¹¹⁰ Zeitangaben nach „Daten aus alten Notizbüchern, 31. 1. 1934–30. 6. 1943“, S. 53 (IFZ, MA 3/1 – s. a. v. Eberstein (IFZ, ZS 539, Bd. II); Völk. Beobachter, Münchner Ausg. 10. 11. 1939; Das polit. Tagebuch Alfred Rosenbergs, DTV-Ausg., S. 107.

dung für die Eile wurden offiziell „dringende Staatsgeschäfte“ angegeben¹¹¹. Wenn sich diese auch bis jetzt nirgends konkret nachweisen lassen, so gibt es doch Anhaltspunkte dafür, daß Hitler sehr wohl daran interessiert war, und zwar nicht wegen des Attentates –, möglichst bald wieder in Berlin zu sein. Wir wissen, daß er ursprünglich überhaupt nicht nach München fahren wollte. Er hat sich auch erst spät, am Abend des 7. November, dazu entschlossen, doch an dem Erinnerungstreffen teilzunehmen¹¹². Man wird verstehen, daß Hitler damals ganz andere Dinge beschäftigt haben, wenn man sich ein paar Daten vor Augen hält: Am 22. Oktober hatte er den 12. November als ersten vorläufigen Angriffstermin im Westen bestimmt. Die Generalität lehnte eine Offensive zu diesem Zeitpunkt ab. Am 5. November war Brauchitsch bei ihm und versuchte ihn in letzter Minute doch noch umzustimmen. Die Besprechung nahm einen dramatischen Verlauf. Hitler tobte und verließ den Saal. Brauchitsch wollte zurücktreten, Hitler hat ihn in einer ersten Aufregung entlassen. Am 7. 11. wird nach Vortrag der Wetter- und Transportlage der A-Tag um drei Tage verschoben und die nächste Entscheidung über den Angriffstermin für den 9. November in Aussicht gestellt¹¹³. Das sind nur einige wenige Daten, sie dürften aber genügen, um anzudeuten, was Hitler damals bewegte. Er wollte in Berlin die Fäden in der Hand behalten und verhindern, daß der „Geist von Zossen“ sein Konzept verdarb. Es wird ihm kaum danach zumute gewesen sein, in diesen für ihn wichtigen Tagen die Zeit im Kreise der alten Marschierer des 8./9. November zu verbringen. Er wollte daher den Zug um 21.31 auf jeden Fall erreichen. Ob Hitler eventuell auch von einem inneren Gefühl getrieben¹¹⁴ oder sogar von einem Magier gewarnt wurde, mag in diesem Zusammenhang dahingestellt bleiben. Für die Frage der Täterschaft ist es ohne Bedeutung.

Ein paar Worte sind auch zu sagen zur Frage des Grenzübertritts¹¹⁵: Elser kam am 8. November gegen 20 Uhr in Konstanz an, wartete die Ablösung der Wachposten ab und näherte sich zwischen den Zollämtern Kreuzlinger Tor und Emishofer Tor der Grenze. Als er im Radio des Wessenbergschen Erziehungsheims die Übertragung der Rede Hitlers hörte, hielt er einige Zeit an. Offensichtlich haben ihn hier die Nerven verlassen, sonst hätte er vielleicht rechtzeitig die beiden Zöllner gesehen, die ihn dann gegen 20.45 Uhr verhafteten und auf die Wache

¹¹¹ Völk. Beobachter, Münchner Ausg. v. 10. 11. 1939; Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–42, Bonn 1951, S. 306 („dringlicher Besprechungstermin“), ähnlich: Hans Bauer, a. a. O., S. 183 u. Polit. Tagebuch Rosenbergs (Anm. 110); im Gegensatz dazu: Albert Zoller, Hitler privat, Düsseldorf 1949, S. 180 („innere Stimme“).

¹¹² Mitteilung d. GenMaj. a.D. Wilhelm von Grolmann (IfZ, ZS 1945) – daß diese Unsicherheit auch in den Meldungen der NSK ihren Niederschlag finden mußte, liegt auf der Hand; s. Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945, Würzburg 1963, Bd. II, S. 140f.

¹¹³ U. a. Hans-Adolf Jacobsen, Fall Gelb, Wiesbaden 1957, S. 44ff.; Harold C. Deutsch, Verschwörung gegen den Krieg, München 1969, S. 241ff.

¹¹⁴ Mitteilung Wilhelm v. Grolmann (IfZ, ZS 1945).

¹¹⁵ BA, Prot. 147f., 198f; BA/Mil. Archiv, W 01–0/301 (OKW, Abt. Wehrmachtprop., Zusammenarbeit mit Zivilbehörden 19. 9. 38–27. 12. 41); ZS/A-17, Nr. 30, Nr. 11, Nr. 49, Nr. 53 u. Nr. 54.

brachten. Bei der Durchsuchung fand man allerlei belastende Gegenstände, so einige Zünderteile, ein Abzeichen des Rotkämpferbundes, eine Ansichtskarte des Bürgerbräukellers (aber ohne Einzeichnung) und einige Blätter mit Eintragungen aus seiner Tätigkeit bei der Firma Waldenmaier, aus denen angeblich für eine Reihe von Firmen zu entnehmen war, daß sie für die deutsche Rüstung arbeiteten. Nicht in seinem Besitze waren, wie manchmal behauptet worden ist¹¹⁶, größere Geldbeträge in deutscher und schweizerischer Währung, sondern lediglich ein paar wenige Mark, die ihm noch verblieben waren. Aus welchen Gründen auch immer er diese Gegenstände mitgenommen haben mag – er selbst sagte bei seiner Vernehmung darüber aus –, sie eignen sich jedenfalls nicht als Beweise eines bestellten Attentats. Außerdem: abgesehen davon, daß nichts Merkwürdiges in Elser's Verhalten an der Grenze festzustellen ist, muß man bei allen Überlegungen im Auge behalten, daß es keine SS-Leute waren, die Elser verhafteten, sondern Zöllner, die in einer Aktion Heydrich wohl kaum einen Platz gehabt hätten¹¹⁷!

Wir müssen es uns im Rahmen unserer Untersuchungen versagen, im einzelnen auf die komplizierte und lange Geschichte der Ermittlungen im Falle Elser einzugehen. Nur ein paar wenige Punkte können herausgegriffen werden.

Erstens: Elser hat in der Nacht vom 13. zum 14. November aus freien Stücken vor Nebe, Huber und Lobbes ein volles Geständnis abgelegt, daß er Alleintäter ist¹¹⁸.

Zweitens: Elser wurde unmittelbar nach seiner Überstellung nach München auf Befehl und unter Beteiligung Himmlers und später, als die Ermittlungen ausschließlich in die Zuständigkeit des Stapo-Chefs Heinrich Müller übergegangen waren, mehrmals verschärften Unternehmungen unterworfen, d. h. unmenschlich verprügelt¹¹⁹. Trotzdem blieb Elser bei seiner Aussage, daß er das Attentat ohne Hintermänner verübt habe¹²⁰. Das wäre sicher nicht der Fall gewesen – schon gar nicht bei dem Menschen Elser, wie wir ihn kennengelernt haben –, wenn die ihn Mißhandelnden seine Auftraggeber gewesen wären.

Drittens: Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß schon der Umfang der Ermittlungen im Falle Elser eine bestellte Aktion unwahrscheinlich macht. Zur Bestätigung dürfen wir den Fachmann, Walter Schellenberg, zitieren, der in dem handschriftlichen Manuskript seiner Erinnerungen schreibt: „Wer wirklich etwas von Kriminalität versteht, weiß, daß es tausendmal schwieriger ist, derartige Attentate künstlich mit einer sicheren Spurverwischung aufzuziehen als [sic] daß es dem später eingesetzten Heer von erfahrenen und objektiven Ermittlungsbeamten verborgen bleiben könnte.“¹²¹

¹¹⁶ Z. B. Wheeler-Bennett, a. a. O., S. 52.

¹¹⁷ Der Zollgrenzschutz unterstand dem Reichsfinanzminister, erst nach dem 20. Juli 1944 kam er unter die Verfügungsgewalt des RFSSuChdDtPol; vgl. H. Buchheim, Der Zollgrenzschutz, in: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. I, München 1958, S. 290–293.

¹¹⁸ IfZ, ZS 735, ZS/A-17, Nr. 56.

¹¹⁹ IfZ, ZS 539, Bd. II, ZS 1939 u. ZS 1940.

¹²⁰ IfZ, ZS 1940.

¹²¹ IfZ, ED 90, S. 41 a.

Die verantwortlichen Herren der „Sonderkommission Bürgerbräu-Attentat“ Nebe, Huber und Lobbes haben für den erfolgreichen Abschluß ihrer Ermittlungen keinen Dank geerntet. Als F. J. Huber nach dem Geständnis Elsers seinen Chef in Berlin, Heinrich Müller, anrief, war dessen erste Frage: „Und wer steckt dahinter?“ Auch Himmler war enttäuscht und schrieb mit grünem Stift auf den gedruckten und rot eingebundenen Bericht: „Welcher Idiot hat den Bericht gemacht?“¹²² Aber vor allem Hitler war es, der nicht glauben wollte, daß Elser das Attentat allein verübt habe. Er bestand darauf, daß Elser englische Mittelsmänner besessen haben müsse. Über ein Jahr ging es noch hin und her. Schellenberg hatte, wie er schreibt, alle Mühe, Best und Stevens aus den Erörterungen über einen Schauprozeß herauszuhalten. Anfang 1944 verbot ihm Himmler, noch einmal zu versuchen, die beiden britischen Offiziere im Wege des Austauschverfahrens freizubekommen, „denn Hitler habe sich innerlich noch nicht mit dem Versagen der Polizei abgefunden . . . Er, Himmler, sei froh, daß das Eisen durch Zeitablauf abgekühlt sei.“¹²³ Sie wollten endlich Ruhe haben. Hintermänner konnten keine gefunden werden, und der große Schauprozeß sollte erst nach dem Kriege stattfinden. So mußte Elser als Sonderhäftling Hitlers in das Konzentrationslager. Da Himmler aber jederzeit dafür gerüstet sein wollte, seinen besonderen Schutzhäftling zu präsentieren, falls er plötzlich wieder gebraucht würde, erhielt er in Sachsenhausen und Dachau gewisse Vergünstigungen. Das allein war also der Grund für die immer wieder zitierte Vorzugsbehandlung Elsers.

Als der Ausgang des Krieges auch für den größten Optimisten klar sein mußte und Elser daher für den vorgesehenen Zweck nicht mehr verwendet werden konnte, wurde er nach erneutem Vortrag „an höchster Stelle“ – wohl am 9. 4. 1945 – umgebracht¹²⁴.

Es war übrigens der gleiche Tag, an dem Hitler prominente Widerstandskämpfer wie Admiral Canaris, General Oster, Pfarrer Dietrich Bonhoeffer, Heeresrichter Sack und andere mehr hinrichten ließ. Den „kleinen Mann“ Elser haben die Eigenart seines Falles, dessen Behandlung durch die Machthaber und das Vorurteil der Zeitgenossen um die verdiente Anerkennung seiner Tat, ja bis heute um jeden Nachruhm gebracht.

¹²² Mitteilung F. J. Huber (IfZ, ZS 755).

¹²³ Schellenberg, a. a. O., S. 95; die zitierten Stellen sind aus dem handschriftlichen Manuskript der Aufzeichnungen Sch.'s (IfZ, ED 90, S. 49f.).

¹²⁴ Schnellbrief Chef Sipo u. SD-IV-gRs v. 5. 4. 45, IfZ, ZS/A-17, Nr. 21, Nr. 31, Nr. 35, Nr. 45 u. Nr. 47.

Miszelle

HANS ROTHFELS

THEODOR HEUSS, DIE FRAGE DER KRIEGSORDEN UND DIE
FRIEDENSKLASSE DES POUR LE MÉRITE¹

Theodor Eschenburg zum 65. Geburtstag

Die Frage des Tragens früher verliehener Tapferkeitsauszeichnungen stellte sich der Bundesregierung im September 1951 aus Anlaß der Stiftung des Verdienstordens der Bundesrepublik². Eine Presse-Verlautbarung vom 12. September unterrichtete die Öffentlichkeit von dem Plan, einen Ausschuß unabhängiger Sachverständiger zur Prüfung dieser Frage zu bilden. Die Initiative zu ihrer Behandlung lag eindeutig bei Theodor Heuss. Sein erklärtes Motiv war der Wunsch, wie es in einem, auf den 15. September vordatierten, Schreiben vom 15. November heißt, „daß das im Gesetz Nr. 7 der Alliierten Hohen Kommission vom 23. 9. 1949 festgelegte Verbot des Tragens deutscher Tapferkeitsauszeichnungen aufgehoben und eine politisch tragbare Lösung gefunden wird, um diesen Teil der Diffamierung des deutschen Soldaten baldmöglichst zu beseitigen“. Man wird annehmen dürfen, daß darüber hinaus der Bundespräsident zu dieser Initiative sowohl von seinem ausgeprägten Sinn für Tradition wie von der Sorge vor dem Wiedererscheinen nationalsozialistischer Symbole und des sich damit ergebenden Zwanges zu strafrechtlicher Verfolgung bewegt wurde.

Angesichts des angedeuteten Dilemmas war der Verlauf der geplanten Beratungen langwierig und nicht frei von Komplikationen. Zunächst hatte Heuss den damaligen Minister für Wohnungsbau, Eberhard Wildermuth, gebeten, den Vorsitz des Ausschusses zu übernehmen. Dieser lehnte jedoch mit der einleuchtenden Begründung ab, daß die Leitung durch einen amtierenden Bundesminister unzweckmäßig sei. In einem Schreiben an den Bundeskanzler vom 13. September 1951 regte Heuss daraufhin an, den SPD-Bundestagsabgeordneten Helmut Bazille zu bitten, den Vorsitz der Sachverständigenkommission zu übernehmen. Dabei verband sich mit seinem einen Motiv, „wenigstens mit einem Teil der Verantwortung für diese heikle Frage auch die SPD sichtbar zu betrauen“, das andere, daß der Vorsitz von Bazille als dem Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner nach eingeholter Auskunft vom Verband deutscher Soldaten „lebhaft begrüßt“ würde. Die Ablehnung dieses Vorschlags durch das Kabinett ist dem Bundespräsidenten offenbar nur mündlich mitgeteilt worden. Es gelang ihm dann in einer persönlichen Unterredung, den ihm befreundeten Reichsminister a. D. Otto Gessler zur Übernahme des Vorsitzes zu bewegen. In dem auf

¹ Der Verfasser dankt Herrn Dr. Eberhard Pikart vom Theodor-Heuss-Archiv, dem Ordenskanzler Percy E. Schramm und Frau Professor Littmann-Nöldeke, die das den folgenden Ausführungen zugrunde liegende Quellenmaterial zur Verfügung gestellt haben.

² Durch Erlaß vom 7. September 1951 (BGBl, Teil I, 5, S. 831).

den 15. September 1951 vordatierten Schreiben vom 15. November³ attestierte er ihm, „daß es keinen Geeigneteren für diese Aufgabe“ gäbe. „Sie besitzen hierfür“, so fuhr der Brief fort, „nicht nur die erforderliche Erfahrung aus den langen Jahren Ihrer früheren politischen Arbeit und als ehemaliger Reichswehrminister, sondern verfügen vor allem auch über das menschliche und politische Gewicht, das notwendig ist, um in dem Streit der Meinungen den rechten Weg zu finden.“

Die Federführung und die Sammlung von Material zur Vorbereitung der ersten Sitzung lag zunächst bei der Ordenskanzlei im Bundespräsidialamt. Vom Verband deutscher Soldaten wurden für die Mitgliedschaft im geplanten Ausschuß namhaft gemacht: General a.D. Günther Pape und der frühere Feldwebel Vollbracht als zweiter Vorsitzender des Schutzbundes deutscher Soldaten. Dazu trat noch der Minister a.D. Kurt Pohle, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Kriegsopfer- und Kriegsgefangenenfragen, sowie ein Regierungsassessor aus dem Bundesministerium des Innern als Schriftführer.

In dieser Zusammensetzung fand eine erste Sitzung in Kissingen am 23. und 24. Oktober 1951 statt. Ihr Zweck war zunächst, das Problem von der grundsätzlichen Seite her zu erörtern, wobei Gessler gleich zu Beginn die ihm vorschwebende Lösung dahin umriß, daß für die Orden eine neue Form ohne Hakenkreuz zu finden und die Trageberechtigung vom Besitz eines Zeugnisses abhängig zu machen sei. In beiden Richtungen brachten Pape und Vollbracht – mit Betonung, daß sie nur für ihre Person sprechen könnten – „sehr ernste Bedenken“ vor. Sie bezogen sich u. a. auf den persönlichen Affektionswert, den nur der Originalorden verschaffen könne, auf die Gefahr, daß Ablehnung des Tragens abgeänderter Orden fälschlicherweise als nazistisch gedeutet werden könnte und so neuen Zwiespalt erzeuge, ferner auf die Tatsache, daß in den letzten Monaten des Krieges zahlreiche heldenhaft kämpfende Soldaten die verdiente Auszeichnung nicht mehr erhalten hätten und daß viele Ordensträger keinen Nachweis für die Verleihung erbringen könnten. „Der Deutsche“ – so die Folgerung – „ist ein Soldat ohne Pathos geworden. Er wird es ertragen können, wenn er in einer europäischen Armee mit leerer Brust neben den andern Kontingenten steht.“ General Pape schlug daher vor, die Träger der höchsten Tapferkeitsauszeichnungen sollten in einer gemeinsamen Erklärung zum freiwilligen Verzicht auf das Ordentragen aufrufen. An durchschlagendem Erfolg zweifle er nicht.

Demgegenüber betonten Gessler und Pohle, z. T. unter Berufung auf die schlechten Erfahrungen, die die Weimarer Republik mit „ihrer Nüchternheit“ gemacht habe, den „staatspolitischen Charakter“ der Angelegenheit. Die Diffamierung des deutschen Soldaten müsse sichtbar beseitigt werden, und eine Wiederezulassung der Kriegsauszeichnungen werde viel zur inneren Befriedung beitragen. Gewiß sei der Wert der Originalorden unersetzbar, insbesondere als „letzte teure Erinnerung“ an einen Gefallenen. Niemand denke daran, an ihrem Besitz Anstoß zu nehmen.

³ Abgedruckt in: Otto Gessler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, Stuttgart 1958, S. 533. Die Vordatierung ergibt sich aus dem Originalkonzept in den Akten des Theodor-Heuss-Archivs.

Aber die Wiederzulassung des Hakenkreuzes in der Öffentlichkeit sei untragbar. Ohne nach dem Ausland zu schießen, sollte das deutsche Volk tun, was es für richtig halte. Man könne auch den Bundespräsidenten in seinen dankenswerten Bemühungen nicht im Stich lassen. Nach dieser grundsätzlichen Erörterung wurden noch verschiedene Einzelfragen berührt, die Erweiterung des beratenden Gremiums, der Umkreis der wieder zuzulassenden Auszeichnungen, das Problem des Ehrensoldes und der an Ausländer verliehenen Kriegsauszeichnungen. Man kam überein, in etwa drei Wochen zur Ausarbeitung konkreter Vorschläge wieder zusammenzutreten, und zwar „auf der Grundlage, daß für die Orden eine neue Form ohne Hakenkreuz zu finden ist“. Ein Heraldiker sollte dazu noch befragt werden.

Dieser Plan ist nicht innegehalten worden, offenbar weil aus der Fühlungnahme mit verschiedenen der interessierten Verbände, die im allgemeinen eher für Vertagung der Angelegenheit waren, sich Schwierigkeiten ergaben (Brief Gesslers an die Ausschußmitglieder vom 29. 10. 1952). Die Angelegenheit erhielt inzwischen jedoch erneute Dringlichkeit, einmal weil im Innenministerium der Entwurf eines Gesetzes über Titel, Orden und Ehrenzeichen beraten wurde, der das obsolet gewordene Reichsgesetz vom 1. 7. 1937 ersetzen sollte, und ferner weil möglicherweise mit Abschluß des Generalvertrags⁴ das bisherige alliierte Verbot des Tragens von Kriegsauszeichnungen automatisch in Wegfall kommen würde. Ohne eine neue Regelung entstände dann, wie der Chef des Bundespräsidialamtes Klaiber an Gessler am 25. April 1952 schrieb, „eine schwierige Lage“. Heuss ergriff daher erneut die Initiative und drängte Gessler, sich mit Robert Lehr, dem Bundesinnenminister, in Verbindung zu setzen. Beide einigten sich in einer Besprechung vom 19. Juni dahin, daß zur Vorbereitung eines im Innenministerium zu erstellenden Gesetzentwurfs dem Ausschuß bestimmte Fragen zur Stellungnahme unterbreitet werden sollten. Um die Voraussetzungen für ihre Beantwortung zu klären, hat Gessler nochmals Fühlung mit maßgeblichen Vertretern der Verbände genommen. Aus der darüber geführten Korrespondenz sei der Kompromißvorschlag des Admirals a. D. Hansen vom 12. 9. 1952 erwähnt. Er lautete: 1. Das Tragen der Kriegsauszeichnungen in der alten Form wird wieder gestattet. 2. Nach-Verleihungen werden in neuer Form ohne Hakenkreuz vorgenommen. 3. Neufertigung und Handel sind nur in neuer Form gestattet. Der Admiral fügte hinzu: „Da die Masse der Beliehenen ihre Auszeichnungen in der Gefangenschaft verloren hat, werden de facto die Auszeichnungen fast nur in der neuen Form in Erscheinung treten.“

Obwohl der näherrückende Zeitpunkt der Ratifizierung des Deutschlandvertrages und des geplanten EVG-Vertrages zur Eile drängte⁵, kam es noch einmal zu längerem Aufschub der Ausschuß-Beratungen. Die Vorbereitungen lagen jetzt beim Innenministerium. Am 9. Juni 1953 endlich konnte Lehr die Liste der für den Ausschuß zur Verfügung stehenden Herren an Gessler übermitteln. Sie umfaßte außer dem bisherigen Mitglied Pohle drei „unabhängige Persönlichkeiten“ (Generaloberst a. D. Stumpf, General Hasso von Manteuffel, Oberst a. D. Müller) sowie

⁴ Am 26. Mai 1952 fand die feierliche Unterzeichnung des „Deutschlandvertrags“ statt.

⁵ Im März und Mai 1953 nahmen der Bundestag bzw. der Bundesrat die Verträge an.

je einen Vertreter vom Bund deutscher Soldaten, vom Kyffhäuserbund, vom Verband der Heimkehrer, vom Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner, vom Reichsbund der Kriegs- und Zivilgeschädigten, vom Bund deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener. Dazu für jeden der Verbandsvertreter einen Stellvertreter.

Die diesem Ausschuß zu stellenden Fragen konzentrierte Lehr jetzt auf vier: 1. Sollen alle Kriegsauszeichnungen wieder zugelassen werden, oder nur bestimmte Orden und Ehrenzeichen, gegebenenfalls welche? 2. In welcher Form sollen sie getragen werden? Auf keinen Fall mit dem nationalsozialistischen Symbol, also unter Beseitigung des Hakenkreuzes oder unter Transponierung auf Bänder? 3. Soll innerhalb einer bestimmten Frist die Möglichkeit zu nachträglicher Verleihung bestehen? 4. Welcher Nachweis der Berechtigung zum Tragen früher verliehener Auszeichnungen soll verlangt werden? – Dem Schreiben war eine Aufstellung der seit 1933 gestifteten Auszeichnungen beigelegt; sie umfaßte 24 vor Kriegsausbruch und 7 nach Kriegsausbruch verliehene, dazu 35 Waffen- bzw. Kampfabzeichen vom Narvikschild über das Tieffliegervernichtungsabzeichen bis zum Armband Afrika.

Zur Beratung der vier Fragen sollte zunächst der Sachverständigenausschuß am 28. und 29. Juli 1953 unter Vorsitz von Gessler in Bonn zusammentreten. Es wurden dazu außer Pohle, den drei unabhängigen Persönlichkeiten und den Vertretern der schon genannten Verbände noch einer des Stahlhelms, Vertreter der Dienststelle Blank und des Innenministeriums sowie Generalfeldmarschall a. D. Kesselring zugezogen, dessen Teilnahme, wie Gessler betonte, sich als besonders nützlich erwies (1. 8. an Kläiber). Die Verhandlungen verliefen so rasch und glatt, daß man mit einem Tag auskam. Es wurde einstimmig beschlossen, „daß aus allen Auszeichnungen, die künftig geschützt werden sollen, das Hakenkreuz unter allen Umständen ausscheiden soll“. Es sei, so betonte General von Manteuffel, „das Partei-symbol, unter dem die verabscheuungswürdigsten Verbrechen begangen wurden“. Im übrigen wurde ein kleiner Ausschuß unter Generaloberst Stumpf zur Ausarbeitung eines Gutachtens gebildet, das dann dem Gesamtausschuß vorgelegt werden sollte.

Nachdem das Gutachten erstattet war, trat das Plenum am 24. September 1953 zur Schlußsitzung in Bonn zusammen. Es erklärte in folgenden Punkten zu einstimmiger Auffassung gekommen zu sein: 1. „Kriegs- und Tapferkeitsauszeichnungen sind und bleiben ehrwürdig.“ Es handle sich nur um die Wiederzulassung des öffentlichen Tragens der Auszeichnungen des Zweiten Weltkrieges, – für die des Ersten bestehe kein Zweifel. 2. Ausschluß des Hakenkreuzes. 3. Einzelbestimmungen für die Form des Eisernen Kreuzes unter Rückgriff auf die Tradition von 1813. Die Wiederholungsspangen sollten entfallen. 4. Weitgehende Zulassung von Waffenabzeichen, soweit sie in einer Anlage aufgeführt wurden. 5. Abänderungen für die Trageform dieser Abzeichen gemäß eben dieser Anlage. 6. Berechtigung zum Tragen des Verwundetenabzeichens der entsprechenden Stufen. 7. Von Neuverleihungen und neuen Verleihungsurkunden ist abzusehen. 8. Die Berechtigung zum Tragen ist angesichts der Nachkriegsverhältnisse nicht vom Besitz einer Ver-

leihungsurkunde abhängig zu machen, unberechtigtes Tragen unter Strafe zu stellen. 9. Originalausgaben aus den Jahren 1933–45 verbleiben den Beliehenen. Sie dürfen in der Öffentlichkeit nicht getragen werden. Handel mit ihnen ist verboten. 10. Nachverleihungen sind als undurchführbar anzusehen. Die Frage eines besonderen Abzeichens für Spätheimkehrer bleibt zu prüfen. Punkt 11 und 12 beziehen sich auf die Frage eines Ehrensoldes für die Träger höchster Kriegsauszeichnungen aus dem Ersten Weltkrieg und auf das Tragen ausländischer Kriegsauszeichnungen.

Nachdem dieses Gutachten Heuss zugegangen war, brachte er in einem Schreiben an Gessler vom 12. Oktober 1953⁶ seinen besonderen Dank zum Ausdruck. Er griff dabei auf den Brief vom September 1951 zurück: „Sie haben mir damals keine Absage erteilt, sondern mit der mir aus Ihrer früheren langjährigen politischen Arbeit bekannten Tatkraft und dem besonderen Verständnis gerade für alle soldatischen⁷ Fragen diese Aufgabe angepackt und damit entscheidend dazu beigetragen, diesen Teil der Diffamierung der deutschen Soldaten so rasch, wie es möglich war, zu beseitigen.“ Heuss fuhr fort, daß er das Gutachten als geeignete Grundlage für die Gesetzesvorbereitungen betrachte, und stimmte dem Vorschlag zu, es im Bulletin der Bundesregierung zu veröffentlichen.

Das ist geschehen⁸. Die Angelegenheit konnte jedoch erst zum Abschluß gebracht werden, nachdem am 5. Mai 1955 mit der Souveränitätserklärung der Bundesrepublik von seiten der Alliierten das durch das Kontrollratsgesetz vom Oktober 1949 auferlegte Verbot vollends obsolet geworden war. Daraufhin wurde im Innenministerium ein Ordensgesetz vorbereitet. Sein Entwurf ging im April 1956 dem Bundesrat, im Mai 1956 dem Bundestag zu. Kurz zuvor (am 8./9. Februar) hat Heuss nochmals in einer vierseitigen bemerkenswerten Aufzeichnung, die an das Bundesministerium des Inneren ging, zur Ordensfrage, zumal zur Frage der Kriegsauszeichnungen, sich geäußert. Nach entsprechender publizistischer Vorbereitung, „damit es kein zusätzliches Getöse gibt“, sollte die Angelegenheit jetzt „vorangetrieben“ werden. Indem er irrtümlicherweise annahm, daß das Gutachten außer dem Hakenkreuz auch das Schwarz-Weiß-Rote Band habe fortfallen lassen wollen, bemerkte Heuss: „Manche der Abzeichen werden ohne Band getragen werden müssen – der Ersatz durch Schwarz-Rot-Gold ist natürlich unmöglich. Das Schwarz-Silber des E.K. scheint mir angemessen.“ Im übrigen wandte er sich in charakteristischer Weise gegen die oft „greulich naturalistischen Abzeichen . . . , bei dem Versuch, den vielerwähnten Traditionswerten des Militärischen gerecht zu werden, kann ich nicht glauben, daß der künstlerische Miß-Geschmack von Adolf Hitler denen zuzurechnen ist . . . Gewiß waren diese Abzeichen für den, der sie erhielt, mit Affektionswerten angereichert, aber sie gehören in ein Museum der Geschmacksgreuel und nicht in die deutsche Tradition.“

Die Farbenfrage spielte auch bei der zweiten und dritten Lesung im Bundestag

⁶ Vgl. Gessler a. a. O., S. 535 ff.

⁷ So im Original. Im Abdruck steht „militärischen“.

⁸ Der volle Wortlaut des Gutachtens nebst der Anlage ist gedruckt in: Bulletin der Bundesregierung vom 22. Oktober 1953 (Nr. 202, S. 1681 ff.).

(27./28. Juni 1956) eine gewisse Rolle⁹. Ein SPD-Abgeordneter schlug mit Rücksicht auf die Spaltung des Vaterlandes die Einführung eines schwarzen Bandes vor. Der Minister des Innern befürwortete, sich auf die Beseitigung des Hakenkreuzes zu beschränken. Was Schwarz-Weiß-Rot betreffe, so sei zu bedenken, daß es für sehr viele Menschen das Mittel gewesen sei, um vor der Hakenkreuzfahne ausweichen zu können. Auch Frau Lüders betonte, man habe nach 1933 bewußt nach diesem Mittel gegriffen. Im übrigen zeigte sich eine allgemeine Abneigung, eine „Flaggen-diskussion“ heraufzubeschwören. Das endgültige Gesetz vom 20. Juli 1957 geht nicht ausdrücklich auf die Farbenfrage ein¹⁰. In seinem Abschnitt II betreffend „Früher verliehene Orden- und Ehrenzeichen“ entsprach es im wesentlichen den Vorschlägen des Gutachtens vom Oktober 1953.

Es ist ein kleiner zeitlicher Sprung zurück, freilich zugleich ein großer sachlicher Sprung, wenn an die Zitierung der Briefe des Bundespräsidenten an Gessler aus den Jahren 1951 und 1953, mit denen er die Frage der Kriegsorden in Gang brachte, ein Brief angeknüpft wird, den Heuss am 10. Dezember 1950 an Friedrich Meinecke schrieb und der den ersten Anstoß zur Wiederbelebung des Ordens „Pour le mérite für Wissenschaften und Künste“ gab. Und doch fehlt es nicht an einer inneren Verbindung. Man wird sie in dem schon berührten Sinn des Bundespräsidenten für Tradition erblicken dürfen, der in diesem Fall verstärkt wurde durch das Bewußtsein einer durch kein Unrechtsregime zu unterbrechenden Kontinuität im geistigen und künstlerischen Bereich. Heuss wandte sich an Meinecke in der begreiflichen, freilich damals irrigen Meinung, daß er zu den übriggebliebenen Trägern des Ordens gehöre. Es beschäftigte ihn seit einiger Zeit, so schrieb er, die Frage einer „Neuschöpfung von Orden“, vor allem unter dem Gesichtspunkt ihrer Verwendbarkeit im diplomatischen Verkehr. „In der Zeit der Weimarer Republik war das Fehlen solcher Möglichkeiten eine gewisse Behinderung, denn Porzellan-Service und ähnliches lassen sich ja nicht an den Frack hängen.“ Neben solcher mehr politisch-technischen Überlegung, so fuhr der Brief fort, stehe auch die, „einer Form der Auszeichnung, die eine große Tradition besaß, vielleicht neue Wirklichkeit und Wirksamkeit zu geben. Und hier möchte ich den Versuch machen, die Friedensklasse des Pour le mérite neu zu beleben. Ich weiß erstens, daß es ein preußischer Orden war, und zweitens, daß er eine Stiftung Friedrich Wilhelms IV. gewesen ist, der durch Alexander von Humboldt beraten war. Der Orden, der 30 ausgezeichnete Männer bei einer bestimmten inneren Aufteilung der künstlerischen und wissenschaftlichen Disziplinen umfaßte, ist ja, wie Sie wissen, durch Adolf Harnack nach 1918 erhalten geblieben. Auch nachdem die Weimarer Verfassung Orden und Ehrenzeichen abgeschafft hatte, war der Reichspräsident Ebert einsichtig genug, diesen Geistesaristokraten-Orden demokratischer Ordnung zu erhalten. Sie wissen, daß die personelle Zusammensetzung dieses Ordens wie auch das von den Staats-

⁹ Stenographische Berichte, Bd. 37, 216. Sitzung und Bd. 38, 217. Sitzung.

¹⁰ Gesetz über Titel, Orden und Ehrenabzeichen vom 20. Juli 1957 (BGBl. Teil I, Jg. 1957, S. 844ff.).

autoritäten unabhängige Verfahren der Selbstergänzung nicht in das System des Nationalsozialismus paßte. Hitler hat seine Weiterführung untersagt . . .“

Heuss erinnerte dann weiter daran, daß er 1942 bei der 100jährigen Wiederkehr der Stiftung (anonym) eine Geschichtsbetrachtung in der Frankfurter Zeitung geschrieben habe, für die er archivalisches und privates Material habe durchsehen können. Er sei bei seiner Überlastung und dem wahrscheinlichen Verlust der Unterlagen nicht imstande, die Rekonstruktion der Dinge in seinem Gedächtnis vorzunehmen. Er fuhr dann fort: „Ich möchte Ihnen folgende Idee unterbreiten, daß Sie mir einen Brief schreiben, in dem Sie mich bitten, die Friedensklasse des Ordens Pour le mérite wieder ins Leben zu rufen, um eine würdige und bedeutende Tradition nicht untergehen zu lassen. Ich würde Ihnen dann antworten, daß ich von mir aus die Anregung begrüße, aber nicht als Neustifter auftrete (was eine geschichtliche Geschmacklosigkeit wäre), sondern ich würde an Sie Bitte und Auftrag richten, mit den noch vorhandenen Trägern des Ordens Pour le mérite die Ergänzung auf die 30 Namen einzuleiten. Damit hätten wir die historische Kontinuität bewahrt und die geistige und sachliche Autonomie des Ordens neu gesichert. Bei dieser Neuergänzung würde am besten ein kleiner Kreis, an dessen Arbeit ich selbst gerne mitwirken würde, beratend auftreten. Wir würden uns auch überlegen, ganz wenige, aber wirkungsvolle Ausländer hereinzunehmen¹¹, mit denen natürlich auch vorher sorgfältig gesprochen werden müßte. Wenn es auf solche Weise gelingt – ich erbitte Ihr Mitdenken und Ihr Mitwirken –, den deutschen Orden vor den Deutschen selbst und der Welt wieder zur Gestalt zu bringen, so wäre es moralisch-psychologisch und geistig-politisch unzweifelhaft ein Gewinn . . .“

Unmittelbar nach Absendung dieses Briefes stellte Heuss seinen Irrtum fest. Er erfuhr auf dem Umweg über die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft, daß nur mehr drei Träger des Ordens am Leben seien: Enno Littmann, Wilhelm Furtwängler und General v. Kuhl. In einem Brief an Meinecke vom 14. Dezember bat er ihn, in seinem Irrtum nur ein Zeugnis dafür zu sehen, „welche Verehrung für Sie und Ihre Mitarbeit in meiner Seele immer lebendig war und lebendig geblieben ist“. Meinecke antwortete am 19. Dezember mit herzlichem Dank für die beiden so ehren- und vertrauensvollen Schreiben und einem bezeichnenden Stoßseufzer der Erleichterung, daß er das schon begonnene Antwortschreiben auf den ersten Brief nun beiseite legen könne. Selbstverständlich müsse die Erneuerung von den letzten drei noch überlebenden Ordensrittern ausgehen. Zusätzlich sandte er dem Bundespräsidenten Material zur Geschichte und zur früheren personellen Zusammensetzung des Ordens, das der Neffe des Ägyptologen Ermann gesammelt hatte.

Am gleichen Tag, an dem Heuss seinen zweiten Brief an Meinecke sandte, schrieb er an denjenigen unter den drei überlebenden Ordensrittern, der für die Übernahme der Initiative vor allem in Frage kam, an den Orientalisten Enno Littmann. Der Brief an diesen ist in großen Teilen gleichlautend mit dem ersten Brief an Meinecke. Er wiederholt die Bitte, an ihn die Bitte zu richten, die Friedensklasse wieder ins

¹¹ In den Statuten war vorgesehen, daß der Orden 30 deutsche Mitglieder haben solle und bis zu 30 Ausländer zuwählen könne.

Leben zu rufen. Bei dem Passus, der die Zuwahl von Ausländern betrifft, fügte Heuss hinzu, er denke persönlich dabei an Albert Schweitzer, Benedetto Croce, Carl J. Burckhardt. In dem neu formulierten Schlußabsatz betonte er, daß Littmann der einzige sei, der für die Übernahme der Bitte an ihn „optisch“ recht eigentlich in Frage käme. „So verehrungswürdig der 93jährige General v. Kuhl – wohl der bedeutendste Kriegshistoriker in der letzten Generation – auch ist, könnte es einen falschen Eindruck machen, ihn um die Initiative zu bitten, und ähnliches müßte bei Wilhelm Furtwängler befürchtet werden, so bedeutend und großartig seine Wirkung ist, daß deshalb die inner- und außerhalb noch beliebten Schießübungen neu einsetzen würden.“

Die Antwort von Enno Littmann liegt nicht vor. Daß sie nicht anders als sehr positiv ausgefallen ist, wird ohne weiteres anzunehmen sein und durch einen Brief des Bundespräsidenten vom 9. Januar 1951 bestätigt. In ihm dankt Heuss für die an ihn „gerichtete Anregung, die Friedensklasse des Ordens Pour le mérite wieder aufleben zu lassen“. Er setzt sich dann mit einer möglichen Einwendung gegen den „preußischen“ Charakter des Ordens auseinander. Er habe „von Anbeginn an einen umfassenden Charakter besessen, . . . indem wir auf diesen blicken, haben wir weder Hemmungen noch Bedenken, den Vorschlag, den Sie . . . an mich richteten, in dem Gefühl der sachlichen und moralischen Berechtigung aufzunehmen und zu beantworten: die Bundesrepublik Deutschland darf sich als Bewahrerin und, wo es nottut, als die Erneuerin von solchen Institutionen betrachten, die einen gesamtdeutschen, die einen übernationalen Sinn besaßen und heute heimatlos geworden sind“.

Indem Heuss sich dann praktischen Fragen zuwandte, sprach er zwei Anregungen aus, einmal die bisherige Aufteilung in zehn Geisteswissenschaftler, zehn Naturwissenschaftler, zehn Vertreter der Dichtung und der Künste beizubehalten, weiter ebenso die Zuwahl von Angehörigen fremder Staaten. „Gerade auch daran“, so schloß der Brief, „ist mit persönlich viel gelegen, nicht aus einer aktualisierenden Zweckhaftigkeit, sondern um in der Welt des geistigen und künstlerischen Schöpferturns die von der Machtpolitik zerrissenen Kräfte neu zu festigen, indem sie in den Strom einer ehrwürdigen Überlieferung gestellt werden.“

In weiteren Briefen an Littmann vom 12. und 21. Januar 1951 berichtete Heuss, daß Kuhl und Furtwängler der Erneuerungsabsicht freudig zugestimmt hätten, sowie von einem „vortastenden Versuch“ bei Einstein, der bei der Auswanderung 1933 den Orden an Max Planck zurückgereicht hatte. Einstein lehnte jedoch den Wiedereintritt ab. Auch von gewissen Schwierigkeiten, auf die seine Initiative beim Kabinett und bei den Ministerpräsidenten der Länder getroffen sei, berichtete Heuss in einem Brief vom 15. März. Man befürchtete, der zu erneuernde Orden könne mit dem militärischen Pour le mérite verwechselt werden, oder es werde damit die Gesamtfrage der staatlichen Auszeichnungen beiseite gesetzt. An die Gefahr einer Verwechslung glaubte Heuss nicht, und den Ordenskomplex im ganzen wollte er im Zusammenhang mit dem Innenministerium und den Ländern klären.

Kurz darauf setzte sich der Generalsekretär der Mainzer Akademie, der Orientalist Scheel, in der Frage der Erneuerung des Ordens mit dem Staatssekretär im

Innenministerium Erich Wende und auch mit Littmann in Verbindung (15. und 19. Februar 1951). Es wurden in der sich daran anschließenden Korrespondenz einige technische Fragen geklärt und auch Personalfragen angesprochen. Aber es dauerte ein volles Jahr, bis Wende am 29. Februar 1952 Littmann mitteilen konnte, daß jetzt, nachdem der Plan der Bundesauszeichnung Gestalt gewonnen habe, der Bundespräsident „seine Anregung wieder aufnehmen möchte. Dies auch im Hinblick darauf, daß am 31. Mai d.J. 110 Jahre seit der von Friedrich Wilhelm IV. erlassenen Urkunde über die Stiftung der Klasse für Wissenschaften und Künste vergangen sind. Der Herr Bundespräsident hält den 31. Mai d.J. für den geeignetsten Tag, um die Erneuerung des Ordens Pour le mérite zu verkündigen.“ Wende schlug in Übereinstimmung mit Heuss vor – und so ist dann auch bei der „Wiederbelebung“ am 31. Mai verfahren worden –, daß die drei noch lebenden Mitglieder des Ordens zunächst nur je fünf Mitglieder für die drei Gruppen wählen sollten, so daß dann ein weiterer Kreis die übrigen Wahlen vornehmen könne. Es sei hierzu bemerkt, daß Heuss selbst kategorisch ablehnte, etwa zugewählt zu werden, und daß er daran auch nach Beendigung seiner Amtszeit festgehalten hat. Aber er war, wie Wende schrieb, u. U. bereit, „in einer noch näher festzustellenden Weise mitzuwirken, um dem Vorhaben einen rechtzeitigen und guten Erfolg zu sichern“.

Am 1. und 4. April 1952 schrieb der Bundespräsident dann selbst wiederum an Littmann. Er erklärte sich, von Badenweiler kommend, zu einem Umweg bereit, „damit wir die Geschichte mit dem Pour le mérite möglichst weitgehend zur Klärung bringen können“. Es sei dem lokalpatriotischen Interesse die Bemerkung nachgesehen, daß die für das weitere Vorgehen offensichtlich grundlegende Besprechung in Tübingen, im Hotel „Lamm“, stattgefunden hat. Auf Einzelheiten des Verfahrens soll indessen hier nicht eingegangen werden, es mag nur noch abschließend eine kurze Würdigung aus der Feder des Mannes zitiert werden, an den die erste Anregung ergangen war. Am 7. Juni 1952 schrieb Friedrich Meinecke an Heuss: „Deutsche Wissenschaft und Kunst schulden Ihnen einen ganz besonderen Dank für die Wiederherstellung der Friedensklasse des Ordens Pour le mérite, die auf Ihre Initiative erfolgt ist. Zugleich wurde der Welt damit gezeigt, daß es auch gute preußische Traditionen gibt, die es wert sind, wieder belebt zu werden. Es war mir eine hohe Freude, unter den neugewählten Mitgliedern zu sein, aber ich mußte dabei an die heimgegangenen Generationsgenossen Marcks, Hintze und Oncken denken, die es mindestens ebenso reichlich verdient hätten. Die Auswahl der neugewählten 15 Mitglieder fand – soweit ich höre – allgemeine Zustimmung, hoffentlich werden wir nun – bei der Zuwahl der noch fehlenden 12 Mitglieder – eine glückliche Hand haben.“¹²

¹² Im Jahre 1952 wurden gewählt: a) in der geisteswissenschaftlichen Abteilung: Ernst Robert Curtius, Ludwig Curtius, Erich Hänisch, Erich Kaufmann, Theodor Litt, Friedrich Meinecke, Karl Reinhardt und Eduard Spranger; b) in der naturwissenschaftlichen Abteilung: Walter Bothe, Gerhard Domagk, Karl von Frisch, Otto Hahn, Max Hartmann, Max von Laue, Otto Renner, Otto Warburg, Heinrich Wielandt und Adolf Windaus; c) in der Abteilung für Dichtung und Künste: Paul Bonatz, Paul Hindemith, Carl Hofer, Gerhard Marcks, Emil Nolde, Paul Schmitthenner, Reinhold Schneider, Rudolf Alexander Schröder und Renée Sintenis.

Forschungsbericht

JOHN S. CONWAY

DER DEUTSCHE KIRCHENKAMPF

Tendenzen und Probleme seiner Erforschung an Hand neuerer Literatur*

Die Beschreibung des deutschen Kirchenkampfes in der nationalsozialistischen Zeit tritt nun in ihre dritte Phase ein. Auf die anfängliche Überschwemmung mit Augenzeugenberichten hauptsächlich martyrologischer Art folgte eine Reihe sachlicher und polemischer Kritiken, in denen die wahre Haltung der deutschen Kirchen gegenüber dem Nationalsozialismus enthüllt werden sollte. Damit wurde die wohlwollende Betrachtungsweise, wie sie in den unmittelbaren Nachkriegsjahren weit verbreitet war, herausgefordert. Die dritte Phase ist durch neue Dokumentensammlungen, die das Geflecht der Beziehungen zwischen Kirche und Staat beleuchten und die Basis für eine objektivere historische Beurteilung schaffen, gekennzeichnet.

Der Wert dieser Studien ist wegen der spärlichen Behandlung des Kirchenkampfes in den allgemeinen Darstellungen der nationalsozialistischen Ära um so größer. Obwohl der ideologische Charakter des nationalsozialistischen Totalitarismus immer mehr erkannt wird, enthalten die wenigsten Beiträge über diese tragische Zeit der deutschen Geschichte eine ausführliche Untersuchung über die Bemühungen der Kirchen, ihre Mitglieder für den Kampf zu mobilisieren, der um die Seele des deutschen Volkes geführt wurde. Es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß die deutschen Kirchen den Versuch der Nationalsozialisten nicht verhindern konnten, das deutsche Volk organisatorisch und ideologisch gleichzuschalten. Aber es ist nun möglich geworden, die Versuche der Kirchenmänner, den atheistischen Verfolgungsmaßnahmen der Nationalsozialisten entgegenzutreten, gerecht einzuschätzen.

Wie andere Deutsche suchten auch Angehörige der Kirchen zwanzig Jahre lang ihre „unbewältigte Vergangenheit“ oder das ehrliche Abschätzen ihres Versagens im Angesicht der nationalsozialistischen Herausforderung zu umgehen. Die jüngsten Publikationsreihen zum Thema des deutschen Kirchenkampfes erlauben es jedoch, diesen ohne Gegenanklagen und Selbstrechtfertigungen zu untersuchen – wie wenig das Gericht auch schmecken mag.

I. Die römisch-katholische Kirche

Die Gegebenheiten der Nachkriegswelt mit einem besiegten, besetzten und geteilten Deutschland verlangten geradezu nach Bestätigungen dafür, daß nicht alle

* Übersetzt von Hermann Weiß und Hermann Graml (beide Institut für Zeitgeschichte München). Während der Fertigstellung des Manuskripts erschien von John S. Conway: *The Nazi Persecution of the Churches 1933-45*, London 1968; eine deutsche Übersetzung wird unter dem Titel „Die nationalsozialistische Kirchenpolitik 1933-45“ 1969 im Chr. Kaiser-Verlag München erscheinen.

Deutschen vom Nationalsozialismus infiziert und daß wenigstens in den Kirchen jene „guten Deutschen“ zu finden waren, in denen die Liberalen im Ausland die Verkörperung eines anderen, besseren Deutschland zu sehen hofften. Die militärischen Besatzungsbehörden der Westzonen bemühten sich sehr, Personen und Institutionen ausfindig zu machen, auf die man sich beim Wiederaufbau des zerrümmerten Staates stützen konnte. Diktiert wurde die Zusammenarbeit mit der römisch-katholischen Hierarchie nicht zuletzt von der Notwendigkeit, eine ideologische Grundlage für den beginnenden Kampf gegen den „revolutionären Kommunismus“ zu finden. Es bestand kaum Anlaß, die Schilderung eines permanenten Widerstandes der katholischen Opposition gegen den Nationalsozialismus, wie sie Weihbischof Johann Neuhäusler in seinem Buch „Kreuz und Hakenkreuz“¹ geliefert hatte, in Frage zu stellen. Die katholische Kirche selbst begrüßte die Publikation größtenteils hagiographischer Studien von Personen, die ihres Glaubens wegen verfolgt worden waren. Diese Richtung vertritt noch das jüngst erschienene Buch von Frau Benedicta Kempner, „Priester vor Hitlers Tribunalen“², in dem die Schicksale von über hundert Priestern untersucht werden, die von NS-Gerichten verurteilt wurden. Es ist nur als biographische Quelle von Nutzen, da das Werk weder die nationalsozialistische Politik noch die allgemeine Haltung der Mehrheit der Katholiken in der NS-Zeit darstellt. Ähnlich angelegt ist R. Schnabels Buch „Die Frommen in der Hölle“³, eine anschauliche Beschreibung dessen, was den hauptsächlich katholischen Geistlichen im Konzentrationslager Dachau widerfuhr. Der Verfasser, selbst Lagerinsasse, schildert sich als Nichtgläubigen, versucht aber dem Geist der christlichen Gemeinschaft und dem beispielhaften Verhalten der Priester inmitten so vielen Leids gerecht zu werden.

Aufschlußreicher für das Dilemma des katholischen Episkopats in den Anfangsjahren des Dritten Reichs ist Pater Ludwig Volk's Buch „Bayerns Episkopat und Klerus in den Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus 1930–34“⁴. Es handelt sich hier um ein Werk aus einer wertvollen Publikationsreihe, die von der Bayerischen Katholischen Akademie herausgegeben wird und sowohl Dokumentationen als auch von der Akademie geförderte Monographien umfaßt. Volk macht klar, daß die katholischen Bischöfe zwar anfangs dem extremen Nationalismus und Rassismus der rasch wachsenden NSDAP entschlossen entgegentraten. Ihre Voreingenommenheit für konservative soziale und politische Vorstellungen bzw. Einrichtungen aus der Zeit vor 1914 unterdrückte jedoch jede Bereitschaft zu politischen Maßnahmen, mit denen der Aufstieg Hitlers erfolgreich hätte verhindert werden können. Der katholische Klerus war mit seinem Mißtrauen gegen alle linksgerichteten Strömungen, seinem latenten Antisemitismus und seiner Furcht vor dem

¹ Johannes Neuhäusler, *Kreuz und Hakenkreuz*, München 1946.

² Benedicta M. Kempner, *Priester vor Hitlers Tribunalen*, München 1966.

³ Raimund Schnabel, *Die Frommen in der Hölle*, Berlin 1966.

⁴ P. Ludwig Volk, *Bayerns Episkopat und Klerus in den Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus 1930–34*, Mainz 1965, Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, Reihe B: Forschungen, Bd. 1.

russischen Kommunismus allzu empfänglich für die Propaganda von rechts. Für viele war selbst das Zentrum in seinen Verbindungen zu den Sozialdemokraten zu weit gegangen. So überrascht es nicht, daß die deutschen Katholiken bereitwillig auf die lockenden Töne der Nationalsozialisten hereinfließen, einer Bewegung, die autoritäre Grundsätze vertrat, deren Führer sich als glühende Anhänger des Christentums bezeichneten – besonders in seiner Gegnerschaft zum Judentum –, die versprach, den wirtschaftlichen und sozialen Status quo aufrechtzuerhalten, die Kameradschaft unter ihren Anhängern so sehr betonte und den Glauben als Kardinaltugend pries. Diese Argumente waren ausreichend, um die Zweifel abzubauen, die Hitlers Emotionalität und die Brutalität einiger seiner Anhänger hervorgerufen hatten.

Pater Volk betont mit Recht die entscheidenden Entwicklungen in der ersten Hälfte des Jahres 1933. Hitlers Machtergreifung und seine rücksichtslose Übernahme der gesamten politischen Kontrolle durch die Ausschaltung aller nicht nationalsozialistischen Regierungen in den Ländern brachte die Bischöfe in eine unangenehme Zwangslage. Um eine oppositionelle oder selbst eine nicht-kooperative Haltung einzunehmen, hätte es der Mobilisierung der Katholiken mit einer Neuauflage des Kulturkampfes bedurft, eines Kampfes, unter dessen Schatten die ganze Hierarchie aufgewachsen war. Allzu bereitwillig nahm man Hitlers Zusicherungen wörtlich und glaubte, daß die zügellosen antiklerikalen Gewalttaten undisziplinierter SA-Leute nur eine Übergangsphase darstellten. Zu der Tradition der Unterordnung unter die weltlichen Gewalten kam noch die Unlust hinzu, sich im Vergleich zu anderen Deutschen als weniger national gesinnt denunzieren zu lassen. Mit Ausnahme des Eichstätter Bischofs Preysing und des Regensburger Bischofs Buchberger stimmten die bayerischen Bischöfe sehr bereitwillig den diplomatischen Schritten zu, die zum Konkordat vom Juli 1933 führten. Nachdem die Bischöfe und der Klerus ohne weiteres das Zentrum und seine bayerischen Abkömmlinge preisgegeben hatten, glaubten sie, daß ihr Einfluß auf das Volk am sichersten in dem Bollwerk der Kirche sei. Sie übersahen dabei vermutlich, daß man darin auch eingeschlossen werden konnte. Der kürzlich erschienene erste Band einer großangelegten Editionsreihe „Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945“⁵ enthält die Texte vieler Korrespondenzen der deutschen Bischöfe während der ersten Monate des NS-Regimes. Durch sie wird Volks Darstellung bestätigt, daß die Bischöfe nicht daran gedacht hatten, die der Kirche doch zur Verfügung stehenden Kräfte einzusetzen, um den immer stärker werdenden totalitären Ansprüchen von Partei und Staat entgegenzutreten.

Diese Publikationen bestätigen manche von Carl Amerys Feststellungen in dessen anregendem Essay „Die Kapitulation“⁶. Ohne Rechtfertigungsversuche stellt er viele der von Hans Müller in seinem Werk „Katholische Kirche und Nationalsozia-

⁵ Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–45, Mainz 1968, Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, Reihe A: Quellen, Bd. 5, 1933–34 bearb. von Bernhard Stasiewski.

⁶ Carl Amery, Die Kapitulation, Hamburg 1963.

lismus“⁷ erstmals herausgegebenen Dokumente in ihren sachgemäßen Zusammenhang. Auch als die Verfolgungsmaßnahmen der Nazis immer offenkundiger wurden, fiel es Bischöfen und Klerus schwer, die Illusionen aufzugeben, die sie, wie die meisten anderen Deutschen über ihr Regime hatten. Die Bischöfe, die durch ihre jüngste Loyalitätserklärung gegenüber dem NS-Staat gebunden waren, wußten nicht, wie sie verfahren sollten und schlossen in ihrer Unsicherheit schließlich einen Kompromiß und überließen die Initiative dem Vatikan. Aber nicht einmal die berühmte Enzyklika „Mit brennender Sorge“ vom März 1937 konnte den pronationalsozialistischen Trend aufhalten. Vielmehr begrüßten deutsche Katholiken nur zu gerne Hitlers Erfolge auf außenpolitischem Gebiet, läuteten zu ihrer Feier die Kirchenglocken und sandten Glückwunschtelegramme an den Führer.

Um das Jahr 1939 war es zu spät. Als die Sturmwolken des Krieges ihre Schatten auf Europa warfen, bestieg ein neuer Papst den Stuhl von St. Peter. Fünf kürzlich erschienene Bände mit Dokumenten aus den vatikanischen Archiven geben uns einen beispiellosen Einblick in die päpstliche Diplomatie während der tragischen Kriegsjahre⁸. Diese Veröffentlichung bricht nicht nur mit einer alten Tradition des Vatikans, sondern ermöglicht wichtige neue Erkenntnisse für die Politik der Kirche sowohl in Deutschland als auch in den besetzten Gebieten. Die von einem erfahrenen Team von Jesuiten herausgegebenen Bände sind äußerst sorgfältig bearbeitet. Sie enthalten die ein- und auslaufende Korrespondenz des Vatikans in der originalen Sprache und erfordern vom Leser Vertrautheit mit dem Italienischen, Deutschen, Französischen, Englischen und Lateinischen. (Bis jetzt ist nur der zweite Band innerhalb der Reihe der Katholischen Akademie auch ins Deutsche übersetzt worden.) Die umfangreichen Einleitungen in französischer Sprache bieten einen wertvollen Kommentar. Da jedoch die Auswahl der Dokumente nach bestimmten Themen erfolgte, vermag der Leser nur durch ständiges Vor- und Zurückblättern die chronologische Reihenfolge herzustellen oder einen Eindruck von der päpstlichen Diplomatie zu jedem gewünschten Zeitpunkt zu bekommen. Ferner ist die Reihe bis jetzt unvollendet, und die weiteren Themen sind noch nicht bekanntgegeben worden. Daher muß jedes Urteil über Stärke und Schwäche des politischen Wirkens von Pius XII. vorläufig bleiben. Trotzdem ist es auf der Grundlage dieser fünf bedeutenden Bücher möglich, mit einigen der größten Entstellungen aufzuräumen, die über die päpstliche Diplomatie verbreitet wurden. Einige Anklagen S. Friedländers über die pronazistische Haltung im Vatikan, wie er sie in seinem Buch „Pius XII. und das Dritte Reich“⁹ zum Ausdruck bringt, können als oberflächlich

⁷ Hans Müller, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus*, München 1965.

⁸ *Actes et documents du Saint Siège relatifs à la seconde guerre mondiale: Libreria Editrice Vaticana, Vatikanstadt,*

I *Le Saint Siège et la guerre en Europe: Mars 1939–Août 1940, 1965;*

II *Lettres de Pie XII aux évêques allemands 1939–1944, 1966 (deutsche Ausgabe s. Anm. 17);*

III *Le Saint Siège et la situation religieuse en Pologne et dans les pays Baltes 1939–1945, 1967;*

IV *Le Saint Siège et la guerre en Europe: Juin 1940–Juin 1941, 1967;*

V *Le Saint Siège et la guerre mondiale: Juillet 1941–Octobre 1942, 1969.*

⁹ S. Friedländer, *Pius XII. und das Dritte Reich*, Hamburg 1965.

und einseitig bezeichnet werden. Friedländers Werk schöpft aus den Beständen des Politischen Archivs des deutschen Auswärtigen Amtes, vor allem den Aufzeichnungen über die Verhandlungen zwischen dem Staatssekretär und dem päpstlichen Nuntius. Als sein Buch, zuerst in Deutsch, erschien, konnte Friedländer seine Behauptungen mit der Tatsache abstützen, daß die vatikanischen Archive nicht geöffnet waren. Nach der Übersetzung des Werkes ins Englische war die erste der Publikationen aus dem Vatikan inzwischen erschienen. Friedländer benutzte die Gelegenheit nicht, seine Darstellung anhand der Akten zu revidieren, sondern behauptet etwas kühn auch jetzt noch, daß das, „was bis jetzt veröffentlicht worden ist, insgesamt gesehen dem Eindruck, den die in meinem Buch veröffentlichten Dokumente geben, offensichtlich nicht widerspricht“ (Englische Ausgabe S. X).

Seine Empörung über die scheinbare Heuchelei des Vatikan trieb Friedländer dazu, einige bohrende Fragen zu stellen, die bis heute unbeantwortet blieben. Das Herausgeber-Team des Vatikan erhielt glücklicherweise in den folgenden Bänden mehr Handlungsfreiheit, so daß der Verdacht, hier würde nur nach Rechtfertigungen für alle Handlungen des Papstes gesucht, nicht aufrechterhalten werden kann. Die daraus zu schöpfenden neuen Erkenntnisse werden zumindest die Diskussion auf ein neues Niveau heben können – auch wenn damit kaum alle Kritiker überzeugt werden dürften, die wie Rolf Hochhuth lautstark ihrer Enttäuschung sowohl über das Papsttum als auch über den Menschen Pius XII. Ausdruck verliehen.

Hochhuth, Friedländer und andere behaupteten, daß der Papst sich der Vernachlässigung seiner Christenpflicht schuldig gemacht habe, weil er angesichts der beispiellosen Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes nicht bekannte, daß die Kirche immer und ohne nachzugeben an den Werten der Humanität festhalten müsse. Man beschuldigte Pius XII., er habe sich von Motiven kirchlicher oder politischer Zweckmäßigkeit leiten lassen, statt den Forderungen des Evangeliums zu gehorchen. Sein Mangel an Leidenschaft in all dem Leid, das selbst in seiner eigenen Stadt Rom zu finden war, kontrastiert Hochhuth mit dem arglosen Enthusiasmus eines Pater Riccardo, dessen Ungeduld mit den wortreichen Erklärungen des Papstes im „Stellvertreter“ so scharf herausgearbeitet wird. Eine ähnliche Ungeduld spürt man in den Briefen verschiedener polnischer Bischöfe, in erster Linie bei dem im Exil lebenden polnischen Primas, Kardinal Hlond, der wie seine Glaubensbrüder in diesen Jahren des Gerichts und der Leiden auf eindrucksvollere Sympathieerklärungen des Papstes für die so grausam verfolgte polnische Kirche wartete.

Das Bild von Pius XII., das die Veröffentlichungen aus den vatikanischen Archiven zeichnen, gibt eine notwendige Korrektur solcher Simplifizierungen und bestärkt die Meinung derjenigen, die behaupten, daß die Kirche nicht in der Lage gewesen sei, die Befolgung ihrer moralischen und geistigen Glaubenssätze durchzusetzen. Pius XII. war kein Prophet; eher war er ein geschickter und vorsichtiger Diplomat, behutsam und konservativ in seiner Einschätzung der möglichen Rolle des Papsttums. Das bestimmende Motiv seiner Politik war – nach einer Äußerung gegenüber Bischof Preysing – zu verhüten, daß sich die Lage verschlimmerte – ad mala vi-

tanda. Das war keine mutige Einstellung. Aber Pius' ganze Erfahrung und sein Temperament ließen ihn glauben, daß die katholische Kirche die zerstörerischen Mächte des Nationalismus, des Rassismus und der Intoleranz, die er über die Welt hinwegfegen sah, nicht einfach herausfordern könne. Wie viele andere meinte er, durch legales und diplomatisches Vorgehen die Flut der nationalsozialistischen Aggressivität einzudämmen. Er bemühte sich, den Vatikan und die katholische Kirche als eine Bastion jener Werte zu erhalten, die durch den Gang der Ereignisse hinweggespült wurden. Das Verdikt der jüngeren Historiker dürfte von Charles Delzell klar zum Ausdruck gebracht worden sein: „Pacellis behutsame diplomatische Natur und Schulung hinderten ihn daran, ein überragender moralischer Führer der Kirche in einer Epoche von beispielloser Gewalt und Zerstörung zu werden.“¹⁰

Es war kein Zufall, daß Eugenio Pacelli im März 1939 zum Papst gewählt wurde, zu einer Zeit, in der man meinte, das Wort eines gewandten Diplomaten nötiger denn je zu brauchen, um die drohende Kriegsgefahr abzuwenden. Viele bauten auf die Findigkeit eines Mannes mit solch langer Erfahrung in der europäischen Diplomatie, als es galt, den Zusammenstoß der nationalistischen Kräfte aufzuhalten und die gefährlichen Ausbrüche der Politiker in andere Bahnen zu lenken. Seine Bemühungen in dieser Richtung waren aber leider zum Scheitern verurteilt. Die Akten der vatikanischen Archive machen jedoch deutlich, daß der Papst in seinen unermüdlichen Bemühungen, die streitenden Parteien zur Vernunft zu bringen, bereit zu sein schien, Frieden um jeden Preis zu suchen. So benutzte er zum Beispiel schon vor dem September 1939 seinen Einfluß für den Vorschlag, Polen solle dem Druck Hitlers durch einige territoriale Zugeständnisse zu entgehen versuchen. Als diese Bemühungen fehlschlügen, fuhr der Papst fort, nach neuen Friedenswegen Ausschau zu halten; so förderte er zum Beispiel die Kontakte zur deutschen Widerstandsbewegung. Diese im Vatikan geführten Verhandlungen konnten schwerlich ohne Zustimmung des Papstes vonstatten gehen, was seine antagonistische Einstellung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime – die so weit ging, in völlig einmaliger Weise die Ziele der illegalen deutschen Opposition zu unterstützen – deutlich hervortreten läßt¹¹. Gleichzeitig wußte er sehr genau, daß die nationalsozialistischen Führer seine öffentlichen Erklärungen einfach ignorieren würden – wobei sie die Verfolgung der Kirche in Deutschland noch verstärkten –, es sei denn, eine starke Gegenbewegung aus den Reihen der deutschen Katholiken träte ihnen entgegen.

Papst Pius kannte die Haltung der deutschen Kirche genau, und diese konnte bei ihm keinen leichtfertigen Optimismus über den zu erwartenden Wiederhall solcher Schritte bei seinen eigenen Glaubensgenossen erwecken. Die führenden deutschen

¹⁰ C. Delzell, Pius XII. Italy and the Outbreak of War, in: *Journal of Contemporary History* 2 (1967), H. 4, S. 140.

¹¹ Einzelheiten in: *Vollmacht des Gewissens I*, hrsg. von der Europäischen Publikation e.V., München 1960 und: D. C. Watt, *Les Alliés et la Résistance Allemande 1939–44*, in: *Revue d'Histoire de la deuxième Guerre mondiale*, 9 (1959), S. 65 ff.; ferner H. C. Deutsch, *Verschwörung gegen den Krieg, Der Widerstand in den Jahren 1939/40*, München 1968.

Bischöfe hatten ihm geraten, die Spannungen mit dem nationalsozialistischen Regime nicht zu verschärfen, und die verhängnisvolle Begeisterung aller Deutschen für Hitlers anfängliche Erfolge hatte ihn abgeschreckt, sich über die Köpfe seiner Bischöfe hinweg an das Volk zu wenden. Die übereifrigen Reaktionen solcher Männer wie des Wiener Kardinals Innitzer und des Militärbischofs Rarkowski auf die Erfolge des nationalsozialistischen Deutschland zeigten die engen Grenzen, die dem Papst gezogen waren, wenn es um die Gehorsamspflicht seiner Untergebenen ging. Seine Friedensbemühungen erfolgten zu einer Zeit, als die deutschen Katholiken ernsthaft dem Krieg zuneigten. Antideutsche Erklärungen und die Verurteilung der deutschen Greuel in Polen schienen nur zu geeignet, der Gestapo in die Hände zu arbeiten und dem Schicksal Geiseln zu stellen. Noch im März 1940 war der Papst bereit, Ribbentrop zu empfangen in der Hoffnung, damit seine Bereitschaft als Vermittler bei Verhandlungen für einen dauerhaften Frieden kundtun zu können. Aber Ribbentrops Unnachgiebigkeit in bezug auf die deutschen Kriegsziele wie auf die Behandlung der Kirche im besetzten Polen bewies, daß wenig oder nichts von offen geäußelter Unparteilichkeit zu erwarten war.

Mit der Flut der deutschen Siege während des Jahres 1940 wurden die päpstlichen Äußerungen immer indirekter und mehrdeutiger. Natürlich waren die Polen und die Bewohner anderer besetzter Länder desillusioniert. Sympathietelegramme an die Regenten Hollands, Belgiens und Luxemburgs am Morgen nach dem deutschen Einmarsch waren wohl die freimütigsten Gesten von seiten des Vatikans. Dabei bemühte sich Pius jedoch, eine klare Verdammung der Hitlerschen Aggression nicht mit aufzunehmen – eine Tatsache, die Enttäuschung und Bedauern unter den Alliierten hervorrief. Auf der anderen Seite reagierte Mussolini ebenso feindselig. Am 12. Mai 1940 schrieb Ciano in sein Tagebuch, daß der Duce mehrfach die Ansicht vertreten habe: „Das Papsttum ist ein Krebsgeschwür, das an unserem nationalen Leben zehrt, und er beabsichtige, wenn notwendig, das Problem ein für allemal zu Ende zu bringen.“ Solche Drohungen konnten von einem so vorsichtigen Diplomaten wie Pius XII. nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Aber es war klar, daß der Papst sehr wohl die Gefahr sah, daß jede seiner Erklärungen von beiden Seiten als Propagandawaffe verwendet werden würde in dem Bemühen, den Vatikan als Verbündeten in die eigene Front einzureihen. Tatsächlich zeigen einige Dokumente aus dem 4. Band der vatikanischen Veröffentlichung, daß beide Seiten Vorbereitungen dazu getroffen hatten, sich durch massiven Druck in die innerkirchliche Verwaltung einzumischen, um ihre Ziele abzusichern. Die Deutschen verlangten, daß deutsche Priester auf die freien Bischofsstühle in den besetzten Gebieten kämen; die Engländer forderten die Ernennung eines bischöflichen Koadjutors auf Malta, der ihnen bei der Verteidigung der Insel von Nutzen gewesen wäre. Deutsche Beschwerden über die Sendungen von Radio Vatikan veranlaßten den Papst, alle Berichte über die Behandlung der Katholiken in den von Deutschen besetzten Ländern zu kürzen, was wiederum Ursache eines scharfen Protests der britischen Regierung war. Es ist nun nicht verwunderlich, daß der Vatikan äußerst skeptisch war, als der von Papen nach Rom geschickte und um päpstliche Vermitt-

lung für Friedensverhandlungen nachsuchende Baron Lersner behauptete, alle deutschen Generale wären der Meinung, ein Sieg würde nicht zum Frieden führen. Die vatikanischen Diplomaten hielten dies für eine bewußte Täuschung, die später als Beweismittel für die politische Gegnerschaft der Katholiken gegen das deutsche Volk aufgedeckt werden sollte.

Stark behindert wurde der Vatikan durch die Schwierigkeiten, die man ihm in seinen Verbindungen mit den Nuntiaturen in den Weg legte. Die Deutschen verlangten die Zurückziehung aller dieser Repräsentanten aus den besetzten Gebieten. Nach dem Juni 1942 bestritten sie dem Nuntius in Berlin die Jurisdiktion bei Angelegenheiten außerhalb des Altreichs. Von diesem Nuntius, Cesare Orsenigo, war im übrigen bekannt, daß er sich begeistert über die autoritären Züge des nationalsozialistischen Regimes geäußert hatte. Die Herausgeber der vatikanischen Dokumente deuten an, daß er einerseits zögerte, den nationalsozialistischen Anmaßungen Widerstand entgegenzusetzen, andererseits seine Vorgesetzten in Rom mit zur Vorsicht mahnenden Ratschlägen bedrängte. Nach den deutschen Akten – den Papieren des Staatssekretärs v. Weizsäcker – soll der Nuntius noch weiter gegangen sein. Im Juni 1940 wird berichtet, daß er seine Freude über die deutschen Siege ausdrückte und einen Monat später wird festgestellt, daß er Weizsäcker gegenüber die hartnäckige Ablehnung der Hitlerschen Friedensvorschläge durch die Engländer bedauerte. Trotz dieser Voreingenommenheit wurde dem Nuntius aufgetragen, bei den deutschen Behörden strengen Protest nicht nur gegen die üble Behandlung von Katholiken, sondern in zahlreichen Fällen auch gegen die Verfolgung von Geiseln und Flüchtlingen einzulegen und auch zu intervenieren, wenn einzelne Personen wegen Verrat vor Militärgerichten standen. Diese Interventionen wurden so zahlreich, daß das deutsche Auswärtige Amt sie abzubiegen versuchte. Aber der Vatikan gab nicht nach, und der Nuntius führte seine Aufgabe mit zunehmender Enttäuschung durch. Viele dieser Interventionen wurden in den Nürnberger Prozessen als Beweismaterial bereitgehalten, allerdings nicht vorgelegt. Friedländer berücksichtigte sie nicht und entstellte so sehr stark die Bemühungen des Vatikans um Abhilfe bei Beschwerden.

Das Engagement von Papst Pius, die Leiden des Krieges durch die Beschaffung von Medikamenten und Nahrungsmitteln, die Bereitstellung von Geldmitteln und die Organisation eines Informationsdienstes zu lindern, soll Hauptthema der späteren Bände der vatikanischen Dokumentenreihe sein. Aber schon die der Wissenschaft zugänglichen deutschen Akten haben gezeigt, daß fast alle derartigen Initiativen von den Deutschen in den unter ihrer militärischen Kontrolle stehenden Ländern vereitelt wurden. Selbst die Bitten, Nahrungsmittel für die hungernden Kinder Griechenlands einschiffen oder Typhus-Impfstoff einführen zu dürfen, wurden zurückgewiesen. Andererseits war es in den Ländern mit weniger direkter deutscher Machtpresenz wie Ungarn und Rumänien möglich, auf die Regierungen im Sinne einer maßvolleren Minderheitenpolitik einzuwirken. Dies galt auch für die Juden.

Dieses heftig umstrittene Thema ist inzwischen zum Gegenstand einer Reihe von sogenannten historischen Untersuchungen gemacht worden. Nach Meinung

Hochhuths ist das Schweigen des Papstes zur Judenverfolgung das am meisten zu tadelnde Ereignis, das seine gesamte Regierungszeit prägte. In gleich starker Weise klagt Friedländer die Inaktivität des Papstes an. Guenter Lewy sieht in seiner weiter gespannten Untersuchung „Die katholische Kirche und das Dritte Reich“¹² die Hauptschuld in der Weigerung der deutschen Katholiken, ihre eingewurzelte Feindseligkeit gegenüber den Juden aufzugeben, und stellt der Bereitwilligkeit Bischof Galens, energisch und erfolgreich gegen das Euthanasie-Programm der Nationalsozialisten zu protestieren, dessen Untätigkeit gegenüber, als die Juden nach Auschwitz deportiert wurden, um in genau denselben Krematorien und Gaskammern ermordet zu werden. Drei jüngst erschienene Bücher haben aufzuzeigen versucht, daß unter gewissen Voraussetzungen dem Druck des Vatikans mehr Erfolg beschieden war. Jenö Levai „Geheime Reichssache: Papst Pius hat nicht geschwiegen“¹³ ist ein Beitrag über die von katholischer Seite ausgehenden Interventionen gegen die unmenschliche Behandlung und die Deportationen der ungarischen Juden in den Monaten nach dem deutschen Einmarsch im März 1944. Mit ihm werden die von Levai zuerst in ungarischer Sprache veröffentlichten Dokumente allgemein zugänglich und die kurzen Hinweise ergänzt, die R. L. Braham in seinem umfangreichen Werk „The Destruction of Hungarian Jewry“¹⁴ macht. Bei diesem sinistren Kapitel nationalsozialistischer Bestialität, das von Eichmann und seinen Henkersknechten organisiert wurde, kamen über 400 000 ungarische Juden mit Massentransporten in weniger als drei Monaten in die Vernichtungslager. Viehwaggons, die dringend für die Versorgung der deutschen Truppen an der Ostfront benötigt worden wären, leitete man statt dessen nach Budapest, um sie mit Juden vollzupferchen, die als Ausgleich für deutsche Rüstungsgüter zur Verteidigung Ungarns angeblich nach Deutschland zur Arbeit gebracht werden sollten. Levai Buch enthält den dokumentarischen Beweis für die Proteste, die der päpstliche Nuntius und der Kardinal-Primas bei Admiral Horthy und seiner Regierung einlegten. Sie erreichten damit wenigstens zeitweilig Erleichterungen und Verbesserungen.

Dasselbe kann man auch bei Pinchas Lapide in seinem Buch „Rom und die Juden“¹⁵ und bei David Herzig in seinem Beitrag „Die Rettung“¹⁶ nachlesen. Beide Autoren, die jetzt in Israel leben, kommen zu ihrer Darstellung der päpstlichen Interventionen anhand von jetzt in Israel aufbewahrten Dokumenten; ihre Quellenauswertung ist aber nicht über jede Kritik erhaben. Herzig behauptet, daß durch die Interventionen des Papstes Hunderttausende von Juden überlebten, und Lapide errechnet, daß dadurch nicht weniger als 860 000 in Portugal, Spanien, Frankreich, Italien, Rumänien, Ungarn und in der Slowakei gerettet wurden. Eine Bestätigung dieser Angaben aus den vatikanischen Akten müssen wir erst abwarten.

¹² Guenter Lewy, *Die katholische Kirche und das Dritte Reich*, München 1965.

¹³ Jenö Levai, *Geheime Reichssache, Papst Pius hat nicht geschwiegen*, Köln 1966.

¹⁴ R. L. Braham, *The Destruction of Hungarian Jewry*, New York 1963.

¹⁵ Pinchas Lapide, *Rom und die Juden*, Freiburg 1967.

¹⁶ David Herzig, *Die Rettung*, Stuttgart 1967.

Die Autoren scheinen den Einfluß von Pius vielfach zu persönlich zur Geltung zu bringen, und sie ziehen Folgerungen, die viel weiter gehen, als es die Quellen bis heute erlauben. Lapide und Herstig schießen über das Ziel hinaus, wenn sie die guten Taten einzelner Katholiken in Europa den unmittelbaren Befehlen des Papstes zuschreiben, während sie das Böse nur als Folge verbohrtter Bigotterie und traditionellen Antisemitismus zeichnen.

Sowohl Lapide wie Herstig rechnen es sogar Pius XII. an, daß die Jahrhunderte alten Haßgefühls zwischen Katholiken und Juden abgebaut und die Versöhnung vorbereitet wurde, die sein Nachfolger noch näherrücken ließ. Hier tut sich jedoch die erste Gefahr einer anachronistischen Darstellung auf. Pius XII. schritt nicht voran, wenn es galt, traditionelle Denkschemata zu verändern, und es ist sehr fraglich, ob das geistige Klima des zweiten Vatikanischen Konzils gerade seiner Inspiration viel verdankte. Seine diplomatische Vorsicht und seine für die Kirche pessimistischen Prognosen, wie sie in den vatikanischen Akten zur Genüge zu finden sind, machen klar, daß er von Gewissenskonflikten gepeinigt wurde, die nach Lage der Dinge jeden radikalen oder prophetischen Appell verhinderten. In seinen Briefen an den Berliner Bischof Preysing wird besonders deutlich, wie überaus ängstlich er seine eigene schwierige Position beurteilte.

Nach Friedländer, Hochhuth und Lewy gipfelten diese Züge in moralischer Feigheit. Während des Krieges wurden die moralischen Reserven des Vatikans nie durch prophetische Äußerungen zugunsten der Juden oder anderer Verfolgter des nazistischen Terrors mobilisiert. Aber Pius stellte in seinen Briefen an die deutschen Bischöfe klar heraus, wie wenig er an den Erfolg solcher Aktionen glaubte. Der Papst war zutiefst im Zweifel, ob diese Art des gezielten Protestes unter den gegebenen Umständen während des Krieges zum Guten oder zum Bösen ausschlagen würde. Es ist legitim, seine Haltung in diesem Falle als verfehlt zu bezeichnen. Aber es wäre falsch gegenüber der geschichtlichen Wahrheit, Pius entweder als oberflächlichen Kirchenbürokraten hinzustellen, wie es Hochhuth tut, oder ihn wie Friedländer so von der Furcht vor dem Bolschewismus ergriffen zu sehen, daß er bereitwillig die nationalsozialistischen Übel tolerierte. Gleichermaßen verfälscht wäre das Bild eines Heiligen, wie es Lapide und Herstig zeichnen, die der Kirche die tragische Bürde antisemitischen Denkens und Tuns abnehmen möchten. Sicher war das Dilemma des Papstes, der zugleich Diplomat sein sollte, für ihn aus eigener Kraft nicht lösbar. Er selbst beschreibt dies in seinem Brief an Bischof Preysing vom April 1943 sehr genau:

„Für den Stellvertreter Christi wird der Pfad, den er gehen muß, um zwischen den sich widerstreitenden Forderungen Seines Hirtenamtes den richtigen Ausgleich zu finden, immer verschlungener und dornenvoller.“¹⁷

Die weiteren Bände der vatikanischen Editionsreihe werden zweifellos ein noch deutlicheres Bild vom Ausmaß dieses Zwiespaltes geben. Neue, durch die Kriegs-

¹⁷ Die Briefe Pius XII. an die deutschen Bischöfe 1939–44, hrsg. von B. Schneider, Mainz 1966, Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, Reihe A, Bd. 4, S. 240.

ereignisse verstreute Dokumente mögen noch gefunden werden. Aber das Urteil der Historiker über Pius wird sich wahrscheinlich nicht grundlegend ändern. Den unversöhnlichen Konflikten seiner Zeit ausgeliefert, mußte er erkennen, daß die effektive Macht der Kirche, sie zu überwinden, ihm nicht mehr zu Gebote stand. Sicherlich waren er und viele seiner engsten Berater zu erfahren, um sich auch nur zeitweise Illusionen über den Charakter Hitlers oder über die Natur des Nationalsozialismus hinzugeben. Für den kritisch eingestellten Historiker ist es nachher weit einfacher zu erkennen, wie sich Ereignisse letztlich entwickelt haben. Aber es muß doch unbedingt festgestellt werden, daß es Aufgabe der Kirche ist, mit ihrem Urteil über der internationalen Tagespolitik zu stehen und die Männer der Kirche aufzurufen, gegen jede Art von Ungerechtigkeit vorzugehen. Diese Aufgabe hat sich die katholische Kirche während der nationalsozialistischen Ära nie gestellt. Es blieb Pater Alfred Delp, einem der Märtyrer des 20. Juli 1944 überlassen, die Mitschuld der Kirche am Zustandekommen jenes tragischen Kapitels des deutschen Niedergangs aufzuzeigen. Am Vorabend seiner Hinrichtung schrieb er, daß der zukünftige Historiker, der ein ehrliches Bild der kulturellen und geistigen Geschichte unserer Zeit zeichnen wolle, ein bitteres Kapitel über den Beitrag der Kirchen an dem Aufkommen der Vermassung, des Kollektivismus und der diktatorischen Form des Despotismus schreiben müsse.

II. Die evangelische Kirche

Die wissenschaftliche Behandlung der evangelischen Kirche hat sich in den letzten zwanzig Jahren ganz anders entwickelt als die der katholischen Kirche. Die Forschung war besser organisiert, den Gelehrten stehen mehr Archive zur Verfügung, und seit 1955 existiert – anfänglich unter der Leitung des verstorbenen Hamburger Professors K. D. Schmidt – eine Kommission für die Geschichte des Kirchenkampfes in der nationalsozialistischen Zeit. Diese Kommission hat bereits zahlreiche wichtige Arbeiten vorgelegt, vornehmlich von Männern geschrieben, die im Leben der evangelischen Kirche jener Zeit eine aktive Rolle gespielt haben. Pastor Wilhelm Niemöller, der Bruder Martin Niemöllers, hat in Bielefeld ein ausgezeichnetes Archiv des Kirchenkampfes aufgebaut und in der Reihe, die von der Kommission herausgegeben wird, mehrere Bücher publiziert. Auch verdient eine 700 Seiten starke Dokumentensammlung Erwähnung, die Heinrich Hermelink edierte: „Kirche im Kampf – Dokumente des Widerstands und des Aufbaus in der Evangelischen Kirche Deutschlands von 1933 bis 1945“¹⁸. Die von Otto Diehn zusammengestellte und 1958 ebenfalls von der Kommission veröffentlichte Bibliographie nennt nicht weniger als 6000 Titel¹⁹.

Alle diese Publizisten sind, nicht anders als ihre katholischen Kollegen, von über-

¹⁸ Kirche im Kampf, Dokumente des Widerstands und des Aufbaus in der Evangelischen Kirche Deutschlands von 1933–1945, hrsg. von Heinrich Hermelink, Tübingen 1950.

¹⁹ Otto Diehn, Bibliographie zur Geschichte des Kirchenkampfes 1933–45, Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes (= AGK) Bd. I, Göttingen 1958.

aus kräftigen Motiven zum Schreiben gedrängt worden: da war einmal der Wunsch, den Opfern der Verfolgung schuldigen Tribut zu zollen, ferner ein Bedürfnis, das zu verstehen, was der Kirche Luthers und Bachs in einer Zeit geschehen war, in der sowohl antichristlicher wie antisemitischer Fanatismus regierte, und schließlich der Wille, den Freunden außerhalb Deutschlands zu beweisen, daß die „wahre“ deutsche Kirche stets ein Teil der gesamten ökumenischen Bewegung geblieben sei und die Nachkriegskirche auf dem Fundament dieser Verbundenheit wieder aufbauen wolle.

Zwei spezifische Merkmale machen jedoch das Besondere der historischen Darstellung des evangelischen Kirchenkampfes aus. Erstens fand die Sache der Pastoren der „Bekennenden Kirche“, anders als die der deutschen Katholiken, im Ausland weithin Unterstützung, und alle ausländischen Gelehrten und Beobachter ergriffen in ihren Schriften vorbehaltlos für sie Partei. Das beste derartige Buch, „The Struggle for Religious Freedom in Germany“²⁰, schrieb A. S. Duncan Jones, dem Autoren wie S. W. Herman, A. Frey, Paul Means, Dorothy Buxton und Nathaniel Micklem folgten²¹. Auch auf der Oxforder Konferenz des „Life and Work Committee“ der Ökumenischen Bewegung ist 1937 die feindselige Haltung gegenüber dem NS-Staat offen zum Ausdruck gebracht worden. Die anglo-amerikanischen Autoren sahen den Konflikt einhellig – wenngleich einseitig – als einen Kampf zwischen Kirche und Staat, zwischen Gut und Böse, zwischen „Bekennender Kirche“ und braunem Terror. Für sie war es – wie schon der Titel des Buchs von Duncan Jones verrät – selbstverständlich, daß die politischen Aspekte des Kirchenkampfes wichtiger sein mußten als die theologischen. Die weltweite Sympathie, die Martin Niemöller während der acht Jahre seiner Einkerkерung genoß, konnte jenen Eindruck nur festigen, ebenso das historische Treffen in Schweden zwischen Dietrich Bonhoeffer und Bischof Bell von Chichester (1942), bei dem Bonhoeffer die Putschpläne der Widerstandsbewegung enthüllte und damit in nichtdeutschen Kirchenkreisen den Glauben am Leben hielt, daß es die „guten Deutschen“ noch immer gebe. Nach dem Kriege hat dann Professor Cochrane über die Anfänge der „Bekennenden Kirche“ und die Barmer Erklärung eine hervorragende Studie geschrieben, in der er an der traditionellen Sympathie für die in der evangelischen Kirche hervorgetretenen Gegner des Nationalsozialismus festhält²².

Das zweite Spezifikum dieser Geschichtsschreibung steht zu der eben skizzierten Tendenz in einem gewissen Gegensatz. Wenngleich die Unterstützung durch ausländische Gelehrte höchst willkommen war, so haben sich doch die deutschen Historiker der „Bekennenden Kirche“ sogleich bemüht, eine falsche Interpretation richtigzustellen. Sie wußten sehr wohl, daß der Kirchenkampf nicht in erster Linie

²⁰ A. S. Duncan Jones, *The Struggle for Religious Freedom in Germany*, London 1938.

²¹ S. W. Herman, *It's Your Souls We Want*, London 1943; A. Frey, *Cross and Swastika*, London 1958; P. Means, *Things that are Caesar's*, New York 1935; D. F. Buxton, *The Religious Crisis in Germany*, London 1958; N. Micklem, *National Socialism and the Roman Catholic Church*, Oxford 1939.

²² A. C. Cochrane, *The Church's Confession under Hitler*, Philadelphia 1962.

zwischen Kirche und Staat ausgefochten worden war, sondern zwischen der „wahren“ Kirche und den Häresien der rivalisierenden „Deutschen Christen“. In ihren Arbeiten ging es ihnen daher in der Tat vornehmlich darum, die theologischen und die politischen Irrtümer der „Deutschen Christen“ aufzuzeigen und zu dokumentieren, wie die „Bekennende Kirche“ die Wahrheit der christlichen Lehre vor den nationalistischen, germanisierenden und sogar unverhüllt heidnischen Tendenzen zu bewahren suchte, die von den „Deutschen Christen“ so bereitwillig aus der verblasenen Ideologie der NS-Bewegung übernommen worden waren.

Tatsächlich war die „Bekennende Kirche“ in ihrem politischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus keineswegs so standfest, wie ihre Freunde im Ausland glaubten. Ihre Angehörigen, ohnehin nur eine kleine Minderheit in der evangelischen Kirche, sahen zwar klarer als andere die bösen Eigenschaften des NS-Regimes, waren sich aber auch, was Fragen wie Deutschlands Aggressionskriege, die Zerstörung der Demokratie und der Menschenrechte oder die Judenverfolgung angeht, der Schwierigkeiten und Gefahren bewußt, die der Versuch mit sich gebracht hätte, ihre Landsleute zu politischer Opposition aufzurufen. Für viele erreichte der Konflikt zwischen theologischer und politischer Loyalität einen solchen Spannungsgrad, daß sie im Schweigen Zuflucht suchten, so als sie es unterließen, die Grausamkeiten der „Reichskristallnacht“ zu verurteilen. Zahlreiche Angehörige der „Bekennenden Kirche“ hielten an der Hoffnung fest, dieser Loyalitätskonflikt könne gelöst werden, und manche glaubten bis zum Ende, daß vaterländische Pflichterfüllung mit uneingeschränkter Opposition gegen die Irrtümer der „Deutschen Christen“ und gegen das „Neuheidentum“ vereinbar sei. Als Ganzes genommen, hatten die Angehörigen der „Bekennenden Kirche“ nie den Willen, zum Kristallisationskern eines politischen Widerstands gegen den NS-Staat zu werden oder jene Rolle zu spielen, in der sie von den genannten ausländischen Beobachtern gesehen wurden. Diese Tatsache wird selbst von den Historikern der erwähnten Kommission meist stillschweigend übergangen. Es blieb ihren früheren Gegnern überlassen, auf unangenehme Tatsachen hinzuweisen, etwa Friedrich Baumgärtel, der in seiner Schrift „Wider die Kirchenkampfliegenden“ konstatierte, daß Wilhelm Niemöller vor 1933 die SA aktiv unterstützt und daß Martin Niemöller zu Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund ein Glückwunschtelegramm an Hitler geschickt hatte. Dietrich Bonhoeffer hat sich 1934 empört, „Phantasten und Naive wie Niemöller glauben immer noch, die wahren Nationalsozialisten zu sein“, allerdings hinzugesetzt, daß eine solche Täuschung „vielleicht auch im Interesse des Kirchenkampfes“ liege. Nach dem klärenden Streit, den Baumgärtel provozierte, machte Wilhelm Niemöller in seiner Autobiographie freilich kein Hehl aus der bemerkenswerten Tatsache, daß er seit 1923 der NSDAP angehört hatte und daß seine Parteimitgliedschaft auch nach einem im Sommer 1933 erfolgten Ausschluß im Herbst 1934 wiederhergestellt wurde²³.

²³ Friedrich Baumgärtel, *Wider die Kirchenkampfliegenden*, Neuendettelsau 1959; E. Bethge, *Dietrich Bonhoeffer, Theologe, Christ, Zeitgenosse*, München 1967, S. 433; W. Niemöller, *Aus dem Leben eines Bekenntnispfarrers*, Bielefeld 1961, S. 13, 57 ff.

Die „Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes“ legen daher das Schwergewicht auf die frühen Jahre der NS-Herrschaft, in denen die Auseinandersetzung zwischen den „Deutschen Christen“ und der „Bekennenden Kirche“ ihren Höhepunkt erreichte. Jedoch fällt selbst hier die Einseitigkeit der Behandlung auf, da sich noch kein einziger Theologe oder Kirchenhistoriker gefunden hat, der für die Opponenten der „Bekennenden Kirche“ eingetreten wäre und der vor allem eine rationale Verteidigung der oft phantastischen Theologie der „Deutschen Christen“ versucht hätte²⁴. Christian Kinders kurze, tendenziöse und apologetische Arbeit „Neue Beiträge zur Geschichte der evangelischen Kirche in Schleswig-Holstein und im Reich, 1924–1945“²⁵, die Arbeit eines einst führenden Mitglieds der „Deutschen Christen“, liefert lediglich einen überzeugenden Beweis für den Opportunismus und die Spitzfindigkeit Kinders, unterstreicht im übrigen aber nur das Fehlen einer adäquaten wissenschaftlichen Darstellung der deutsch-christlichen Bewegung, deren theologische Tendenzen – zum Beispiel ihr Antikommunismus – noch keineswegs überwunden sind.

Der von den Historikern der „Bekennenden Kirche“ unternommene Versuch, sowohl die Handlungen der Kirche zu verteidigen wie die Gültigkeit ihrer Theologie zu betonen, ist nur partiell erfolgreich, zumal dann, wenn die Taten – öfter noch die Unterlassungen – zum Glauben im Gegensatz standen. So wird in Büchern wie K. F. Reimers „Lübeck im Kirchenkampf des Dritten Reiches“²⁶ und Theodor Dippers „Die Evangelische Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg, 1933–45“²⁷ klargemacht, daß viele Angehörige der „Bekennenden Kirche“, ob Geistliche oder Laien, genau zwischen ihrer theologischen und ihrer politisch-nationalen Loyalität zu trennen suchten. Gelegentlich neigen solche Autoren sogar zur Kritik an denjenigen, die ihr Festhalten an den Wahrheiten des Christentums nicht allein zur theoretischen Ablehnung des Nationalsozialismus, sondern zu aktivem Widerstand veranlaßte.

In der Historiographie des evangelischen Kirchenkampfes lassen sich mithin zwei Gruppen unterscheiden: Arbeiten, die für die eindeutigen Gegner des Nationalsozialismus eintreten, und Arbeiten, die nach einer Entschuldigung für die Kompromisse und Selbstrechtfertigungen auch in der „Bekennenden Kirche“ suchen. Für die erste Richtung sind zwei Bücher charakteristisch, die praktisch als Autobiographien zweier Teilnehmer geschrieben wurden, nämlich „Der Kirchenkampf in einer reformierten Kirche“ von Friedrich Middendorf²⁸ und „Geschichte des Kir-

²⁴ In einer ungedruckten Dissertation hat Dr. Ellen Flessemann die vielen Widersprüchlichkeiten ihrer Glaubenslehre überprüft; Hans Buchheim arbeitete ihre politische Position im Jahre 1933 in seiner Schrift „Glaubenskrise im Dritten Reich“, Stuttgart 1953, heraus. Aber keiner von beiden verteidigt sie.

²⁵ Christian Kinder, Neue Beiträge zur Geschichte der Evangelischen Kirche in Schleswig-Holstein und im Reich 1924–1945, Flensburg 1964.

²⁶ K. F. Reimer, Lübeck im Kirchenkampf des Dritten Reiches, Göttingen 1964.

²⁷ Theodor Dipper, Die evangelische Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg 1933–45, AGK Bd. 17, Göttingen 1966.

²⁸ Friedrich Middendorf, Der Kirchenkampf in einer reformierten Kirche, Geschichte des

chenkampfes in der Grenzmark Posen-Westpreußen 1933–1940“ von Superintendent Ludwig Heine²⁹, die beide ihren Kampf gegen die Intrigen der „Deutschen Christen“ und der Nationalsozialisten darstellen. Ein gutes Beispiel für die zweite Richtung ist Eberhard Klügel's Studie „Die lutherische Landeskirche Hannovers und ihr Bischof 1933–45“³⁰, in der sich Klügel um die bestmöglichen Interpretationen des Verhaltens von Bischof Marahrens bemüht, der einerseits ältester Bischof in der „Bekennenden Kirche“ war, sich aber andererseits beharrlich weigerte, eine feste Haltung gegenüber den Verbrechen der neuen Herren Deutschlands einzunehmen. Klügel verteidigt Marahrens' Nachgiebigkeit mit dem Argument, der Bischof sei so in der Lage gewesen, den Bestand der Kirche zu schützen und ihre Geistlichen und Laien vor der Verhaftung zu bewahren. Es ist in der Tat bemerkenswert, daß nur ein einziger Geistlicher der Landeskirche Hannover in ein Konzentrationslager kam, und in diesem Falle war der Haftgrund überdies mehr die jüdische Herkunft des betreffenden Pastors. Klügel erwähnt allerdings die Glückwunschtelegramme nicht, die Bischof Marahrens nach dem Anschluß Österreichs und nach der Vergewaltigung der Tschechoslowakei an Hitler sandte, erst recht nicht die noch merkwürdigere Erklärung zum Erntedankfest des Jahres 1939, die des Bischofs Freude darüber Ausdruck verlieh, daß Gott die Deutschen instand gesetzt habe, auf den Schlachtfeldern Polens die reiche Ernte des Sieges einzubringen. Immerhin ist Klügel zu dem Eingeständnis genötigt, daß sich Marahrens' Haltung in der Euthanasiefrage erheblich von der des Bischofs Graf Galen unterschied. Marahrens wollte „unter allen Umständen vermeiden . . ., daß aus den Eingaben der Kirche Kapital für die feindliche Propaganda geschlagen würde, und war auch der Meinung, daß ein offenes Wort gegenüber den Regierungsstellen seinen Wert und seine Wirkung verliere, wenn gleichzeitig auf dem Wege über die öffentliche Meinung ein Druck auf die Empfänger ausgeübt würde“.

Angesichts einer solchen Führung ist eine Feststellung Dippers nicht überraschend: „Die Erkenntnis, daß diese Loyalität einem verderbenbringenden Unrechtsstaat gegenüber einen anderen, durch das Wort Gottes verbindlichen und begrenzten, u. U. mit schweren Opfern verbundenen Ausdruck hätte finden müssen, verbreitete sich nur langsam und setzte sich bei vielen nie entscheidend durch.“ Da der 1933 und 1934 unternommene Versuch Niemöllers und des Pfarrernotbundes fehlschlug, die evangelische Kirche gegen die politischen und theologischen Häresien der „Deutschen Christen“ zu einigen, ist es kaum verwunderlich, daß sich nur eine Handvoll bereit zeigte, einen noch viel schwierigeren und gefährlicheren Weg zu gehen und ihren Gemeinden die Notwendigkeit des Widerstands gegen

Kirchenkampfes während der nationalsozialistischen Zeit innerhalb der evangelisch-reformierten Kirche in Nordwestdeutschland (damals: Evangelisch-reformierte Landeskirche der Provinz Hannover), AGK Bd. 8, Göttingen 1961.

²⁹ Ludwig Heine, *Geschichte des Kirchenkampfes in der Grenzmark Posen-Westpreußen 1930–1940*, AGK Bd. 9, Göttingen 1961.

³⁰ Eberhard Klügel, *Die lutherische Landeskirche Hannovers und ihr Bischof 1933–45*, Berlin 1964.

Vierteljahrshefte 7/4

das NS-Regime wie gegen Hitler selbst bewußt zu machen. Angelika Gerlach führt in ihrer Studie „Die Kirche vor der Eidesfrage“³¹ zahlreiche Beispiele für die Gewissenskonflikte der Pastoren an, die Adolf Hitler einen umfassenden Loyalitätseid schwören sollten. Es bedurfte einer ungewöhnlichen theologischen Festigkeit und eines ungewöhnlichen persönlichen Mutes, um solchen Forderungen zu widerstehen. Die ganze Tradition der deutschen Kirche war jeder „Illoyalität“ entgegen, und in der Nachkriegszeit gab es denn auch viele Kirchenmänner, die bereitwillig wieder die Rolle der geistlichen Stützen des Staates übernahmen. Zu den bekanntesten Vertretern dieser Haltung gehörte der Württemberger Landesbischof Wurm, aus dessen umfangreichem Nachlaß Gerhard Schäfer und Richard Fischer jetzt eine große Anzahl Dokumente zum Thema „Landesbischof Wurm und der nationalsozialistische Staat 1940–45“ herausgegeben haben³². Das Buch ist keineswegs eine kritische Untersuchung, will vielmehr weitere Belege gerade für jene Versuche zur ungeschmälernten Behauptung der Rolle des Bischofs als eines konservativen Hüters der nationalen Interessen Deutschlands präsentieren, die Wurm unternahm, obwohl die Nationalsozialisten keinen Zweifel daran ließen, daß es ihnen um die Zerstörung der Kirche und um die endgültige Ausmerzung ihres Einflusses auf das Leben in Deutschland ging.

Solche Traditionen können zweifellos dafür verantwortlich gemacht werden, daß es nach 1945 nicht gelang, die Kirche auf der Basis völliger Freiheit wieder aufzubauen und eine auf demokratischen Wahlen beruhende Synodalverfassung einzuführen. Die wenigen Theologen, die den Versuch machten, die Logik der Barmer Erklärung bis zur letzten Konsequenz zu führen, waren von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Wer die Bedeutung der Barmer Synode verstehen will, wird Gerhard Niemöllers zwei Bände über „Die Erste Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zu Barmen“³³ mit großem Gewinn benutzen. Hier sind die Diskussionen, die der endgültigen Formulierung der Erklärung vorausgingen, und der wichtige Beitrag Karl Barths im vollen Wortlaut zu finden. Zwar ist Niemöllers historische Einleitung sehr kurz, doch sucht er verständlich zu machen, warum es notwendig war, in einem Versuch, sich auf das wahre Erbe der Kirche, nämlich auf die einzige Quelle der Offenbarung, das Evangelium Christi, zu besinnen, alle jene Gruppen in der evangelischen Kirche zu sammeln, die sich der Häresien der „Deutschen Christen“ bewußt waren. Wilhelm Niemöller hat ähnlich wertvolle Arbeiten zu den weiteren

³¹ Angelika Gerlach-Praetorius, *Die Kirche vor der Eidesfrage, Die Diskussion um den Pfarrereid im „Dritten Reich“*, AGK Bd. 18, Göttingen 1967.

³² Landesbischof Wurm und der nationalsozialistische Staat 1940–45, Eine Dokumentation, hrsg. in Verbindung mit Richard Fischer, zusammengestellt von Gerhard Schäfer, Stuttgart 1968.

³³ Gerhard Niemöller, *Die erste Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zu Barmen*, Bd. I, Geschichte, Kritik und Bedeutung der Synode und ihrer theologischen Erklärung, AGK Bd. 5; Bd. II, Text – Dokumente – Berichte, AGK Bd. 6, Göttingen 1959.

Reichsbekenntnissynoden³⁴ vorgelegt, denen Gerhard Niemöller noch eine Studie über „Die Synode zu Halle 1937“³⁵ folgen ließ.

Diese Bücher haben den Vorzug, wichtige Dokumente leicht zugänglich zu machen, so daß ohne weiteres zu sehen ist, wie sich die „Bekennende Kirche“, was die Haltung gegenüber den Entwicklungen im Dritten Reich angeht, mehr und mehr spaltete. Hinter all den theologischen Diskussionen stand das Bewußtsein der wachsenden politischen Schwierigkeiten. Die Familie Niemöller ist natürlich um eine vollständige Dokumentation der Versuche bemüht, die gemacht wurden, um der anschwellenden Flut des – wie sie es sah – Glaubensabfalls zu begegnen. Vielleicht sind die Bände noch aufschlußreicher, die unter der Herausgeberschaft Professor K. D. Schmidts, kurz vor seinem Tode, zusammengestellt wurden. Seine beiden Dokumenteneditionen für die Jahre 1935–1937³⁶ sind eine Fundgrube nicht allein für die Aktivität der „Bekennenden Kirche“, sondern auch für die Tätigkeit anderer kirchlicher Gruppen und des Kirchenministeriums. Die vom Reichskirchenausschuß unternommenen Anstrengungen, in der gesamten evangelischen Kirche eine gewisse innere Einheit zu erreichen, sind gut dargestellt, ebenso die heftigen Angriffe der „Deutschen Christen“ auf die „Bekennende Kirche“ und umgekehrt. Während die „Deutschen Christen“ der „Bekennenden Kirche“ reaktionäre Theologie und politische Illoyalität vorwarfen, konstatierte die „Bekennende Kirche“, ihre Gegner seien untauglich, Ämter in der Kirche des wahren Evangeliums zu bekleiden. Die Dokumente lassen keinen Zweifel daran, daß das Mißtrauen zu tief war, um leicht überwunden zu werden, und daß das Verhalten des Kirchenministers Kerrl nur zur Verschärfung der Situation beitrug. Der erste dieser beiden Bände enthält nicht allein den vollständigen Wortlaut der berühmten VKL-Denkschrift, die im Mai 1936 Hitler zugeleitet wurde, sondern außerdem die zahlreichen Anlagen, die das Beweismaterial für die Anklage darboten. Der zweite Band schließt mit dem Rücktritt des Reichskirchenausschusses im Februar 1937 und mit Kerrls Tirade gegen die sektiererische Illoyalität der Kirchenmänner, die er seine Autorität fühlen lassen wollte. Leider fällt auf die Gründe, die Hitler dann dazu brachten, Kerrl zu desavouieren, ebensowenig Licht wie auf die Ursachen der Verhaftungswelle, die im Juli 1937 mit Niemöllers Festnahme ihren Höhepunkt fand. Doch werden hier die unseligen Meinungsverschiedenheiten zwischen den evangelischen Kirchen klar aufgezeigt.

Im Rückblick ist es leicht genug, die Fehler der damaligen deutschen Kirchenführer nachzuweisen und an jenen Historikern Kritik zu üben, die ein unheroisches

³⁴ Wilhelm Niemöller, Die zweite Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zu Dahlem, Text – Dokumente – Berichte, AGK Bd. 3, Göttingen 1958; Die vierte Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zu Bad Oeynhausen, Text – Dokumente – Berichte, AGK Bd. 7, Göttingen 1960; Die dritte Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zu Augsburg, Text – Dokumente – Berichte, AGK Bd. 20, Göttingen 1969.

³⁵ Gerhard Niemöller, Die Synode zu Halle 1937, Die zweite Tagung der vierten Bekenntnissynode der altpreußischen Union, Text – Dokumente – Berichte, AGK Bd. 11, Göttingen 1963.

³⁶ K. D. Schmidt (Hrsg.), Dokumente des Kirchenkampfes II: Die Zeit des Reichskirchenausschusses 1935–37, AGK Bd. 13 u. 14, Göttingen 1964 u. 1965.

Verhalten zu entschuldigen und wegzuerklären suchen. Jedoch sollte man sich daran erinnern, daß ihren Gegnern in der Kirche noch weit mehr vorzuwerfen ist. Für diese Gegner sind freilich keine Apologien geschrieben worden. Es gibt keine Biographien des Reichsbischofs Müller, des Kirchenministers Kerrl oder der führenden „Deutschen Christen“, etwa Joachim Hossenfelders, der übrigens noch immer eine Pfarrei, in Eutin, verwaltet. Wahrscheinlich ist es tatsächlich am besten, die enthusiastische Unterstützung der NS-Politik und die unkritische Verherrlichung Hitlers durch Kirchenführer wie Bischof Sasse von Thüringen oder auch Bischof Schultz von Mecklenburg zu vergessen, der Historiker aber kann die daraus folgende Unausgewogenheit der Geschichtsschreibung nur beklagen. Das skandalöse Benehmen des „deutschchristlichen“ Bischofs Weidemann von Bremen ist in Professor Karl Stoevesandts Studie „Bekennende Gemeinden und deutschgläubige Bischofsdiktatur“³⁷ gut wiedergegeben, doch hat der Autor, wie schon der Titel verrät, keine Sympathien für die unrechtmäßigen und willkürlichen Handlungen eines Mannes, den schließlich sogar die Nationalsozialisten als zu extrem fallenlassen mußten. Die Behandlung in Kurt Meiers „Die Deutschen Christen“³⁸ geht von zu engen Gesichtspunkten aus, als daß der wilde Enthusiasmus der Bewegung lebendig werden könnte. Der Verfasser beschäftigt sich vornehmlich mit den Gruppierungen innerhalb der Organisation und bringt es fertig, sein Thema außerordentlich trocken abzuhandeln. Die vor kurzem erschienene Studie Helmut Baiers „Die Deutschen Christen Bayerns im Rahmen des bayerischen Kirchenkampfes“³⁹ wirft einiges Licht auf die Geschehnisse in Süddeutschland. Das Buch enthält eine Fülle interessanter Dokumente sowohl staatlicher wie kirchlicher Provenienz, ohne jedoch in der theologischen Interpretation der Deutschen Christen neue Aspekte zu bieten.

Ein zweiter Mangel der Historiker, die über die evangelische Kirche schreiben, ist die Enge ihres Gesichtsfeldes. Sie haben die Aktivität ihrer lokalen „Brüderräte“ bis ins kleinste Detail erforscht und die zahlreichen Schwierigkeiten, denen sich die „Bekennende Kirche“ gegenüber sah, dargelegt. Keiner hat aber den Versuch gemacht, die Erfahrungen der eigenen Kirche mit denen der katholischen Kirche zu vergleichen oder jene Kräfte zu erklären, die für den Beginn und die Fortsetzung des Kirchenkampfes verantwortlich zeichneten, nämlich jene Dienststellen der Partei und des Staates, von denen jede ihre eigene Kampagne gegen die Kirche führte. Vor kurzem hat in dieser Zeitschrift Klaus Scholder in seinem Aufsatz „Die Evangelische Kirche in der Sicht der nationalsozialistischen Führung“⁴⁰ das Problem umrissen, doch steht eine ähnliche Untersuchung der katholischen Sicht noch immer nicht zur Verfügung.

³⁷ K. Stoevesandt, *Bekennende Gemeinden und deutschgläubige Bischofsdiktatur, Geschichte des Kirchenkampfes in Bremen 1933–45*, AGK Bd. 10, Göttingen 1961.

³⁸ Kurt Meier, *Die Deutschen Christen*, Halle 1964.

³⁹ H. Bailer, *Die Deutschen Christen Bayerns im Rahmen des bayerischen Kirchenkampfes*, Nürnberg 1968.

⁴⁰ K. Scholder, *Die Evangelische Kirche in der Sicht der nationalsozialistischen Führung bis zum Kriegsausbruch*, in dieser Zeitschrift 16 (1968), S. 15–35.

Der führende amerikanische Historiker des deutschen Kirchenkampfes, F. H. Littell, hat dagegen schon vor Jahren auf die Bedeutung des Kirchenkampfes für die ganze ökumenische Bewegung aufmerksam gemacht. Und ein anderer ausländischer Beobachter, Pater Victor Conzemius, stellte mit Recht fest: „Du point de vue oecuménique, il faudrait encourager des études par des catholiques sur le Kirchenkampf protestant et vice versa. Bien peu de chose a été fait sous ce rapport, si ce n'est de montrer avec une certaine complaisance de part et d'autre les fautes considérées comme typiques pour l'une ou l'autre confession. Au plus fort de la tourmente, beaucoup de chrétiens ont réappris la solidarité chrétienne; pourquoi le travail des historiens ne devrait-il pas en profiter? Il y a naturellement ici quelque difficultés de méthode; une discussion commune des problèmes sous la forme d'un symposium ne devrait plus se faire attendre.“⁴¹

Hier muß noch eine weitere kritische Anmerkung gemacht werden. Nicht selten ist festzustellen, daß Wissenschaftler, die gleiche Themen bearbeiten, einander nicht konsultieren und nicht einmal alle jene Quellen heranziehen, die zwar verstreut, aber jedem zugänglich sind. So hat Friedrich Zipfel in seinem Buch „Kirchenkampf in Deutschland“⁴² ausgiebig aus dem Material des Berliner Document Center zitiert, jedoch die in Koblenz liegenden Reichskanzleiakten nicht benützt. In ähnlicher Weise überging Scholder die wichtigen Dokumente, die sich in den – jetzt ebenfalls in Koblenz deponierten – Akten des Persönlichen Stabes Himmlers finden. Paul Gürtler hat für seine im übrigen hervorragende Analyse „Nationalsozialismus und Evangelische Kirche im Warthegau“⁴³ jene Stücke aus den Reichskanzleiakten, die speziell von Kirchenfragen im Warthegau handeln, nicht herangezogen, obwohl sie für die Fundierung seiner Argumentation nützlich gewesen wären.

Eine noch wichtigere Schwäche folgt jedoch aus der Tendenz fast aller der genannten Autoren, in ihren Spezialstudien die Bezüge zur allgemeinen Entwicklung Deutschlands in der NS-Periode zu vernachlässigen. Der Kirchenkampf ist gewiß als Teil der Kirchengeschichte von großer Bedeutung, doch ist es gleichermaßen notwendig, ihn als Teil der noch andauernden Auseinandersetzung zwischen Kirche und Gesellschaft zu untersuchen. Auch müssen die Reaktionen der Kirchen auf den Einbruch des Totalitarismus mit den Reaktionen anderer Gruppen der Gesellschaft verglichen werden, mit denen der Bürokratie, der Universitäten, der Juristen oder der Lehrer – bei einem solchen Vergleich würden die Männer der Kirche gar nicht so schlecht abschneiden. Die Historiker des Kirchenkampfes vermitteln aber nur selten die Erkenntnis, daß die Nationalsozialisten in der Kirche vor allem eine der stärksten Säulen einer überholten deutschen Gesellschaft sahen,

⁴¹ V. Conzemius, *Églises chrétiennes et totalitarisme national-socialiste, Un bilan historiographique*, in: *Revue d'Histoire Ecclesiastique* 63 (1968), S. 947.

⁴² Friedrich Zipfel, *Kirchenkampf in Deutschland*, Berlin 1965.

⁴³ Paul Gürtler, *Nationalsozialismus und evangelische Kirche im Warthegau, Trennung von Staat und Kirche im nationalsozialistischen Weltanschauungsstaat*, AGK Bd. 2, Göttingen 1958.

die sie mit ihrer Revolution zerstören wollten. Der Kirchenkampf war daher lediglich Teil einer sehr viel größeren Kampagne, in der die alte „geistige, soziale und wirtschaftliche“ Elite völlig „ausgerottet“ und durch die rassistisch reine Elite des neuen NS-Glaubens ersetzt werden sollte. Die meisten der hier behandelten Autoren haben das seinerzeit nicht glauben wollen, und offenbar wollen sie es selbst heute noch nicht glauben. So ist es nicht verwunderlich, daß ihre Rechenschaftsberichte die eigentlichen Fragen, um die es ging, nicht berücksichtigen und darum unbefriedigend bleiben.

An dieser Stelle muß K. Kupischs Arbeit „Die deutschen Landeskirchen im 19. und 20. Jahrhundert“⁴⁴ erwähnt werden, die sich naturgemäß eingehend mit dem Kirchenkampf beschäftigt. Seine Sympathie gehört, was die Theologie angeht, erklärtermaßen Karl Barth und folglich dem extremen dahlemitischen Flügel der „Bekennenden Kirche“. Sein Abriss ist von großem Wert, weil er den Kirchenkampf in einen längeren historischen Zusammenhang stellt. Für die Periode des Kirchenkampfes selbst liegen mittlerweile bereits vier Forschungsberichte vor, die eine gute Übersicht bieten. K. Scholders Aufsatz „Zur gegenwärtigen Situation der Erforschung des Kirchenkampfes“⁴⁵, ein kurzer historiographischer Überblick, enthält zu den skizzierten Fragen viele Anregungen und widmet einen Absatz auch der nationalsozialistischen Einstellung zu den Kirchen. Ausführlicher sind die von Jürgen Schmidt⁴⁶ und Kurt Meier⁴⁷ verfaßten Berichte gehalten. J. Schmidt bringt in einem 112 Seiten starken Band, der in der Reihe „Theologische Existenz heute“ erschienen und offenbar als Vorstudie zu einer biographischen Arbeit über Martin Niemöller gedacht ist, zusammenfassende Angaben über alle wichtigeren der bisher erschienenen Bücher. Schmidt und Meier bieten eine ausgezeichnete Analyse, doch muß vermerkt werden, daß sie nur einzelne der außerhalb Deutschlands veröffentlichten neueren Werke erwähnen und daß sie sich ausschließlich mit der evangelischen Kirche befassen. Schade ist auch, daß hier nicht die Gelegenheit benutzt werden konnte, über den derzeitigen Ort und die Zugänglichkeit der Quellen zu informieren, von denen die Erforschung des Kirchenkampfes abhängt; für künftige Arbeiten wären solche Hinweise von großem Nutzen.

Befriedigender ist der Bericht von Victor Conzemius „Églises chrétiennes et totalitarisme national-socialiste. Un bilan historiographique“, der in zwei aufeinanderfolgende Nummern der „Revue d'histoire ecclésiastique“⁴⁸ publiziert wurde. Conzemius sucht den Kirchenkampf als ein Ganzes zu sehen und behandelt in ausgezeichneter Weise die Literatur sowohl über die katholische wie über die evange-

⁴⁴ K. Kupisch, Die deutsche Landeskirche im 19. und 20. Jhd., in: Die Kirche in ihrer Geschichte, Ein Handbuch hrsg. von Kurt Dietrich Schmidt u. Ernst Wolf, Bd. 4, Lfg. R (2. Teil), S. 49–176, Göttingen 1966.

⁴⁵ K. Scholder, Zur gegenwärtigen Situation der Erforschung des Kirchenkampfes, in: Verkündigung und Forschung (1968), H. 1.

⁴⁶ Jürgen Schmidt, Die Erforschung des Kirchenkampfes, München 1968.

⁴⁷ Kurt Meier, Der Kirchenkampf im Dritten Reich und seine Erforschung, in: Theologische Rundschau, Neue Folge (1968), H. 2 u. 3.

⁴⁸ S. Anm. 41, Jg. 63 (1968), S. 437–503 u. 868–948.

liche Kirche, über den Vatikan, über die Kirchen in den von Deutschland besetzten Gebieten – wobei er merkwürdigerweise Osteuropa völlig ignoriert – und über die Widerstandsbewegung. Seine ausführliche und ausgewogene Darstellung schließt mit „réflexions et orientations de recherche“, die wertvolle Perspektiven und neue Hinweise nicht allein für den Kirchenhistoriker, sondern für jeden Gläubigen enthalten. Mit Recht konstatiert er zuletzt: „Le Kirchenkampf n'est pas seulement un sujet de recherche académique: de son étude se dégagent des applications concrètes pour la vie de l'Église.“

So ist es denn eine Freude, nun über eine der wichtigsten Arbeiten zu berichten, die in letzter Zeit erschienen sind, nämlich über die von Eberhard Bethge vorgelegte Biographie Dietrich Bonhoeffers⁴⁹. Seit zwanzig Jahren finden Persönlichkeit und Theologie Bonhoeffers größtes Interesse, weshalb es nur wärmstens begrüßt werden kann, daß wir jetzt eine umfassende Biographie besitzen, die endlich die zum Verständnis dieses einzigartigen Mannes notwendige Basis bietet. Eberhard Bethge hat in Pommern zu den Schülern Bonhoeffers gehört und sollte später Empfänger der berühmten „Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft“ werden. Jene Leser, deren Kenntnis Bonhoeffers auf diese Briefe beschränkt war, können nun verfolgen, wie ihr Verfasser zu so bemerkenswert prophetischen Einsichten gekommen ist und aus welchen Quellen sich sein Mut speiste, der ihn auch angesichts des jederzeit möglichen Todes so klar und scharfsinnig schreiben ließ. Bethge hat zwanzig Jahre darauf verwendet, alle erreichbaren Erinnerungen – mündliche und schriftliche – der vielen Freunde Bonhoeffers zu sammeln, und das Material zu einem umfangreichen Werk verarbeitet, das ein vollständiges Bild der vielfältigen Aspekte des Charakters Bonhoeffers zu zeichnen sucht und zweifellos die Standardbiographie bleiben wird. Es ist sehr zu hoffen, daß der Umfang einer raschen Übersetzung in andere Sprachen nicht im Wege stehen wird.

Die Kunst der Biographie besteht darin, die dargestellte Persönlichkeit richtig in ihre Zeit einzuordnen; die politischen und sozialen Umstände müssen in einem Maße präsent sein, daß der Lebensweg verständlich wird, sie dürfen aber den persönlichen Beitrag nicht unerheblich erscheinen lassen. Bethge vermag dieses Gleichgewicht mühelos zu halten. Zwar hat Bonhoeffer weder im Universitätsleben noch in der Kirche je eine führende Position eingenommen, doch gelingt es Bethge, die verschiedenen Lebensphasen Bonhoeffers in Beziehung zu dem breiteren Strom der allgemeinen Entwicklung in Deutschland zu setzen. Dabei kam ihm zu Hilfe, daß Bonhoeffer aus einer traditionsreichen Familie stammte, deren Mitglieder auf Grund ihrer Leistungen erwarten durften, eine Rolle in den öffentlichen Angelegenheiten zu spielen. Ihre weit gespannten Verbindungen in der deutschen Oberschicht – auch während der NS-Zeit – sicherten ihnen einen tiefen Einblick in den Gang der Dinge und führten sie, wenngleich vielleicht zögernd, zu dem Schluß, daß Hitler beseitigt werden müsse und sie selbst bereit zu sein hätten, die Folgen eines möglichen Scheiterns auf sich zu nehmen.

⁴⁹ Eberhard Bethge, Dietrich Bonhoeffer, Theologe, Christ, Zeitgenosse, München 1967

Bethge gab seinem Buch den Untertitel „Theologe – Christ – Zeitgenosse“, was den drei Aspekten der Existenz Bonhoeffers entspricht, deren enge Interdependenz erstmals gezeigt wird. Zwar gibt es schon viele Arbeiten über die Widerstandsbewegung, aber nur wenige haben sich ernsthaft mit den religiösen Motiven beschäftigt, die Bonhoeffer bewogen, eine so aktive Rolle zu spielen. Ebenso ist in den zahlreichen Studien über Bonhoeffers Theologie der Kausalzusammenhang zwischen seiner theologischen Position und seinem politischen Engagement nicht klar genug gemacht worden. Bethge hingegen verdeutlicht ausgezeichnet, warum Bonhoeffer der einzige führende deutsche Theologe war, der die Gefahren des Nationalsozialismus sowohl sah wie zu beseitigen suchte, und warum die Mehrheit seiner Kollegen in der Kirche und an den Universitäten seinem Beispiel nicht zu folgen vermochte. Jedoch verfällt Bethge keineswegs in einen hagiographischen Ton. Er ist durchaus bereit, an Bonhoeffers Verhalten auch Kritik zu üben, und er unterläßt nicht den Nachweis, daß Bonhoeffer Illusionen und Blindheiten gekannt hat, die er mit dem Bürgertum seiner Zeit teilte. Die Einzigartigkeit Bonhoeffers besteht in seiner frühen Bereitschaft, die Wunschvorstellungen über das Wesen des Nationalsozialismus abzustreifen und die daraus entstehenden Konsequenzen zu akzeptieren.

Bonhoeffer als Mensch: Bethge argumentiert überzeugend, daß Bonhoeffers Familie einen entscheidenden Einfluß auf seine Laufbahn und auf seine politischen Bindungen ausübte. Die Tatsache, daß seine Schwester mit Gerhard Leibholz, einem angesehenen Anwalt jüdischer Herkunft, verheiratet war, konfrontierte ihn schon 1933 mit den Abscheulichkeiten der NS-Rassenpolitik. In ähnlicher Weise sollte später seine enge Beziehung zu Hans von Dohnanyi den Anstoß für seine Beteiligung an der Verschwörung gegen Hitler geben. Die Verbundenheit mit seinen Eltern, die allerdings seine theologischen Auffassungen nicht teilten, hat ihn offensichtlich häufig beeinflusst. Das hohe intellektuelle Niveau, die akademische Stellung und das Selbstbewußtsein der Familie, in die Dietrich Bonhoeffer geboren wurde, haben ihm zweifellos Wertmaßstäbe gegeben, denen dann das rigorose Denken seiner Theologie entsprach. Angesichts seiner familiären Voraussetzungen ist seine frühe Reife kaum sonderlich bemerkenswert. Seine Selbstsicherheit und gelegentlich Selbstgerechtigkeit ließen ihn seinen Kommilitonen als etwas abweisend erscheinen. Später hat er aber sein Bedürfnis nach Geselligkeit erkannt und seine Bereitschaft gezeigt, immerhin im Kreise seiner eigenen Studenten in Finkenwalde ein wenig aufzutauen. Manche haben Bonhoeffer Kälte und Reserviertheit vorgeworfen. Bethge präsentiert ihn als einen Menschen, dem allgemeine Umgänglichkeit oder Herzlichkeit nicht gegeben waren, der statt dessen die Intimität einer kleinen Gruppe bevorzugte, in der er das ernsthafte Gespräch finden konnte. Wenngleich es ihm schwerfiel, törichte Menschen zu ertragen, vor allem törichte amerikanische Theologen, so brachte er es doch fertig, dies durch eine persönliche Freundschaft zu überwinden, die bei den Partnern die guten Seiten zu entdecken und die besten Eigenschaften zu wecken suchte. Seine Gesamtanschauung war durch die traditionsgebundene und patriarchalische Haltung seiner Schicht bestimmt; auch aus diesem Grund vermochte er seine Bindung an Deutschland nicht

zu lösen, obwohl ihm seine amerikanischen Freunde die Möglichkeit einer neuen und fruchtbaren theologischen Tätigkeit in den Vereinigten Staaten eröffneten. Als er sich im Juni 1939 entschloß, nach Deutschland zurückzukehren, lag seinem Entschluß die Entscheidung zugrunde, alle Konsequenzen und Verantwortlichkeiten der Tatsache zu akzeptieren, daß er Deutscher war.

„Ich werde kein Recht haben, an der Wiederherstellung des christlichen Lebens nach dem Kriege in Deutschland mitzuwirken, wenn ich die Prüfungen dieser Zeit nicht mit meinem Volk teile . . . Die Christen in Deutschland stehen vor der fürchterlichen Alternative, entweder in die Niederlage ihrer Nation einzuwilligen, damit die Zivilisation weiterleben kann, oder in den Sieg ihrer Nation einzuwilligen und dabei unsere Zivilisation zu zerstören.“

Man wird kaum bezweifeln können, daß Bonhoeffer unter Zivilisation in diesem Sinne den Lebensstil des kultivierten Bildungsbürgertums verstand, den er beispielhaft in seiner Familie erfuhr. Zugleich ist jedoch auch richtig, daß ihm sein Verständnis der universalen Forderungen des Christentums und vor allem seine engen Beziehungen zu den ökumenischen Kreisen im Ausland einen weit besseren Maßstab zur Beurteilung des tatsächlichen Geschehens in Deutschland gegeben hatten. Dieser Faktor ist besonders wichtig, denn er bewahrte Bonhoeffer davor, dem aufgeblasenen Nationalismus – dem politischen wie dem theologischen – und der emotionalen Rhetorik der NS-Propaganda ebenso zum Opfer zu fallen wie so viele seiner Kollegen. Mithin sind die Wurzeln der Opposition Bonhoeffers gegen den Nationalsozialismus einmal in seiner Hochschätzung seiner Familie und ihrer Traditionen, zum anderen in der Unvereinbarkeit seiner theologischen Auffassungen mit den verbrecherischen Akten des NS-Regimes zu suchen.

Bethge weist auf beide Wurzeln hin, ohne der einen oder der anderen größere Bedeutung beimessen zu wollen. Bonhoeffers Bereitschaft, die Befreiung der Welt von Adolf Hitler auch mit dem letzten Opfer zu bezahlen, hat sicherlich dazu beigetragen, die Lage seiner Kirchenbrüder gegenüber den siegreichen Alliierten erheblich zu erleichtern. In späteren Jahren erschien er daher als „christlicher Märtyrer“, und sein Widerstand galt als ein Resultat seiner Loyalität gegenüber der Kirche. Bethge legt aber dar, wie sehr sich Bonhoeffer selbst von seiner „Bekennenden Kirche“ verlassen fühlte. Sein Name wurde von den Fürbitt-Listen gestrichen, und er war sogar bereit, jede Verbindung mit der offiziellen Kirche zu lösen, damit der Prozeß gegen ihn nicht zu einer Beschuldigung der „Bekennenden Kirche“ führe. Andererseits ist klar, daß Bonhoeffer in seinem persönlichen Verhalten, namentlich in seiner standhaften Liebe zu seinen Studenten, Verwandten und Freunden, in der Tat von dem Verlangen bestimmt war, eine „imitatio Christi“ zu leben. Seine beiden berühmtesten Bücher, „Nachfolge“ und „Widerstand und Ergebung“, unterstreichen denn auch den spirituellen Charakter seiner Erfahrung. Und niemand kann Bethges Darstellung Bonhoeffers in den letzten Monaten seines Lebens lesen, ohne von dem tief christlichen Wesen dieses Mannes bewegt zu werden.

Bonhoeffer als Theologe: Bonhoeffer war einer der eigenständigsten und anregendsten Theologen des Jahrhunderts. Sein Gedanke einer „nichtreligiösen Inter-

pretation biblischer Begriffe in einer mündig gewordenen Welt“ ist heute in aller Welt ein Gemeinplatz und bedarf keiner näheren Erläuterung. Bethge gibt eine interessante Erklärung der Tatsache, daß Bonhoeffer in seiner Laufbahn zu so „fortgeschrittenen“ theologischen Auffassungen gelangte, die ihm selbst den Kommentar abnötigten: „Manchmal erschrecke ich über meine Sätze.“ Bethge stellt mit Recht fest, daß die meisten Menschen auf ein Studium der Theologie hingelenkt werden, weil sie in einer kirchlich gebundenen Familie aufgewachsen sind oder aber auf Grund einer persönlichen Erschütterung. Bei Bonhoeffer war es umgekehrt. Sein Entschluß, Theologie zu studieren, scheint auf seinen Willen zurückgegangen zu sein, sich von den Neigungen der übrigen Familienmitglieder deutlich abzusetzen. Bis 1932 nahm er – abgesehen von seiner Zeit als Hilfsgeistlicher in Barcelona – keineswegs regelmäßig an Gottesdiensten teil, und während seines Jahres (1930/31) im Union Theological Seminary in New York war er meist in der abessinischen Baptistenkirche zu finden. Trotzdem war Bonhoeffers frühe theologische Position konservativ und orthodox, wenn auch glänzend formuliert. Seine amerikanischen Freunde bemerkten damals seinen Mangel an politischem Interesse, und offenbar spielte er keine Rolle in Gruppen wie der Studentengemeinde, die ihn in hitzige Diskussionen über die Zusammenhänge zwischen Theologie und Politik hätten ziehen können. Erst später wurde ihm die Notwendigkeit klar, die Lehren des Evangeliums in alle Bereiche des menschlichen Daseins zu tragen, auch in die Politik.

Bethge bietet eine fundierte Analyse der theologischen Entwicklung Bonhoeffers und bemüht sich um den Nachweis, daß es zwischen den einzelnen Phasen geringere Gegensätze gab, als gelegentlich angenommen wurde. So hat man gemeint, Bonhoeffer sei bis 1943 ein orthodoxer lutherischer Theologe des kirchlichen Establishment gewesen, den erst die Erschütterung durch seine Inhaftierung zu einer völlig neuen und dem nun erfahrenen Geschick gemäßerer Theologie geführt habe. Bethge sucht zu zeigen, daß die Wandlung gar nicht so radikal war. „Im Sturz des christlichen Abendlandes bemächtigte sich seiner ein Glaube an eine tragfähige veränderte Gestalt des Christentums. Die Art seiner Theologie hatte seine jüngsten politischen Schritte ermöglicht, und diese Schritte formten nun die neue Art seiner Theologie.“ Bethge glaubt daher auch, daß wir in den Gedanken der „Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft“ zwar „nicht die reife Frucht eines neuen Wuchses aus Bonhoeffers Arbeit vor uns haben, aber sicher nicht nur einen vagen, unverbindlichen Versuch“. Jedenfalls ist es wirklich bemerkenswert, daß Bonhoeffer fähig war, die Umrisse einer radikal neuen Theologie zu skizzieren, die dann später auf so viele Kirchenmänner wirkte und noch immer wirkt. Das positive Urteil über die „mündig gewordene Welt“, formuliert zu einer Zeit, da Deutschland und ganz Europa zum Untergang verurteilt schienen, ist nicht bloß eine Kritik an den Fehlern der Vergangenheit, sondern zugleich eine optimistische Einschätzung der Aufgaben des Christen in der Zukunft. Eigentlich hätte man Bonhoeffers Beitrag in zwei Formen erwarten können: entweder als Suche nach dem Sinn der persönlichen Existenz inmitten der äußeren Katastrophen, in die er selbst, seine Sache und seine

Nation gerissen worden waren, oder aber als theologische Verteidigung eines konsequenten Widerstands. Tatsächlich geschah etwas anderes. Bonhoeffer hielt Ausschau nach neuen Wegen christlicher Nachfolge, die nicht auf der angenommenen Stärke Gottes und der Kirche gründen sollte, sondern auf der Teilhabe an den Leiden des Gekreuzigten.

Bonhoeffer als Mann des Widerstands: Der unabweisbare Schluß, der sich aus Bethges Darstellung der Aktivität des um Bonhoeffer gruppierten Kreises der Widerstandsbewegung ergibt, kann das Urteil, das schon andere ausgesprochen haben, nur bestätigen. Gentlemen sind schlechte Verschwörer. Die politische Naivität und Unerfahrenheit dieser hochgesinnten Idealisten sind ausgiebig demonstriert, ebenso das Wunschenken so vieler Angehöriger der „Bekennenden Kirche“ Bonhoeffers, die es selbst nach den Erfahrungen des Kirchenkampfes noch immer für ihre nationale Pflicht hielten, loyal für Hitler in seinen Expansions- und Eroberungskriegen zu kämpfen. Sie weigerten sich, die Berichte über die in Polen und der Sowjetunion begangenen Grausamkeiten und Morde zu glauben, und sollten Bonhoeffer noch nach seinem Martyrium als „Verräter“ an seinem Land ansehen. Als Bonhoeffer 1939, zu einer Zeit, da er entschlossen war, nach Deutschland zurückzukehren, und gleichermaßen entschlossen, für die Sache der Nationalsozialisten keine Waffe in die Hand zu nehmen, einem amerikanischen Freund sein persönliches Dilemma schilderte, schrieb er, daß „nur sehr wenige meiner Freunde meine Haltung billigen würden“.

Bethge macht klar, daß Bonhoeffer keineswegs geneigt war, sich an irgendeinem politischen Widerstand allein aus politischen Gründen oder lediglich auf Grund seiner Enttäuschungen im Kirchenkampf zu beteiligen. Noch Ende 1937 dachte er nicht an eine politische Betätigung; damals sah er noch nicht einmal, wohin der Kirchenkampf notwendigerweise führen würde. Bethge verfolgt in Bonhoeffers Beziehungen zum Widerstand fünf Phasen: die erste reichte von der Fritschkrise, Anfang 1938, bis zum Münchener Abkommen, die zweite vom September 1938 bis zum Beginn des Angriffes gegen Frankreich. In diesen beiden Perioden ist Bonhoeffers Haltung gegenüber der Verschwörung als Mitwisserschaft und Billigung zu charakterisieren. Die dritte Periode, in der er sich aktiv an der Verschwörung beteiligte, dauerte bis zu seiner Verhaftung im April 1943 und bis zur gleichzeitigen Zerstörung der Widerstandsgruppe in der Abwehr. Die vierte Phase, in der er sich bemühen mußte, das Ausmaß der Verschwörung zu verschleiern, reichte bis zum 20. Juli 1944, und in der dann folgenden fünften ging es darum, eine Überlebenschance zu wahren.

In der Tat sind schon während der üblen Intrige gegen Fritsch Pläne zur Herausforderung des NS-Regimes geschmiedet worden. Dohnanyi, Bonhoeffers Schwager, hatte, und zwar in der Hoffnung, das Heer werde sich zur Unterstützung seines Oberbefehlshabers erheben, einen schriftlichen Protest ausgearbeitet, den Fritsch Himmler überreichen sollte. Aber Fritschs Zögern und Hitlers Annexion Österreichs machten solche Pläne illusorisch. Auch während der Sudetenkrise, sechs Monate später, hielt es die Widerstandsgruppe, in der Annahme, die Armee werde

das Risiko und die Gefahren eines Krieges ablehnen, für möglich, einen Regierungswechsel anzustreben. Doch bestand ihr Ziel noch immer lediglich darin, Hitler gewaltsam zu stürzen, ihn für unzurechnungsfähig erklären zu lassen und sich dabei auf ein Gutachten zu stützen, das Bonhoeffers Vater, ein bekannter Psychiater, liefern sollte. Diese naiven Vorstellungen wurden dann mit dem unerwarteten Abschluß des Münchner Abkommens hinfällig. Rückblickend kann man sagen, daß zu einer Zeit, da die Nationalsozialisten eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hatten und alle Massenmedien kontrollierten, praktisch keine Aussicht gegeben war, die deutsche Öffentlichkeit von der Notwendigkeit eines derartigen Putsches zu überzeugen. Aber die Widerstandsbewegung verlor ihren Optimismus nicht, auch nicht nach dem Ausbruch des Krieges, der die Chancen einer Resonanz im Volke noch weiter verringerte. Im Juni 1940 gehörte Bonhoeffer bereits zu den Deutschen, die richtig erkannten, daß es nicht mehr möglich war, lediglich auf eine Restauration des Status quo unter einer neuen Führung zu hoffen. Bei seinen ausländischen Kontakten vertrat er 1941 und 1942 eine besondere und verständlicherweise unpopuläre Auffassung, indem er seinen Freunden auseinandersetzte, daß Deutschland unter Umständen Sanktionen gegen die Möglichkeit einer abermaligen Aggression akzeptieren müsse. Der Kontrast zwischen seiner Einstellung und der seines Mitverschwörers Schönfeld, als beide 1942 in Schweden mit Bischof Bell zusammentrafen, ist überaus interessant. Während Schönfeld von Bischof Bell die Zusicherung erreichen wollte, daß ein neues Regime eine Chance zur Stabilisierung erhalten werde und nicht mit der Hypothek eines zweiten Versailler Vertrags zu rechnen habe, hätte es Bonhoeffer lieber gesehen, wenn sich Deutschland zu einer, wie Beate Ruhm von Oppen formulierte, „bußfertigen Außenpolitik“ bekehrt hätte. Aus der Schweiz schrieb Visser't Hooft im März 1941: „Man hört jedoch auch Stimmen, die sagen, daß sie nach all dem Leid, das ihr Land über andere gebracht hat, fast auf eine Gelegenheit hoffen, durch eigenes Leid den Preis dafür zu bezahlen.“

Bethge weist mit Recht darauf hin, daß Bonhoeffer nie autorisiert war, im Namen der Führer der Verschwörung etwa über die künftigen Grenzen eines neuen Deutschland zu sprechen. Auch wäre es falsch zu glauben – wie das manche tun –, diese Gesten gegenüber England und Amerika seien nur zu dem Zweck gemacht worden, Deutschland bessere Friedensbedingungen zu sichern, als vermutlich erreichbar waren, wenn die ausschlaggebende Siegermacht Sowjetunion hieß. Es steht im Gegenteil fest, daß solche Gesten schon vor Hitlers unproviziertem Angriff auf Rußland gemacht wurden. Und es ist tragisch, daß Beck, um Beweise für die Existenz einer deutschen Widerstandsbewegung noch vor den militärischen Niederlagen Deutschlands zu retten, die Sammlung und Aufbewahrung des schriftlichen Niederschlags jener frühen Verhandlungen zuließ. Eben diese Dokumente, im September 1944 in einem verschlossenen Schrank des OKH in Zossen gefunden, waren es, die es der Gestapo ermöglichten, Bonhoeffers Aktivität mit den Aktionen der Verschwörer des 20. Juli 1944 zu verknüpfen. Und die Entdeckung des von Admiral Canaris geführten Tagebuchs (März 1945) führte dann zu Hitlers Ent-

schluß, keinen Angehörigen der Gruppe den Krieg überleben zu lassen. Bethge ergänzt den von Payne Best⁵⁰ gegebenen Bericht über Bonhoeffers letzte Tage durch weitere Einzelheiten. Mit Recht verzichtet er auf die Behauptung, Bonhoeffer habe in der Widerstandsbewegung eine führende Rolle als politische Figur gespielt. Dazu mangelte es ihm an den entsprechenden Fähigkeiten wie am Ehrgeiz. Sein Beitrag bestand darin, daß er seine Pflicht erkannte und erfüllte, ohne Rücksicht auf die Folgen für seine Reputation und für seine berufliche Stellung. Er folgte dem Ruf, die gemeinschaftliche Verantwortung für Deutschlands schändliches Verhalten mitzutragen – für ein Verhalten, an dem die Verschwörer, wie sie erkannten, ebenfalls nicht schuldlos waren – und damit das Fundament für die künftige Existenz Deutschlands im Kreis der Nationen zu legen.

„Die letzte verantwortliche Frage ist nicht, wie ich mich heroisch aus der Affäre ziehe, sondern wie eine kommende Generation weiterleben soll. Nur aus dieser geschichtlich verantwortlichen Frage können fruchtbare – wenn auch vorübergehend sehr demütigende – Lösungen entstehen.“

Bethge hat nicht versucht, den Ort der Widerstandsbewegung oder auch nur die Wirkung ihrer Ideen in den Jahren nach 1945 genauer zu bestimmen. Er läßt Bonhoeffers Beispiel für sich selbst sprechen. Wer, wie Bonhoeffer, die ungeheuren Schwierigkeiten erkennt, die auftauchen, wenn man die Kirche zur Anerkennung ihrer missionarischen Verantwortung im Kampf gegen Ungerechtigkeit, Gewalt und Krieg bewegen will, wird nicht in bequemen Optimismus verfallen. Aber kaum jemand wird sich der Erkenntnis verschließen, daß uns Bonhoeffers Leben und Sterben mit einem Menschen von hoher Verstandeskraft und Einsicht konfrontiert, dessen Zeugnis in Deutschlands dunkelster Stunde seine Kirche und seine Nation vor der totalen Apostasie gerettet hat.

⁵⁰ S. Payne Best, *The Venlo Incident*, London 1950.

Dokumentation

EIN UNBEKANNTER BRIEF THOMAS MANNS AN PAUL SCHIEMANN AUS DEM JAHRE 1932

Im Nachlaß Paul Schiemanns¹ fand sich eine trotz ihrer Kürze bezeichnende Briefkarte Thomas Manns – bezeichnend einerseits für den geistigen Austausch der Gegner des wachsenden europäischen Nationalismus, andererseits für die Einschätzung der Situation durch den deutschen Literaturnobelpreisträger. Dieses Schreiben wird weder in einer der verschiedenen Ausgaben seiner Briefe erwähnt, noch ist es im Thomas Mann-Archiv der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich vorhanden². Es läßt sich einordnen in eine Reihe weiterer brieflicher Äußerungen Thomas Manns zum Problem des Nationalismus, die darauf schließen lassen, daß bei aller distanziert kritischen Beobachtung der politischen Ereignisse gerade dieses Phänomen von ihm vor seiner Emigration nicht in der ganzen Tragweite erkannt wurde.

Der liberale deutschbaltische Jurist und Journalist Dr. Paul Schiemann – geboren am 17./29. März 1876 in Mitau, gestorben am 25. Juni 1944 in Riga³ – entfaltete seine vielseitige politische Wirksamkeit auf zwei in engster Beziehung zueinander stehenden Ebenen: Im Bereich seiner engeren Heimat als Leader der deutschen Saeimafraktion in Lettland und als Vizepräsident der Europäischen Nationalitätenkongresse auf dem Gebiet der übernationalen Minoritätenbewegung. In beiden Bereichen sah er sich seit Beginn der 30er Jahre mit ständig zunehmenden nationalistischen Strömungen konfrontiert. Der nach einer Periode relativer Ruhe in steigendem Maße aggressiv gegen die Minderheiten gerichteten Politik vor allem bürgerlicher Kreise des lettischen Mehrheitsvolkes entsprachen nationalistische Tendenzen in den anderen Staaten Mitteleuropas. Diese schlugen schließlich auch auf die in fremdnationaler Umgebung siedelnden Volksgruppen über, wobei besonders in Lettland eine Wechselwirkung zu beobachten ist zwischen Nationalismus der Minderheiten und Chauvinismus des Mehrheitsvolkes. Als überzeugter Liberaler, der Politik auf ethische Grundlagen zu stellen und Rechtsgrundsätze gegenüber Macht-

¹ Ein Teil des Nachlasses wurde von Frau Lotte Schiemann Herrn Otto Bong, Lüneburg, für die Baltische Zentrale Bibliothek übergeben, darunter auch mehrere Mappen der Korrespondenz.

² Laut Mitteilung des Konservators Dr. H. Wysling vom 12. 12. 1968. Für die freundliche Genehmigung zur Veröffentlichung habe ich Herrn Prof. Dr. Golo Mann, Kilchberg b. Zürich, zu danken.

³ Zur Biographie vgl. die Würdigung von H. v. Rimscha in *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, N. F. 2 (1954), S. 475–478; ders. in dieser Zeitschrift 4 (1956), S. 43–61, sowie in *Zeitschrift für Ostforschung* 5 (1956), S. 68–82; ferner W. Wachsmuth, *Von deutscher Arbeit in Lettland*, Bd. 3, Köln 1953, S. 430f.; F. Wertheimer, *Von deutschen Parteien und Parteiführern im Ausland*, Berlin, 2. Aufl. 1930, S. 72.

tendenzen durchzusetzen versuchte, hatte Schiemann gleichzeitig gegen beide Spielarten des Nationalismus anzukämpfen.

Im Rahmen der Jahrestagung des Verbandes der Deutschen Volksgruppen hielt er am 26. Juni 1932 in Baden bei Wien einen Vortrag, der wenig später unter dem Titel „Die neue nationalistische Welle“ in der deutschen Zeitschrift für das europäische Nationalitätenproblem „Nation und Staat“ erschien⁴. Einen Sonderdruck dieser Rede übersandte der Autor Thomas Mann, der in seinem Antwortbrief wörtlich daraus zitiert⁵. Paul Schiemann beklagte darin, daß sich die Minderheitenbewegung einer ständig wachsenden Strömung gegenübersehe, „die an Stelle der von uns angestrebten Synthese der vorhandenen Gegensätze im menschlichen Gemeinschaftsleben eine Verschärfung dieser Gegensätze auf machtpolitischer Grundlage“ anstrebe: „Es ist der Geist des Krieges, der den Frieden nur als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ansieht, der heute zur Herrschaft gelangt ist.“⁶

Nachdem die Masse zum ausschlaggebenden Faktor des politischen Lebens geworden sei, spiele das Irrationale eine Hauptrolle. Im Unterschied zum Nationalbewußtsein kennzeichne den Nationalismus die Verquickung der Begriffe von Volksgemeinschaft und Staatsgemeinschaft – eine unmittelbare Gefahr entstehe, wenn ein solcher Nationalismus zum Inhalt politischer Willensbildung parteimäßiger Machtbestrebungen werde. Indem das nationale Empfinden aus dem Rahmen seiner eigentlichen Aufgaben heraustrete und sich in den Dienst des politischen Machtkampfes stelle, höre es auf, eine Tugend zu sein. „Das in Haßdemonstrationen umgesetzte nationale Empfinden zerstört die Grundlage der eigenen völkischen Gemeinschaft, sobald sich sein Haß gegen die zu anderen politischen Lagern gehörenden Volksgenossen richtet, und es zerstört die Grundlagen der staatlichen Gemeinschaft, sobald sich sein Haß gegen die zu einem anderen Volkstum gehörenden Staatsgenossen wendet.“⁷ Wesen und Inhalt der Minderheitenbewegung sei es, eine Lösung dieser Gegensätze durch Trennung der Gemeinschaften (Staats- bzw. Volksgemeinschaft) und ihrer Interessengrundlagen herbeizuführen⁸.

Die Gründe für das Anwachsen des nationalistischen Machtgedankens besonders in Osteuropa lagen nach Schiemann einmal im völligen Versagen des Völkerbundes auf nationalem Gebiet, das die Scheu vor Verletzung auch vertraglich gewährleisteteter Minderheitenrechte schwinden lasse, zum andern in der Wirtschaftskrise, die das Mehrheitsvolk verleite, den Fremdstämmigen für die Not verantwortlich zu machen, und schließlich im unaufhaltsamen „Vordringen der nationalistischen Ideologie als einer angeblich neuen Weltanschauung über alle Völker Europas“⁹. Für die Träger des nationalen Rechtskampfes wirke sich das in doppelter Hin-

⁴ Nation und Staat 5. Jg., H. 12, September 1932, S. 799–811.

⁵ Dieser Passus findet sich a. a. O., S. 809; im Sonderdruck auf S. 11.

⁶ A. a. O., S. 800, Sonderdruck, S. 2.

⁷ A. a. O., S. 802, Sonderdruck, S. 4.

⁸ Von hier aus kam Schiemann zu seiner Konzeption des „anationalen Staates“; hierzu kritisch v. Rimscha, in dieser Zeitschrift 4 (1956), S. 57f.

⁹ A. a. O., S. 807, Sonderdruck, S. 9.

sicht verhängnisvoll aus: von seiten des Mehrheitsvolkes werde die Unterdrückung der Minderheiten nunmehr als unmittelbare staatliche Aufgabe angesehen (Schaffung einer staatlichen Einheitskultur) – auf seiten der Minderheiten werde die nationalistische Ideologie in gleicher Schärfe übernommen, womit man den eigenen Volksgenossen die weltanschauliche Grundlage ihres nationalen Rechtskampfes immer mehr entziehe. „Der Gedanke, daß in jedem Staate nur der rassereine Vertreter eines Volkstums unbeschränkt Staatsbürgerrechte besitzt, ist zum nationalen Axiom erhoben worden.“¹⁰ Besorgt fragt Schiemann: „Wie sollen wir um das Recht und um die Freiheit kämpfen, wenn man uns Tag für Tag entgegenhält, daß gerade diese Rechte von einer stetig wachsenden Zahl unserer eigenen Volksgenossen grundsätzlich bestritten werden?“¹¹ Der Kampf müsse nicht nur gegen den Nationalismus bei den Mehrheitsvölkern geführt werden, sondern auch entschlossen und rechtsbewußt gegen den Nationalismus im eigenen Lager. Einen Ausweg sieht Schiemann in der „Schaffung weitreichender europäischer Wirtschaftsräume, die eine Zusammenfassung der Staaten zu wirtschaftlich lebensfähigen Gebieten“ ermögliche¹². Unvermeidliche Voraussetzung hierzu aber bleibe die Lösung der nationalen Frage. Der Impuls zu einer Reorganisation Europas werde von wirtschaftlichen Gedanken ausgehen – einer Erweichung der wirtschaftlichen müsse auch eine Erweichung der nationalen Grenzen folgen –, im Unterschied zu Coudenhoves Paneuropa-Gedanken aber wollte Schiemann die nationalen Spannungen nicht erst in einer fernen Zukunft, sondern notwendigerweise von Anfang an einer Lösung näherbringen¹³.

Die Antwort Thomas Manns auf die Übersendung dieses Vortrages kennzeichnet den Schriftsteller als einen besorgten Warner vor der über Deutschland heraufziehenden Gefahr¹⁴. Sie zeigt allerdings auch die bis in die Tage der Machtergreifung reichende Unterschätzung des Ausmaßes und der Folgen dieser Entwicklung. Im Juni 1932 äußerte sich Thomas Mann wohl noch erschrocken darüber, „daß die Internationale des Nationalismus mit so viel braver, sauberer Jugend durchsetzt“ sei – einer Jugend, die nicht begreife, daß die nationale Idee des 19. Jahrhunderts nur eine „unglückliche Massenleidenschaft“ sei, mit der sich „alle Mächte der Bru-

¹⁰ A. a. O., S. 809, Sonderdruck, S. 11.

¹¹ Ebenda.

¹² A. a. O., S. 810, Sonderdruck, S. 12.

¹³ An anderer Stelle warf Schiemann bei allem Anerkennen der Paneuropa-Konzeption Coudenhove vor, er gehe von einer völlig illusorischen Friedensatmosphäre aus, solange die Nationalitätenprobleme ungelöst blieben; sein „schicksalsschwerer Grundirrtum“ sei, nicht erkannt zu haben, daß ohne die Bereinigung dieses Problems eine europäische Vereinigung hoffnungslos bleibe; (Schiemann), Coudenhove und Rohan, in: *Nation und Staat* 5 (1932), S. 630–636.

¹⁴ Am 15. Mai 1933 schrieb er an Albert Einstein im Anschluß an seine Ausführungen über die sog. „Deutsche Revolution“: „Es kann nichts Gutes daraus kommen, ich glaube es nimmermehr, weder für Deutschland noch für die Welt, und bis zum Äußersten vor den Mächten gewarnt zu haben, die dies moralische und geistige Elend brachten, wird gewiß einmal ein Ehrentitel sein für uns, die wir nun möglicherweise daran zu Grunde gehen.“ Thomas Mann, *Briefe 1889–1936*, hg. von Erika Mann, Frankfurt/M. 1961, S. 532.

talität und der Reaktion, alle geist- und kulturfeindlichen Vergangenheitsmächte“ verbunden hätten¹⁵. An Ernst Bertram richtete er besorgt die Fragen: „Aber was steht uns bevor? Was wird über Deutschland in mehreren blutigen Wellen hingehen und über uns alle?“¹⁶ Zu stark aber wirkte offenbar noch immer die einstige Hoffnung nach, die am 30. Juli 1932 in einem Brief an Hermann Graf Keyserling den Ausdruck gefunden hatte: „Seit 14 Jahren könnte Deutschland ein ungeheures moralisches Prestige gesammelt haben, wenn es sich bewußt und entschlossen, als Friedensrepublik, an die Spitze der Entwicklung gestellt hätte und dem Erdteil zum Führer in neue und bessere Zeit geworden wäre. Es hat sich nicht entschließen können.“¹⁷

Vermutlich sind hier die Wurzeln zu suchen für die offenkundige Überbewertung der aus dem Lande selbst erwarteten Abwehrkräfte, die nach Thomas Mann die von ihm als vorübergehende Erscheinung betrachtete nationalistische Welle in Kürze eindämmen würden. In dem sich zeitweilig „unter seinem Range“ benehmenden „bedeutenden Volk“¹⁸ sei der „Sinn für Freiheit und Vernunft im Grunde weiter verbreitet und mächtiger, als das Geschrei der Rohlinge und Finsterlinge glauben läßt“ – so schrieb er noch am 20. Januar 1933 an Walter Opitz¹⁹. Zehn Tage vor der Machtergreifung und den sich damit anbahnenden Ereignissen spricht Thomas Mann dieselbe Hoffnung aus, die auch seine zwei Monate zuvor an Paul Schiemann verfaßte Antwort enthält.

Michael Garleff

Dokument

Dr. Thomas Mann

München, den 26. XI. 32
Poschingerstr. 1

Sehr verehrter Herr Doktor,
ich danke herzlich für Ihren ergreifenden Aufsatz. Wie recht haben Sie mit Ihrer Klage, daß den deutschen Minderheiten der Mut zum Kampf um Recht und Freiheit abhanden kommen muß, wenn „gerade diese Rechte von einer stetig wachsenden Zahl der eigenen Volksgenossen grundsätzlich bestritten werden“! Es sieht übel aus jetzt in Deutschland. Aber was hilft es? Wir müssen uns diese Welle erbärmlicher Reaktion über den Kopf gehen lassen, – worauf, glaube ich, der deutsche Freiheitssinn sich härter und zählebiger erweisen wird, als die dumm-übermütigen Sieger der Stunde vermuten.

Ihr sehr ergebener
Thomas Mann

¹⁵ Brief an Walter H. Perl vom 22. 6. 1932; a. a. O., S. 519.

¹⁶ Brief vom 27. 12. 1931, in: Thomas Mann an Ernst Bertram, Briefe aus den Jahren 1910–1955, Pfullingen 1960, S. 173.

¹⁷ Thomas Mann, Briefe 1889–1936, a. a. O., S. 320f. – Ähnlich im oben zitierten Brief an Walter H. Perl, wo es vom deutschen Volk heißt, daß es „ganz das Zeug hätte, die Entwicklung zu führen, sich an die Spitze der Welt zu stellen . . .“; ebd.

¹⁸ Brief an Graf Keyserling, a. a. O., S. 321.

¹⁹ A. a. O., S. 327.

Notizen:INTERNATIONALES KOLLOQUIUM „LA GUERRE EN MEDITERRANÉE“
IN PARIS

Vom 8. bis 11. April 1969 veranstaltete das Comité d'Histoire de la Deuxième Guerre mondiale im Gebäude des Centre National de la Recherche Scientifique in Paris ein internationales Kolloquium über den Krieg im Mittelmeer, an dem Historiker aus West- und Osteuropa, der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten, Israel und der Türkei sowie zahlreiche aktive und ehemalige Offiziere und Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben des Gastlandes teilnahmen. Der erste Sitzungstag, der mit der Eröffnungsrede des Staatssekretärs im französischen Erziehungsministerium, M. Trorrial, eingeleitet wurde, war den *allgemeinen Problemen der Politik und Strategie* der Mächte im Mittelmeerraum während des Zweiten Weltkrieges gewidmet. Prof. Howard (Oxford) sprach über die Rolle des Mittelmeeres in der britischen Strategie, Prof. Pieri (Turin) behandelte die Grundzüge der italienischen Strategie, Prof. Hillgruber (Freiburg) die Politik und Strategie Hitlers und L. Gruchmann (München) die Frage der verpaßten strategischen Chancen der Achsenmächte in diesem Raum. Das Referat D. Kitsikis' (Paris) über die Politik Griechenlands vor dem deutschen Überfall von 1941 sowie die Referate der Mailänder Professoren Rochat und Catalano über Mussolinis Verhältnis zur italienischen Wehrmacht und über die Kriegswirtschaft Italiens ergänzten die Behandlung des Grundthemas des ersten Tages von zusätzlichen Aspekten her.

Am zweiten Tag des Kolloquiums, an dem die *Kriegführung und die militärischen Operationen* zur Erörterung standen, legte Prof. d'Hoop (Paris) die englisch-französischen Pläne einer militärischen Operation im östlichen Mittelmeer 1939/40 dar, Prof. Bell (Liverpool) sprach über die Probleme bei der Verteidigung Malτας, Prof. Gabriele (Rom) über den

Geleitzugkrieg zwischen Italien und Nordafrika und Kapitän z. See J. Vasiljevic (Belgrad) über die Tätigkeit der jugoslawischen Partisanen in den adriatischen Küstengewässern. Nach einem Beitrag von Prof. Kaspi (Paris) zur amerikanischen Politik und Strategie im Mittelmeer erörterten M. Blumenson (Washington) die Entwicklung, die zur Landung in Süditalien, und Prof. Funk (Florida) die strategischen Erwägungen, die zur alliierten Landungsoperation in Südfrankreich führten. Oberst Le Goyet (Frankreich) umriß den französischen Beitrag zum alliierten Feldzug in Italien.

Hauptthema des dritten Tages waren *Probleme der internationalen Beziehungen* während des Krieges im Mittelmeerraum. H. Michel (Paris) behandelte das französisch-italienische Verhältnis nach dem Waffenstillstand vom Juni 1940, Prof. Warner (Reading) die italienische Politik gegenüber Jugoslawien und Griechenland vom Kriegsausbruch bis Oktober 1940. Prof. Boltine (Moskau) hielt ein gemeinsam mit seinem Moskauer Kollegen Prof. Ostoya-Ovsiany vorbereitetes Referat über die Politik der Sowjetunion beim Ausscheiden Italiens aus dem Kriege 1943, Prof. Ulman (Ankara) sprach über die Haltung der Vereinigten Staaten zur türkischen Neutralität.

Die *nationalistischen Bewegungen in Nordafrika und im Nahen Osten* standen am letzten Tag des Kolloquiums im Mittelpunkt der Betrachtung. J. Schröder (Niederaußem) gab einen Überblick über die Beziehungen der Achsenmächte zur arabischen Welt, Prof. Ageron (Paris) behandelte die nationalistischen Bewegungen in Nordafrika und General Rondot (Frankreich) diejenigen im Nahen Osten. Im letzten Referat schilderte Prof. Bauer (Jerusalem) das Schicksal des jüdischen Palästina während des Zweiten Weltkrieges. Die genannten Referate

wurden sowohl in vorbereiteten Stellungnahmen wie auch durch Ad-hoc-Erweiterungen diskutiert. Eine lebhaft debattierte über die politischen Beweggründe der militärisch-strategischen Konzeptionen und Entscheidungen Churchills entspann sich vor allem zwischen den sowjetischen Historikern und dem englischen Kollegen Prof. Howard. Das Kolloquium wurde durch eine Generaldiskussion abgeschlossen, die der Generalsekretär des Komitees, Henri Michel, leitete. Für die deutschen Teilnehmer war die Tatsache erstaunlich, daß die Erforschung rein *militärischer Detailfragen* in anderen Ländern offensichtlich verhältnismäßig breitem Interesse begegnet.

Das Kolloquium, das dank der ausgezeichneten Vorbereitung durch Generalsekretär Michel wissenschaftlich und – vor allem durch die Einrichtung einer Simultanübersetzung in vier Sprachen – auch technisch gut organisiert war, gab den Teilnehmern auf einem vom französischen Außenministerium gegebenen Empfang im Quai d'Orsay und auf einem weiteren Empfang der Stadt Paris im Hôtel de Ville zusätzlich Gelegenheit, persönliche Kontakte aufzunehmen und Gespräche zu führen. Das Comité d'Histoire de la Deuxième Guerre mondiale beabsichtigt, die auf dem Kolloquium gehaltenen Referate und Diskussionsbeiträge gesammelt zu veröffentlichen.

L. Gruchmann

INTERNATIONALES SYMPOSIUM „FASCHISMUS UND EUROPA“ IN PRAG

Das Historische Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften hatte für die Zeit vom 27. bis 30. August 1969 zu einem Symposium über „Faschismus und Europa“ eingeladen, an dem neben Tschechen und Slowaken Historiker aus der Bundesrepublik, Großbritannien, Italien, Österreich, Polen, Ungarn und den Vereinigten Staaten teilnahmen.

Das Hauptreferat über „Faschismus und Europa“ wurde von dem Mitarbeiter des Prager Historischen Instituts, Dr. Bedřich Löwenstein, gehalten, der in seinen kultursoziologischen Bemerkungen die europäische Zivilisation und Rationalität dem Faschismus gegenüberstellte und den Faschismus in die anti-aufklärerischen Bewegungen einreihete. In einem speziellen Teil wies er auf die deutschen Voraussetzungen für die Ausbreitung des Nationalsozialismus und besonders auf die Bedeutung des deutschen Weltkriegserlebnisses hin.

In parallelen Referaten zum Generalthema arbeitete Prof. Francis L. Carsten/London Gemeinsamkeiten und Unterschiede der faschistischen Bewegungen heraus, während Prof. Ernst Nolte/Mar-

burg über die bisherige Faschismus-Forschung berichtete.

Die spezielleren Referate befaßten sich mit dem Faschismus im nationalen Rahmen; über den deutschen sprachten Prof. Eberhard Jäckel/Stuttgart (Hitlers Weltanschauung), Dipl.-Soziologe Klaus Horn/Frankfurt (Sozialpsychologische Aspekte) und Dr. Bohumír Klípa/Prag (Nationalsozialistische Ideologie und die deutschen Kriegsziele 1939–1941), über den polnischen Dr. Janusz Żarnowski/Warschau, den italienischen Prof. Renzo de Felice/Salerno (Der Faschismus und die Mittelschichten) und Dr. Herta Tkadlečková/Preßburg (Ideologie des italienischen Faschismus), über den österreichischen Dr. Gerhard Jagschitz/Wien und über den ungarischen Dr. Miklós Lackó/Budapest. Lackó betonte beim südosteuropäischen Faschismus die Tendenz, „unter Führung retrograder gesellschaftlicher Kräfte“ aus der Zurückgebliebenheit auszubrechen. In Südosteuropa sei der Faschismus besonders deshalb zu einer sozialen Kraft geworden, weil er den Prozeß der Nationwerdung abzuschließen versprach. Er habe den Arbeitern ihre Eingliederung in die Nation, dem ungarischen

Bürgertum seine nationale Umgestaltung durch Ausschluß von Juden und Deutschen versprochen.

Über den tschechischen Faschismus sprachen Frau Dr. Alena Gajanová und Dr. Tomáš Pasák (beide Prag). In diesen Beiträgen und bei der anschließenden Diskussion wurde zwar der „Operettencharakter“ des tschechischen Faschismus betont, der die demokratische Mehrheit niemals ernsthaft gefährden konnte. Die Gründe dafür wurden aber nicht nur in der demokratischen Tradition des tschechischen Volkes gesehen, sondern auch darin, daß für das tschechische Volk Sieg und Demokratie zusammenfielen und daß es durch die Ergebnisse des Weltkrieges saturiert und auf die Sympathie der Demokratien des Westens angewiesen war. Als tschechische Faschisten nach München und dem deutschen Einmarsch an Einfluß gewannen, waren sie durch

Kapitulation und Okkupation gestempelt und kompromittiert. Während somit die Auseinandersetzung mit dem tschechischen Faschismus in Gang gekommen ist, verwunderte es, daß der slowakische zumindest auf dieser Tagung gänzlich ausgespart blieb.

Die Tagung war ein erfolgversprechender erster Versuch, die vor allem in den letzten Jahrzehnten entwickelten Theorien über den Faschismus mit den Ergebnissen der nun in Gang gekommenen Erforschung der nationalen faschistischen Bewegungen in den einzelnen Ländern zu konfrontieren und umgekehrt, diese in die theoretischen Erörterungen miteinzubeziehen. Der Plan der Veranstalter, alle zwei Jahre eine ähnliche Tagung durchzuführen, ist zu begrüßen und läßt eine Fortsetzung dieses sachlichen Dialogs zwischen europäischen Historikern erwarten.

D. Brandes

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Detlef Brandes, 8032 Gräfelfing, Rufinallee 25.

John S. Conway, Professor of History, University of British Columbia, Vancouver, Canada.

Dr. Michael Garleff, 23 Kiel, Karpfen-
teich 20.

Dr. Lothar Gruchmann, Mitarbeiter des
Instituts für Zeitgeschichte, 8 München 80,
Möhlstraße 26.

Dr. Anton Hoch, Leiter des Archivs des In-

stituts für Zeitgeschichte, 8 München 80,
Möhlstraße 26.

Dr. Werner Link, wiss. Assistent am Institut
für Sozialwissenschaften der Universität
Mannheim; 6942 Mörlenbach, Hutwigs-
grundweg 12.

Dr. Hans Rothfels, emer. ordentl. Professor
für neuere Geschichte an der Universität
Tübingen; 74 Tübingen, Waldhäuserstraße
18.

Dr. Heinrich A. Winkler, wiss. Assistent
am Otto-Suhr-Institut der Freien Universi-
tät Berlin; 1 Berlin 45, Finckensteinallee 153.